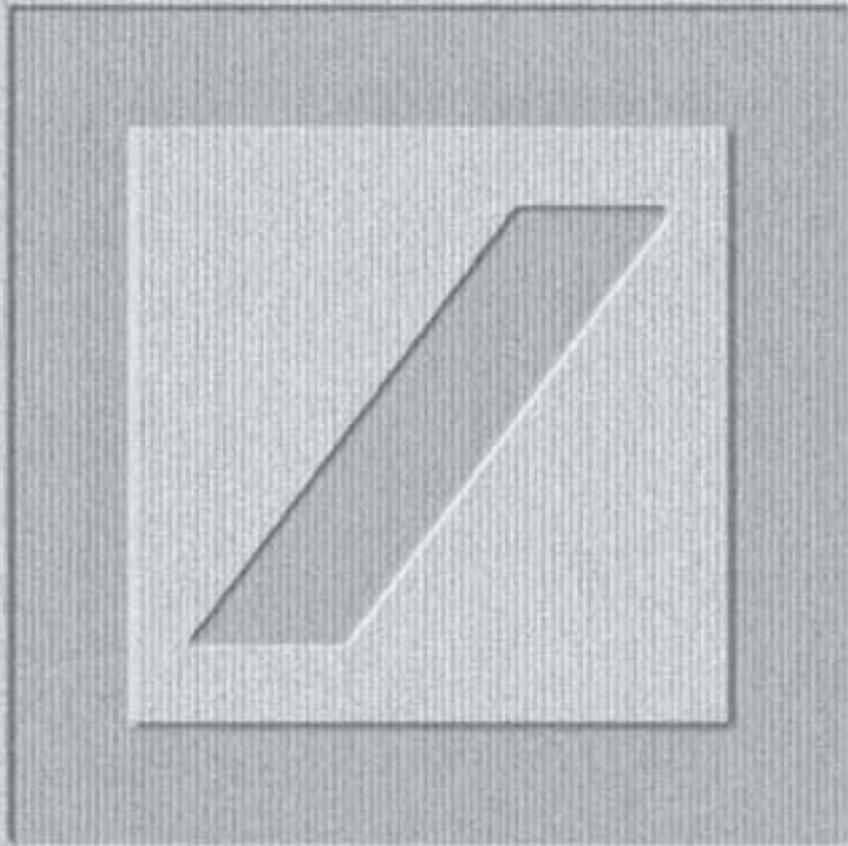


Results 2002

Geschäftsbericht



	2002	2001
Aktienkurs höchst	82,65 €	105,64 €
Aktienkurs tiefst	35,60 €	43,20 €
Dividende je Aktie (für 2002 vorgeschlagen)	1,30 €	1,30 €
Ergebnis je Aktie	0,64 €	0,27 €
Berichtigtes Ergebnis je Aktie ¹	5,16 €	3,51 €
Eigenkapitalrendite ²	1,1 %	2,3 %
Bereinigte Eigenkapitalrendite ^{1,3}	10,2 %	7,1 %
Aufwand-Ertrag-Relation ⁴	78,8 %	87,6 %
	Mio €	Mio €
Erträge insgesamt	26 547	29 541
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2 091	1 024
Zinsunabhängige Aufwendungen	20 907	26 714
Ergebnis vor Steueraufwand/-ertrag(-) und kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden	3 549	1 803
Jahresüberschuss	397	167
	31.12.2002 Mio €	31.12.2001 Mio €
Bilanzsumme	758 355	918 222
Forderungen aus dem Kreditgeschäft (vor Wertberichtigungen für Kreditausfälle)	171 620	265 423
Eigenkapital	29 991	40 193
BIZ-Kernkapitalquote	9,6 %	8,1 %
	Anzahl	Anzahl
Niederlassungen	1 711	2 099
davon in Deutschland	936	1 254
Mitarbeiter (arbeitswirksam)	77 442	86 524
davon in Deutschland	33 807	41 191
Langfrist-Rating		
Moody's Investors Service, New York	Aa3	Aa3
Standard & Poor's, New York	AA-	AA
Fitch Ratings, New York	AA-	AA
<p>¹ Bei dieser Berechnung wird der Jahresüberschuss um den Steueraufwand aus Steuersatzänderungen und Umkehrwirkungen, Effekte der Bilanzierungsänderungen und zusätzlich in 2001 um Abschreibungen auf Goodwill und andere immaterielle Vermögenswerte bereinigt.</p> <p>² Der Jahresüberschuss ist in 2001 um Abschreibungen auf Goodwill und andere immaterielle Vermögenswerte bereinigt.</p> <p>³ Wir berechnen eine bereinigte Messgröße für unsere Eigenkapitalrendite, anhand der ein Vergleich mit unseren Konkurrenten vereinfacht wird. Diese bereinigte Messgröße definieren wir als unser „Average Active Equity“. Es handelt sich jedoch nicht um eine Performance-Messzahl nach US GAAP. Bei einem Vergleich unserer Quote mit der anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Quoten berücksichtigt werden. Die wichtigsten Positionen, um die wir unsere Quote bereinigen, sind der Gesamtbetrag der unrealisierten Gewinne und Verluste aus unserem Beteiligungsbestand an börsennotierten Unternehmen und der damit verbundene Steuereffekt. In der Position „Average Active Equity“ erfassen wir die realisierten Gewinne und Verluste sowie die entsprechenden Steuereffekte ab dem Zeitpunkt, zu dem die Anteile verkauft und die entsprechenden Gewinne geschäftsrelevant verwendet werden. Zusätzlich bereinigen wir unser durchschnittliches Eigenkapital um den Effekt unserer jährlichen Dividendenzahlung, die nach Zustimmung der Hauptversammlung erfolgt.</p> <p>⁴ Summe der zinsunabhängigen Aufwendungen (ohne Abschreibungen auf Goodwill und andere immaterielle Vermögenswerte in 2001) in Prozent der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und zinsunabhängigen Erträgen (ohne Erträge aus negativem Goodwill in 2001).</p>		

Der Konzern Deutsche Bank

2	Unsere Identität
3	Leading to results – Brief des Vorstandssprechers
8	Group Executive Committee
10	Unternehmensprofil
15	Corporate Governance als Teil unseres Selbstverständnisses
19	Für unsere Partner Mehrwert schaffen

Zielgruppen

Aktionäre	25	Deutsche Bank-Aktie im Abwärtssog der deutschen Börse
Kunden	31	Corporate and Investment Bank
	37	Private Clients and Asset Management
	43	Corporate Investments
	46	DB Services
	47	Corporate Center
Mitarbeiter	49	Verantwortung als globaler Arbeitgeber
Gesellschaft	53	Gesellschaftliches Engagement

Konzernabschluss

Management Discussion, Konzernabschluss und Risikobericht	57	Inhalt
--	----	--------

Weitere Informationen

Bestätigungen und Gremien	245	Erklärung des Vorstands
	246	Bericht des Aufsichtsrats
	250	Aufsichtsrat
	251	Beraterkreis
	252	Vorstand
Ergänzende Informationen	253	Der Konzern im Fünfjahresvergleich
	254	Patronatserklärung
	255	Glossar
	261	Impressum/Publikationen

Unsere Identität

Ein klares Leitbild

Ziel der Deutschen Bank ist es, ein weltweit führender Anbieter integrierter Finanzlösungen für anspruchsvolle Kunden und die führende Bank in Deutschland zu sein, um so nachhaltigen Mehrwert für unsere Aktionäre und Mitarbeiter zu schaffen.

Kundenfokus. Der Kunde steht im Mittelpunkt aller unserer Aktivitäten. Wir orientieren uns kompromisslos an seinen Zielen und Wünschen.

Teamwork. In der Zusammenarbeit macht uns die Vielfalt unserer Mitarbeiter und Geschäftsfelder erfolgreich.

Innovation. Wir stellen herkömmliche Ansätze immer wieder in Frage und entwickeln neue Lösungen zum Nutzen unserer Kunden.

Leistung. Leistung bestimmt unser Handeln.

Vertrauen. Unser Handeln ist von Verlässlichkeit, Fairness und Ehrlichkeit geprägt.

Leading to results

Brief des Vorstandssprechers

das Jahr 2002 stellte den Deutsche Bank-Konzern – wie den gesamten Finanzsektor – vor enorme Herausforderungen. Das äußerst schwierige weltwirtschaftliche Umfeld belastete die Kapitalmärkte. Eine Reihe von Finanzskandalen erschütterte das Vertrauen der Anleger. Zusätzlich verbreiteten die Gefahr terroristischer Aktionen und mögliche militärische Maßnahmen Unsicherheit. Vor diesem Hintergrund verschlechterte sich das Kreditumfeld zusehends.

Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen erwies sich die Ertragskraft der Deutschen Bank als robust. Ihr Unternehmen erwirtschaftete 2002 einen Gewinn vor Steuern von 3,5 Mrd € (Vorjahr: 1,8 Mrd €). Bereinigt um Sondereffekte – insbesondere Verkaufsgewinne und Abschreibungen in unserem Beteiligungsbereich –, belief sich der Gewinn vor Steuern auf 1,9 Mrd €. Damit konnten wir nahezu an das Vorjahresergebnis von 2,2 Mrd € anschließen. Angesichts der weltwirtschaftlichen Lage hielt sich unsere institutionelle wie private Kundschaft stark zurück, wodurch es trotz Marktanteilsgewinnen in vielen Geschäftssegmenten zu rückläufigen Erträgen kam. Dies wurde jedoch durch Kosteneinsparungen mehr als wettgemacht. Wegen der deutlich höheren Risikovorsorge im Kreditgeschäft, in die wir letztes Jahr 2,1 Mrd € einstellen mussten, kam es insgesamt zu dem leicht rückläufigen Ergebnis.

Wir haben das abgelaufene Geschäftsjahr zur Stärkung und Transformation der Bank genutzt und so entscheidende Grundlagen für den weiteren Geschäftserfolg geschaffen. Im Frühjahr vergangenen Jahres beschlossen wir vier strategische Initiativen; wir nahmen uns vor, die Deutsche Bank in eine fokussierte und kosteneffiziente Organisation mit substanziiell geringeren Risikopositionen umzubauen. Abstriche bei Produktangebot und Distributionsplattform gab es dabei nicht. Ebenso behielten wir unsere globale Aufstellung uneingeschränkt bei.

Inzwischen haben wir unser angekündigtes Maßnahmenpaket sehr konsequent abgearbeitet und unsere Ziele bereits vorzeitig übertroffen. Wir haben die Kosten deutlich reduziert, uns auf das Kerngeschäft konzentriert und Industriebeteiligungen abgebaut. Wir verbesserten die Qualität unserer Bilanz und stärkten unser Kernkapital. All dies macht sich

im gegenwärtig schwierigen Marktumfeld bezahlt. Das Ergebnis ist eine schlankere Deutsche Bank, die im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit und Anpassungsfähigkeit nicht mehr vergleichbar ist mit der Deutschen Bank vor einem Jahr.

Erreicht wurde dies durch Umstrukturierung vieler Prozesse, den Verkauf von Randaktivitäten, das Outsourcing von Serviceleistungen und weitere effizienzsteigernde Maßnahmen in den Unternehmensbereichen. Dies führte zu einem deutlichen Stellenabbau und zu einer dauerhaften Verringerung unserer Fixkosten. Wir haben darüber hinaus Maßnahmen ergriffen, die zukünftig zu weiteren Kosteneinsparungen führen werden.

Unser Veräußerungsprogramm für Nichtkernaktivitäten haben wir Anfang 2003 abgeschlossen. So verkauften wir den Deutschen Herold und andere Versicherungsaktivitäten im Zuge unseres Erwerbs von Scudder. Weiterhin veräußerten wir unsere Asset Finance-Aktivitäten in Nordamerika, unser globales Custody-Geschäft, das passive Asset Management und Anfang dieses Jahres einen wesentlichen Teil unseres Private Equity-Portfolios. Die Eurohypo wurde in ein neues Gemeinschaftsunternehmen mit den Hypothekenbanktöchtern der Dresdner Bank und der Commerzbank eingebracht.

Im Berichtsjahr haben wir den Verkauf von Industriebeteiligungen beschleunigt fortgesetzt, unter anderem von Münchener Rück, Deutscher Börse, Buderus und Continental. Die erzielten Veräußerungsgewinne haben neben dem kräftigen Abbau von Risikopositionen unsere Kernkapitalquote auf 9,6 % erhöht. Damit gehören wir zu den Besten in unserer Branche. Diese solide Kapitalausstattung wurde von Rating-Agenturen und Investoren sehr positiv registriert.

Einen Teil der Veräußerungsgewinne gaben wir in Form eines Aktienrückkaufprogramms, das wir im Sommer 2002 aufgelegt haben, an unsere Aktionäre zurück. So erwarben wir bis zum Jahresende bereits mehr als 5% unserer eigenen Aktien.

Die Optimierung des Konzernbereichs Private Clients and Asset Management (PCAM) machte 2002 beachtliche Fortschritte. PCAM ist deutlich profitabler geworden, trotz schwacher Aktienmärkte. Mit den Akquisitionen

von Scudder und RREEF stießen wir in die Spitzengruppe der globalen Vermögensverwalter vor. Damit haben wir auf dem amerikanischen Markt einen bedeutsamen Schritt vorwärts gemacht und sind zum weltweit führenden Real Estate Asset Manager geworden.

Der neue Unternehmensbereich Private & Business Clients konzentriert sich auf vermögensbildende Privatkunden und kleinere Unternehmen mit Schwerpunkt in unseren Kernmärkten Deutschland, Italien und Spanien. Der Unternehmensbereich fasst das bisherige Personal Banking-Geschäft, die Betreuung von Geschäftskunden und Teile des ehemaligen Private Banking zusammen. Die in diesem Jahr umzusetzende Integration wird die Marktbearbeitung und die Kosteneffizienz weiter verbessern.

Von unserem neuen Private Wealth Management, das sich weltweit an die vermögende Privatkundschaft wendet, versprechen wir uns viel. Der Bereich ist strikt zielgruppenspezifisch ausgerichtet und bündelt für unsere Kunden sämtliche Stärken der Bank. In der Schweiz, wo die Deutsche Bank bereits seit längerem zu den größten ausländischen Privatbanken zählt, haben wir uns durch die Akquisition der Bank Rüd, Blass & Cie, Zürich, weiter verstärkt.

Für den Konzernbereich Corporate and Investment Bank (CIB) war 2002 auf Grund der weltweiten Börsenschwäche, des stark rückläufigen Emissions- und M&A-Geschäfts sowie des allgemein schwindenden Anlegervertrauens kein einfaches Jahr. Gleichwohl gelang es uns, auf zahlreichen Geschäftsfeldern Marktanteile zu gewinnen und unsere führende Position zu festigen. Eine ganze Reihe unserer Geschäftsbereiche erhielt namhafte Auszeichnungen. Beispielhaft sei unser Geschäft mit Derivaten genannt, für das wir von mehreren Fachzeitschriften zum „Derivatives House of the Year“ gekürt wurden.

Dass wir mit den bisherigen Resultaten unserer strategischen Initiativen über Plan liegen, ist das Ergebnis großer Disziplin und Hartnäckigkeit unserer Belegschaft bei der Umsetzung sämtlicher Maßnahmen. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz und ihr Engagement in dieser schwierigen Phase ganz herzlich.

In unserem Aktienkurs kommen die beachtlichen Fortschritte bislang nicht zum Ausdruck. Hauptursache dafür ist, dass sich die Deutsche Bank-Aktie nicht von den negativen Tendenzen am deutschen Aktienmarkt abkoppeln konnte. Der DAX ist im abgelaufenen Jahr um rund 44% gefallen. Er schnitt damit schlechter ab als vergleichbare internationale Börsenindizes, die zum Teil wesentlich geringere Rückgänge zu verbuchen hatten. Deshalb ist das Hauptziel unserer Finanzkommunikation in diesem Jahr die Vermittlung der Vorteilhaftigkeit unseres Geschäftsmodells. Die Deutsche Bank verfügt über eine feste Verwurzelung im für uns profitablen deutschen Heimatmarkt. Gleichwohl werden durch unsere gute globale Aufstellung bereits rund zwei Drittel der Erträge außerhalb Deutschlands erwirtschaftet.

Organisatorisch schlanker und operativ leistungsstärker ist die Deutsche Bank gut positioniert, um auf kommende Anforderungen und Risiken flexibel zu reagieren. Wir sind entschlossen, sich bietende Marktchancen aktiv zu nutzen und die Ertragskraft des Konzerns weiter zu steigern. Hierzu werden wir uns 2003 darauf konzentrieren, die Bedürfnisse unserer anspruchsvollen Kunden frühzeitig zu erkennen und unsere Geschäftsbeziehungen mit vielversprechenden Kundengruppen weiter auszubauen.

Dennoch ist der Ausblick auf das laufende Geschäftsjahr besonders schwierig. Die geopolitischen Risiken bleiben das zentrale Thema für Kapitalmarkt und Konjunktur. Erst bei einer sich abzeichnenden Lösung werden Fundamentaldaten an den Märkten wieder mehr Beachtung finden.

Für das Kreditumfeld sehen wir noch keine Entwarnung. Allerdings rechnen wir aus heutiger Sicht nicht mit einer Fortsetzung der Bilanzskandale, die im letzten Jahr unsere Kreditkosten erheblich belastet haben. Zusätzlich haben wir begonnen, Teile unseres Kreditportfolios durch den Einsatz von Kreditderivaten am Markt abzusichern.

Der Hauptversammlung am 10. Juni 2003 wird vorgeschlagen, für das Geschäftsjahr 2002 eine unveränderte Dividende von 1,30 € je Aktie auszuschütten. Mit dieser Entscheidung bringen wir unsere Zuversicht für das laufende Geschäftsjahr zum Ausdruck. Zusätzlich zur Dividenden-

zahlung haben wir im Rahmen unseres Aktienrückkaufprogramms bis zum Jahresende 2002 bereits über 2 Mrd € an unsere Aktionäre zurückgegeben.

Das Geschäftsjahr 2003 hat für die Deutsche Bank gut begonnen. Dies stimmt mich und meine Kollegen im Group Executive Committee zuversichtlich mit Blick auf die weitere Geschäftsentwicklung in den nächsten Monaten.

Mit freundlichen Grüßen



Josef Ackermann
Sprecher des Vorstands und
Chairman of the Group Executive Committee

Frankfurt am Main, im März 2003

Group Executive Committee

Josef Ackermann*, geboren 1948, Vorstandsmitglied seit 1996. Sprecher des Vorstands, Chairman des Group Executive Committee und verantwortlich für Corporate Development, Corporate Communications sowie Volkswirtschaft und Treasury.

Clemens Börsig*, geboren 1948, Vorstandsmitglied seit 2001. Chief Financial and Risk Officer, verantwortlich für Controlling, Steuern und Investor Relations sowie für Risikosteuerung und Unternehmenssicherheit.

Michael Cohrs, geboren 1956, Head of Global Corporate Finance.

Jürgen Fitschen, geboren 1948, Head of Global Transaction Banking, Global Banking Division und Global Relationship Management Germany.

Tessen von Heydebreck*, geboren 1945, Vorstandsmitglied seit 1994. Chief Administrative Officer, verantwortlich für Corporate Cultural Affairs, Human Resources, Recht, Compliance und Revision.

Tom Hughes, geboren 1957, Head of Asset Management.



Anshu Jain, geboren 1963, Head of Global Markets.

Hermann-Josef Lamberti*, geboren 1956, Vorstandsmitglied seit 1999. Chief Operating Officer, verantwortlich für Kosten- und Infrastrukturmanagement, Informationstechnologie, Operations, Gebäude- und Flächenmanagement sowie Einkauf.

Rainer Neske, geboren 1964, Head of Private & Business Clients.

Kevin Parker, geboren 1959, Head of Global Equities.

Pierre de Weck, geboren 1950, Head of Private Wealth Management.

Ted Virtue, geboren 1960, Head of Corporate Investments (bis 20. Februar 2003).

Herbert Walter, geboren 1953, Head of Private & Business Clients (bis 19. März 2003).

* Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank AG.



In alphabetischer
Reihenfolge
von links oben
nach rechts unten

Unternehmensprofil

Neue Strukturen und Initiativen für einen schlanken Konzern und Konzentration auf das Kerngeschäft

Neue Ausrichtung

Die Deutsche Bank gab sich im Januar 2002 eine neue Managementstruktur. Drei Monate später veröffentlichten wir vier strategische Initiativen. Sie lauten:

- Konzentration auf laufendes Ergebnis,
- Fokussierung auf das Kerngeschäft,
- Verbesserung der Kapital- und Bilanzsteuerung,
- Optimierung des Konzernbereichs Private Clients and Asset Management.

Damit wollen wir die Kosten senken, die Effizienz steigern und die Rentabilität erhöhen.

Neue Managementstruktur. Der verkleinerte Vorstand konzentriert sich auf strategische Steuerung, Ressourcenverteilung, Risikomanagement und Kontrolle. Die Vorstandsmitglieder stehen einer Reihe funktionaler Committees vor, über die der Vorstand vornehmlich seine Führungs- und Aufsichtsfunktion wahrnimmt. Der Sprecher des Vorstands ist zugleich Vorsitzender des Group Executive Committee.

Group Executive Committee gebildet

Im Group Executive Committee sind neben den Mitgliedern des Konzernvorstands die Business Heads aus den Konzernbereichen vertreten. Es analysiert die Entwicklung der Geschäftsbereiche, erörtert konzernstrategische Fragen und erarbeitet Empfehlungen, die dem Vorstand zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden.

Unsere Führungsstruktur

Funktionale Committees			
Alternative Assets	Asset/Liability	Compliance	Finance
Human Resources	Investment	IT & Operations	Risk
Group Executive Committee Konzernvorstand Business Heads			
Divisionale Committees			
Corporate and Investment Bank	Corporate Investments	Private Clients and Asset Management	

Für die operative Steuerung der Konzernbereiche sind drei divisionale Committees zuständig, die jeweils von einem Mitglied des Group Executive Committee geführt werden.

Konzernbereiche. Die Deutsche Bank gliedert sich in drei Konzernbereiche: Corporate and Investment Bank (CIB), Private Clients and Asset Management (PCAM) und Corporate Investments (CI).

Das Corporate Center unterstützt den Vorstand bei der Planung, Lenkung, Kontrolle, Risikosteuerung und Erfüllung aufsichtsrechtlicher Auflagen.

Corporate and Investment Bank. In CIB sind die Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities und Global Transaction Banking zusammengefasst. Kunden sind private und öffentliche Institutionen sowie mittelständische und globale Unternehmen. Eine zentrale Betreuung durch Relationship Manager stellt sicher, dass alle Kundenwünsche nach Finanzdienstleistungen aus einer Hand erfüllt werden.

Corporate Banking & Securities besteht vor allem aus den Geschäftsbereichen Global Markets, Global Equities und Global Corporate Finance. Sie bieten weltweit Kapitalmarktprodukte an, die von der unkomplizierten Begebung einer erstklassigen Staatsanleihe bis hin zur individuell strukturierten Problemlösung für komplexe Finanzbedürfnisse reichen.

Private Clients and Asset Management. PCAM bestand 2002 aus Personal Banking, Private Banking sowie Asset Management. Die Optimierung dieser Geschäftsaktivitäten ist ein vorrangiges Konzernziel. Um am Markt noch schlagkräftiger auftreten zu können, haben wir im Oktober 2002 begonnen, PCAM neu zu strukturieren. Der Konzernbereich wird neben dem neuen Unternehmensbereich Private & Business Clients eine zweite Einheit umfassen, die sich aus Private Wealth Management, Asset Management und den zuletzt CIB zugehörigen Private Clients Services zusammensetzt.

Private & Business Clients konzentriert sich auf vermögensbildende Privatkunden und kleinere Unternehmen in den drei Kernmärkten Deutschland, Italien und Spanien. In dem neuen Unternehmensbereich wird damit das bisherige Personal Banking-Geschäft mit der Betreuung von kleineren Unternehmen – für die zuvor CIB zuständig war – und Teilen des ehemaligen Private Banking zusammengefasst. Durch die gemeinsame Plattform und den einheitlichen Auftritt unter der Marke Deutsche Bank erzielen wir eine bessere Marktdurchdringung und Kostenersparnisse.

Private Wealth Management wendet sich weltweit an vermögende Privatkunden. Wir bieten individuelle Lösungen für das Vermögensmanagement dieser sehr anspruchsvollen Klientel im jeweiligen Heimatland oder in anderen Ländern an.

Drei Konzernbereiche

Angebot aus einer Hand

Struktur weiterentwickelt

Bessere Marktdurchdringung

Ein führender Vermögensverwalter

Asset Management besteht aus unserem starken Publikumsfondsgeschäft in Europa (DWS Investments) und in den Vereinigten Staaten (Scudder Investments) sowie aus dem globalen institutionellen Geschäft. Mit einem betreuten Vermögen von insgesamt rund 1 000 Mrd € Ende 2002 gehört PCAM zu den weltweit führenden Anbietern in diesem Markt. Im Immobilienanlagesektor sind wir global die Nummer eins.

Corporate Investments. Im Konzernbereich Corporate Investments sind Private Equity, Immobilien und unsere traditionellen Industriebeteiligungen zusammengefasst. Nach einer kritischen Durchsicht des Geschäftsportfolios und Analyse der strategischen Optionen beschlossen wir, uns Anfang 2003 von einem erheblichen Teil des Private Equity-Geschäfts zu trennen.

Strategische Initiativen. Die neue Managementstruktur mit ihren klar definierten Zuständigkeiten war eine wichtige Voraussetzung, um unsere strategischen Initiativen zielstrebig und zügig umzusetzen:

Kosten gesenkt

Konzentration auf laufendes Ergebnis. Das Ziel, die Zahl unserer Mitarbeiter bis Mitte 2003 um rund 14 500 zu reduzieren, hatten wir zum Ende des Berichtsjahres bereits zu fast 80% erreicht. Die vergleichbar gerechneten operativen Kosten konnten 2002 durch gesteigerte Effizienz, niedrigere dispo­nible Aufwendungen und bei Berücksichtigung von Konsolidierungseffekten aus dem Kauf und Verkauf von Geschäftsaktivitäten um insgesamt rund 3,8Mrd€ gesenkt werden.

Randaktivitäten verkauft

Fokussierung auf das Kerngeschäft. 2002 und im ersten Quartal des Jahres 2003 trennten wir uns von etlichen Bereichen. Die Versicherungstochter Deutscher Herold ging im April 2002 an Zurich Financial Services. Wir verkauften die in der Absatzfinanzierung aktive Deutsche Financial Services in den USA, Teile des französischen Filialbankgeschäfts und das indexgebundene (passive) Vermögensmanagement. Veräußert wurde auch der überwiegende Teil unseres Wertpapierverwahrungsgeschäfts. Mehrere Tochtergesellschaften aus dem IT-Sektor haben wir vollständig abgegeben oder uns auf eine Minderheitsbeteiligung zurückgezogen. Bereiche unserer IT-Infrastruktur auf dem europäischen Kontinent sowie unseres Gebäude- und Flächenmanagements gliederten wir aus.

Unsere Hypothekenbank Eurohypo AG verschmolzen wir mit dem Hypothekenbankgeschäft der Commerzbank und der Dresdner Bank zu einer führenden europäischen Bank für die Finanzierung von Immobilien und des öffentlichen Sektors. Am Jahresende 2002 hielt die Deutsche Bank einen Anteil von knapp 35%.

Risikoaktiva verringert

Verbesserung der Kapital- und Bilanzsteuerung. Um unsere aufsichtsrechtliche Kapitalposition zu stärken und die Eigenkapitalrentabilität zu erhöhen, haben wir die Risikoaktiva im Jahresverlauf 2002 um 68 Mrd €

vermindert. Per 31. Dezember konnte die BIZ-Kernkapitalquote auf 9,6% gesteigert werden. Außerdem kauften wir 2002 im Rahmen des von der Hauptversammlung beschlossenen Aktienrückkaufprogramms gut 38 Mio Stück Deutsche Bank-Aktien zurück.

Optimierung des Konzernbereichs PCAM. Mit der Übernahme der Asset Management-Gesellschaft Scudder und der Immobilienanlagegesellschaft RREEF hat PCAM seine Markt- und Ertragsposition grundlegend verbessert. Das Geschäftsportfolio wurde durch die Umstrukturierung noch stärker auf die unterschiedlichen Kundensegmente und -wünsche ausgerichtet. Unsere Vermögensverwaltung in den USA, Europa und Asien/Pazifik bauten wir aus. Die Stellung im Private Banking-Geschäft mit vermögenden Kunden in den USA konnten wir durch die Akquisition von Scudder ebenfalls verbessern.

Akquisitionen im Asset Management

Die im Frühjahr 2002 aufgenommene Kooperation mit der Deutschen Vermögensberatung AG (DVAG) stärkt unsere Vertriebskraft im Investmentfondsgeschäft sowie bei Bank- und Baufinanzierungsprodukten.

Eine kleinere, für PCAM aber strategisch bedeutsame Akquisition haben wir Anfang Februar 2003 vereinbart. Von der Zurich Financial Services werden wir die Schweizer Privatbank Rüd, Blass & Cie AG Bankgeschäft übernehmen. Sie verfügt über besondere Fachkenntnisse und Erfahrungen im aktienorientierten Vermögensverwaltungsgeschäft für gehobene Privatkunden. Rüd, Blass & Cie erweitert unsere vorhandene Plattform im Private Wealth Management in idealer Weise.

Private Banking-Geschäft ausgebaut

Wir sind dort, wo unsere Kunden sind



Niederlassungsverzeichnis im Internet: www.deutsche-bank.de/nlv



Transparenz. Gemeinsame Elemente der unterschiedlichen Corporate Governance-Regelungen in Europa sind Verantwortlichkeit und Transparenz. Entscheidend aber ist, dass vernünftige Grundsätze auch ohne Einschränkung angewendet werden: Dafür ist die Deutsche Bank beispielhaft in Europa. **Paul Arlman, Mitglied des Verwaltungsrates, ECGI-European Corporate Governance Institute; Generalsekretär, FESE-Federation of European Securities Exchanges, Brüssel**

Corporate Governance als Teil unseres Selbstverständnisses

Grundsätze zur verantwortungsvollen Führung und Kontrolle der Deutschen Bank

Die Deutsche Bank hat bereits im März 2001 als erstes Unternehmen im DAX 30 eigene Corporate Governance-Grundsätze veröffentlicht. Die speziell auf die Deutsche Bank zugeschnittenen Leitlinien regeln vor allem die Beziehungen zu den Aktionären, die Aufgaben und Pflichten von Vorstand und Aufsichtsrat, die Ausgestaltung und Veröffentlichung der erfolgsorientierten Vergütung dieser beiden Gremien sowie die Anforderungen an Rechnungslegung und Transparenz. Wir machen mit diesen Grundsätzen öffentlich, wie wir eine verantwortungsbewusste, auf Wertschöpfung ausgerichtete Leitung und Kontrolle des Unternehmens verwirklichen wollen. Die Corporate Governance-Grundsätze sollen das Vertrauen von heutigen und künftigen Aktionären, Kunden, Mitarbeitern und der Öffentlichkeit national wie international fördern und vertiefen.

Vertrauen fördern

Weitergehende freiwillige Selbstverpflichtung. Im Jahr 2002 wurde der Deutsche Corporate Governance Kodex von der eigens hierfür eingerichteten Regierungskommission verabschiedet. Die meisten der Empfehlungen und Anregungen waren in unseren Corporate Governance-Grundsätzen bereits enthalten, so dass wir nur wenige Ergänzungen vornehmen mussten. Vorstand und Aufsichtsrat haben am 30. Oktober 2002 die angepassten Corporate Governance-Grundsätze verabschiedet. Sie gehen als freiwillige Selbstverpflichtung über die gesetzlichen Vorschriften und zum Teil über den Deutschen Corporate Governance Kodex hinaus. Neben der Veröffentlichung der individuellen Bezüge ihrer Vorstandsmitglieder publiziert die Deutsche Bank zeitnah auch alle Geschäfte von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats in Aktien der Deutschen Bank AG oder hierauf bezogenen Derivaten. Geschäfte unterhalb der gesetzlichen Bagatellgrenze werden ebenfalls berücksichtigt.

Frühzeitige Transparenz

Entsprechenserklärung. Vorstand und Aufsichtsrat haben gemäß § 161 Aktiengesetz am 30. Oktober 2002 erklärt, dass die Deutsche Bank AG den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ mit folgenden Ausnahmen entspricht:

- Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats besteht eine Directors&Officers-Versicherung mit geringem Selbstbehalt (Kodex Ziffer 3.8). Es handelt sich dabei um eine Gruppenversicherung für eine Vielzahl von Mitarbeitern im In- und Ausland. Im Ausland ist ein höherer Selbstbehalt nicht üblich; eine Differenzierung zwischen Organmitgliedern und Mitarbeitern erscheint insoweit nicht sachgerecht.
- Der Vorsitz in den Aufsichtsratsausschüssen wird bislang nicht gesondert vergütet. Vorstand und Aufsichtsrat werden der nächsten Hauptversammlung vorschlagen, § 14 Abs. 1 der Satzung der Deutschen Bank AG um eine Regelung zur Vergütung des Vorsitzes in den Aufsichtsratsausschüssen zu ergänzen (Kodex Ziffer 5.4.5 Abs. 1 Satz 3).

Corporate Governance-Bericht vorgelegt

Klare Verantwortlichkeiten und Kontrollen. Neu eingerichtet hat die Deutsche Bank die konzernweite Überwachung der Einhaltung unserer Corporate Governance-Grundsätze. Verantwortlichkeiten und Pflichten zur Beachtung der einzelnen gesetzlichen und freiwilligen Corporate Governance-Anforderungen wurden klar zugewiesen. Dies unterstützt den Corporate Governance-Verantwortlichen im Vorstand, Clemens Börsig, bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Der Corporate Governance-Verantwortliche hat seinen Bericht über die Einhaltung der Corporate Governance-Grundsätze dem Vorstand und dem Aufsichtsrat vorgelegt. Vorstand und Aufsichtsrat sind überzeugt, dass die Corporate Governance-Grundsätze auch 2002 vollständig eingehalten wurden.

Der Stabsbereich Compliance sorgt dafür, dass die kapitalmarktrechtlichen Verhaltensvorschriften beachtet werden, insbesondere um Interessenkonflikte im Wertpapiergeschäft zu vermeiden. Der Compliance-Beauftragte überzeugte sich durch seine Überwachungsmaßnahmen und Kontrollen davon, dass entsprechende Gesetze und bankinterne Regelungen beachtet wurden. Er hat dem Vorstand einen Bericht über die Beachtung der Compliance-Vorschriften vorgelegt, der auch dem Aufsichtsrat zugeleitet wurde.

Spitzenposition in Europa

Den hohen Standard unserer Corporate Governance-Grundsätze hat die Beratungsfirma Déminor in einer Studie über die EURO STOXX 50-Unternehmen erneut mit einem hervorragenden dritten Platz bestätigt. Wir sind zuversichtlich, auch künftig mit unserer Corporate Governance im nationalen und internationalen Vergleich eine führende Position einzunehmen.

Sarbanes-Oxley Act verabschiedet

Amerikanische kapitalmarktrechtliche Vorgaben. Die Aktie der Deutschen Bank ist an der New York Stock Exchange notiert. Daher unterliegen wir auch den Zulassungsregeln dieser Börse und der US-amerikanischen Kapitalmarktgesetzgebung. Mit der Verabschiedung des so genannten Sarbanes-Oxley Act im Juli 2002 und den Ausführungsbestimmungen der Securities and Exchange Commission (SEC) soll die Corporate Governance in den Unternehmen gestärkt, der Schutz der Anleger verbessert und verlorenes Vertrauen in die Kapitalmärkte zurückgewonnen werden. Viele der neuen Anforderungen erfüllt die Deutsche Bank bereits, so dass nur noch wenige SEC-Regelungen umzusetzen sind. Beispielhaft hervorzuheben sind:

- Die geforderten internen Kontroll- und Berichtsprozesse, die sicherstellen, dass wesentliche Informationen über den Konzern Deutsche Bank rechtzeitig und vollständig vorliegen, werden dokumentiert und ständig analysiert. Ferner wird ein Zertifizierungsverfahren eingeführt, das tief in die einzelnen Bereiche hineinreicht und das die materielle Richtigkeit wie auch Vollständigkeit der Finanzergebnisse gewährleistet.

- Die Aufgaben des im vergangenen Jahr eingerichteten One Voice Committee werden um detaillierte Regelungen zur Veröffentlichungspraxis erweitert (Disclosure Committee).

Einige Regeln des Sarbanes-Oxley Act stehen gleichwohl nicht im Einklang mit nationalem Recht. Vor diesem Hintergrund ist noch offen, inwieweit die SEC zum Beispiel die Besonderheiten des deutschen Gesellschafts- und Mitbestimmungsrechts in ihren Ausführungsbestimmungen berücksichtigt und einzelne Ausnahmen zulassen wird.

Dokumentation. Der vorliegende Geschäftsbericht einschließlich der zugehörigen Publikationen dokumentiert, dass wir die Corporate Governance-Grundsätze einhalten. In der Darstellung der Geschäfts- und Finanzlage sowie des Ausblicks informieren wir über die erwartete Geschäftsentwicklung. Der Risikobericht enthält Angaben zu unserem Risikomanagementsystem. Die Anteilsbesitzliste informiert über den wesentlichen Beteiligungsbesitz der Deutschen Bank. Aussagen zur Anlegerstruktur finden sich im Abschnitt Aktionäre.

Wir verstehen Corporate Governance als einen kontinuierlichen Prozess. Deshalb werden wir unsere Grundsätze im Lichte neuer Erfahrungen, gesetzlicher Vorgaben und fortentwickelter nationaler sowie internationaler Standards regelmäßig überprüfen und gegebenenfalls anpassen.

Der ausführliche Corporate Governance-Bericht 2002 einschließlich der aktuellen Corporate Governance-Grundsätze kann bei der Deutschen Bank angefordert werden (siehe Seite 261) und steht im Internet unter www.deutsche-bank.de/ir zur Verfügung.

Rechtliche Widersprüche

Corporate Governance als Prozess



Zukunftsorientierung. Bei wichtigen internationalen Themen, wie beispielsweise der Umwelt, spielen globale Unternehmen eine immer größere Rolle. Deshalb ist es so entscheidend, dass zukunftsorientierte Firmen wie die Deutsche Bank einen maßgeblichen Beitrag dazu leisten, die Nachhaltigkeit der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu sichern.

Prof. Dr. Klaus Töpfer, Exekutiv-Direktor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, UNEP, Nairobi

Für unsere Partner Mehrwert schaffen

Die Deutsche Bank handelt im Interesse ihrer Aktionäre, Kunden, Mitarbeiter und der Gesellschaft

Aktionäre, Kunden, Mitarbeiter und die Gesellschaft sind die vier Zielgruppen der Deutschen Bank, mit denen wir eine vertrauensvolle und erfolgreiche Partnerschaft anstreben.

Das Fundament ist unsere Unternehmenskultur, die Kreativität und Stärke aus der natürlichen Vielfalt der handelnden Menschen gewinnt. Es sind die Unterschiede, die uns weiterbringen. In unserer Unternehmensidentität sind die gemeinsamen Werte Leistung, Innovation, Teamwork, Vertrauen und Kundenfokus verankert. Sie geben uns Stabilität und Orientierung und sind zugleich ein entscheidender Erfolgsfaktor. So können wir Chancen auf den Märkten ergreifen und für alle vier Gruppen nachhaltig Nutzen stiften.

Aktionäre. Die Weiterentwicklung unseres Unternehmens zum Vorteil aller Zielgruppen ist von der Bereitschaft der Anleger abhängig, sich auch künftig an unserem Unternehmen zu beteiligen. Dabei stehen wir in harter Konkurrenz mit den Ertragschancen und Risikoprofilen aller anderen Kapitalanlageformen. Die Deutsche Bank stellt sich diesem Wettbewerb, indem sie ihre Unternehmensstrategie immer wieder neu auf die Anforderungen der Märkte ausrichtet. Unsere Aktionäre informieren wir frühzeitig und offen über alle wichtigen Entwicklungen; Transparenz ist uns ein vorrangiges Anliegen.

Kunden. Die Zufriedenheit unserer Kunden ist entscheidend für unseren Erfolg am Markt. Hier gilt es, attraktive Produkte und maßgeschneiderte Problemlösungen zu wettbewerbsfähigen Bedingungen anzubieten. Die Kunden und ihre Bedürfnisse stehen deshalb im Mittelpunkt unseres unternehmerischen Denkens und Handelns.

Mitarbeiter. Für die Attraktivität des Leistungsangebots sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verantwortlich. Erstklassige Ausbildung, hohe Motivation und breite Erfahrung sind die unabdingbaren Voraussetzungen, an deren Verbesserung wir kontinuierlich arbeiten. Hierfür investieren wir in ein modernes Personalwesen, das die Mitarbeiter als eigenverantwortliche Partner schätzt und fördert. Der strukturelle Wandel verlangt von unseren Mitarbeitern eine hohe Flexibilität, die wir als gemeinsame Aufgabe verstehen.

Gesellschaft. Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung als Teil der Gesellschaft. Unser breites soziales, kulturelles und wissenschaftliches Engagement will durch gezielte Aktivitäten die Chancen vor allem junger Menschen verbessern. Mit der Förderung von Bildung und Ausbildung tragen wir dazu bei, die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zu sichern. Das Gleichgewicht zwischen Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft zu erhalten ist uns ein zentrales Bedürfnis.

Vielfalt ist Teil der Unternehmenskultur

Aktionäre	Kunden
Mitarbeiter	Gesellschaft

Aktionäre

Eine attraktive Rendite für unsere Aktionäre setzt erfolgreiche Kundenbeziehungen voraus

Strukturdaten		2002	2001	2000
Aktionäre nach Gruppen in % des Grundkapitals	Institutionelle (einschließlich Banken)	82%	81%	81%
	Private	18%	19%	19%
Regionale Aufteilung in % des Grundkapitals	Deutschland	54%	47%	48%
	Europäische Union (ohne Deutschland)	27%	33%	33%
	Schweiz	10%	9%	9%
	USA	8%	8%	9%
	Andere	1%	3%	1%
Leistungskennzahlen		2002	2001	2000
Wertveränderung der Deutschen Bank-Aktie (Total Return)		- 43,7%	- 9,5%	7,3%
Anteil am Aktienumsatz (inkl. Xetra) in Deutschland		7,2%	7,6%	6,0%
Aktionärszufriedenheitsindex ¹		60	62	62
Besondere Projekte				
Erweitertes Internetangebot	Für die Hauptversammlung 2002 konnten unsere Aktionäre erstmalig per Internet neben Weisungen auch Vollmacht erteilen sowie Eintrittskarten bestellen.			
Aktienrückkaufprogramm	Systematische Umsetzung des Programms über Offenmarkt- und Derivate-geschäfte. Mit der Rückgabe von Kapital an die Aktionäre können die Eigenkapitalrendite und das Ergebnis je Aktie verbessert werden.			
¹ Der Index basiert auf der erwarteten Aktienkursentwicklung sowie der Beurteilung von generellen Informationen über die Deutsche Bank. Er wird durch eine Umfrage auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank ermittelt.				

Kunden

Kundenorientierung und Produktinnovation sind wesentlich für den Erfolg unseres Unternehmens im Wettbewerb

Strukturdaten		2002	2001	2000
Anzahl der Kunden				
Corporate and Investment Bank ¹		84 545	108 320	129 200
Private Clients and Asset Management	Personal Banking	12 500 000	12 000 000	11 200 000
	Private Banking	403 000	430 000 ²	493 000
	Asset Management ³			
	– Institutional	5 022	2 422	1 924
	– Retail	8 114 000	4 840 000	4 700 000
Leistungskennzahlen		2002	2001	2000
Corporate and Investment Bank	Euromoney Poll of Polls – Ranking	3	1	1
	Euromoney Capital Raising Poll – Ranking	3	1	1
	Euromoney Awards for Excellence, Zahl der gewonnenen Awards	23	13	31
	International Financial Review (IFR) Awards (majors)	10 (2)	7 (0)	7 (1)
Private Clients and Asset Management	Personal Banking (Deutschland)			
	– Kundenzufriedenheitsindex	66	68	67
	– Kundenbindungsindex	65	70	69
	Asset Management			
	– Position in DM/Standard & Poor's ⁴	1	1	1
Weitere Auszeichnung für Asset Management: Pensions & Investments 2002: Rang 4 bei „Managers Ranked by Total Worldwide Institutional Assets Under Management“.				
Besondere Projekte				
Private & Business Clients	Beginn der Zusammenführung des Leistungsangebots für Privat- und Geschäftskunden ab Oktober 2002 unter der Marke Deutsche Bank.			
InfoTr@ck	Einführung eines Online-Recherche-Browsers für Kunden und deren Handelspartner zur Überwachung von Außenhandelsstransaktionen entlang des gesamten Wertschöpfungsprozesses.			
Neue Wege im Aktienmarkt	Start eines innovativen Aktienprodukts, das den Anforderungen der Scharia entspricht.			
¹ 2002 und 2001 wegen Verkäufen von Geschäftsaktivitäten und veränderter Erhebungsbasis mit jeweiliger Vorjahreszahl nur beschränkt vergleichbar. ² Aus Gründen der Vergleichbarkeit neu ermittelt, ohne Kundenzahl von Deutsche Bank Alex. Brown. ³ Angesichts starker organisatorischer Veränderungen (einschließlich der Neuordnung von Kundengruppen) wurden die Zahlen für 2000 und 2001 aus Gründen der Vergleichbarkeit neu erhoben; Neuaquisitionen in 2002 waren Scudder und RREEF. ⁴ In der Kategorie „Große Gruppen“.				

Mitarbeiter

Motivierte, kenntnisreiche und kundenorientierte Mitarbeiter sind unser größter Erfolgsfaktor

Strukturdaten		2002	2001	2000
Mitarbeiter (arbeitswirksam)¹		77 442	86 524	89 784
Bereiche	Private Clients and Asset Management	46,4%	42,9%	42,6%
	Corporate and Investment Bank	44,8%	44,5%	42,5%
	Corporate Investments	0,9%	3,4%	4,0%
	DB Services	7,1%	8,4%	10,0%
	Corporate Center	0,8%	0,8%	0,9%
Regionen	Deutschland	43,7%	47,6%	48,5%
	Europa (ohne Deutschland)	27,6%	26,5%	25,6%
	Nordamerika	19,8%	17,5%	17,2%
	Südamerika	0,8%	0,8%	0,6%
	Asien/Pazifik/Afrika	8,1%	7,6%	8,0%
Qualifikation²	Hochschulabschluss	34,7%	34,5%	37,2%
	Hochschulreife	37,8%	32,4%	32,3%
	Sonstige Schulabschlüsse	27,5%	33,1%	30,5%
Alter³	bis 24 Jahre	8,7%	10,4%	11,2%
	25–34 Jahre	36,8%	37,4%	38,3%
	35–44 Jahre	32,4%	30,4%	29,4%
	45–54 Jahre	18,0%	17,4%	16,7%
	über 54 Jahre	4,1%	4,4%	4,4%
Leistungskennzahlen		2002	2001	2000
Mitarbeiter-Commitment-Index		67	70	72
Fehlzeitenquote		2,9%	2,6%	2,3%
Austritte wegen Stellenwechsels ³		3,6%	8,0%	7,8%
Weiterbildung (Aufwendungen in Mio €)		126	150	122
Ausbildung (Aufwendungen in Mio €)		53	64	63
Teilnehmer am Belegschaftsaktienprogramm ⁴		30%	–	65%
Besondere Projekte				
Globale, konzernweite Mitarbeiterbefragung		Ziel: präzises und realistisches Bild der Qualitätsfaktoren, die Einfluss auf Einstellungen und Verhaltensweisen der Mitarbeiter haben können; Grundlage für Organisationsentwicklung in komplexem Umfeld.		
„HR Online“ – konzernweites Intranetportal als Zugang zu Human Resources (HR)-Anwendungen für Mitarbeiter und Führungskräfte		Ermöglicht den Mitarbeitern direkten Zugriff auf persönliche Daten und teilweise deren Veränderung (Ziel: bessere Datenqualität, effizientere Prozesse); ermöglicht den Führungskräften unter anderem, Genehmigungsprozesse über Intranet anzustoßen (Ziel: Unterstützung bei der Führungsarbeit). Erlaubt Zugang auch zu Informationen über das weltweite Trainingsangebot (Ziel: Planung der individuellen Weiterbildung).		
<p>¹ Mitarbeiter (arbeitswirksam) = Mitarbeiter (Kopfzahl) unter anteiliger Berücksichtigung von Teilzeitarbeitskräften ohne Auszubildende und Volontäre/Praktikanten. ² Bezugsgröße: Anzahl Mitarbeiter (Kopfzahlen). ³ 2002 auf Grund geänderter Kalkulationsbasis mit Vorjahresangaben nicht vergleichbar. ⁴ 2001 ausgesetzt auf Grund der Börsensituation.</p>				

Gesellschaft

Das weltweite gesellschaftliche Engagement der Deutschen Bank ist Teil ihrer gelebten Unternehmensidentität

Strukturdaten		2002	2001	2000
Anzahl der Länder, in denen die Deutsche Bank vertreten ist (einschließlich Offshore-Standorte)		76	75	73
Leistungskennzahlen		2002	2001	2000
Ausgaben von Stiftungen und anderen gemeinnützigen Institutionen, die mit dem Konzern Deutsche Bank verbunden sind, sowie projektbezogene Ausgaben (in Mio €)				
Soziales	Deutsche Bank Stiftung Alfred Herrhausen Hilfe zur Selbsthilfe	7,5	4,0	5,0
	Deutsche Bank Americas Foundation	15,7	16,0	14,4
	Deutsche Bank Citizenship UK	4,1	6,1	4,2
	Deutsche Bank Africa Foundation	0,2	–	–
	Andere projektbezogene Ausgaben ¹	0,4	0,4	0,5
Kultur	Kultur-Stiftung der Deutschen Bank	3,6	2,7	3,7
	Andere projektbezogene Ausgaben ¹	0,7	0,8	0,9
Gesellschaft und Wissenschaft	Stiftungsfonds Deutsche Bank im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft	5,6	5,4	5,7
	Deutsche Bank Institut für Familienunternehmen an der Universität Witten/Herdecke	1,1	1,1	1,1
	Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog	1,3	1,1	0,7
Umwelt	ISO 14001, UNEP-Financial Initiative, World Business Council for Sustainable Development, econsense, Global Reporting Initiative	1,1	2,3 ²	3,3 ²
Besondere Projekte				
Hochwasserhilfe	Bereitstellung von 5 Mio € zur schnellen und direkten Hilfe für die Geschädigten des „Jahrhundert-hochwassers“ in Mitteleuropa im August 2002.			
UN Global Compact/ Microcredit	Unterstützung der neun Global Compact-Prinzipien in den Bereichen „Menschenrechte, Arbeit, Umwelt“ mit unserem Microcredit-Fonds als Modellprojekt und dessen Integration in das Global Compact Learning Forum.			
Berliner Philharmoniker	Seit der Saison 2002/2003 ist die Deutsche Bank unter dem Slogan „a vision for music“ Partner der Berliner Philharmoniker.			
Nationale Anti Doping Agentur (NADA), Deutschland	Als Gründerpartner der NADA engagiert sich die Deutsche Bank für fairen und transparenten Wettbewerb im Sport und ergänzt so ihre Kooperation mit der Stiftung Deutsche Sporthilfe.			
¹ Nur im Corporate Center angefallen.				
² Einschließlich des Wettbewerbs „Worldwide Young Researchers for the Environment“.				

Visionärer Weitblick. Die Deutsche Bank ist ein kapitalstarkes Unternehmen mit hochwertigen Dienstleistungen und bekannt für ihren visionären Weitblick. Als Investor begrüßen wir die aktuellen Maßnahmen der Deutschen Bank, um ihre Kostenstruktur und ihre Risiko-steuerung zu verbessern, sowie ihre Bereitschaft, Kapital umzuschichten, um die Rendite zu steigern. Fortschritte in dieser Hinsicht sollten sich bei jeder Marktlage auszahlen.
Julie Thomas, Investmentanalystin, Morley Fund Management, London



Deutsche Bank-Aktie im Abwärtssog der deutschen Börse

Langfristig eine überdurchschnittlich rentable Anlage

Schlechtestes Jahr für den DAX. Im Jahr 2002 gingen die Aktienkurse an den weltweit wichtigsten Börsenplätzen stark zurück. Nachdem schon die beiden vorangegangenen Jahre mit Kurseinbußen abgeschlossen hatten, brachen die Aktienkurse teilweise in einem Ausmaß ein wie seit dem Crash von 1929 nicht mehr. Besonders drastisch fielen die Kurse in Deutschland. Der Deutsche Aktienindex DAX 30 verlor im Jahresverlauf 44%. Damit hat sich der DAX gegenüber Ende 1999 um knapp 60% verringert.

DAX bricht ein

Die repräsentativen europäischen Aktienindizes zum Beispiel in London (FTSE 100: minus 25%), in Paris (CAC 40: minus 34%), aber auch in der Schweiz (SMI: minus 28%) haben 2002 erheblich weniger nachgegeben. Ebenfalls geringer fielen die Verluste in den USA aus: Der Dow Jones lag um 17% und der marktbreitere S&P500 um 24% im Minus. Offensichtlich leidet die deutsche Börse zunehmend unter den Schwächen des Standorts Deutschland. Die im Ausland in letzter Zeit immer lauter gewordenen Zweifel am Willen und an der Fähigkeit Deutschlands zur Reform überholter Strukturen führten offensichtlich nur zu oft dazu, dass ausländische Anleger deutsche Aktientitel meiden. Dabei wird die internationale Position der deutschen Unternehmen häufig nicht ausreichend berücksichtigt.

Standortschwächen

Wissenswertes über die Deutsche Bank-Aktie

2002			
Wertveränderung (Total Return)		– 43,7%	
Anteil am Aktienumsatz (inkl. Xetra) in Deutschland		7,2%	
Durchschnittlicher Börsenumsatz pro Tag		11,69 Mio Stück	
per 31.12.2002			
Ausgegebene Aktien		621 854 246	
Ausstehende Aktien		585 446 954	
Grundkapital		1 591 946 869,76 €	
Marktkapitalisierung		27,3 Mrd €	
Kurs ¹		43,90 €	
Gewicht im DAX		8,8%	
Gewicht im Dow Jones STOXX 50		1,3%	
Wertpapierkennung			
Deutsche Börse		New York Stock Exchange	
Emissionsart	Namensaktie	Emissionsart	Global Registered Share
Symbol	DBK	Währung	US-\$
WKN	514 000	Symbol	DB
ISIN	DE0005140008	CINS	D 18190898
Reuters	DBKGn.DE	Bloomberg	DBK GR

¹ Xetra Schlusskurs.

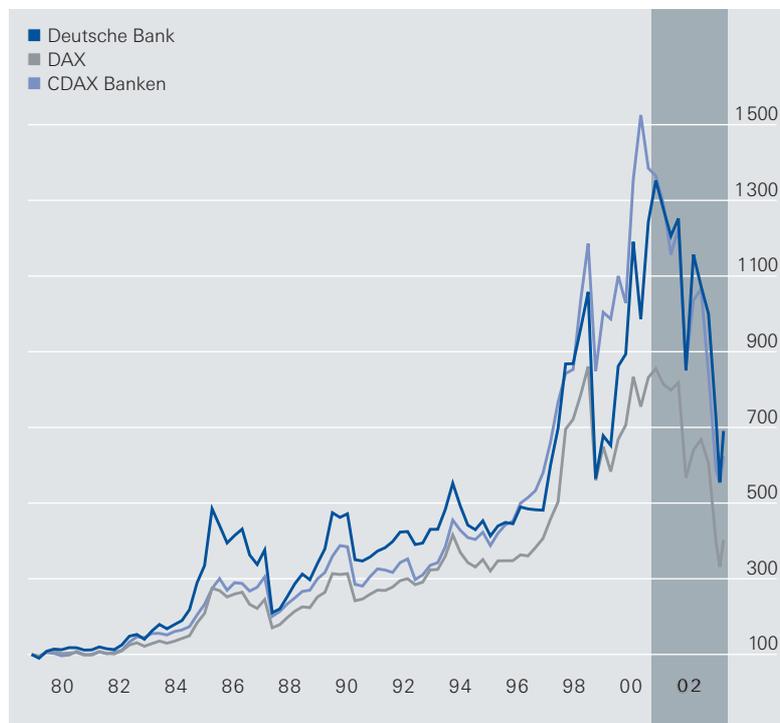
Guter Jahresbeginn

Vertrauensverlust in die Aktienanlage. Das Börsenjahr 2002 begann verheißungsvoll. In den ersten Monaten schienen die Chancen für eine wirtschaftliche Erholung in Europa – ausgehend von einer Konjunkturbelebung in den USA – gut. Davon profitierte auch die Deutsche Bank-Aktie. Im Januar 2002 erreichte sie mit 82,65 € ihr Jahreshoch. In den folgenden Monaten verschlechterte sich zwar die Stimmung und die Zurückhaltung insbesondere der internationalen Investoren nahm zu. Die Kurse blieben jedoch trotz starker, von hoher Nervosität geprägter Schwankungen relativ stabil.

Viele Belastungsfaktoren

Bei einem ohnehin angeschlagenen Vertrauen der Anleger in die Integrität der Aktienbörsen und ihrer Teilnehmer kam es im dritten Quartal zu einer allgemeinen Klimaverschlechterung. Negativrekorde bei Firmenzusammenbrüchen, offen zu Tage tretende Ertrags- beziehungsweise Strukturprobleme vieler Banken und Versicherungen sowie eine innen- wie geopolitisch begründete Verunsicherung waren wesentliche Belastungsfaktoren. Schließlich ließen Marktgerüchte über die Kreditqualität und eine drohende Zahlungsunfähigkeit im Bankensektor unseren Kurs

Langfristige Wertentwicklung



Total Return Index, Jahresanfang 1980 = 100, Quartalswerte
Quelle: Datastream

am 9. Oktober auf sein Jahrestief von 35,60 € fallen. Erst in den letzten Wochen des Jahres 2002 konnte sich die Aktie der Deutschen Bank wieder etwas aus dem allgemeinen Abwärtssog befreien. Zum Jahresabschluss notierte sie mit 43,90 € rund 23% über ihrem Tiefstand vom Herbst.

Die Marktkapitalisierung der Deutschen Bank betrug zum Jahresultimo 27,3 Mrd € (2001: 48,8 Mrd €). Im Deutschen Aktienindex DAX hatte die Aktie zum Jahresende 2002 ein Gewicht von 8,8% (2001: 6,8%). Der gesamte Börsenumsatz unserer Aktie in Deutschland erreichte 2002 rund 183 Mrd €; dies ist der zweite Rang unter den DAX-Werten.

Die Deutsche Bank-Aktie ist seit dem 3. Oktober 2001 auch an der New Yorker Börse notiert. Im ersten vollen Kalenderjahr hat sich der Umsatz in unseren Titeln kontinuierlich erhöht: von durchschnittlich rund 35000 Stück pro Tag im ersten Halbjahr auf mehr als doppelt so viele (72000) in der zweiten Jahreshälfte. Wir sind zuversichtlich, dass sich dieser Aufwärtstrend fortsetzen wird.

Höhere langfristige Rendite als der DAX. Trotz des starken Kurseinbruchs im Jahr 2002 war unsere Aktie im längerfristigen Vergleich eine lohnende Anlage. Investoren, die zu Beginn des Jahres 1980 Deutsche Bank-Aktien im Betrag von umgerechnet 10000 € erwarben, besaßen Ende 2002 ein Depot im Wert von 65191 €, wenn sie sich an Kapitalerhöhungen ohne Zuführung zusätzlicher Mittel beteiligten und die Bardividende für den Kauf neuer Aktien verwendeten. Das entspricht einer jährlichen Rendite von 8,5% im Durchschnitt des Beobachtungszeitraums und ist mehr als eine Anlage im deutschen Markt, der, gemessen am DAX, auf einen Anstieg von 8% kommt.

Schmalere Aktienbasis im Ausland. Die Zahl unserer Aktionäre ist trotz des schwierigen Umfelds erfreulicherweise nur leicht gesunken. Zum 31. Dezember 2002 waren 512519 (2001: 523059) Aktionäre in unserem Register eingetragen. Die insgesamt 621854246 ausgegebenen Aktien entfielen zu 82% auf institutionelle Anleger (einschließlich Banken) und zu 18% auf Privatpersonen.

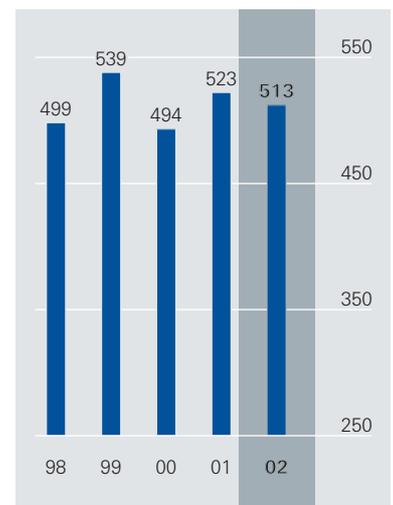
Das offenkundig nachlassende Interesse internationaler Investoren spiegelt sich auch in der regionalen Aktionärsstruktur wider. Nachdem der von Ausländern gehaltene Aktienanteil seit 1998 kontinuierlich – bis auf 53% zum Jahresende 2001 – gestiegen war, ging er im Berichtsjahr erstmals wieder auf 46% zurück. Am stärksten haben Investoren mit Sitz in Großbritannien ihre Deutsche Bank-Aktienbestände abgebaut.

Meldepflichtige Großaktionäre gemäß §21 Wertpapierhandelsgesetz mit einem Anteil von über 5% sind uns nicht bekannt. Die spanische Sparkasse LaCaixa hat nach eigenen Angaben einen Anteil an der Deutschen Bank von 3,6%.

Umsatzstarke Deutsche Bank-Aktie

Lohnende Anlage

Anzahl der Aktionäre leicht rückläufig in Tausend zum Jahresende

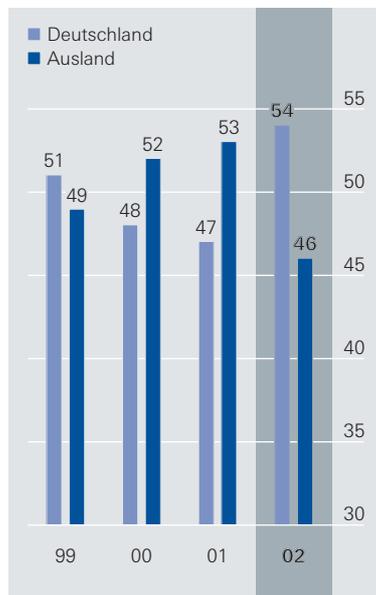


Präsenz gesteigert

Hauptversammlung mit höherer Präsenz. Rund 6 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (2001: 5 300) kamen zu unserer Hauptversammlung am 22. Mai 2002 in die Frankfurter Festhalle. Insgesamt waren 35,8% des stimmberechtigten Kapitals bei der Beschlussfassung vertreten. Damit konnten wir erneut die Aktienpräsenz steigern und uns gegenüber dem Tiefstand des Jahres 2000 (31,9%) deutlich verbessern. Unsere Internetanwendungen rund um die Hauptversammlung bauten wir aus. Erstmals konnten Aktionäre via Internet neben Weisungen auch Vollmacht erteilen und Eintrittskarten bestellen. Die zunehmende Popularität dieses Mediums stimmt uns optimistisch, dass dies auch der Stimmrechtsausübung bei unseren künftigen Hauptversammlungen zugute kommt.

Abnehmender Auslandsanteil

Grundkapital in % zum Jahresende



Hoher Informationsbedarf

Die Hauptversammlung 2002 stand im Zeichen des personellen Wechsels im obersten Leitungs- und Kontrollgremium der Deutschen Bank. Mit Ablauf der Veranstaltung schied Hilmar Kopper als Aufsichtsratsvorsitzender aus, zu seinem Nachfolger wurde Rolf-E. Breuer, bis dahin Vorstandssprecher, gewählt. Josef Ackermann, seit 1996 im Vorstand der Deutschen Bank AG, wurde neuer Vorstandssprecher.

Sämtliche Beschlüsse unserer Hauptversammlung kamen wieder mit großer Mehrheit zu Stande. Die Aktionäre erneuerten die Ermächtigung zu einem Aktienrückkaufprogramm. Es wurde vom Vorstand im Juni beschlossen und im Juli gestartet. Nach dem deutschen Aktiengesetz sind wir dadurch befugt, bis zu 62 Mio Aktien (das heißt 10% der insgesamt ausgegebenen Aktien) vor Ablauf dieser Berechtigung im September 2003 zurückzukaufen. Über den Stand unseres Aktienrückkaufprogramms informieren wir die Öffentlichkeit regelmäßig. Bis zum Jahresende 2002 hatten wir 38,1 Mio Stück, das sind 6,1% unserer ausgegebenen Aktien, zu einem durchschnittlichen Kurs von 53,97 € erworben. Mit der Rückgabe von Kapital an unsere Aktionäre können wir die Eigenkapitalrendite und das Ergebnis je Aktie erhöhen.

Herausforderung für Investor Relations. Das raue Börsenklima und das durch Unternehmensskandale erschütterte Vertrauen in die Integrität der Wertpapiermärkte waren 2002 für unsere Finanzkommunikation eine große Herausforderung. Nur durch eine frühzeitige, offene und konsistente Information der Finanzmärkte konnten wir tragfähige Aktionärsbeziehungen (Investor Relations) aufbauen beziehungsweise aufrecht erhalten. Hilfreich war, dass wir uns dabei auf die Anfang 2001 in der Deutschen Bank gestartete Initiative für eine bessere finanzielle Transparenz stützen konnten.

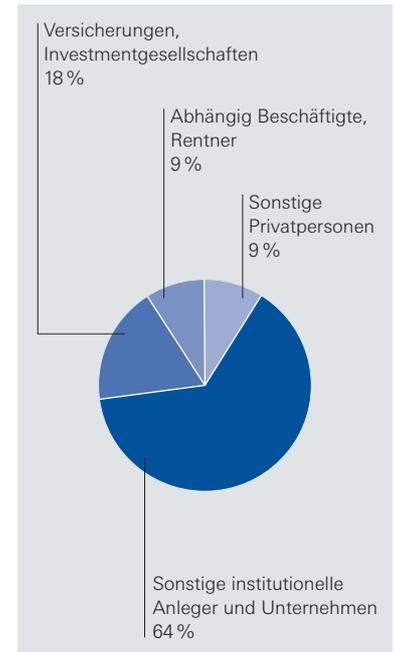
Die Aufgabe, unsere Unternehmensstrategie in einem schwierigen Umfeld der Öffentlichkeit zu vermitteln, hat unsere Investor Relations-Aktivitäten im Jahr 2002 geprägt. Um dem hohen Informationsbedarf der Bankanalysten und Anleger nachzukommen, starteten wir nach der Hauptversammlung eine Präsentationsreihe (Roadshow) an allen wichtigen internationalen Finanzplätzen. Der neue Vorstandssprecher Josef Ackermann stellte seine strategischen Initiativen vor und sich selbst den Fragen eines interessierten Fachpublikums.

Mit über 35 schriftlichen Investor Relations-Mitteilungen, die zeitgleich im Internet verfügbar waren, unterrichteten wir sowohl institutionelle als auch private Anleger weltweit über wichtige Ereignisse der Deutschen Bank. Insgesamt führten wir 310 Gespräche (2001: 210) mit internationalen Investoren in kleinem Kreis, verstärkt auch per Video- oder Telefonkonferenz. In Analystenkonferenzen informierten wir regelmäßig über den Geschäftsverlauf und strategische Maßnahmen. Diese Veranstaltungen werden ebenfalls live im Internet übertragen, um allen Interessierten ohne Einschränkung den direkten Zugang zu gewähren. Auch der Dialog mit unseren privaten Aktionären ist uns wichtig. Die vielen Anrufe und sehr weit gespannten Fragen, die uns über unsere Aktionärs-Hotline (0800 910 8000) erreichen, zeigen, wie groß das Interesse an der Entwicklung der Deutschen Bank ist. An allen wichtigen Terminen im Deutsche Bank-Finanzkalender bieten wir die Möglichkeit, mit uns über das Internet in Verbindung zu treten, um aktuelle Fragen zur Geschäftsentwicklung zu diskutieren.

Dividendenvorschlag 2002. Der Hauptversammlung im Juni 2003 wird vorgeschlagen, für das Geschäftsjahr 2002 eine unveränderte Dividende von 1,30 € je Aktie auszuschütten.

Verteilung des Grundkapitals

621,9 Mio Aktien zum Jahresende 2002



Konstante Dividende

Partnerschaft. Mit der Deutschen Bank haben wir eine enge Verbindung. Sie erlaubt es uns, auf der Basis unserer gemeinsamen Netzwerke und Geschäftsstrategien herausragende Ergebnisse zu erzielen.

Zhu Xinqiang, General Manager, Bank of China, Beijing



Corporate and Investment Bank

Innovation und Kundenorientierung bewähren sich unter schwierigsten Marktbedingungen

Für den Konzernbereich Corporate and Investment Bank (CIB) – siehe Seite 11 – war 2002 ein schwieriges Jahr. Starke Schwankungen an den Börsen, beträchtliche Rückgänge im Emissionsgeschäft und bei Mergers & Acquisitions (M&A), steigende Insolvenzen und ein schwindendes Anlegervertrauen kennzeichneten die Märkte.

In diesem angespannten Umfeld gelang es CIB, auf zahlreichen Geschäftsfeldern Marktanteile zu gewinnen. Der Konzernbereich konnte sich erfolgreich auf die Unbeständigkeit des Marktes einstellen und seine Position weiter festigen.

Unsere Aktivitäten an den Märkten für Eigen- und Fremdkapital erfuhren vielfach Anerkennung. Insbesondere unser Derivategeschäft erhielt namhafte Preise. Die Fachzeitschrift International Financial Review zeichnete die Deutsche Bank aus als „Derivatives House of the Year“ und „Interest Rate Derivatives House of the Year“. Das Magazin Risk erkannte uns den Titel „Derivatives House of the Year“ sowie Auszeichnungen für Interest Rate Derivatives, Credit Derivatives, Energy/Commodity Derivatives und Equity Derivatives Research zu.

Corporate Banking & Securities

Im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities sind vor allem die Verkaufs- und Handelsaktivitäten der Geschäftsbereiche Global Markets und Global Equities sowie das weltweite Corporate Finance-Geschäft zusammengefasst.

Ergebnis vor nicht operativen Kosten 2002

In einem schwierigen Umfeld sanken die Erträge in CIB um 18% auf 14,3 Mrd €. Der Aktienhandel war stark von den angespannten Marktbedingungen betroffen. Im Handel mit festverzinslichen Wertpapieren und verbundenen Produkten betrug der Ertragsrückgang lediglich 7%. Die in CIB eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Effizienz und zur Kosteneinsparung führten zu einem Rückgang der operativen Kostenbasis um 18% auf 11,3 Mrd €. Das Ergebnis vor nicht operativen Kosten betrug 2002 1,3 Mrd € nach 3,2 Mrd € im Vorjahr. Darin war eine um 1,2 Mrd € auf 1,7 Mrd € erhöhte Risikovorsorge im Kreditgeschäft verkräftet, in der sich das verschlechterte wirtschaftliche Umfeld widerspiegelte.

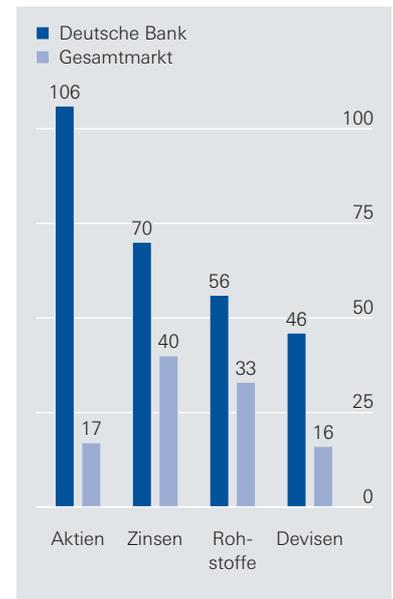
Corporate and Investment Bank¹

in Mio €	2002	2001
Erträge insgesamt	14 319	17 474
Risikovorsorge insgesamt	- 1 740	- 581
Operative Kostenbasis	- 11 285	- 13 729
Ergebnis vor nicht operativen Kosten	1 294	3 164
Durchschnittliches Active Equity	16 250	18 697
BIZ-Risikopositionen	156 096	187 945
Aktiva	643 668	677 623

¹ Erläuterungen und weitere Detailangaben siehe Seite 90 und Seite 176.

CIB: starkes Wachstum im Derivategeschäft

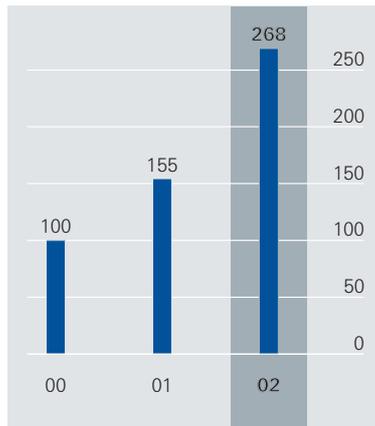
Volumenwachstum in 2001/2002 gegenüber 2000 in %



Deutsche Bank: Kundenvolumina
Quelle für Gesamtmarkt: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Britischer Bankenverband

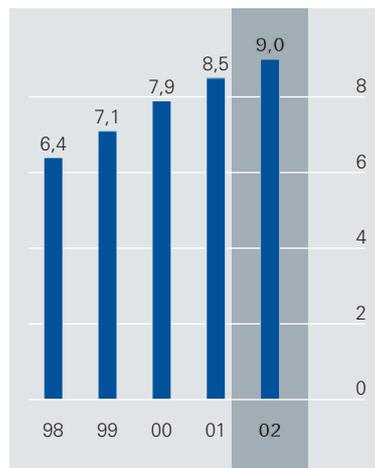
Global Markets: zunehmender Handel mit Kreditderivaten

Nettoneuvolumen in Credit Default Swaps Index im Jahr 2000 = 100



Global Markets: internationale Anleihen weiter im Aufwind

Marktanteil in %



Alle internationalen Anleihen
Quelle: Thomson Financial

Global Markets umfasst sämtliche Handels-, Verkaufs- und Analyse- (Research)-Aktivitäten im Geschäft mit Devisen, mit Staats-, Unternehmens- und anderen erstklassigen Anleihen, mit Schwellenländern, mit börsennotierten und außerbörslichen Derivaten, mit Rohstoffen, mit strukturierten Transaktionen sowie mit Geldmarkt-, Repo- und Wertpapierverbriefungstransaktionen.

Die über weite Strecken des Jahres 2002 erwarteten, aber ausbleibenden Zinssenkungen in wichtigen Währungen waren für die Märkte eine Herausforderung. Gleichwohl konnte Global Markets sein Geschäft in festverzinslichen Wertpapieren, vor allem mit großen Unternehmen und Finanzinstituten sowie insbesondere in den USA, ausweiten.

Global Markets profitierte im Berichtsjahr entscheidend von wachsenden Umsätzen in Derivaten. Im Geschäft mit Kreditderivaten konnten rund 500 neue Kunden gewonnen werden; das Volumen bei Zinsderivaten beziehungsweise Kreditderivaten steigerten wir um 31% beziehungsweise 73%.

Risikomanagement wurde im Jahr 2002 noch wichtiger – sowohl für uns selbst als auch für unsere Kunden. Zahlreiche Branchenumfragen und Auszeichnungen bestätigten die Kompetenz der Deutschen Bank auf diesem Feld. So wählte uns die Zeitschrift Euromoney zum zweiten Mal in Folge zum „World’s Best Risk Management House“ sowie zum „Best Risk Management House in Western Europe“.

Das US-amerikanische Geschäft von Global Markets expandierte 2002 stark. Trotz etwa 20% niedrigerer Rentenemissionen in den USA gelang es uns, die Platzierungen für nordamerikanische Unternehmen zu verdreifachen.

Erstmals setzte sich die Deutsche Bank 2002 an die Spitze der internationalen Anleiheemissionen. Zum vierten Mal in Folge führte sie die auf Euro lautenden Anleihen an. Für eine große US-amerikanische Bank emittierten wir etliche Titel in US-Dollar. Zudem gab es eine Reihe bedeutender Emissionen für europäische Staaten.

Auch bei den Asset-backed Securities übernahm die Deutsche Bank in den USA und in Europa die Führungsposition. Das brachte uns von der Fachzeitschrift International Financial Review die Auszeichnung „North American and European Securitization House of the Year“ ein. Bei der Verbriefung von US-Automobilfinanzierungen in Höhe von 5 Mrd US-Dollar, dem bisher größten Geschäft dieser Art, spielte die Deutsche Bank eine zentrale Rolle.

Unser wachsendes Gewicht in den USA zeigte sich auch am Markt für Schatzanweisungen (Treasuries). Eine vom Institutional Investor durchgeführte Umfrage erklärte uns zum „Top Dealer“ dieses Segments.

Der Geschäftsbereich **Global Equities** umfasst das gesamte Aktiengeschäft, das heißt Kassageschäfte, Analyse, Verkauf und Handel von Aktien, Strukturierung von und Handel in Aktienderivaten sowie Zusatzleistungen im Aktiengeschäft (Equity Prime Services).

2002 konnte die Deutsche Bank ihre Stellung unter den drei führenden Häusern bei Wandelanleihen, Aktienderivaten, im Programmhandel sowie Equity Prime Services konsolidieren. In der Aktienanalyse zählen wir nach dem Urteil des Magazins Global Investor zu den unabhängigen Teams am Markt.

Unsere Spitzenposition im Geschäft mit europäischen Aktien, insbesondere in den zwei wichtigsten Märkten Europas – Großbritannien und Deutschland –, haben wir behauptet. In Großbritannien erreichte die Deutsche Bank einen Marktanteil von mehr als 10% im Sekundärhandel. In der europäischen Umfrage der Fachzeitschrift Institutional Investor belegte unsere Aktienanalyse 2002 den dritten Platz.

Vor allem mit neuen Produkten waren wir im deutschen Markt für Optionscheine erfolgreich. Hier verdrängte die Deutsche Bank erstmals den langjährigen Marktführer.

In den USA hat Global Equities seine Präsenz weiter ausgebaut. Unsere Analysten schnitten in der alljährlichen Bewertung im Institutional Investor sehr gut ab.

In Asien begannen sich 2002 unsere Investitionen auszuzahlen. Die Deutsche Bank gehörte im Geschäft mit asiatischen Aktien zu den fünf führenden Häusern. Unsere Aktienanalyse kam in Japan in der Nikkei-Umfrage auf Rang zwei, für ganz Asien konnten wir uns in der Untersuchung der Zeitschrift Institutional Investor um vier Plätze verbessern. Die Fähigkeit zur Innovation war auch 2002 für unseren Erfolg entscheidend. So führte Global Equities mehrere Produkte, vor allem durch seine Strategic Equity Transactions Group, am Markt ein. Die Deutsche Bank war bei einer Reihe von Aktien-Swaps, Derivategeschäften und Paketverkäufen (Block Trades) für eine große europäische Bank federführend. Außerdem arrangierten wir ein beschleunigtes Bookbuilding für ein großes europäisches Unternehmen.

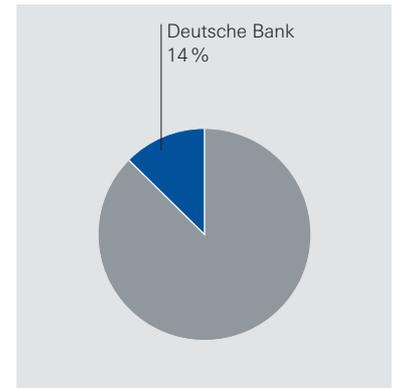
Eine andere Neuerung war das Xavex Online-Handelssystem, dessen Volumen im Berichtsjahr um fast 400% gestiegen ist. Das 2002 aufgelegte Xavex Dynamic Bond Portfolio ist das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit von Global Equities und Global Markets. Das gilt auch für die Zertifikate, die den Vorschriften der Scharia genügen (Islamic Equity Builder Certificates). Der Garantiefonds DWS Funds Flex Protect ist das erste gemeinsame Produkt von DWS und Global Equity Derivatives.

Zum Geschäftsbereich **Global Corporate Finance** gehören Mergers & Acquisitions (M&A) and Advisory, Equity Capital Markets, Credit Trading and Debt Products sowie Global Relationship Management.

Das Corporate Finance-Geschäft profitierte von dem weiteren Ausbau unserer Branchengruppen zum Beispiel für Finanzinstitute, die Konsumgüterindustrie und für Immobilien, aber auch von verstärkten Marktanstrengungen in Großbritannien und Frankreich.

Während 2002 die Geschäftsabschlüsse bei Mergers & Acquisitions weltweit um insgesamt 39% zurückfielen, konnte die Deutsche Bank ihren Marktanteil von 6% auf 17% erhöhen.

Global Equities: führend im europäischen Aktienhandel
Marktanteil 2002 in %



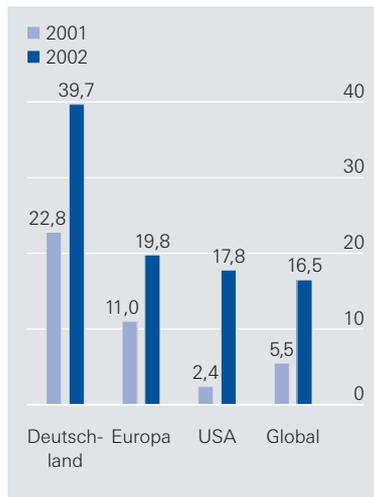
Quelle: Autex data

Engere Zusammenarbeit

M&A-Marktanteil verdreifacht

Global Corporate Finance: weltweite Marktgewinne im Beratungsgeschäft

Marktanteile in %



Abgeschlossene Fusionen und Übernahmen
Quelle: Thomson Financial

Stellung bei hochverzinslichen Anleihen verbessert

Marktgewinne bei US-Aktien

Bei den angekündigten M&A-Transaktionen nahm die Deutsche Bank in Deutschland den ersten Platz ein. In Großbritannien gehörten wir zu den drei erfolgreichsten Häusern. Herausragend war das Beratungsmandat für eine führende britische Ölgesellschaft.

In den USA stand die Deutsche Bank einem Kunden bei der größten Telekommunikationstransaktion des Jahres 2002 zur Seite. Wir arrangierten im US-Immobilien Sektor die umfangreichste private Transaktion für ein Einkaufszentrum und übernahmen ein Beratungsmandat bei dem größten US-amerikanischen Buy-out seit 1989 in der Holzwirtschaft.

Im asiatisch-pazifischen Raum war die Deutsche Bank 2002 an wesentlichen Transaktionen beteiligt. So haben wir bei der Zusammenstellung eines Gemeinschaftsprojekts aus vier der weltweit größten Gesellschaften zum Bau und Betrieb einer wichtigen Pipeline in China beraten. Ebenso begleiteten wir die umfangreichste Konzernentflechtung der australischen Geschichte und ein viel beachtetes M&A-Geschäft in Neuseeland. Im Jahr 2002 waren wir in Australien und Neuseeland die Nummer eins im M&A-Geschäft.

Die Deutsche Bank behauptete 2002 ihre Führungsrolle im Kreditgeschäft mit Kunden in zahlreichen Transaktionen, obwohl wir zugleich unsere Risikoaktiva reduzierten und die Bilanz entlasteten. Die Fachzeitschrift International Financial Review ernannte uns zum „Loan House of the Year“. Die Finanzierung für ein führendes Tabakunternehmen wurde zur „European Loan of the Year“ gewählt. Die Deutsche Bank errang auch das Prädikat „European Loan Trading House of the Year“.

In Nord- und Lateinamerika konnte sich die Deutsche Bank im Markt für hochrentierliche Schuldtitel auf Rang zwei platzieren. Wir verdoppelten unseren Marktanteil. Die Zeitschrift International Financial Review ernannte die Deutsche Bank zum „U.S. High Yield Bond House of the Year“. Erfolge erzielten wir auch in Nichtdollarwährungen bei hochverzinslichen Anleihen. Mit einer Marktabdeckung von über 40% stiegen wir hier zur Nummer eins auf. In Japan festigte die Deutsche Bank ihre Stellung durch mehrere Transaktionen, darunter die maßgebliche Beteiligung an den zwei größten Management Buy-outs.

Im Geschäft mit Aktien und aktienbezogenen Emissionen in Europa, im Mittleren Osten und in Afrika erhöhte die Deutsche Bank ihren Marktanteil auf 13,8% und rückte auf den Spitzenplatz vor. An der ersten Börseneinführung in Großbritannien seit Juli 2001 waren wir maßgeblich beteiligt. Für ein portugiesisches Unternehmen und einen schweizerischen Chemiekonzern wickelten wir innovative aktienbezogene Transaktionen ab.

Den Marktanteil der Deutschen Bank bei US-Aktienemissionen haben wir mehr als verdoppelt: Während der gesamte Markt um 23% schrumpfte, steigerten wir die Volumina um 66%. Die Deutsche Bank war Konsortialführer bei dem bisher größten Börsengang eines Spielkasinos. Zum zweiten Mal in Folge konnten wir mit einem speziellen Geschäft den Titel „Convertible Deal of the Year“ der Zeitschrift Corporate Finance gewinnen.

Global Transaction Banking

Zum Unternehmensbereich Global Transaction Banking gehören Corporate Trust & Agency Services, Global Trade Finance und Global Cash Management.

Im Zuge der Konzentration auf Kerngeschäftsfelder vereinbarten wir, uns von Teilen unseres Wertpapierverwahrungsgeschäfts zu trennen. Der Verkauf wurde Ende Januar 2003 abgeschlossen.

Corporate Trust & Agency Services (CTAS) dehnte 2002 seine Aktivitäten insbesondere in den USA, in Japan und Italien aus.

Die Deutsche Bank hat sich als führende Ausgabe- und Einlösungsstelle für Euro Medium Term Notes und Euro Commercial Paper Programs etabliert. Für Mortgage-backed Securities in den USA sowie für Asset-backed Securities im europäischen und im US-amerikanischen Markt zählen wir zu den drei führenden Treuhandverwaltern.

2002 erhielt Corporate Trust & Agency Services eine Reihe angesehener Auszeichnungen; der International Securitisation Report ernannte uns zum „Best Trustee for Europe“ und zum „Best Trustee for Asia Pacific“.

Der Geschäftsbereich **Global Trade Finance**, zu dem alle internationalen Handels- und Exportfinanzierungen der Deutschen Bank gehören, konnte 2002 seine führende Stellung in Europa und Asien behaupten wie auch seine Aktivitäten in Nord- und Lateinamerika ausbauen.

In zahlreichen Ländern führte Global Trade Finance 2002 bedeutende handelsbezogene Transaktionen durch. Dazu zählten Abschlüsse in Kasachstan, Ungarn sowie in Russland. Unser Produktangebot haben wir erweitert. Die Kunden können nunmehr in Echtzeit (Realtime) auf Informationen über ihre Handelstransaktionen zugreifen.

Vom Magazin Euromoney Trade Finance erhielten wir für unsere vielfältigen Engagements die Titel „Best Short Term Trade Finance Bank“, „Best Trade Documentation Bank“ sowie einige „Deals of the Year“.

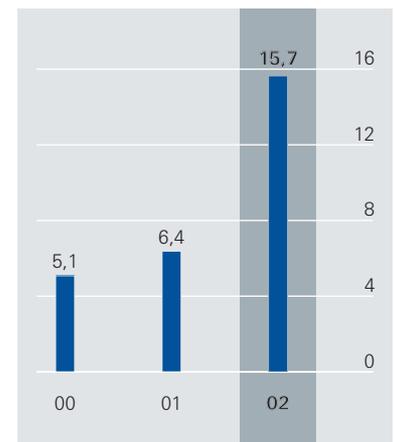
Global Cash Management gewann 2002 neue Mandate bei Firmen und Finanzinstituten. Besonders hervorzuheben ist unsere verstärkte Präsenz bei US-Unternehmen. Wir konnten unsere Position als Nummer eins im Euro-Clearing und als Nummer fünf im US-Dollar-Clearing für Finanzinstitute behaupten.

Durch fortlaufende Investitionen in die technologische Weiterentwicklung erhöhten wir sowohl die Effizienz als auch die Kapazität der von uns angebotenen Systeme für ein optimales Finanzmanagement. Darüber hinaus führten wir neue internetgestützte Dienstleistungen ein.

Unsere starke Stellung in der Branche bestätigten zahlreiche Auszeichnungen. Die Zeitschrift Banker lobte uns als „Best at Cash Management“, in Europa bezeichnete uns auch Euromoney als „Best at Cash Management“ und Treasury Management International kürte uns zum „Best Cash Manager“.

Global Transaction Banking: stark steigendes Treuhandgeschäft in US-Mortgage-backed Securities

Marktanteil im Neugeschäft in %



Treuhandmandate für US-Mortgage-backed Securities
Quelle: Thomson Financial

Produktangebot erweitert

Technologisch führend im Cash Management

Verlässlichkeit. Ausschlaggebend für mich war die starke Marke Deutsche Bank. Diese Wahl hat sich als richtig erwiesen: Die Deutsche Bank bietet mir ein Höchstmaß sowohl an Kompetenz und Service als auch an Produkt- und Beratungsqualität. Das ist genau das, was ich von meiner Bank erwarte.
Marina Zummo, Geschäftsfrau, Verona



Private Clients and Asset Management

Fortschritte bei Optimierung und Neuausrichtung auf zukünftiges Wachstum

Der Konzernbereich Private Clients and Asset Management (PCAM) – siehe Seite 11 – kam mit der angestrebten Optimierung im Berichtsjahr gut voran. PCAM konnte den Gewinn insgesamt deutlich steigern und so verstärkt zum Konzernergebnis beitragen. Durch gezielte Einsparungen verringerten wir unsere Kosten. Mit den Akquisitionen von Scudder und RREEF konnten wir unsere Präsenz in Europa ergänzen und den Konzernbereich als einen weltweit führenden Vermögensverwalter etablieren. Im Oktober 2002 haben wir begonnen, die Organisationsstruktur in Teilen von PCAM fortzuentwickeln, um die Voraussetzungen für profitables Wachstum weiter zu verbessern.

Personal Banking

Auf profitabilem Wachstumspfad. Im Unternehmensbereich Personal Banking haben wir unser kundenorientiertes Angebot um attraktive Dienstleistungen erweitert. Mit einer streng rentabilitätsorientierten Steuerung und gezielten Vertriebsaktivitäten erhöhte Personal Banking 2002 sein Ergebnis deutlich. Die rückläufigen Wertpapierumsätze konnten wir im Geschäft mit Krediten, Einlagen und anderen Produkten mehr als ausgleichen. Durch konsequente Kostendisziplin gelang es uns, die betrieblichen Aufwendungen im Filial- und Online-Geschäft spürbar zu senken.

Ergebnis vor nicht operativen Kosten 2002

Das Ergebnis in PCAM war geprägt von der Veräußerung des Versicherungsgeschäfts sowie den Akquisitionen von Scudder und RREEF. Die Abnahme der Erträge um 1,4 Mrd € auf 9,0 Mrd € ging auf niedrigere Versicherungserträge zurück, denen reduzierte Aufwendungen im Versicherungsgeschäft entgegenstanden. In dem deutlichen Anstieg des Ergebnisses vor nicht operativen Kosten um 1,4 Mrd € auf 1,6 Mrd € in 2002 war ein Gewinn von 502 Mio € aus der Veräußerung des Versicherungsgeschäfts und verbundener Aktivitäten enthalten. Die verbleibende Verbesserung wurde im Wesentlichen durch eine erhebliche Reduzierung der operativen Kostenbasis im Unternehmensbereich Personal Banking erzielt.

Private Clients and Asset Management¹

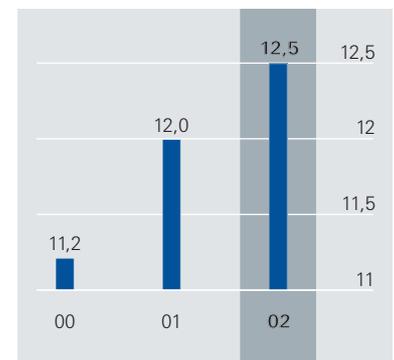
in Mio €	2002	2001
Erträge insgesamt	8 972	10 393
Risikovorsorge insgesamt	- 226	- 206
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	- 685	- 2 946
Operative Kostenbasis	- 6 422	- 6 954
Ergebnis vor nicht operativen Kosten	1 639	287
Durchschnittliches Active Equity	4 493	4 324
BIZ-Risikopositionen	57 359	56 231
Aktiva	101 296	123 784

¹ Erläuterungen und weitere Detailangaben siehe Seite 96 und Seite 176.

Auf Wachstum ausgerichtet

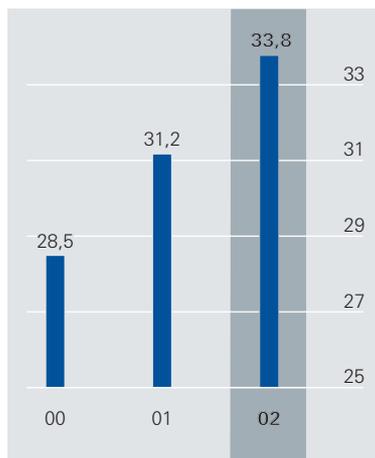
Personal Banking: fortgesetztes Kundenwachstum

in Mio zum Jahresende



Personal Banking: kontinuierliches Wachstum bei Investmentfonds

Depotbestand in Mrd € zum Jahresende



In Europa gewannen wir 500 000 neue Privat- und Geschäftskunden hinzu. Zum Jahresende 2002 lag ihre Zahl damit bei 12,5 Mio, davon 8,2 Mio in Deutschland. Außer in unseren Kernmärkten Deutschland, Italien und Spanien sind wir in Portugal, Polen und Belgien vertreten.

Unsere Kunden in allen Märkten schätzen die persönliche Betreuung in Verbindung mit unserem modernen Online-Service. Rund 2,3 Mio Kunden – 400 000 oder 21% mehr als 2001 – erledigten ihre täglichen Bankgeschäfte online und ließen sich insbesondere in Vermögensfragen unverändert persönlich beraten.

Personal Banking baute sein Leistungsspektrum im Berichtsjahr aus: So haben wir zum Beispiel mit dem Garantiefonds DWS Funds Flex Protect und dem Xavex Dynamic Bond Portfolio Fonds neuartige Rentenanlageprodukte in unser Angebot aufgenommen. Im Interesse einer größeren Auswahl für unsere Kunden offerieren wir seit Juni 2002 auch zehn erstklassige Investmentfonds von Drittanbietern mit Beratung. Künftig wollen wir noch mehr Produkte von Dritten in unser Beratungsprogramm aufnehmen. Trotz schwacher Wertpapiermärkte gewannen wir ein zusätzliches Vermögensvolumen von 2,6 Mrd €.

Unser Online Broker maxblue entwickelte sich angesichts der anhaltend schwierigen Marktbedingungen zufrieden stellend. Im Gegensatz zu vielen Wettbewerbern konnte er seinen Marktanteil – bezogen auf die Anzahl der Wertpapierdepots, das Depotvolumen sowie die ausgeführten Wertpapieraufträge – nochmals ausweiten. maxblue konzentriert sich seit der zweiten Jahreshälfte 2002 auf den deutschen Markt. Hier waren wir mit 500 000 Wertpapierdepots Ende 2002 einer der erfolgreichsten Online Broker.

Vertriebskraft gestärkt

Im Zuge der seit März 2002 wirksamen Kooperation mit der Deutschen Vermögensberatung AG (DVAG) nahmen über 30 000 Berater der DVAG ausgewählte DWS-Investmentfonds sowie Bank- und Baufinanzierungsprodukte der Deutschen Bank in ihr Angebot auf. Bis Ende 2002 waren bereits mehr als 100 000 neue Kunden über die DVAG zu uns gestoßen.

Unser Netz an Niederlassungen modernisieren wir durch die Errichtung von Investment & FinanzCentern. Ende 2003 soll ihre Zahl europaweit 1 300 betragen. Darüber hinaus sind wir mit Selbstbedienungseinheiten und mobilen Finanzberatern im Markt aktiv. Mit Online Banking und Online Brokerage stehen den Kunden zudem jederzeit direkte Zugangswege offen.

Kompetenz gebündelt

Im Oktober 2002 begannen wir damit, bislang getrennt in den Unternehmensbereichen Personal Banking und Private Banking sowie im Konzernbereich Corporate and Investment Bank angebotene Leistungen für unsere Privat- und Geschäftskunden zusammenzufassen – unter

einheitlicher Führung und der Marke Deutsche Bank. Der neu gebildete Unternehmensbereich Private & Business Clients wird mit integrierten Finanzlösungen die privaten und geschäftlichen Bedürfnisse von acht attraktiven Zielgruppen in Europa erfüllen. Wichtig dabei ist, dass unsere Beratung auf die unterschiedlichen Lebensphasen der Kunden individuell zugeschnitten ist.

Wir sind überzeugt, dass wir mit der Zusammenfassung unserer Kompetenzen für Privat- und Geschäftskunden im neuen Unternehmensbereich Private & Business Clients noch wettbewerbsfähiger werden und den Grundstein für erfolgreichere sowie rentablere Geschäftsbeziehungen gelegt haben.

Private Banking

Mit neuer Ausrichtung. Unser weltweites Private Banking-Geschäft erhielt 2002 deutliche Impulse, insbesondere durch die Integration der Private Banking-Aktivitäten von Scudder in den USA. Wir haben unser Angebot an ganzheitlichen Lösungen im Vermögensmanagement trotz der unfreundlichen Finanzmärkte verbessern können. Private Banking baute seine Dienste aus, um die Kunden dabei zu unterstützen, ihr Vermögen zu sichern und auszubauen. Wir erweiterten das Angebot an Anlageformen und die Beratung zur Steuerung von Marktrisiken. Im Interesse der Kunden arbeitet Private Banking noch enger mit den Bereichen Corporate and Investment Bank und Asset Management zusammen.

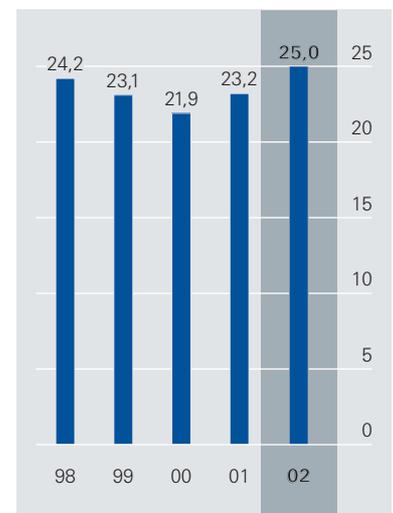
Ende 2002 betreuten im Private Banking 5373 Mitarbeiter in den wichtigsten internationalen Finanzzentren rund 403 000 Kunden. Das betreute Vermögen betrug 148 Mrd €. Davon entfielen 72 Mrd € auf Deutschland.

Nach der Übernahme von Scudder steht unseren Kunden nunmehr an insgesamt zehn amerikanischen Standorten ein größeres Dienstleistungsangebot zur Verfügung. Durch die verbreiterte Basis konnten wir zugleich Kostenersparnisse erzielen. Unser Programm „Wealth with Responsibility“, mit dem Private Banking wohlhabende Familien in vielfältigen nicht finanziellen Vermögensangelegenheiten unterstützt, werden wir weltweit weiter ausbauen.

In Deutschland hat Private Banking eine Vermögensstrukturanalyse für die Kunden als neues Planungsinstrument eingeführt. Damit bieten wir ihnen ganzheitliche und langfristig tragfähige Lösungen für eine optimale Aufteilung ihrer Vermögenswerte an. Dieses Produkt erwies sich auch bei der Vermögenssicherung in Zeiten stark schwankender Finanzmärkte als sehr wirkungsvoll. Unser 2001 eingeführtes Preismodell, das sich an der Beratungsleistung statt an Wertpapiertransaktionen orientiert, hat zu einer Stabilisierung der Erträge im Private Banking beigetragen.

Impulse durch Scudder

DWS: Marktführer auf hohem Niveau in Deutschland
Marktanteil in % zum Jahresende



Quelle: BVI

Schweizer Privatbank erworben

Für das weitere Wachstum unseres globalen Private Banking-Geschäfts sind bestens ausgebildete Mitarbeiter eine zentrale Voraussetzung. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, der bevorzugte Arbeitgeber im Private Banking zu sein. Im Berichtsjahr investierten wir erhebliche Mittel in die Weiterbildung unserer Mitarbeiter. In den vergangenen drei Jahren haben sich beispielsweise in Deutschland 285 Beraterinnen und Berater an der Akademie der Ruhr-Universität Bochum zum „Qualified Financial Consultant Deutsche Bank Private Banking“ qualifiziert. Durch die Ausweitung unserer Plattform in den USA sind wir 2002 als Arbeitgeber, insbesondere für talentierte Nachwuchskräfte, attraktiver geworden.

Wir haben im Oktober 2002 damit begonnen, unsere Organisationsstruktur verstärkt nach Kundengruppen auszurichten. In unserem Private Wealth Management werden wir weltweit die anspruchsvolle Klientel von vermögenden Personen und Familien betreuen.

Im Februar 2003 vereinbarten wir den Erwerb der renommierten Schweizer Privatbank Rüd, Blass & Cie AG Bankgeschäft. Diese Akquisition ergänzt unsere vorhandene Infrastruktur ideal und verschafft uns Zugang zum attraktiven Segment der sehr vermögenden Schweizer Privatkundschaft.

Asset Management

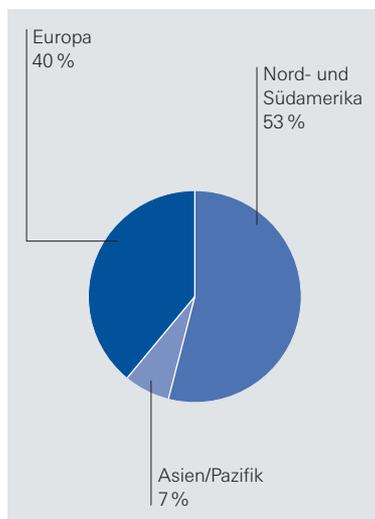
Breitere Basis. Die herausragenden Ereignisse 2002 im Unternehmensbereich Asset Management waren die erfolgreich abgeschlossenen Übernahmen von Scudder und der Immobilienanlagegesellschaft RREEF. Wir leiteten gleichzeitig die Trennung von unserem indexgebundenen (passiven) Vermögensanlagegeschäft in die Wege, da wir uns auf das lukrativere aktive Vermögensmanagement für private und institutionelle Kunden sowie das Geschäft mit alternativen Anlagen konzentrieren.

Wir führten auf allen Kernmärkten in Europa „DWS Investments“ als paneuropäische Marke im Publikumsfondsgeschäft ein. Unsere Tochtergesellschaft DWS ist der größte Anbieter von Publikumsfonds in Europa; ihre Spitzenposition in Deutschland hat sie 2002 auf einen Marktanteil von 25 % ausgebaut. Die DWS erhielt für ihre Fonds in Österreich, Frankreich, Belgien, Großbritannien und der Schweiz hochrangige Auszeichnungen. In Deutschland wurde sie von Standard & Poor's zum achten Mal in Folge zur besten Publikumsfondsgesellschaft gekürt.

Im Geschäft mit Collateralized Bond Obligations (CBO), das die DWS seit 2000 betreibt, zählten wir im Berichtsjahr bereits zu den größten europäischen Anbietern.

Im institutionellen Anlagemanagement von Pensionsfonds in Europa gehört Deutsche Asset Management zu den führenden Instituten. Von

**Asset Management:
Globalisierung der Plattform**
Jahresende 2002 insgesamt 726 Mrd €
verwaltetes Vermögen*



* Einschließlich alternativer Anlagen

der Zeitschrift Financial News wurde Deutsche Asset Management als „German Asset Management Firm of the Year“ ausgezeichnet.

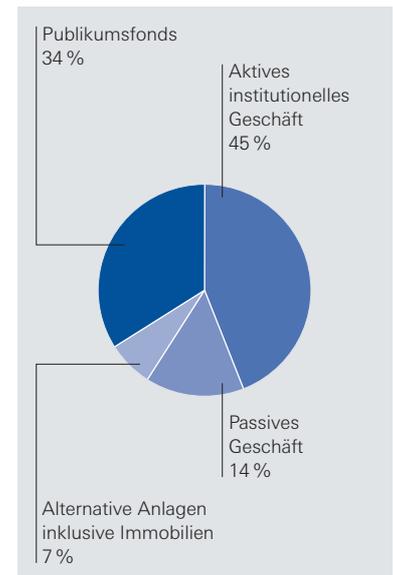
In Nord- und Südamerika sind wir unter der Marke Scudder Investments mit rund 95 Publikumsfonds am Markt, die alle Anlageformen von Deutsche Asset Management abdecken. Diese Fonds werden über Broker, Finanzplaner, Banken und sonstige Vermittler abgesetzt. Außerdem vertreibt Scudder seine Produkte direkt über das der Altersvorsorge dienende Investmentprogramm AARP (American Association of Retired Persons). Um unsere Stellung auszubauen, verstärken wir gezielt unsere Geschäftsbeziehungen zu erstklassigen Vertriebsunternehmen und erweitern unsere eigenen Kapazitäten für Großkunden um 50%.

Das institutionelle Anlagemanagement erzielte 2002 Neuabschlüsse in Rekordhöhe. Dies gilt sowohl für das klassische Geschäft als auch für das Geschäft mit innovativen Produkten wie quantitativen und alternativen Anlageformen.

Wir halten die asiatisch-pazifische Region für ein Gebiet mit hohem Wachstumspotenzial in der globalen Vermögensverwaltung. Unter den asiatischen Ländern sind insbesondere China und Südkorea vielversprechend. In Japan bestehen dank unserer starken Marktstellung im Geschäft mit japanischen Aktien sowie unserer innovativen Vertriebsstrategie noch Wachstumschancen. Die erfreulichen Aussichten in Australien beruhen auf unserer führenden Position bei alternativen Anlagen sowie einer breiten Unterstützung durch unabhängige Berater.

Als Fondsverwalter für institutionelle und private Kunden zählt Deutsche Asset Management in Asien/Pazifik mit Präsenz in Japan, Singapur, Hongkong, Australien, Südkorea, Indien und Taiwan zu den führenden Adressen.

**Asset Management:
ausgeglichene Produktverteilung**
Jahresende 2002 insgesamt 726 Mrd €
verwaltetes Vermögen



Hohes Wachstumspotenzial in Asien



Kundennähe. Die Blackstone Gruppe unterhält enge Geschäftsbeziehungen mit der Deutschen Bank. Zusammen mit unseren Beteiligungsgesellschaften profitieren wir sowohl vom Private Equity-Kapital als auch vom weltweiten Dienstleistungsangebot der Deutschen Bank in allen Geschäftsbereichen.

Mark J. Johnson, Associate, Stephen A. Schwarzman, President und CEO, Michael S. Chae, Principal, The Blackstone Group, New York

Corporate Investments

Private Equity-Geschäft gestrafft und Industriebeteiligungen veräußert

Der im Februar 2001 geschaffene Konzernbereich Corporate Investments ist im Wesentlichen für die traditionellen Industriebeteiligungen der Deutschen Bank (DB Investor) sowie für Investitionen in Private Equity (DB Capital Partners) zuständig. Das Ende 2002 in Corporate Investments zusammengefasste Anlagevermögen betrug 26,4 Mrd €. Davon entfielen 6,7 Mrd € auf Private Equity, 9,2 Mrd € auf DB Investor und 10,5 Mrd € auf andere Unternehmensbeteiligungen.

Industriebeteiligungen. DB Investor ist seit 1998 die Managementgesellschaft für die börsennotierten industriellen Beteiligungen des Deutsche Bank-Konzerns. Im Frühjahr 2002 beschloss die Deutsche Bank AG, sich zielstrebig von Randgeschäftsfeldern zu trennen und den industriellen Anteilsbesitz beschleunigt abzubauen. Dementsprechend hat sich DB Investor 2002 vor allem darauf konzentriert, Teile der börsennotierten Beteiligungen zu veräußern. Trotz des schwierigen Kapitalmarktumfelds und rückläufiger Börsenkurse konnten wir diese Aufgabe erfolgreich lösen. Im ersten Quartal 2002 gaben wir die Beteiligung an der Baden-Württembergischen Bank AG vollständig ab. Die Beteiligung an der Nürnberger-Beteiligungs-AG wurde von 26,4% auf knapp 3% reduziert. Ferner verkauften wir über Spezialfonds gehaltene Aktien und festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von rund 4 Mrd € sowie kleinere Teile der Beteiligungen an der Allianz AG und der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG über den Kapitalmarkt. Ende des zweiten Quartals wurde die Restbeteiligung von 4,2% an der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft vollständig platziert. Insgesamt veräußerten wir im ersten Halbjahr 2002 7,1% Aktien der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG.

Industriebeteiligungen abgebaut

Ergebnis vor nicht operativen Kosten 2002

Im Geschäftsjahr 2002 belief sich das Ergebnis vor nicht operativen Kosten im Konzernbereich Corporate Investments auf 1,7 Mrd €. Dies entsprach einem Anstieg um 1,2 Mrd € beziehungsweise 252% gegenüber dem Vorjahr. Hauptursache hierfür waren höhere Erträge aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen. Darunter fiel, als größte Transaktion, die vollständige Veräußerung unserer Beteiligung an der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG.

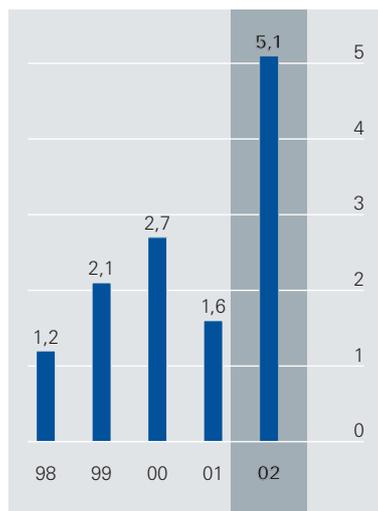
Corporate Investments¹

in Mio €	2002	2001
Erträge insgesamt	3 086	2 054
Risikovorsorge insgesamt	- 144	- 202
Operative Kostenbasis	- 1 222	- 1 363
Ergebnis vor nicht operativen Kosten	1 720	489
Durchschnittliches Active Equity	6 751	7 757
BIZ-Risikopositionen	19 219	56 202
Aktiva	26 546	121 006

¹ Erläuterungen und weitere Detailangaben siehe Seite 103 und Seite 176.

Beschleunigte Verkäufe von Industriebeteiligungen

in Mrd €



Private Equity- Portfolio überprüft

In der zweiten Jahreshälfte verkauften wir unsere Beteiligungen an der Deutschen Börse AG, der Continental AG und der Buderus AG; die Beteiligung an der Südzucker AG reduzierten wir von 10,9% auf 4,8%. Darüber hinaus veräußerte DB Investor einige kleinere Aktienpakete und Beteiligungen. Insgesamt erzielte der Deutsche Bank-Konzern aus der Reduzierung des Anteilsbesitzes an anderen börsennotierten Unternehmen (ohne die über Spezialfonds gehaltenen Wertpapiere) Veräußerungserlöse von rund 5,1 Mrd € und Veräußerungsgewinne von netto rund 3,5 Mrd €.

Zur Straffung der Konzernstruktur haben wir die wesentlichen industriellen Beteiligungen im vierten Quartal 2002 in der neu gegründeten DB Value GmbH zusammengefasst. Die bisherigen Holdinggesellschaften unter dem Dach von DB Investor werden innerhalb des Deutsche Bank-Konzerns verschmolzen oder aufgelöst.

Der Marktwert des verbliebenen Anteilsbesitzes an anderen börsennotierten Unternehmen betrug am 31. Dezember 2002 rund 5,6 Mrd € nach 15,4 Mrd € Ende 2001. Der erhebliche Rückgang ist auf die genannten Veräußerungen und die gesunkenen Aktienkurse zurückzuführen.

Private Equity. DB Capital Partners ist konzernweit zuständig für Investitionen in Private Equity. Dazu gehören direkte Private Equity-Anlagen und solche in Fonds. DB Capital Partners ist in den USA, in Europa und Australien von verschiedenen Standorten aus tätig. Es werden Mittel sowohl der Deutschen Bank als auch von Kunden eingesetzt.

Die direkten Engagements umfassen Private Equity-Finanzierungen einschließlich Buy-outs, Wagniskapital, Wachstumsfinanzierungen sowie Mezzanine-Finanzierungen für Portfoliogesellschaften. Im Einklang mit der Konzernstrategie für Industriebeteiligungen konzentrierte sich DB Capital Partners 2002 auf das Management der bestehenden Portfoliogesellschaften mit dem Ziel, die eingegangenen Risiken zu senken und gleichzeitig den Unternehmenswert zu maximieren. Das gesamte Anlagevermögen wurde kritisch überprüft und alle denkbaren Optionen wurden analysiert.

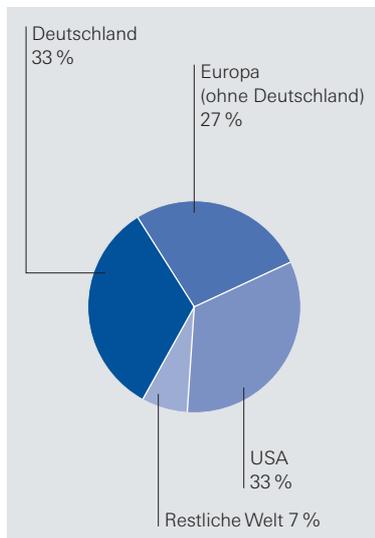
Im Februar 2003 veräußerten wir 80% unseres Late-Stage Private Equity-Portfolios im Wert von 1,5 Mrd €. Die Deutsche Bank behält einen Anteil von 20% an dem Portfolio, das aus Private Equity-Beteiligungen in den USA (zum Beispiel Prestige Brands, Jostens) und in Europa (darunter Center Parks, United Biscuits) besteht.

DB Capital Partners verwaltet im Fondsanlagegeschäft Private Equity-Dachfonds dritter Anbieter. Dieses Geschäft wird von New York und London aus betrieben. Es macht unseren Kunden diversifizierte Portfolios aus Private Equity-Fonds über strukturierte Anlageformen zugänglich. Investiert wird in Europa und den USA in eine breite Palette von Private Equity-Fonds einschließlich Leveraged Buy-out- und Wagniskapitalfonds.

2002 ergänzten wir unser Leistungsangebot um neue attraktive Produkte von Drittanbietern. Dabei handelt es sich um einen kapitalgeschützten Dachfonds, einen sekundären Dachfonds und weitere strukturierte Private Equity-Produkte. Damit stellen wir den Kunden unsere umfangreichen Kenntnisse und Erfahrungen in der Anlage beziehungsweise Strukturierung von Produkten in diesem Marktsegment zur Verfügung.

Direkte Private Equity-Anlagen nach Regionen

Jahresende 2002 insgesamt 3,5 Mrd €



DB Services

Kundengerechte Dienstleistungen für die Deutsche Bank und den Markt

Marktprinzip dominiert

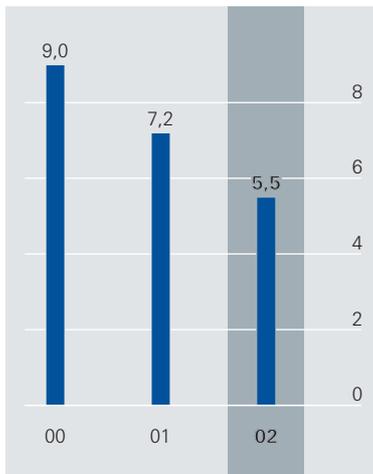
DB Services ist seit Februar 2001 der zentrale Anbieter für bereichsübergreifende Dienstleistungen innerhalb der Deutschen Bank. Zum Jahresende 2002 waren hier 5 501 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (arbeitswirksam) beschäftigt.

Kunden von DB Services sind im Wesentlichen unsere eigenen Unternehmensbereiche. Dienstleistungen von Serviceeinheiten, die sich durch ein hervorragendes Preis-Leistungs-Verhältnis auszeichnen, bieten wir in zunehmendem Umfang auch am externen Markt an. Leitlinie des unternehmerischen Handelns ist das Marktprinzip. Dies stellt sicher, dass unseren Unternehmensbereichen hochwertige Dienstleistungen zu wettbewerbsfähigen Konditionen zur Verfügung gestellt werden.

Breites Dienstleistungsangebot. Organisatorisch ist DB Services in vier Bereiche gegliedert: Informationstechnologie, Transaktionsgeschäft, Konzerndienste und Corporate Center-Dienste. Das außerordentlich breite Spektrum der Dienstleistungen reicht von Gebäude- und Flächenmanagement über Zahlungsverkehr, Abwicklung von Wertpapiertransaktionen bis hin zu Konzipierung und Umsetzung komplexer IT-Projekte sowie Softwareentwicklung und -betreuung.

Konzentration auf Kernaktivitäten. DB Services forcierte 2002 den Kurs der Effizienzsteigerung und Kostensenkung. Im Einklang mit den konzernweiten Kostensenkungsmaßnahmen haben wir unser Dienstleistungsportfolio gestrafft. Dienste, mit denen wir auf absehbare Zeit keinen eindeutigen Wettbewerbsvorsprung gegenüber am Markt aktiven Konkurrenten erzielen, wurden aus dem Konzern ausgegliedert. Durch die Konzentration auf unsere Kernaktivitäten versprechen wir uns eine größere Flexibilität, niedrigere Kosten und für die betroffenen Mitarbeiter verbesserte Entwicklungschancen.

DB Services: sinkende Mitarbeiterzahl
in Tausend zum Jahresende*



* Arbeitswirksam

Im Juli haben wir unserem Partner SAP an dem Gemeinschaftsunternehmen emaro, das einen elektronischen Marktplatz betreibt, unsere Anteile übertragen. Im November verkauften wir unsere Tochtergesellschaft easycash, die Dienstleistungen für Kartenzahlungen anbietet, an die GZS Gesellschaft für Zahlungssysteme. Zum Jahreswechsel 2002/2003 reduzierten wir unsere Anteile am IT-Dienstleister Sinius auf unter 20%, indem wir 50,16% an den bisherigen Minderheitsgesellschafter Siemens Business Services verkauften.

Mit Wirkung zum Jahresbeginn 2003 wurde DB Services als eigenständige Einheit aufgelöst. Die Aufgaben und Mitarbeiter sind den Konzernbereichen Corporate and Investment Bank und Private Clients and Asset Management sowie dem Corporate Center zugeordnet worden.

Corporate Center

Instrument des Vorstands zur Konzernführung

Das Corporate Center unterstützt den Vorstand bei der einheitlichen Führung des Konzerns. Wichtige bereichsübergreifende Aufgaben betreffen die Informationstechnologie sowie Organisations- und Strukturfragen. Von besonderer Bedeutung ist die Steuerung der konzernweiten kontroll- und risikobezogenen Funktionen. Alle zugehörigen Prozesse sind global in die Unternehmensbereiche integriert und nahe am Geschäft angesiedelt. Dieses Prinzip, in engem Kontakt mit dem Markt, aber gleichwohl mit unabhängiger Berichtspflicht zu operieren, ist ein zentraler Bestandteil unserer Unternehmensphilosophie. Die verantwortlichen Vorstandsmitglieder für die kontroll- und risikobezogenen Stabsbereiche im Corporate Center sind der Chief Financial and Risk Officer, Chief Administrative Officer und der Chief Operating Officer.

Controlling, Steuern und Risikomanagement. Für den Stabsbereich Controlling hat sich infolge der auf US GAAP umgestellten Rechnungslegung und hoher Anforderungen der amerikanischen Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (SEC) die Berichterstattung erheblich erweitert. Hinzu kommen die im Inland und im Ausland verschärften Corporate Governance-Vorschriften, deren Umsetzung teilweise beträchtlichen Aufwand verursacht.

Der Bereich Steuern berät die Unternehmensbereiche in struktur-, produkt- und transaktionsbezogenen Steuerfragen. Er überwacht die Steuerpositionen weltweit und sorgt dafür, dass die steuerrechtlichen Verpflichtungen erfüllt werden.

Das Risikomanagement überwacht und steuert die Kredit-, Markt- und operationellen Risiken der Deutschen Bank. Dieser Aufgabe kommt gerade in einem angespannten Umfeld eine elementare Bedeutung zu.

Revision, Recht und Compliance. Die interne Revision überprüft regelmäßig das hauseigene Kontroll- und Risikomanagementsystem der Deutschen Bank und beurteilt die Ordnungsmäßigkeit der Betriebs- und Geschäftsabläufe. Dabei wendet sie einheitliche Standards an, die auch aufsichtsrechtlichen Vorgaben genügen.

Der Bereich Recht unterstützt das Management der Rechts- und Reputationsrisiken der Bank und koordiniert die Zusammenarbeit mit den Aufsichtsbehörden, insbesondere mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. 2002 beschäftigte er sich ausführlich mit neuen Corporate Governance-Empfehlungen.

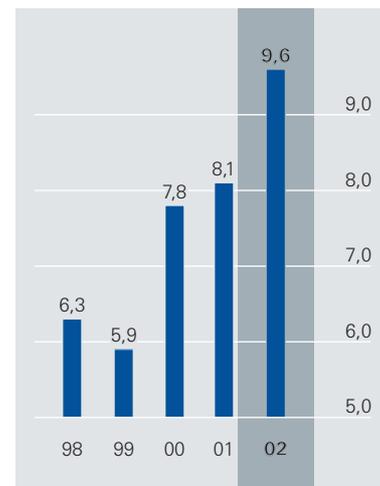
Die neutrale Compliance-Funktion stellt mit Hilfe ihres Kontrollsystems sicher, dass die kapitalmarktrechtlichen Bestimmungen und die Verhaltensstandards, zu denen wir uns selbst verpflichtet haben, in der Deutschen Bank eingehalten werden.

Treasury. Treasury verantwortet die konzernweite Steuerung von Kapital, Bilanz sowie Liquidität und koordiniert deren Aufteilung auf die Unternehmensbereiche. Auch wird dafür Sorge getragen, dass unsere regionalen Geschäftseinheiten die regulatorischen Kapitalanforderungen erfüllen.

Unterstützt den Konzernvorstand

Hohe Kernkapitalquote

BIZ-Kernkapitalquote* in % zum Jahresende



* 98-99: IAS-Zahlen
00-02: US GAAP-Zahlen



Kreativität. Im Wettbewerb sind Kreativität und Vielfalt der Kollegen weltweit ein einzigartiger Vorteil. Anpassungsfähigkeit, Kooperationswille, aber auch Standvermögen jedes Einzelnen sind die notwendigen Voraussetzungen, um höchste Qualität in Zeiten des ständigen Wandels zu erreichen.

Kathrin Leeb, Deutsche Bank AG, Global Corporate Finance, Frankfurt am Main

Verantwortung als globaler Arbeitgeber

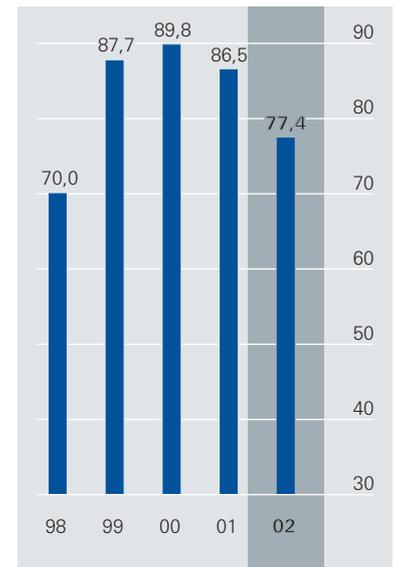
Umfassende Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in schwierigen Zeiten

Den Personalsektor der Deutschen Bank prägte 2002 die zielstrebige Umsetzung der beschlossenen Restrukturierungsmaßnahmen. Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (arbeitswirksam) im Konzern wurde bis zum Ende des Jahres um 9082 auf 77442 zurückgeführt. Bereinigt um Zugänge und Abgänge im Kreis der konsolidierten Gesellschaften, sank die Mitarbeiterzahl im Berichtsjahr um 7699. Akquisitionen und Verkäufe von Unternehmen reduzierten den Personalstand per saldo um 1383. Durch den Erwerb von Unternehmen stieg er um 4804; maßgeblich hierfür waren insbesondere die Übernahmen von Scudder (3407) und RREEF (1155). Andererseits sank die Mitarbeiterzahl durch den Verkauf von Unternehmen um 6187. Den größten Anteil daran hatten die Veräußerungen der Herold-Versicherungsgruppe (2541) und der Deutsche Financial Services (1210), die Abgabe der Mehrheitsbeteiligung an Sinius (1117) sowie die Verschmelzung der Eurohypo (666). Die fortgesetzten Restrukturierungsmaßnahmen werden auch im Jahr 2003 unseren Personalstand verringern.

Die Veränderungen im Konsolidierungskreis verschoben die regionale Mitarbeiterstruktur. Speziell die Akquisitionen in Nordamerika führten dazu, dass dort Ende 2002 mit 15309 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern rund ein Fünftel unserer Belegschaft tätig war. Deutschland blieb mit 33807 Mitarbeitern – 43,7% aller Beschäftigten – nach wie vor die Region mit dem höchsten Belegschaftsanteil. Die Mitarbeiterzahl im Inland reduzierte sich per saldo um 7384. Davon entfielen 4380 auf Unternehmensverkäufe. In dem verbleibenden Nettoabbau von 3004 sind unter anderem Kündigungen von Arbeitnehmerseite, Aufhebungsverträge und Vorruhestandsvereinbarungen enthalten. Vermehrt wird die Möglichkeit der Altersteilzeit genutzt.

DB-Mosaik für Beschäftigung. Wir achten sorgfältig darauf, dass wir die aus Wettbewerbsgründen unvermeidbaren Personalanpassungen sozialverträglich vornehmen. Dazu setzen wir die vielseitigen Bausteine unseres „DB-Mosaik für Beschäftigung“ ein. Führungskräfte und der Personalbereich bieten von Restrukturierungsmaßnahmen betroffenen Mitarbeitern individuelle Hilfe an und zeigen ihnen möglichst konkrete berufliche Alternativen auf. Auch wenn es auf Grund zunehmenden Stellenabbaus immer schwieriger wird, bleibt unser vorrangiges Ziel, einen alternativen Arbeitsplatz im Konzern anzubieten. Diejenigen Mitarbeiter, die

Rückgang der Mitarbeiterzahl
in Tausend zum Jahresende*



* Arbeitswirksam

Veränderte Regionalstruktur

Sozialverträgliche Personalanpassung

Mitarbeiter

	2002
Mitarbeiter-Commitment-Index	67
Fehlzeitenquote	2,9 %
Austritte wegen Stellenwechsels	3,6 %
Aus- und Weiterbildung (Aufwendungen in Mio €)	179

Hohes Engagement der Mitarbeiter

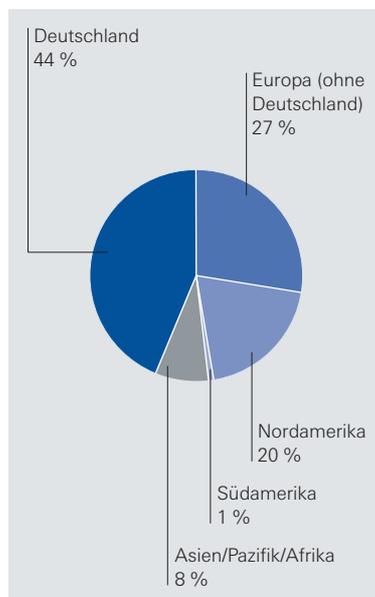
nicht im Konzern verbleiben können, werden durch Outplacement-Beratungs- und Coaching-Angebote bei der für viele ungewohnten beruflichen Neuorientierung unterstützt. Unsere Hilfen gehen damit weit über arbeitsvertragliche Verpflichtungen und Abfindungszahlungen hinaus.

Mitarbeiter befragen heißt, sie zu beteiligen. Strukturelle, vor allem personelle Anpassungsmaßnahmen beeinflussen in ganz besonderer Weise das Bild, das Mitarbeiter von ihrem Arbeitgeber haben und das zugleich ihre Bindung an und ihr Engagement für das Unternehmen wesentlich bestimmt. 2002 wollten wir ein genaues und realistisches Stimmungsbild unserer Belegschaft gewinnen. Wir haben deshalb unter wissenschaftlicher Leitung bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine konzernweite Befragung durchgeführt. Untersucht wurden alle Faktoren, die Einfluss auf Einstellung und Verhalten haben. Weltweit beteiligten sich rund 35000 Mitarbeiter – das waren 42,6% unserer Beschäftigten – freiwillig an dieser Umfrage. Die Ergebnisse zeigen vor allem ein erfreulich hohes Engagement und eine große Veränderungsbereitschaft der Mitarbeiter. Sie sehen die Deutsche Bank weiterhin als sehr professionell an und glauben an deren Erfolg.

Auf der anderen Seite fordern die Mitarbeiter, den von jedem Einzelnen erwarteten Beitrag zur Erfüllung der Unternehmensziele stärker zu verdeutlichen, die persönliche und berufliche Entwicklung noch mehr zu unterstützen sowie eine engere Zusammenarbeit der Unternehmensbereiche. Wir nehmen diese Wünsche sehr ernst und arbeiten daran, schnell und nachhaltig Verbesserungen zu schaffen.

Regionaler Einsatz unserer Mitarbeiter

Jahresende 2002 insgesamt 77 442*



* Arbeitswirksam

Diversity Management als ökonomischer Erfolgsfaktor. Vielfalt zu fördern ist Bestandteil unserer Unternehmensidentität. Ihr liegt ein weit gefasstes Verständnis von Diversity zu Grunde. Unsere Denkweise ist geprägt von gegenseitiger Achtung, Offenheit und der Selbstverpflichtung zu ständiger beruflicher und persönlicher Weiterentwicklung. Wir haben diese Grundhaltung in einem für uns weltweit gültigen Verhaltenskodex festgeschrieben, dessen Beachtung wir von jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter erwarten.

Wir wollen ein offenes Umfeld bieten, das Kulturkonflikte vermeidet und in dem die Mitarbeiter nach ihren Leistungen gefördert werden. Unser Erfolg beruht darauf, für talentierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die erforderlichen professionellen Rahmenbedingungen zu schaffen. Damit jeder sein volles Potenzial entfalten kann, machen wir uns stark für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

Unsere Bemühungen um Chancengleichheit am Arbeitsplatz, die zum zweiten Mal mit dem in der Fachwelt sehr angesehenen „Total-E Quality“-Prädikat belohnt wurden, zahlen sich aus. So ist der Anteil weiblicher Führungskräfte in den letzten zwei Jahren von 9,4% auf 14% gestiegen. Unser Engagement für ein vorurteilsfreies Arbeitsumfeld wurde mit dem Max-Spohr-Preis des Völklinger Kreises e.V. ausgezeichnet.

Leistungsorientierte Vergütung fördert Engagement und Produktivität.

Die aktuelle Entlohnung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beruht auf einem modernen Vergütungssystem. Das Grundgehalt richtet sich vor allem nach dem Verantwortungsumfang und dem vergleichbaren Marktwert. Zum Grundgehalt kommen variable Verdienstbestandteile hinzu, deren Höhe vom Ergebnis des Deutsche Bank-Konzerns und von der Leistung des Einzelnen abhängt. Der „Bonus im Tarif“ machte es 2002 in Deutschland erstmals möglich, auch für die tariflichen Mitarbeiter einen Teil des Einkommens variabel zu gestalten und an ihre individuelle Leistung zu knüpfen. Mit dem Ende 2002 für das private Bankgewerbe abgeschlossenen Tarifvertrag wird dieser Anteil deutlich zunehmen.

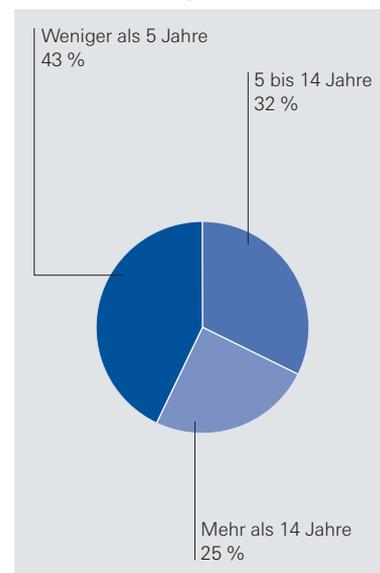
Beträchtlich ausgeweitet haben wir verschiedene Formen aktienbasierter Vergütungsbestandteile. Mitarbeiter mit hoher variabler Entlohnung erhalten einen Teil ihrer Bezüge nicht als Barzahlung, sondern in Form von Deutsche Bank-Aktien. Je nach Höhe der Gesamtvergütung können Aktien bis etwa 50 % der variablen Komponente ausmachen. So werden persönliche Leistungen und Kursentwicklung unserer Aktie im Aktionärsinteresse miteinander verknüpft.

Talente für die Bank von morgen. 2002 hat die Bank 800 Hochschulabsolventen eingestellt – aus aller Welt und für alle Unternehmensbereiche und wichtigen Standorte. Unser benutzerfreundlicher Internetauftritt und die Möglichkeit, sich online zu bewerben, haben das Einstellungsverfahren leichter und schneller gemacht. In Deutschland sind unsere Auszubildenden ein wichtiges Reservoir an Nachwuchskräften. Um den steigenden Anforderungen einer in zunehmendem Maße spezialisierten Geschäftswelt zu entsprechen, bilden wir in sechs verschiedenen Lehrberufen aus. Im vergangenen Jahr wurden mit 938 Jugendlichen Ausbildungsverträge abgeschlossen. Am Jahresende beschäftigte die Deutsche Bank insgesamt 2 407 Auszubildende.

Pensionsverpflichtungen ausgegliedert. Im Dezember hat der Vorstand der Deutschen Bank beschlossen, die Pensionsrückstellungen für Mitarbeiter und Pensionäre in Deutschland in Höhe von 3,9 Mrd € auszugliedern und mit Wertpapieranlagen zu unterlegen. Das zur Finanzierung der Pensionsrückstellungen vorgehaltene Deckungsvermögen des Fonds wird unwiderruflich einem rechtlich unabhängigen Treuhänder übertragen und dem Betriebsvermögen der Deutschen Bank entzogen. Durch diese Trennung und eine breit gestreute Anlage in Wertpapieren, insbesondere in Anleihen, sichern wir die betrieblichen Rentenansprüche besser ab als bisher. Gleichwohl werden unsere Pensionäre auch zukünftig ihre Zahlungen direkt von der Deutschen Bank erhalten. Alle Konzerngesellschaften haften weiterhin voll für die abgegebenen Pensionsversprechen. Die Deutsche Bank passt sich mit der Ausgliederung der Pensionsverpflichtungen internationalen Standards an. Zugleich verkürzen wir unsere Bilanz und verbessern ihre internationale Vergleichbarkeit.

Leistungsbezogene variable Vergütung

Betriebszugehörigkeit unserer Mitarbeiter
Jahresende 2002 insgesamt 83 970*



* Kopfzahlen

Leistungsstärke. Vertrauen und Leistungsstärke sind entscheidende Voraussetzungen für den Erfolg von neuen Projekten. Wir haben diese Qualitäten in Fülle bei der Deutschen Bank gefunden und sind mit Stolz ihr Partner auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. Die Bank hat es uns möglich gemacht, zu träumen und uns weiterzuentwickeln. Dafür sind wir sehr dankbar.

Sir Simon Rattle, Chefdirigent der Berliner Philharmoniker und Künstlerischer Leiter der Philharmonie, Berlin



Gesellschaftliches Engagement

Toleranz, kulturelle Vielfalt und soziale Verantwortung kennzeichnen unsere gesellschaftlichen Aktivitäten

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht die menschliche Gesellschaft in aller Welt vor Herausforderungen, die unsere Zukunft nachhaltig verändern werden. Als ein global tätiges Unternehmen beteiligt sich die Deutsche Bank an der Suche nach neuen Ansätzen für einen zukunftsfähigen Konsens.

Wir engagieren uns weltweit mit Stiftungen und vielfältigen Projekten im sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen und Umweltbereich. Die Aktivitäten steuert zentral der Stabsbereich Corporate Cultural Affairs im Corporate Center.

Toleranz und Vielfalt. 2002 setzten sich zahlreiche Veranstaltungen und Projekte mit unserem Jahresthema „Toleranz: Vielfalt – Identität – Anerkennung“ auseinander. Die Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog griff die Thematik in Diskussionsrunden und Publikationen im Inland und Ausland auf. Höhepunkt war das zehnte Jahreskolloquium in Berlin, bei dem 250 renommierte Fachleute aus 29 Ländern über die Herausforderungen von Toleranz und Vielfalt diskutierten und Lösungsansätze in globalem Zusammenhang aufzeigten.

Soziales Engagement. Die Deutsche Bank Stiftung Alfred Herrhausen Hilfe zur Selbsthilfe stellte den Opfern des Hochwassers im August 2002 in Deutschland, Österreich und Tschechien Mittel und Sachverstand zur Verfügung: In rund 500 Einzelfällen und mehr als 50-mal für Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten wurde bis zum Jahresanfang 2003 sozialkaritative Hilfe geleistet. Die Deutsche Bank spendete dafür sowie für wissenschaftliche und kulturelle Zwecke in den betroffenen Gebieten 5 Mio €, die noch einmal um Einzelspenden von Kunden und Mitarbeitern im Betrag von über 1,5 Mio € aufgestockt wurden.

Das Projekt „Jugend – Schule – Wirtschaft“ dehnten wir erstmals auf Polen, Tschechien und Ungarn aus. 1 865 Schüler an 100 Schulen erarbeiteten im Unterricht über 450 Fachbeiträge, die von den Partnermedien veröffentlicht wurden. Neu starteten wir das Projekt „Coole Schule – Lust statt Frust am Lernen“, das der zunehmenden Schulverweigerung entgegenwirkt.

Nationale und internationale Foren

Vielfältige Hilfe geleistet

Gesellschaft¹

in Mio €	2002
Soziales	27,9
Kultur	4,3
Gesellschaft und Wissenschaft	8,0
Umwelt	1,1

¹ Ausgaben von Stiftungen und anderen gemeinnützigen Institutionen, die dem Konzern Deutsche Bank verbunden sind, sowie projektbezogene Ausgaben.

Mitarbeit in Projekten

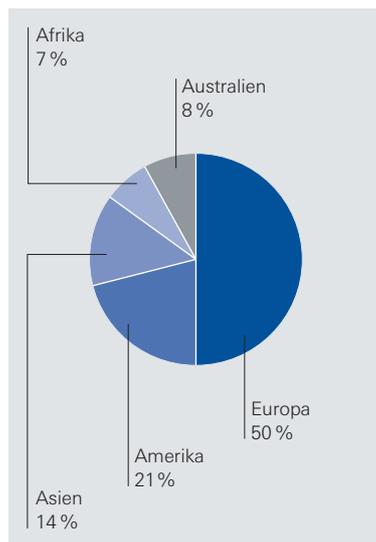
In Großbritannien liegt ein weiterer Schwerpunkt unseres gesellschaftlichen Engagements auf Bildungsthemen. Bei dem Projekt „Enriching Curriculum Learning“ konnten mehr als 5000 Londoner Schüler in kulturellen Veranstaltungen sowie Arbeitsgemeinschaften mit Künstlern inspirierende Lernerfahrungen sammeln. Deutsche Bank-Mitarbeiter brachten in zahlreichen Schulprojekten Jugendlichen betriebswirtschaftliche Grundkenntnisse und den Umgang mit elektronischen Medien bei. Für ihre innovativen Projekte in Londons wirtschaftlich weniger entwickelten Stadtvierteln erhielt die Deutsche Bank den City of London's Dragon Award.

Auf dem amerikanischen Kontinent unterstützt die Community Development Group benachteiligte Viertel in städtischen Ballungsgebieten mit Spenden, Anleihen und Programmen. Das Projekt „Housing First!“ griff den Mangel an erschwinglichem Wohnraum in New York auf. Die Initiative trug dazu bei, dass die Stadt New York mehr als 3,5 Mrd US-Dollar für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellt. In Lateinamerika beteiligte sich an dem konzernweiten Freiwilligenprogramm „Initiative plus“ auch 2002 ein großer Teil unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie engagierten sich ehrenamtlich in Armutsgebieten und die Deutsche Bank unterstützte ihre Projekte finanziell.

Im Berichtsjahr nahm die Deutsche Bank Africa Foundation ihre Arbeit auf. Sie wurde mit 15 Mio US-Dollar ausgestattet und setzt sich für Bildungs-, Entwicklungs- und Arbeitsbeschaffungsprojekte ein. Die wichtigsten waren 2002 das „Lim'unvune Entrepreneurial Assistance Programme“, der „CIDA City Campus“ – ein vierjähriges Stipendienprogramm für Schüler aus unterentwickelten Gebieten – und das „Noah project“, in dem Aids-Waisen in familienähnlichen Gruppen betreut werden.

Besucher von Deutsche Bank-Kunstaustellungen nach Kontinenten

2002 insgesamt 126 707 Besucher*



* Ohne Besucher Deutsche Guggenheim Berlin

Kunst und Kultur. Die Deutsche Bank stellte Exponate aus ihrer umfangreichen Kunstsammlung 2002 erstmals auf allen Kontinenten aus. In Singapur, Auckland, Mexiko City und Kapstadt öffneten verschiedene Schauen den Blick auf zeitgenössische Kunst. Die St. Petersburger Eremitage präsentierte mit der Ausstellung „Man in the Middle“ zum ersten Mal moderne Kunst eines deutschen Unternehmens. Karin Sanders' „wordsearch“ setzte unsere Kunstreihe „Moment“ – Kunst im öffentlichen Raum – fort. Das Deutsche Guggenheim Berlin war mit 600 000 Besuchern der erfolgreichste private Ausstellungsraum in der deutschen Hauptstadt.

Die Kultur-Stiftung der Deutschen Bank hat seit ihrer Gründung 1995 annähernd 600 Projekte gefördert und zunehmend eigene Veranstaltungsreihen ins Leben gerufen. 2002 ragten die Unterstützung der Ausstellung „Picasso et les Femmes“ in Chemnitz sowie unsere verstärkte Kooperation mit den Berliner Philharmonikern heraus. Als einziger privater Förderer präsentiert die Deutsche Bank das jährliche Saisonöffnungskonzert und begleitet die Auftritte des Orchesters im Inland und Ausland. Darüber hinaus engagiert sich die Kultur-Stiftung für junge Nachwuchsmusiker in der Orchester-Akademie der Berliner Philharmoniker. Unsere

Akademie Musiktheater Heute nimmt jedes Jahr 15 Stipendiaten auf und bereitet sie auf künstlerische Führungsaufgaben in Opernhäusern vor.

Wissenschaft. Der Stiftungsfonds Deutsche Bank im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft ermöglichte eine Gastprofessur am Institute for Law and Finance an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Dem Center for German and European Studies an der Universität Berkeley in Kalifornien stellt er Mittel für ein Forschungsprojekt über transatlantische Beziehungen zur Verfügung. An der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder förderten wir das internationale Graduiertenkolleg „Kapitalmärkte und Finanzwirtschaft im erweiterten Europa“. Unser Historisches Institut setzt sich im Rahmen eigener und externer Forschungen mit der Geschichte der Bank auseinander. Schwerpunkte sind die Zeit des Nationalsozialismus sowie die Geschichte der Deutschen Bank in Nordamerika und generell der deutsch-amerikanischen Finanzbeziehungen.

Das Leitbild Sustainability. In unserer global vernetzten Welt wachsen neben den wirtschaftlichen Herausforderungen auch die Anforderungen an die soziale, gesellschaftliche und ökologische Verantwortung. Das trifft besonders auf weltweit tätige Unternehmen zu. Es ist uns daher wichtig, bei der Weiterentwicklung unseres Unternehmens Kriterien der Nachhaltigkeit zu berücksichtigen.

Sustainability kennzeichnet zukunftsorientiertes Handeln, das dazu beiträgt, kommenden Generationen stabile wirtschaftliche und soziale Verhältnisse sowie eine gesunde Umwelt zu übergeben. Nachhaltigkeit ist auch eine notwendige Voraussetzung, um unseren Unternehmenswert langfristig zu steigern. Ökonomie, Ökologie und soziale Verantwortung sind für uns untrennbar miteinander verbunden, auch wenn die entsprechenden Kriterien bisweilen miteinander konkurrieren.

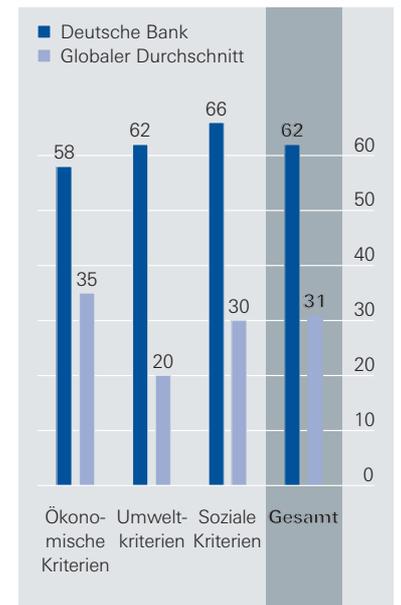
Sustainability ist in unserem Management fest verankert. Als wesentlicher Bestandteil unserer Unternehmenskultur ist sie mitbestimmend für unser tägliches Handeln.

- Wir wollen das eigene Unternehmen nachhaltig und zukunftsfähig führen.
- Wir berücksichtigen bei Finanzierungen – neben den ökonomischen – ökologische und soziale Kriterien.
- Wir bieten institutionellen wie privaten Anlegern, die sich im ethischen oder Umweltbereich engagieren wollen, rentable Produkte an.
- Und wir wollen als „Unternehmensbürger“ einen aktiven gesellschaftlichen Beitrag leisten, um das Sustainability-Leitbild weltweit zu festigen.

Sustainability und Shareholder Value. Messgrößen wie die Dow Jones Sustainability-Indizes (DJSI) oder die FTSE4Good-Indizes beziehen neben den wirtschaftlichen auch ethische, Umwelt- und soziale Kriterien in die Beurteilung von Unternehmen ein. In beiden Indexgruppen ist die Deutsche Bank-Aktie von Anfang an vertreten. Basierend auf den DJSI,

Wissenschaftliches Engagement

Herausragendes Nachhaltigkeits-Rating
Finanzdienstleistungsunternehmen
Indexmaximum = 100



Quelle: SAM Research Inc., Oktober 2002

Umweltmanagement bestätigt

hat die DWS im Juni 2002 den Fonds „DWS Invest Sustainability Leaders“ aufgelegt, der auf eine rege Nachfrage traf.

Umweltmanagementsystem. Als erstes großes deutsches Kreditinstitut realisierten wir 1999 ein Umweltmanagementsystem nach der Norm ISO 14001. Im Rahmen der externen ISO-Zertifizierung werden jährlich Arbeitsprozesse und Systemanforderungen überprüft. Auch 2002 wurde die Zertifizierung in Deutschland bestätigt. Sie bezieht sich sowohl auf den betrieblichen Umweltschutz als auch auf unsere geschäftlichen Aktivitäten. Für diese gelten weltweit, zum Beispiel bei der Unternehmens- und Risikobewertung, die entsprechenden umweltrelevanten Regelungen.

Engagement in aller Welt. Die Deutsche Bank ist aktiver Teil eines Netzwerks, das den Sustainability-Gedanken, wo immer möglich, umsetzen will. Dabei kooperieren wir mit nationalen und internationalen Partnern wie Nichtregierungsorganisationen, Regierungsstellen und Stiftungen. Wir verstehen uns als „Unternehmensbürger“ mit globaler Verantwortung. Seit Jahren engagieren wir uns in supranationalen Organisationen und nationalen Initiativen. Beispiele sind das Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP, Global Compact und econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung.

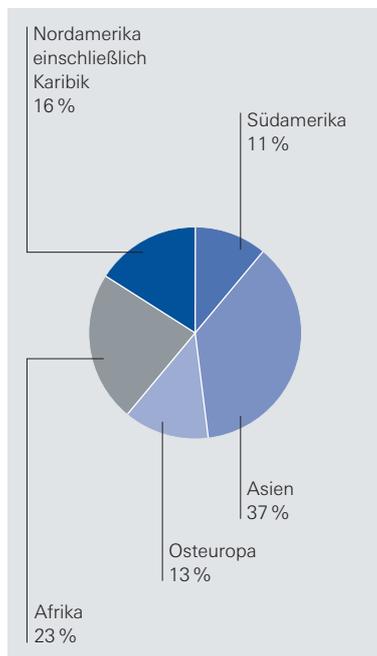
Die UN-Initiative Global Compact ruft dazu auf, die in ihrem Verhaltenskodex festgelegten allgemein gültigen Standards zu beachten. Diese Standards basieren auf neun Prinzipien aus den Bereichen Menschenrechte, Arbeit und Umwelt. Die Deutsche Bank gehört zu den ersten Unternehmen, die sich dieser weltweiten Initiative angeschlossen haben; inzwischen beteiligen sich über 800 Unternehmen. Wir sehen uns nicht nur in der Pflicht, diesen Normen zu entsprechen, sondern wollen auch weitere Firmen für Global Compact gewinnen.

Für beispielhaft halten wir die Umsetzung der Global Compact-Prinzipien im Deutsche Bank Microcredit Development Fund. Mikro- oder Kleinstkredite haben sich in Entwicklungsländern als sehr geeignet erwiesen, Familien in die Lage zu versetzen, sich beispielsweise durch den Aufbau eines kleinen Gewerbes selbst zu versorgen und so der Armut zu entkommen. Wir haben 2002 die finanziellen Mittel des Deutsche Bank Microcredit Development Fund aufgestockt und seine geografische Reichweite ausgedehnt. Das Fondsvermögen erlaubte 2002 die Kreditvergabe im Betrag von 45 Mio US-Dollar an rund 90 000 Kleinstunternehmen. Seit Ende 2001 können sich auch Privatanleger in Deutschland und Großbritannien an diesem Fonds beteiligen.

econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung ist eine Initiative führender internationaler Unternehmen und Organisationen der deutschen Wirtschaft. Das Ziel ist, im Dialog mit der Politik auf Rahmenbedingungen hinzuwirken, die Innovation und Wettbewerbsfähigkeit fördern.

Mikrokredite nach Regionen

Jahresende 2002 insgesamt 45 Mio US-\$



58	Management Discussion
111	Vorbemerkung
112	Vorstand im Berichtsjahr
113	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
114	Gewinn-und-Verlust-Rechnung
115	Umfassende Periodenerfolgsrechnung (Statement of Comprehensive Income)
116	Bilanz
117	Eigenkapitalveränderungsrechnung
118	Kapitalflussrechnung

Erläuterungen (Notes)

119	[1] Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze
131	[2] Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden
132	[3] Akquisitionen und Veräußerungen
133	[4] Handelsaktiva und Handelspassiva
134	[5] Wertpapiere „Available-for-sale“
136	[6] Sonstige Finanzanlagen
140	[7] Forderungen aus dem Kreditgeschäft
141	[8] Risikovorsorge im Kreditgeschäft
142	[9] Verbriefung von Vermögenswerten
145	[10] Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögensgegenstände
145	[11] Sachanlagen
146	[12] Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte
149	[13] Zum Verkauf bestimmte Vermögensgegenstände
150	[14] Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen
150	[15] Langfristige Verbindlichkeiten
151	[16] Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)
153	[17] Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien
154	[18] Stammaktien und aktienbasierte Vergütungspläne
162	[19] Beschränkungen von Vermögenswerten und Dividenden
163	[20] Aufsichtsrechtliches Kapital
165	[21] Zinserträge und Zinsaufwendungen
166	[22] Handelsergebnis
166	[23] Versicherungsgeschäft
167	[24] Pensions- und sonstige Versorgungszusagen
170	[25] Restrukturierungsaufwand
172	[26] Ertragsteuern
175	[27] Ergebnis je Aktie
176	[28] Segmentberichterstattung
185	[29] Geografische Aufgliederung der Geschäftstätigkeit
187	[30] Derivative Finanzinstrumente und Finanzinstrumente mit bilanzunwirksamen Risiken
191	[31] Verteilung des Kreditrisikos
192	[32] Fair Value von Finanzinstrumenten
194	[33] Rechtsstreitigkeiten
195	[34] Terroranschläge in den Vereinigten Staaten

196 Risikobericht

Auf Grund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Management Discussion

Darstellung der Geschäfts- und Finanzlage, Ausblick

Die nachfolgenden Erläuterungen stehen im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss und den zugehörigen Erläuterungen (Notes), der für die Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000 von der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft wurde.

Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Der vorliegende Konzernabschluss wurde nach US GAAP erstellt. Dabei haben wir Beurteilungen vorgenommen und Annahmen getroffen, die sich auf Ansatz und Bewertung der ausgewiesenen Aktiva und Passiva, die Offenlegung von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten sowie auf die in der Erfolgsrechnung der Berichtsperiode ausgewiesenen Erträge und Aufwendungen ausgewirkt haben. Die tatsächlichen Ergebnisse können von unseren Einschätzungen abweichen.

In diesem Zusammenhang weisen wir auf die folgenden Rechnungslegungsgrundsätze hin, die für das Verständnis unseres Geschäftsergebnisses wesentlich sind. Die Anwendung dieser Grundsätze erfordert Beurteilungen und Annahmen seitens des Managements. Da sich zukünftige Ereignisse und ihre Auswirkungen nicht mit Sicherheit vorhersagen lassen, können diese Einschätzungen zu deutlich abweichenden Werten führen, wenn sich die zu Grunde gelegten Bedingungen ändern. Hierbei sind vom Management Entscheidungen unter Unsicherheit zu treffen. Inwieweit solche „wesentlichen Einschätzungen“ zutreffen, hängt von zukünftigen Ereignissen ab, deren Eintritt ungewiss ist oder die sich nach allgemein anerkannten Methoden weder direkt noch von den verfügbaren Daten mit hinreichender Genauigkeit ableiten lassen. Als wesentliche Einschätzung gelten auch Annahmen, die das Management in der aktuellen Berichtsperiode anders hätte treffen können. Eine Einschätzung kann des Weiteren als wesentlich gelten, wenn in den einzelnen Berichtsperioden mit Änderungen der Einschätzungen zu rechnen ist und diese sich erheblich auf die Finanzlage auswirken oder wenn sich die Finanzlage selbst beziehungsweise das Geschäftsergebnis ändert. Einzelheiten zur Anwendung dieser und weiterer Rechnungslegungsgrundsätze sind in Note [1] zum Konzernabschluss enthalten.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die ausgewiesene Risikovorsorge entspricht unserer Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste in unserem Kreditportfolio. Die Festsetzung der Wertberichtigung für Kreditausfälle erfordert wesentliche Beurteilungen und Annahmen seitens des Managements. Zu den Komponenten der Wertberichtigung für Kreditausfälle zählen spezifische und inhärente Verlustkomponenten, die aus der Länderwertberichtigung, der Wertberichtigung für standardisierte homogene Kleinkredite sowie aus den sonstigen Wertberichtigungen für inhärente Risiken bestehen. Wir erachten die Bemessung der Wertberichtigung für Kreditausfälle als wesentliche Einschätzung, da die zu Grunde liegenden Annahmen für spezifische und inhärente Verlustkomponenten Änderungen im Zeitablauf unterliegen können. Diese Änderungen können sich erheblich auf die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns auswirken. Die Bemessung der Wertberichtigung für Kreditausfälle ist eine wesentliche Einschätzung für die Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities sowie Personal Banking.

Die spezifische Verlustkomponente umfasst Wertberichtigungen für Kredite, bei denen das Management davon ausgeht, dass nicht alle vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungszahlungen geleistet werden. Bei der Festsetzung der spezifischen Verlustkomponente, die den überwiegenden Teil unserer Kreditvorsorge bildet, sind verschiedene Faktoren zu berücksichtigen. Zu diesen Faktoren zählen unter anderem die Finanzkraft unserer Kunden, die erwarteten zukünftigen Cashflows, der Fair Value der zu Grunde liegenden Sicherheiten oder die Marktpreise der Kredite. Die inhärente Verlustkomponente basiert unter anderem auf Einschätzungen zu historischen Ausfallquoten sowie politischen, wirtschaftlichen und sonstigen relevanten Faktoren. Wesentliche Änderungen eines dieser Faktoren können sich erheblich auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns auswirken. Wenn beispielsweise die erwarteten zukünftigen Cashflows, auf deren Basis wir die spezifische Verlustkomponente ermittelt haben, von den tatsächlichen Cashflows abweichen, kann dies zu zusätzlichem Wertberichtigungsbedarf für Kreditausfälle führen. Des Weiteren kann sich die erwartete Finanzkraft eines Kunden ändern, beispielsweise auf Grund veränderter weltwirtschaftlicher Bedingungen oder zusätzlicher Informationen über den Kunden, die zum Zeitpunkt der Beurteilung nicht vorlagen. In solchen Fällen sind unter Umständen unsere Einschätzungen anzupassen und zusätzliche Wertberichtigungen für Kreditausfälle zu bilden.

Für die Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000 wurden Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Höhe von jeweils 2,1 Mrd €, 1,0 Mrd € und 478 Mio € gebildet. Im Risikobericht sowie in Note [1], [7] und [8] des Konzernabschlusses werden die Wertberichtigungen für Kreditausfälle näher erläutert.

Die Bilanzwerte bestimmter Vermögensgegenstände, wie zum Beispiel Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte, Anteile an at equity bewerteten Unternehmen, übriger Anteilsbesitz (einschließlich Anteile an Venture Capital-Gesellschaften und nicht marktgängige nicht festverzinsliche Wertpapiere), Wertpapiere „Available-for-sale“ und Sachanlagen, unterliegen einer Werthaltigkeitsprüfung. Wertminderungen werden berücksichtigt, wenn nach unserer Einschätzung ein nicht nur temporärer Wertverlust eingetreten ist oder der Bilanzwert des Vermögensgegenstands möglicherweise nicht realisierbar sein wird. Zum Beispiel können ungünstige Marktbedingungen, die eine Verschlechterung der Werthaltigkeit eines Vermögensgegenstands oder einen Rückgang seines Fair Value erwarten lassen, zu weiteren Wertminderungen führen. Wann eine solche Wertminderung als nicht nur temporär einzustufen ist beziehungsweise die Bestimmung ihrer Höhe, unterliegt in erheblichem Umfang einer individuellen Beurteilung.

Die Werthaltigkeit von Goodwill und sonstigen immateriellen Vermögenswerten mit unbestimmter Nutzungsdauer wird jährlich überprüft. Darüber hinaus wird bei Eintritt bestimmter Ereignisse, die den Wert des Goodwill oder der sonstigen immateriellen Vermögenswerte beeinträchtigt haben könnten (beispielsweise Verschlechterung des Geschäftsklimas), eine Werthaltigkeitsprüfung vorgenommen. Wertminderungen werden berücksichtigt, wenn der Fair Value des Goodwill beziehungsweise des immateriellen Vermögenswerts mit unbestimmter Nutzungsdauer niedriger als sein Buchwert ist. Der im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung ermittelte Fair Value erfordert Beurteilungen und Annahmen auf Basis von Börsenkursen, verfügbaren Preisen für vergleichbare Geschäfte, Barwert- oder sonstigen Bewertungsmethoden oder auf Basis einer Kombination dieser Bewertungsverfahren. Wir erachten diese Einschätzungen als wesentlich, da durch Änderungen in den zu Grunde liegenden Bedingungen erhebliche Unterschiede zu den bilanzierten Werten auftreten können. Zum 31. Dezember 2002

Wertminderung anderer Vermögens- gegenstände

betrug der Goodwill 8,4 Mrd €. Die Beurteilung der Werthaltigkeit erfordert wesentliche Einschätzungen in allen Unternehmensbereichen. In 2002 wurde eine Wertminderung berücksichtigt, die auf die Reduzierung des erwarteten Fair Value des Goodwill im Konzernbereich Corporate Investments zurückzuführen ist, nachdem ein wesentlicher Teil unseres Private Equity-Geschäfts als zum Verkauf bestimmt klassifiziert wurde. Weitere Informationen zum Goodwill und zu sonstigen immateriellen Vermögenswerten sind in Note [12] des Konzernabschlusses enthalten.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte mit bestimmter Nutzungsdauer sowie Sachanlagen werden auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft, sobald es entsprechende Anzeichen für eine Wertminderung gibt. Wenn die Summe der erwarteten, nicht diskontierten Cashflows aus einem Vermögensgegenstand niedriger ist als der ausgewiesene Buchwert, ist eine Wertminderung in Höhe des Differenzbetrags zu berücksichtigen. Bei der Werthaltigkeitsermittlung von Vermögensgegenständen, die als zum Verkauf bestimmt klassifiziert wurden, sind beim Fair Value auch Verkaufskosten zu berücksichtigen. Ist ein Vermögensgegenstand zu einer anderweitigen Verwertung als zum Verkauf vorgesehen, wird eine Wertminderung in Höhe der Differenz zwischen Buchwert und niedrigerem Restwert berücksichtigt, sobald der Gegenstand nicht mehr genutzt wird. Weitere Informationen über Sachanlagen sind in Note [11] und über sonstige immaterielle Vermögenswerte in Note [12] des Konzernabschlusses enthalten.

Die Werthaltigkeit von Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen, übrigem Anteilsbesitz und Wertpapieren „Available-for-sale“ wird quartalsweise überprüft. Eine häufigere Prüfung erfolgt bei Eintritt bestimmter Ereignisse, die eine Beeinträchtigung der Werthaltigkeit erwarten lassen. Anzeichen hierfür können in der Entwicklung einer Branche oder geografischen Region beziehungsweise in Informationen zur Finanzlage des Emittenten, wie die Herabstufung seiner Kreditwürdigkeit, liegen. Da solche spezifischen Informationen unter Umständen erst nach Abschluss unserer Wertermittlung verfügbar werden, können zukünftig Wertminderungen, die als nicht nur temporär zu beurteilen sind, erforderlich werden. Diese Beurteilungen erachten wir als wesentlich, da sich die Einschätzungen der Wertminderungen im Zeitablauf und in Abhängigkeit von zukünftigen Ereignissen verändern können. Wird der Rückgang des Fair Value unter die Anschaffungskosten als nicht nur temporär beurteilt, ist eine Wertminderung in Höhe des Differenzbetrags zwischen Buchwert und Fair Value auszuweisen. Die Festlegung, ob ein Wertrückgang als nicht nur temporär eingestuft wird, erfordert eine individuelle Beurteilung. In den Geschäftsjahren 2002 und 2001 haben wir die nicht nur temporären Wertminderungen für Anteile an at equity bewerteten Unternehmen, übrigen Anteilsbesitz und Wertpapiere „Available-for-sale“ berücksichtigt. Wertpapiere „Available-for-sale“ wurden mit ihrem Fair Value angesetzt. Der Saldo aus unrealisierten Gewinnen und Verlusten wird in der Position übriger umfassender Periodenerfolg (Other Comprehensive Income) erfasst und erst bei einer Realisierung oder einer Wertminderung, die als nicht nur temporär beurteilt wird, im laufenden Ergebnis gezeigt. Weitere Informationen über Wertpapiere „Available-for-sale“ sind in Note [5] und über Anteile an at equity bewerteten Unternehmen und übrigen Anteilsbesitz in Note [6] des Konzernabschlusses enthalten.

Wertberichtigungen latenter Steueransprüche

Aktive und passive latente Steuern werden für zukünftige Steuereffekte aus Differenzen zwischen den im US GAAP-Abschluss angesetzten Bilanzwerten der Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten und deren steuerrechtlichen Ansätzen, aus Verlustvorträgen und Steuergutschriften gebildet. Aktive latente Steuern werden bilanziert, wenn nach Einschätzung des Managements auf Basis der verfügbaren maßgeblichen Informationen deren Realisierbarkeit

wahrscheinlich ist. Falls erforderlich, werden sie entsprechend wertberichtigt. Wir erachten die im Rahmen der vorzunehmenden Wertberichtigungen latenter Steueransprüche getroffenen Beurteilungen als wesentliche Einschätzung, da sich die zu Grunde liegenden Annahmen in jeder Berichtsperiode ändern können. Falls die Realisierbarkeit der aktiven latenten Steuern nicht oder nur zum Teil gegeben ist, wird eine Wertberichtigung der aktiven latenten Steuern zu Lasten des Ertragsteueraufwands in der Periode ausgewiesen, in der eine solche Feststellung getroffen wird.

Wir haben bei der Festsetzung des Wertberichtigungsbedarfs das künftige steuerpflichtige Einkommen, die Zusammensetzung der Ergebnisse nach Standorten sowie Steuerplanungsstrategien berücksichtigt. Möglicherweise müssen wir weitere Wertberichtigungen bilden, wenn wir kein ausreichendes steuerpflichtiges Einkommen erzielen können. Unser Ertragsteueraufwand enthielt Aufwendungen für die in den Geschäftsjahren 2002 und 2001 vorgenommenen Wertberichtigungen in Höhe von 254 Mio € beziehungsweise 286 Mio €. Im Geschäftsjahr 2000 wiesen wir nach Reduzierung unserer Wertberichtigung eine Ertragsteuerminderung von 108 Mio € aus. Diese Änderungen erfolgten auf Basis der jeweils aktuellen Einschätzung der oben erläuterten Faktoren.

Börsenkurse liquider Märkte sind die verlässlichste Messgröße des Fair Value. Für bestimmte Instrumente, Finanzanlagen und Geschäfte, wie zum Beispiel außerbörslich gehandelte Kontrakte und Anteile an Venture Capital-Gesellschaften, liegen möglicherweise jedoch keine Kursnotierungen vor.

Sind verlässliche Börsenkurse nicht verfügbar, werden die Fair Values von Derivaten und Wertpapieren nach der Discounted Cashflow-Methode oder anderen Bewertungsmodellen beziehungsweise auf Basis eines Vergleichs mit ähnlichen Markttransaktionen ermittelt. Die Discounted Cashflow-Methode beruht auf geschätzten zukünftigen Cashflows und zu Grunde gelegten Abzinsungsfaktoren. Bewertungsmodelle berücksichtigen Zeitwerte, Zinsstrukturkurven, Volatilitätsfaktoren, vorzeitige Tilgungen, Ausfallquoten, die Verlusthöhe sowie die aktuellen Markt- und Transaktionspreise der zu Grunde liegenden Finanzinstrumente. Preisanpassungen im Rahmen der Modell- oder Portfoliobewertung tragen Liquiditäts-, Kredit- und Konzentrationsrisiken, Hedging-Strategien, der Qualität der Parameter sowie sonstigen Faktoren Rechnung.

In diesen Fällen, in denen die Bewertung durch das Fehlen verlässlicher Marktpreise subjektiver Natur ist, sind vom Management entsprechende Beurteilungen und Annahmen zu treffen. Werden beispielsweise Preise oder Eingabewerte vergleichbarer Finanzinstrumente für Bewertungsmodelle verwendet, ist zu beurteilen, inwiefern adäquate Anpassungen für Bonitätsrisiken, Liquiditätsrisiken oder sonstige Faktoren vorzunehmen sind. Wir erachten diese Einschätzungen als wesentlich, da die ermittelten Fair Values von den tatsächlich realisierbaren Werten abweichen können. Dies gilt insbesondere für den Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities, da er mit bestimmten OTC-Derivaten handelt, von denen einige lange Laufzeiten oder komplexe Strukturen aufweisen, die mit Bewertungsmodellen abgebildet werden. Ferner sind solche Einschätzungen für den Konzernbereich Corporate Investments wesentlich, der auch Anteile halten kann, die nicht aktiv gehandelt werden.

Bestimmung des Fair Value

Auswirkungen der deutschen Steuerreform; Ertragsteuer-Bilanzierung

Bei der Beurteilung unserer Geschäftsergebnisse ist zu berücksichtigen, dass die bilanzielle Behandlung von Änderungen des Ertragsteuersatzes nach US GAAP einen negativen Einfluss auf unsere Geschäftsergebnisse der Jahre 2002 (Auf-

wand von 2,8 Mrd €) und 2001 (Aufwand von 995 Mio €) hatte. Dem stand im Jahr 2000 ein Ertrag von 9,3 Mrd € gegenüber. Wir empfehlen daher, die Ergebnisse der Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000 untereinander sowie mit früheren oder zukünftigen Perioden auch ohne diese Effekte aus den Änderungen der Ertragsteuersätze zu vergleichen.

Zwei wichtige Änderungen der Steuergesetzgebung in den Jahren 1999 und 2000 beeinflussten nicht nur den Jahresüberschuss dieser Geschäftsjahre, sondern haben auch Einfluss auf die Jahresüberschüsse der folgenden Geschäftsjahre. 1999 senkte die Bundesregierung den Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne von 45% auf 40%. Im Oktober 2000 verabschiedete sie ein umfassendes Steuerreformgesetz.

Das Steuerreformgesetz aus 2000 enthielt zwei wichtige Änderungen, die für die Besteuerung der Deutschen Bank bedeutsam sind:

- Der Körperschaftsteuersatz verringerte sich ab dem 1. Januar 2001 für alle Unternehmensgewinne auf einheitlich 25%. Bis Ende 2000 galten Steuersätze von 40% für einbehaltene Gewinne und 30% für ausgeschüttete Gewinne.
- Gewinne aus der Veräußerung von Beteiligungen an inländischen Kapitalgesellschaften wurden mit Wirkung vom 1. Januar 2002 steuerfrei. Das bedeutet, dass insoweit der Körperschaftsteuersatz auf null Prozent abgesenkt wurde. Bis zu diesem Datum waren derartige Veräußerungsgewinne mit demselben Körperschaftsteuersatz wie ordentliche Erträge steuerpflichtig. Im Jahr 2000 führte diese faktische Steuersatzänderung zu einer Minderung des Ertragsteueraufwands um 9,0 Mrd €.

Nachfolgend werden die bilanzielle Behandlung dieser Änderungen der Ertragsteuersätze und deren Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis der Deutschen Bank erläutert.

Nach US GAAP sind alle unrealisierten Gewinne aus Wertpapieren „Available-for-sale“ netto, das heißt nach Bildung entsprechender Rückstellungen für latente Steuern, als übriger umfassender Periodenerfolg (Other Comprehensive Income) auszuweisen. Die Berechnung der latenten Steuern basiert auf dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Fair Value dieser Wertpapiere und ihren steuerlich maßgeblichen Wertansätzen. Zu jedem Bilanzstichtag werden die latenten Steuern und die entsprechenden latenten Steuerverbindlichkeiten auf der Basis der Veränderung des unrealisierten Gewinns für diese Periode unter Verwendung des Ertragsteuersatzes ausgewiesen, der voraussichtlich in der Periode gültig ist, in der die Gewinnrealisation erwartet wird. Da sowohl die unrealisierten Gewinne als auch die entsprechenden latenten Steuern als übriger umfassender Periodenerfolg ausgewiesen werden, wirken sich weder die unrealisierten Gewinne noch die zugehörigen latenten Steuerverbindlichkeiten auf das Ergebnis in dieser Periode aus.

Nach US GAAP müssen Unternehmen in der Periode, in der neue Steuersätze in Kraft treten, alle ausgewiesenen latenten Steueransprüche und -verbindlichkeiten anpassen. Die daraus resultierenden Veränderungen der latenten Steueransprüche und -verbindlichkeiten berücksichtigen die neuen Steuersätze der Perioden, in denen sich die temporären Unterschiedsbeträge voraussichtlich umkehren werden. Auf Grund der oben beschriebenen Änderungen des Steuerrechts mussten wir in den Jahren 1999 und 2000 solche Anpassungen vornehmen. Da unsere Wertpapiere „Available-for-sale“ hohe unrealisierte Gewinne enthielten, bestanden entsprechend hohe latente Steuerverbindlichkeiten. Diese latenten Steuerverbindlichkeiten wurden infolge der neuen Steuergesetzgebung erheblich verringert. Der deshalb im Jahr 2000 ausgewiesene Steuerertrag war im Wesentlichen auf den Wegfall der Steuerpflicht von Gewinnen aus der Ver-

äußerung von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften zurückzuführen. Dabei handelt es sich vor allem um unsere Industriebeteiligungen, die wir überwiegend als Wertpapiere „Available-for-sale“ nach US GAAP klassifiziert haben. Diese waren seit ihrem Erwerb erheblich im Wert gestiegen. Unsere Absicht ist, diese Industriebeteiligungen unter Wahrung sonstiger Geschäftsinteressen so zu veräußern, dass die Steuerfreiheit gegeben ist, der erwartete Steuersatz also null Prozent beträgt. Folglich stand die Verringerung latenter Steuerverbindlichkeiten im Wesentlichen im Zusammenhang mit den unrealisierten Gewinnen aus unseren Industriebeteiligungen.

Während die Bildung latenter Steuern auf unrealisierte Gewinne aus Wertpapieren „Available-for-sale“ direkt im übrigen umfassenden Periodenerfolg (Other Comprehensive Income) abgebildet wurde, verlangt US GAAP, dass bei Anpassungen der Steuerverbindlichkeiten infolge von Steuersatzänderungen diese als Berichtigung des Steueraufwands gezeigt werden. Diese Anpassungen wurden in der Berichtsperiode des gesetzlichen In-Kraft-Tretens der Steuersatzänderung vorgenommen.

Allerdings führte die Anpassung der latenten Steuerverbindlichkeiten nicht zu einer Berichtigung der latenten Steuern, die im übrigen umfassenden Periodenerfolg kumuliert wurden. Diese latenten Steuern verbleiben im kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolg, bis die entsprechenden Wertpapiere veräußert werden. In der Periode, in der sie veräußert werden, sind die latenten Steuern aufzulösen und als Steueraufwand auszuweisen. Die bilanzielle Abbildung von Änderungen des Ertragsteuersatzes bei diesen Wertpapieren kann sich wie folgt auf das Ergebnis auswirken:

- Bei Verkauf dieser Wertpapiere wird in der Periode der Veräußerung ein Steueraufwand ausgewiesen. Der Steueraufwand entspricht den im kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolg zum jeweiligen Zeitpunkt der Steuersatzänderung enthaltenen latenten Steuern. Die im kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolg für diese Wertpapiere aufgelaufene latente Steuer betrug am 31. Dezember 2002 circa 3,0 Mrd € und am 31. Dezember 2001 rund 5,9 Mrd €.
- Ungeachtet der Höhe der Veräußerungsgewinne wird in den Berichtsperioden der Veräußerung ein Steueraufwand anfallen. Dieser Aufwand kann die Veräußerungsgewinne teilweise oder ganz aufzehren beziehungsweise einen Veräußerungsverlust erhöhen.
- Obwohl im Jahr 2000 eine erhebliche Minderung latenter Steuern infolge der Steuergesetzänderungen für Veräußerungsgewinne aus Anteilen an Kapitalgesellschaften ausgewiesen wurde und in den Jahren, in denen diese Anteile veräußert werden, ein entsprechend hoher latenter Steueraufwand anfallen wird, werden die realisierten Gewinne aus diesen Wertpapieren ab 2002 in den Veräußerungsperioden oder zu anderen Zeitpunkten nur dann Steuerzahlungsverpflichtungen nach sich ziehen, wenn die Steuerpflicht vor der Veräußerung der Wertpapiere erneut geändert wird. Anders ausgedrückt: Alle latenten Steuererträge und -aufwendungen, die mit diesen Wertpapieren zusammenhängen, sind nicht zahlungswirksam. Darüber hinaus hat der latente Steueraufwand aus der Umkehrung des früheren Steuerertrags infolge von Veräußerungen keine Auswirkungen auf das Eigenkapital. Der Grund hierfür ist, dass sowohl die latenten Steuern, die im kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolg erfasst werden, als auch der nicht zahlungswirksame Steueraufwand als Bestandteil des Jahresüberschusses Eigenkapitalkomponenten sind.

Die nachstehende Tabelle zeigt die unrealisierten Gewinne und die damit zusammenhängenden Effekte der nicht festverzinslichen Wertpapiere „Availa-

ble-for-sale“, soweit sie der DB Industrial Holdings zuzurechnen sind, die den größten Teil unseres Industriebeteiligungsportfolios hält. Die Effekte spiegeln sowohl die erheblichen Verringerungen der Marktpreise seit dem In-Kraft-Treten der Steuersatzänderungen als auch die Veräußerungen von Industriebeteiligungen wider. Da der latente Steuerbetrag für die noch im Bestand befindlichen Wertpapiere auf Basis der Marktwerte der Jahre 1999 und 2000 eingefroren wurde, liegt er derzeit über den entsprechenden unrealisierten Gewinnen der Wertpapiere „Available-for-sale“ der DB Industrial Holdings.

in Mrd €	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2000	31.12.1999
Marktwert	5,3	14,1	17,5	21,8
Anschaffungskosten	5,0	5,7	5,6	5,8
Unrealisierter Gewinn im übrigen umfassenden Periodenerfolg	0,3	8,4	11,9	16,0
Abzüglich latente Steuern aus Steuersatzänderungen 1999 und 2000 in Deutschland	2,9	5,5	6,5	8,6
Übriger umfassender Periodenerfolg, netto	- 2,6	2,9	5,4	7,4

Diese bilanzielle Behandlung von Steuersatzänderungen kann daher beträchtliche Auswirkungen auf das Ergebnis in den Berichtsperioden haben, in denen wir diese Wertpapiere veräußern. Dieser Effekt zeigte sich in 2001 und 2002. Der Großteil der Gewinne aus Verkäufen in diesen Jahren war steuerfrei. Die für diese Wertpapiere im übrigen umfassenden Periodenerfolg per 31. Dezember 2000 enthaltenen kumulierten latenten Steuern wurden aufgelöst. Auf Grund dieser Auflösungen wurde in 2002 ein Steueraufwand in Höhe von 2,8 Mrd € und in 2001 von 995 Mio € ausgewiesen, obwohl für die erzielten Veräußerungsgewinne keine Steuerzahlungen anfielen.

Damit haben weder die ergebniswirksame Auflösung der latenten Steuerverbindlichkeit noch die ergebniswirksame Umkehrung der im übrigen umfassenden Periodenerfolg enthaltenen latenten Steuern einen ökonomischen Hintergrund. Die Steuerposition der Bank gegenüber dem Fiskus wurde davon nicht berührt. So wurde bei Auflösung der bestehenden latenten Steuerverbindlichkeit keine Steuergutschrift vom Fiskus erworben und bei Verkauf der Wertpapiere und der damit verbundenen Umkehrung der latenten Steuern keine Steuerverpflichtung gegenüber dem Fiskus begründet.

Weder die Auflösung der latenten Steuerverbindlichkeit noch die unrealisierten Gewinne und Verluste der Wertpapiere „Available-for-sale“ werden beim regulatorischen Kernkapital sowie bei der Berechnung des bereinigten RoE berücksichtigt. Der gesamte Vorgang stellt nach unserer Überzeugung eine US GAAP-spezifische Bilanzierungsweise dar, die die ökonomischen Realitäten in den Berichtsperioden vor und bei der Realisierung der Effekte aus Steuersatzänderungen durch einen Verkauf nicht wiedergibt.

Wesentliche Akquisitionen und Desinvestitionen

Im Dezember 2001 trafen wir eine Vereinbarung mit Zurich Financial Services (Zurich). Diese umfasste die Übernahme des größten Teils des Vermögensverwaltungsgeschäfts von Zurich (Scudder, ohne Geschäftsaktivitäten in Großbritannien). Im Gegenzug erwarb Zurich den größten Teil unseres Versicherungsgeschäfts, das wir im Wesentlichen über die Versicherungsholding der Deutschen Bank AG (Deutscher Herold) hielten. Diese Transaktionen, die im Wesentlichen unsere Unternehmensbereiche Asset Management und Personal Banking betrafen, wurden im zweiten Quartal 2002 abgeschlossen.

Im zweiten Quartal 2002 übernahmen wir die US-amerikanische Immobilienvermögensverwaltungsgesellschaft RREEF. RREEF wird als Geschäftseinheit innerhalb von DB Real Estate geführt, der Immobilienverwaltungsgruppe unseres Unternehmensbereichs Asset Management.

Im zweiten Quartal 2002 verkauften wir unsere Banque Worms-Filialen außerhalb von Paris. Im ersten Quartal 2003 veräußerten wir die beiden verbliebenen Banque Worms-Filialen in Paris.

Auf der Grundlage der 2001 getroffenen Vereinbarung führten wir im dritten Quartal 2002 unsere Hypothekenbank-Tochtergesellschaft, die EUROHYPO AG Europäische Hypothekenbank der Deutschen Bank, mit der Deutschen Hypothekenbank Frankfurt-Hamburg AG und der Rheinhyp Rheinische Hypothekenbank AG, den jeweiligen Hypothekenbanktöchtern der Dresdner Bank und der Commerzbank, zur neuen EUROHYPO AG zusammen. Diese Fusion wurde für bestimmte Zwecke, jedoch nicht für die Berichterstattung nach US GAAP, rückwirkend zum 1. Januar 2002 wirksam, obwohl die Fusion der drei Gesellschaften am 13. August 2002 abgeschlossen und in das Handelsregister eingetragen wurde. Nach der Fusion belief sich unsere Beteiligung an der fusionierten Gesellschaft auf 34,6%, während die Commerzbank 34,4% und die Dresdner Bank 28,7% der Anteile an der Gesellschaft hielten (Streubesitz 2,3%). Im Dezember 2002 wurde im Zuge der Fusion ein Teil unseres Londoner Immobilien-Investment Banking auf die EUROHYPO AG übertragen. Am 31. Dezember 2002 betrug unsere Beteiligungsquote an der fusionierten Gesellschaft 34,6%. Im Januar 2003 wurden des Weiteren ein Teil unseres deutschen Finanzierungsgeschäfts im Bereich Gewerbeimmobilien sowie das US-amerikanische Immobilien-Investment Banking der Dresdner Bank in die fusionierte Gesellschaft eingebracht. Unser Beteiligungsanteil an der EUROHYPO AG belief sich danach auf 37,6%. Mit Blick auf diese Transaktionen hatten wir die Aktivitäten unserer bisher zum Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities gehörenden Hypothekenbanktöchter im ersten Quartal 2002 auf den Konzernbereich Corporate Investments übertragen.

Im dritten Quartal 2002 trafen wir eine Vereinbarung mit Northern Trust Corporation über den Verkauf des größten Teils unseres indexgebundenen Asset Management-Geschäfts. Der Verkauf wurde im ersten Quartal 2003 abgeschlossen.

Im vierten Quartal 2002 wurden Verträge über den Verkauf von wesentlichen Teilen unseres im Unternehmensbereich Global Transaction Banking zusammengefassten Global Securities Services-Geschäfts an State Street Corporation unterzeichnet. Die Transaktionen wurden im ersten Quartal 2003 abgeschlossen.

Im vierten Quartal 2002 verkauften wir das früher im Konzernbereich Corporate Investments in der Deutschen Financial Services geführte nordamerikanische Commercial Finance-Geschäft an GE Commercial Finance und das nordamerikanische Consumer Finance-Geschäft der Deutschen Financial Services an die E*TRADE Bank.

Im vierten Quartal 2002 unterzeichneten wir einen Vertrag mit IBM Business Services (IBM BS) über das Outsourcing unserer deutschen, im Bereich Private Clients and Asset Management (PCAM) Information Technology/Infrastructure (IT/I) geführten Datenzentren, unserer kontinentaleuropäischen Serverstandorte und unserer DWS Europe Computer Center an IBM BS. Der Vertrag hat eine Laufzeit von zehn Jahren. Im Rahmen dieser Vereinbarung wird IBM BS uns eine Vielzahl von Technologiedienstleistungen bereitstellen. Mit Wirkung vom 1. Februar 2003 übertrugen wir unser PCAM IT/I-Geschäft, einschließlich der zugehörigen Personal-, Controlling- und sonstigen Infrastrukturfunktionen, an IBM BS. Im Zuge dieses Übergangs wechselten circa 900 Mitarbeiter zu ihrem neuen Arbeitgeber IBM BS.

Im Februar 2003 unterzeichneten wir eine Vereinbarung mit Zurich Financial Services über die Übernahme der schweizerischen Privatbank Rüd, Blass & Cie AG Bankgeschäft. Diese Transaktion, die unsere Expertise im Private Wealth Management stärken wird, ist noch von den Aufsichtsbehörden zu genehmigen. Wir begannen im November 2002 exklusive Verhandlungen mit dem Managementteam von DB Capital Partners über den Verkauf unseres Late-stage Private Equity-Portfolios zu führen. Der Verkauf wurde im Februar 2003 abgeschlossen, wobei wir einen Anteil von 20% an diesem Portfolio behalten werden. Im Februar 2003 gaben wir außerdem den Verkauf von zwei erstklassigen Immobilienobjekten in London bekannt. Wir vereinbarten mit The British Land Company PLC den Verkauf der langfristig (999 Jahre) angemieteten 1, Appold Street und mit KanAm grundinvest Fonds den Verkauf unserer 55%igen Beteiligung an Winchester House. Diese Liegenschaften werden für mindestens weitere 15 Jahre von uns genutzt.

Ergebnis unserer Geschäftstätigkeit

Die nachfolgenden Erläuterungen sind im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss zu sehen.

Überblick

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns für 2002, 2001 und 2000:

in Mio €	2002	2001	2000
Zinsüberschuss	7 186	8 620	7 028
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2 091	1 024	478
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	5 095	7 596	6 550
Provisionsüberschuss	10 834	10 727	11 693
Handelsergebnis	4 024	6 031	7 625
Sonstige zinsunabhängige Erträge	4 503	4 163	8 133
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	19 361	20 921	27 451
Erträge insgesamt	24 456	28 517	34 001
Personalaufwand	11 358	13 360	13 526
Abschreibungen/nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	62	871	771
Restrukturierungsaufwand	583	294	125
Sonstige zinsunabhängige Aufwendungen	8 904	12 189	12 710
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	20 907	26 714	27 132
Ergebnis vor Steueraufwand/-ertrag (-) und kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden	3 549	1 803	6 869
Ertragsteueraufwand	372	434	2 643
Steueraufwand/-ertrag (-) aus Steuersatzänderungen und Umkehreffekte ¹	2 817	995	- 9 287
Ergebnis vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	360	374	13 513
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern ²	37	- 207	-
Jahresüberschuss^{1, 2}	397	167	13 513

¹ Der Steueraufwand in Höhe von 2,8 Mrd € in 2002 und 995 Mio € in 2001 sowie die Steuererträge von 9,3 Mrd € in 2000 resultieren aus den Änderungen der Steuersätze und Umkehreffekten auf Grund von Steuergesetzänderungen in Deutschland. Diese Veränderungen und Wirkungen sind im Abschnitt „Auswirkungen der deutschen Steuerreform; Ertragsteuer-Bilanzierung“ erläutert. Die nachfolgende Tabelle zeigt die um diese Wirkungen bereinigten Zahlen.

² Diese Zahlen spiegeln den kumulierten Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden in 2002 und 2001 wider. Die Änderungen und ihre Auswirkungen auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns werden unter „Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden“ näher erläutert.

Die folgende Tabelle zeigt den Jahresüberschuss ohne die oben beschriebenen kumulierten Effekte aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden und Steuersatzänderungen:

in Mio € (ausgenommen Ergebnis je Aktie – basic –)	2002		2001		2000	
		je Aktie		je Aktie		je Aktie
Jahresüberschuss	397	0,64 €	167	0,27 €	13 513	22,00 €
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden	– 37	– 0,06 €	207	0,33 €	–	–
Steueraufwand/-ertrag (–) aus Steuersatzänderungen und Umkehreffekte	2 817	4,58 €	995	1,61 €	– 9 287	– 15,12 €
Jahresüberschuss ohne kumulierte Effekte aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden und Steuersatzänderungen	3 177	5,16 €	1 369	2,21 €	4 226	6,88 €

Der Jahresüberschuss 2002 betrug 397 Mio €. Enthalten sind Steueraufwendungen in Höhe von 2,8 Mrd € aus der Umkehrung von Steuererträgen, die in den Vorjahren auf Grund der Reform des deutschen Steuerrechts ausgewiesen wurden. Der Jahresüberschuss erhöhte sich durch den kumulierten Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden um 37 Mio €. Der Jahresüberschuss 2001 betrug 167 Mio €. Enthalten sind Steueraufwendungen in Höhe von 995 Mio € aus der Umkehrung von Steuererträgen, die in den Vorjahren auf Grund der Reform des deutschen Steuerrechts ausgewiesen wurden. Der Jahresüberschuss 2001 verringerte sich weiterhin durch den kumulierten Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden um 207 Mio €. Ohne Berücksichtigung des Effekts aus der Steuerrechtsreform in beiden Jahren hätten wir 2002 einen Jahresüberschuss von 3,2 Mrd € und im Jahr 2001 von 1,2 Mrd € erwirtschaftet. Weiter bereinigt um den kumulierten Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden in beiden Jahren, wäre 2002 ein Jahresüberschuss von 3,2 Mrd € und 2001 von 1,4 Mrd € erzielt worden.

Im Jahr 2000 belief sich der Jahresüberschuss auf 13,5 Mrd € und enthielt Steuererträge infolge der Reform des deutschen Steuerrechts in Höhe von 9,3 Mrd €. Bereinigt um diesen Effekt wäre 2000 ein Jahresüberschuss von 4,2 Mrd € erzielt worden. In 2000 gab es keinen kumulativen Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden.

Das Ergebnis je Aktie betrug im Jahr 2002 0,64 €, gegenüber 0,27 € in 2001 und 22,00 € in 2000.

Der Zinsüberschuss in jedem der betrachteten Geschäftsjahre ist hauptsächlich von folgenden Faktoren beeinflusst:

- Volumina und Struktur der Aktiva und Passiva sowie deren zugehörigen Ertrags- und Aufwandskomponenten,
- Zinsniveau und Zinssatzbewegungen und
- in geringerem Ausmaß von Wechselkursbewegungen.

Zinsüberschuss

Die folgende Tabelle enthält Informationen zu unserem Zinsüberschuss:

in Mio € (außer Prozentzahlen)	2002	2001	2000
Zinsüberschuss	7 186	8 620	7 028
Verzinsliche Aktiva im Jahresdurchschnitt ¹	781 134	877 727	898 514
Verzinsliche Passiva im Jahresdurchschnitt ¹	729 643	783 710	815 867
Zinsertragssatz ²	4,58%	6,11%	6,14%
Zinsaufwandssatz ³	3,92%	5,74%	5,90%
Zinsspanne ⁴	0,66%	0,37%	0,24%
Zinsmarge ⁵	0,92%	0,98%	0,78%

¹ Der durchschnittliche Jahreswert wird jeweils auf Basis der Monatsendwerte ermittelt.

² Der Zinsertragssatz ist der durchschnittlich erzielte Zinsertrag auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

³ Der Zinsaufwandssatz ist der durchschnittlich gezahlte Zinsaufwand auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

⁴ Die Zinsspanne ist die Differenz zwischen dem Zinsertragssatz und dem Zinsaufwandssatz.

⁵ Die Zinsmarge ist der Zinsüberschuss im Verhältnis zu unseren verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

In 2002 belief sich der Zinsüberschuss auf 7,2 Mrd € und lag damit um 1,4 Mrd € beziehungsweise 17% unter dem Vorjahreswert. Der Zinsüberschuss in 2001 betrug 8,6 Mrd €, ein Anstieg um 1,6 Mrd € oder 23% gegenüber 2000. Die Zinsspanne nahm in 2002 um 29 Basispunkte zu, während die Zinsmarge um 6 Basispunkte fiel. In 2001 waren beide Werte gestiegen.

Der Zinsüberschuss verringerte sich in 2002, da die Zinserträge deutlich stärker abnahmen als die Zinsaufwendungen. Mehrere Faktoren führten zu diesem Rückgang. Zum einen sanken die Dividendenerträge, die überwiegend aus unseren Wertpapieren „Available-for-sale“ stammen, um 644 Mio €. Zum anderen trugen die genannte Desinvestition des Großteils unseres Versicherungsgeschäfts im zweiten Quartal 2002, die Fusion unserer Hypothekenbank-Tochtergesellschaft EUROHYPO im dritten Quartal 2002 sowie der Verkauf unseres europäischen Asset Finance- und Leasinggeschäfts im zweiten Quartal 2001 zu diesem Rückgang bei. Im Jahr 2001 verringerten sich sowohl die Zinserträge als auch die Zinsaufwendungen im Vergleich zu 2000, wobei aber die Zinsaufwendungen stärker zurückgingen als die Zinserträge.

Aus unserer Sicht ist der Wandel der Geschäftsstruktur der maßgebliche Faktor, der die Entwicklung des Zinsüberschusses, der Zinsmarge und der Zinsspanne in den letzten Jahren beeinflusst hat. Im Jahr 2002 verkauften wir wie erwähnt den Großteil unseres Versicherungsgeschäfts und fusionierten unsere Hypothekenbank-Tochtergesellschaft. Unsere Geschäftsaktivitäten haben sich auch dadurch kontinuierlich zum Investment Banking einschließlich Handelsgeschäften und zum Asset Management verlagert. Diese Bereiche erzielen nicht nur Handelsergebnis und Provisionsüberschuss, sondern tragen auch zum Zinsüberschuss bei. Handelsaktiva und Handelspassiva einschließlich zugehöriger Refinanzierungen generieren beispielsweise sowohl Zinsergebnis als auch Handelsergebnis. Infolge der stärkeren Ausrichtung auf unsere Handelsaktivitäten betrachten wir den Zinsüberschuss und das Handelsergebnis nicht isoliert, sondern steuern unser Geschäft vielmehr nach dem Gesamtertrag, den unser Handelsbestand generiert. Dieser umfasst sowohl zinsabhängige als auch zinsunabhängige Erträge und Aufwendungen einschließlich zugehöriger Refinanzierungskosten. Das Verhältnis zwischen zinsabhängigen und zinsunabhängigen Erträgen und Aufwendungen einer Berichtsperiode aus unserem Handelsbestand wird von den Marktbedingungen, den sich hieraus ergebenden Geschäftsmöglichkeiten für unsere Handelsbereiche sowie den eingesetzten Strategien und Handelsinstrumenten bestimmt. Um eine aus unserer Sicht umfassendere Darstellung der Performance unserer Handelsaktivitäten zu geben, beziehen wir neben dem ausgewiesenen Handelsergebnis auch die handelsbezogenen Zinserträge und -aufwendungen mit ein (siehe „Handelsergebnis“).

Die Entwicklung unseres Zinsüberschusses wird darüber hinaus in erheblichem Umfang von der Art und Weise der Bilanzierung einiger Derivategeschäfte geprägt. Wir schließen derartige Derivate, die nicht zu Handelszwecken dienen, zur wirtschaftlichen Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken von Nichthandelsaktiva beziehungsweise -passiva ab. Nicht alle diese Derivate erfüllen die Anforderungen, um als Absicherungsgeschäfte bilanziert werden zu können. Wenn Derivate diese Anforderungen erfüllen, werden erhaltene beziehungsweise gezahlte Zinsen aus den Derivaten unter den Zinserträgen und Zinsaufwendungen ausgewiesen. Dort kompensieren sie die Zinsströme aus den Aktiv- und Passivkomponenten, zu deren Absicherung sie abgeschlossen wurden („Hedge Accounting“). Wenn Derivate die bilanziellen Anforderungen an Absicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden die Zinsergebnisse aus den Derivaten dem Handelsergebnis zugeordnet. Aus Derivaten zu Nichthandelszwecken, die die bilanziellen Anforderungen an Absicherungsgeschäfte nicht erfüllen, wurden in 2002 Erträge von 360 Mio €, in 2001 von 259 Mio € und in 2000 von 105 Mio € dem Handelsergebnis zugeordnet.

Nachstehende Tabelle zeigt unseren Zinsüberschuss einschließlich der Zinsen aus Derivaten zu Nichthandelszwecken, die nicht die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen:

in Mio €	2002	2001	2000
Zinsüberschuss	7 186	8 620	7 028
Zinsüberschuss aus nicht qualifizierenden Derivaten (im Handelsergebnis ausgewiesen)	360	259	105
Zinsüberschuss einschließlich Zinsen aus nicht qualifizierenden Derivaten	7 546	8 879	7 133

Hätten wir alle diese Transaktionen als Absicherungsgeschäfte bilanzieren können, wäre unser Zinsüberschuss von 2001 auf 2002 lediglich um 1,3 Mrd € gesunken und nicht, wie berichtet, um 1,4 Mrd €. Von 2000 auf 2001 wäre unser Zinsüberschuss um 1,7 Mrd € angestiegen und nicht, wie berichtet, um 1,6 Mrd €.

Viele unserer Derivategeschäfte konnten vor 2001 nicht als Absicherungsgeschäfte bilanziert werden, weil zum Abschlusszeitpunkt keine Dokumentation gemäß den Anforderungen nach US GAAP erfolgte. Seit Einführung des SFAS 133 Anfang 2001 bilanzieren wir Derivategeschäfte, die die Anforderungen an das Hedge Accounting erfüllen, als Absicherungsgeschäfte. Gleichwohl schließen wir weiterhin Derivategeschäfte ab, die zur wirtschaftlichen Absicherung dienen, aber nicht als Absicherungsgeschäfte gemäß SFAS 133 bilanziert werden können. Die Gewinne oder Verluste aus Derivategeschäften, die nicht als Absicherungsgeschäfte bilanziert werden können, führen in der jeweiligen Berichtsperiode zu einer höheren Ergebnisvolatilität als bei einer Verteilung über die Laufzeit. Die Nettogewinne und -verluste über die Gesamtlaufzeit sind gleich, unabhängig davon, ob Gewinne oder Verluste für jeden Berichtszeitraum ausgewiesen werden oder nur zu dem Zeitpunkt, an dem das Derivategeschäft ausläuft, und zusammen mit den Gewinnen oder Verlusten aus den abgesicherten Basisgeschäften realisiert werden.

Infolge des fortgesetzten Wandels unserer Geschäftsstruktur wurde unser Handelsportfolio zur größten Einzelkomponente unserer zinstragenden Aktiva und betrug in 2002 33% der gesamten durchschnittlichen zinstragenden Aktiva. Unser Kreditportfolio, das im gleichen Zeitraum 29% der gesamten durchschnittlichen zinstragenden Aktiva ausmachte, erwirtschaftete 11,7 Mrd € oder 33% der gesamten Zinserträge und stellt damit die größte Einzelkomponente unserer Zinserträge dar. Die erzielte Durchschnittsverzinsung unseres Kredit-

portfolios lag in 2002 115 Basispunkte unter der von 2001, da ein deutlicher Rückgang der Zinssätze in unseren Hauptmärkten, besonders in den USA, zu verzeichnen war. Im Jahr 2001, als die Zinssätze bereits erheblich gesunken waren, lag die Durchschnittsverzinsung unseres Kreditportfolios um 21 Basispunkte unter der von 2000.

Neben den oben erwähnten Veränderungen unserer Geschäftsstruktur sowie den Auswirkungen aus der Bilanzierung von Derivategeschäften ist unser Zinsergebnis auch durch Zinssatz- und Wechselkursänderungen beeinflusst. In den Jahren 2002 und 2001 war ein Rückgang der Zinssätze in unseren Hauptmärkten zu verzeichnen, insbesondere in den USA, in geringerem Ausmaß aber auch in Deutschland, den anderen Euroländern und Großbritannien. Im Gegensatz dazu stiegen in den genannten Hauptmärkten im Jahr 2000 die Zinssätze, insbesondere in den Vereinigten Staaten, Deutschland und anderen Eurostaaten. In den ersten Jahren nach Einführung des Euro verlor dieser gegenüber dem US-Dollar und anderen wichtigen Währungen an Wert. Dagegen bewegte sich der Euro im Jahr 2001 innerhalb einer relativ schmalen Bandbreite. In 2002 behauptete sich der Euro jedoch und überstieg die Parität zum US-Dollar. Wir können die Auswirkungen dieser einzelnen Faktoren auf den Zinsüberschuss nicht quantifizieren, sind aber der Ansicht, dass diese einen weitaus geringeren Einfluss hatten als die Veränderung in der Struktur unseres Geschäfts.

Zinserträge. Die folgende Tabelle zeigt eine Gliederung der Zinserträge für die Jahre 2002, 2001 und 2000:

in Mio €	2002	2001	2000
Zinserträge aus Einlagen bei Kreditinstituten			
bei inländischen Konzerneinheiten	335	788	472
bei ausländischen Konzerneinheiten	1 134	2 124	1 831
Insgesamt	1 469	2 912	2 303
Zinserträge aus Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)			
bei inländischen Konzerneinheiten	587	628	746
bei ausländischen Konzerneinheiten	5 992	7 598	7 261
Insgesamt	6 579	8 226	8 007
Zinserträge aus Wertpapierleihen			
bei inländischen Konzerneinheiten	5	179	20
bei ausländischen Konzerneinheiten	2 804	5 148	6 624
Insgesamt	2 809	5 327	6 644
Zins- und Dividendeneträge aus Wertpapieren „Available-for-sale“ und sonstigen Finanzanlagen			
bei inländischen Konzerneinheiten	1 066	2 728	2 175
bei ausländischen Konzerneinheiten	576	983	1 181
Insgesamt	1 642	3 711	3 356
Zinserträge aus dem Kreditgeschäft			
bei inländischen Konzerneinheiten	7 152	9 781	10 742
bei ausländischen Konzerneinheiten	4 589	7 838	9 395
Insgesamt	11 741	17 619	20 137
Zinserträge aus Handelsaktiva			
bei inländischen Konzerneinheiten	1 744	3 035	3 008
bei ausländischen Konzerneinheiten	9 634	12 536	11 431
Insgesamt	11 378	15 571	14 439
Sonstige Zinserträge	163	273	245
Summe der Zinserträge	35 781	53 639	55 131

Die Summe der Zinserträge verringerte sich von 2001 auf 2002 um 17,9 Mrd € oder 33%. Dieser Rückgang war teilweise auf eine Verringerung unserer zinstragenden Aktiva zurückzuführen, primär jedoch auf die rückläufigen Zinssätze. Im Folgenden sind die Hauptkomponenten der zinstragenden Aktiva aufgeführt, die zu diesem Rückgang beigetragen haben:

- Die Zinserträge aus dem Kreditgeschäft gingen im Jahr 2002 um 5,9 Mrd € oder 33% gegenüber 2001 zurück, was gleichermaßen auf einen Rückgang des durchschnittlichen Kreditportfolios um 18% wie auf niedrigere Verzinsungen zurückzuführen war. Ursache hierfür war hauptsächlich die Fusion unserer Hypothekbank-Tochtergesellschaft im dritten Quartal 2002, die unser durchschnittliches Kreditportfolio um 24 Mrd € reduzierte. Die Durchschnittsverzinsung sank von 6,29% in 2001 auf 5,14% im Jahr 2002.
- Die Zinserträge aus Handelsaktiva verringerten sich von 2001 auf 2002 um 4,2 Mrd € oder 27%. Während das Durchschnittsvolumen der zinstragenden Aktiva im Handelsportfolio bei unseren ausländischen Konzerneinheiten geringfügig anstieg, sank die gesamte Durchschnittsverzinsung deutlich auf 4,47% und damit um 195 Basispunkte gegenüber 2001.
- Die Zinserträge aus Wertpapierleihen verringerten sich von 2001 auf 2002 um 2,5 Mrd € oder 47%. Dies war primär auf den Rückgang des durchschnittlichen Zinsertragsatzes um 193 Basispunkte bei den ausländischen Konzerneinheiten zurückzuführen, der die allgemein rückläufigen Zinssätze widerspiegelte, sowie auf einen Rückgang des gesamten durchschnittlichen Geschäftsvolumens um 25%.
- Die Zins- und Dividendenenerträge aus Wertpapieren „Available-for-sale“ und sonstigen Finanzanlagen gingen von 2001 auf 2002 um 2,1 Mrd € oder 56% zurück, überwiegend auf Grund niedrigerer durchschnittlicher Volumina bei inländischen Konzerneinheiten. Ursache hierfür waren primär die Veräußerung des Großteils unseres Versicherungsgeschäfts und die Fusion unserer Hypothekbanktochter, die beide bedeutende Wertpapierbestände „Available-for-sale“ hielten. Außerdem verkauften wir weitere Industriebeteiligungen. Niedrigere Dividendenenerträge, vor allem als Folge reduzierter Industriebeteiligungen, waren die Hauptursache für den Rückgang der durchschnittlichen Verzinsung um 93 Basispunkte auf 2,98%.

Von 2000 auf 2001 verringerten sich die Zinserträge um 1,5 Mrd € oder 3%. Im Folgenden sind die Hauptkomponenten der zinstragenden Aktiva aufgeführt, die sich auf die Zinserträge auswirkten:

- Die Zinserträge aus dem Kreditgeschäft verringerten sich von 2000 auf 2001 um 2,5 Mrd € oder 13%. Ursache hierfür war hauptsächlich ein im Jahresdurchschnitt um 10% verringertes Kreditportfolio. Dieser Rückgang war zu fast 90% den ausländischen Konzerneinheiten zuzuordnen. Der Zinsertragsatz für Kredite sank geringfügig von 6,50% im Jahr 2000 auf 6,29% in 2001. Die Verringerung des Kreditportfolios war zum großen Teil auf den Wegfall kurzfristiger Kredite zurückzuführen, die insbesondere in Verbindung mit anderen Geschäftsaktivitäten unserer ausländischen Konzerneinheiten ausgebracht waren. Das durchschnittliche Kreditvolumen im Inland blieb im Wesentlichen unverändert, wobei der Zinsertragsatz für diese Kredite, entsprechend dem allgemeinen Rückgang der Marktzinssätze, im Jahr 2001 auf 6,00% zurückging (2000: 6,45%).
- Die Zinserträge aus Wertpapierleihen sanken von 2000 auf 2001 um 1,3 Mrd €. Der Rückgang resultierte aus einer Verringerung des durchschnittlichen Volumens um 17% – vor allem eine Folge der allgemeinen Tendenz an den Aktien-

märkten – was zu weniger Geschäftsaktivitäten führte. Diese Geschäfte wurden weiterhin überwiegend außerhalb Deutschlands abgewickelt.

- Die Zinserträge aus Handelsaktiva stiegen in 2001, verglichen mit 2000, um 1,1 Mrd € oder 8%. Ursache hierfür war im Wesentlichen das höhere Durchschnittsvolumen der zinstragenden Aktiva im Handelsportfolio bei unseren ausländischen Konzerneinheiten.

Zinsaufwendungen. Die folgende Tabelle zeigt eine Gliederung der Zinsaufwendungen für die Jahre 2002, 2001 und 2000:

in Mio €	2002	2001	2000
Zinsaufwendungen für Einlagen			
bei inländischen Konzerneinheiten	2 662	3 169	3 877
bei ausländischen Konzerneinheiten	6 657	12 555	13 020
Insgesamt	9 319	15 724	16 897
Zinsaufwendungen für Handelspassiva			
bei inländischen Konzerneinheiten	663	1 033	2 486
bei ausländischen Konzerneinheiten	3 747	4 690	3 799
Insgesamt	4 410	5 723	6 285
Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)			
bei inländischen Konzerneinheiten	291	914	871
bei ausländischen Konzerneinheiten	6 758	9 915	10 108
Insgesamt	7 049	10 829	10 979
Zinsaufwendungen für Wertpapierleihen			
bei inländischen Konzerneinheiten	17	144	55
bei ausländischen Konzerneinheiten	563	1 758	2 106
Insgesamt	580	1 902	2 161
Zinserträge für sonstige kurzfristige Geldaufnahmen			
bei inländischen Konzerneinheiten	20	79	99
bei ausländischen Konzerneinheiten	685	1 557	2 609
Insgesamt	705	1 636	2 708
Zinsaufwendungen für langfristige Verbindlichkeiten einschließlich hybrider Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)			
bei inländischen Konzerneinheiten	2 587	4 366	4 367
bei ausländischen Konzerneinheiten	3 945	4 839	4 706
Insgesamt	6 532	9 205	9 073
Summe der Zinsaufwendungen	28 595	45 019	48 103

Die Summe der Zinsaufwendungen blieb im Jahr 2002 um 16,4 Mrd € oder 36% unter dem Vorjahreswert. Ursache waren vor allem rückläufige Marktzinsen und, in geringerem Ausmaß, gesunkene Durchschnittsvolumina. Zu dieser Entwicklung trugen vor allem die folgenden Faktoren bei:

- Die Zinsaufwendungen für Einlagen verringerten sich von 2001 auf 2002 um 6,4 Mrd € oder 41%. Hierfür war eine Verringerung des auf Einlagen durchschnittlich gezahlten Zinsaufwandssatzes um 165 Basispunkte verantwortlich, während das Durchschnittsvolumen nur geringfügig um 6% zurückging. Termineinlagen bei unseren ausländischen Konzerneinheiten stellten nach wie vor die größte Einzelkomponente der durchschnittlichen zinstragenden Verbindlichkeiten dar. Sie machten in 2002 45% der gesamten durchschnittlichen zinstragenden Einlagen beziehungsweise 20% der gesamten durchschnittlichen zinstragenden Verbindlichkeiten aus.

- Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) gingen auf Grund rückläufiger Zinssätze von 2001 auf 2002 um 3,8 Mrd € oder 35% zurück. Die Durchschnittsvolumina stiegen um 6% leicht an.
- Die Zinsaufwendungen für langfristige Verbindlichkeiten einschließlich hybrider Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities) nahmen im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Mrd € oder 29% ab. Das Durchschnittsvolumen der langfristigen Verbindlichkeiten sank um 12%, primär infolge der Fusion unserer Hypothekenbanktochter, die unsere durchschnittlichen langfristigen Verbindlichkeiten um 28 Mrd € verringerte. Dagegen sank der durchschnittlich gezahlte Zinssatz in 2002 um 112 Basispunkte auf 4,54%.
- Die Zinsaufwendungen für Wertpapierleihen gingen von 2001 auf 2002 um 1,3 Mrd € oder 70% zurück. Ursache hierfür waren die deutlich rückläufigen Durchschnittsvolumina und Zinssätze. Der durchschnittlich gezahlte Zinssatz verringerte sich um 273 Basispunkte auf 5,09%.
- Die Zinsaufwendungen für Handelspassiva sanken von 2001 auf 2002 um 1,3 Mrd € oder 23%, zum größten Teil auf Grund des Rückgangs der Verbindlichkeiten aus Leerverkäufen. Der Großteil dieser Geschäfte wurde in Handelsportfolios bei unseren ausländischen Konzerneinheiten ausgeführt. Hierdurch wurden 79% der gesamten durchschnittlichen Handelspassiva und 85% der entsprechenden Zinsaufwendungen außerhalb Deutschlands generiert.

Die Summe der Zinsaufwendungen verringerte sich von 2000 auf 2001 um 3,1 Mrd € oder 6%. Hierzu trugen vor allem die folgenden Faktoren bei:

- Die Zinsaufwendungen für sonstige kurzfristige Geldaufnahmen gingen von 2000 auf 2001 um 1,1 Mrd € oder 40% zurück. Dieser Rückgang war bei unseren ausländischen Konzerneinheiten zu verzeichnen und beruhte zu 69% auf einem niedrigeren durchschnittlichen Zinssatz von 4,51% gegenüber 6,98% in 2000 und zu 31% auf geringeren Geldaufnahmen.
- Die Zinsaufwendungen für Einlagen unterschritten im Jahr 2001 den Wert des Vorjahres um 1,2 Mrd € oder 7%. Für diesen Rückgang war eine Verringerung des auf Termineinlagen durchschnittlichen gezahlten Zinssatzes um 94 Basispunkte verantwortlich. Das Durchschnittsvolumen blieb im Vergleich zu 2000 relativ konstant. Termineinlagen bei unseren ausländischen Konzerneinheiten stellten die größte Einzelkomponente der durchschnittlichen zinstragenden Verbindlichkeiten dar. Sie machten in 2001 53% der gesamten durchschnittlichen zinstragenden Einlagen beziehungsweise 24% der gesamten durchschnittlichen zinstragenden Verbindlichkeiten aus.
- Die Zinsaufwendungen für Handelspassiva sanken in 2001 um 562 Mio € oder 9% gegenüber dem Vorjahr, zum größten Teil auf Grund des Rückgangs der Verbindlichkeiten aus Leerverkäufen. Im Jahr 2001 waren durchschnittlich 81% dieser Verbindlichkeiten den Handelsgeschäften und 82% der entsprechenden Zinsaufwendungen dem Ausland zuzuordnen.
- Die Zinsaufwendungen für langfristige Verbindlichkeiten einschließlich hybrider Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities) erhöhten sich in 2001 um 132 Mio € oder 1% gegenüber dem Vorjahreswert. Verantwortlich hierfür war ein Anstieg des Volumens der langfristigen Schuldtitel, die an Stelle von kurzfristigeren Mitteln aufgenommen wurden. Der durchschnittliche Zinssatz sank von 6,04% im Jahr 2000 auf 5,66% im Jahr 2001.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Unsere Risikovorsorge im Kreditgeschäft umfasst Änderungen des Wertberichtigungsbestands, den wir für zu erwartende Kreditausfälle bilden. Der Bestand an Wertberichtigungen setzt sich aus Einzelwertberichtigungen, die sich auf Einzelengagements beziehen, und aus Wertberichtigungen für inhärente Risiken zusammen. Letztere beinhalten Länderwertberichtigungen, Wertberichtigungen für kleinere homogene Kredite und sonstige Wertberichtigungen für inhärente Risiken zur Abdeckung von Verlusten in unserem Kreditportfolio, die nicht anderweitig berücksichtigt wurden.

Unsere Nettoneubildung von Wertberichtigungen in 2002 belief sich auf 2,1 Mrd €, was einem Anstieg von 104% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Dieser Betrag setzt sich aus neu gebildeten Einzelwertberichtigungen und Wertberichtigungen für inhärente Risiken zusammen. Die Nettoneubildung für das Jahr war im Wesentlichen auf Wertberichtigungen im Zusammenhang mit dem Einbruch der Telekommunikationsbranche sowie auf Einzelwertberichtigungen infolge der Verschlechterungen in verschiedenen Branchen zurückzuführen, die in unseren deutschen und amerikanischen Portfolios repräsentiert sind.

Die Neubildung von Wertberichtigungen für inhärente Risiken belief sich im Geschäftsjahr 2002 auf 195 Mio €, ein Anstieg um 55 Mio € gegenüber 2001. In diesem Anstieg war eine Auflösung unserer Länderwertberichtigungen um 54 Mio € bereits berücksichtigt. Im Jahr 2002 modifizierten wir die Methode zur Berechnung unserer sonstigen Wertberichtigungen für inhärente Risiken, um in der Risikovorsorge sensibler auf das aktuelle Kreditumfeld zu reagieren und historische Erfahrungswerte für Kreditausfälle weniger stark zu berücksichtigen.

Die Nettoneubildung von Wertberichtigungen betrug in 2001 1,0 Mrd €. Dies entsprach einem Anstieg um 546 Mio € oder 114% gegenüber dem Vorjahreswert von 478 Mio €. Die Risikovorsorge setzte sich in 2001 aus neu gebildeten Einzelwertberichtigungen und Wertberichtigungen für inhärente Risiken zusammen, zum Teil kompensiert durch Nettoauflösungen von Wertberichtigungen für Länderrisiken. Unsere gesamte Nettoneubildung für Einzelwertberichtigungen betrug in 2001 951 Mio € und im Jahr 2000 805 Mio €. Die Zunahme war im Wesentlichen auf die ungünstigeren wirtschaftlichen Bedingungen im letzten Quartal 2001 zurückzuführen, die eine Verschlechterung der Kreditqualität zur Folge hatten. In diesem Zeitraum erhöhten wir unsere Einzelwertberichtigungen für einen einzelnen US-Kreditnehmer im Versorgungssektor, verschiedene argentinische Engagements sowie in den Bereichen Leveraged Finance und Structured Finance.

Zinsunabhängige Erträge

in Mio €	2002	2001	2000
Provisionsüberschuss	10 834	10 727	11 693
Handelsergebnis	4 024	6 031	7 625
Beiträge im Versicherungsgeschäft	744	2 717	2 837
Ergebnis aus Wertpapieren „Available-for-sale“	3 523	1 516	3 670
Übrige zinsunabhängige Erträge	236	- 70	1 626
Insgesamt	19 361	20 921	27 451

2002 betrug der zinsunabhängige Ertrag 19,4 Mrd €, was einem Rückgang um 1,6 Mrd € oder 7% gegenüber dem Vorjahreswert (20,9 Mrd €) entspricht. Hauptursache für diesen Rückgang war die fortdauernde Schwäche der Finanzmärkte. Diese trug wesentlich zum Rückgang des Handelsergebnisses um 2,0 Mrd € oder 33% bei. Der Handel in Aktien blieb mit einem Nettohandelsergebnis von 62 Mio € um 1,5 Mrd € unter dem Vorjahreswert.

Ein weiterer Faktor für den Rückgang unserer zinsunabhängigen Erträge in 2002 war die Verringerung der Beiträge im Versicherungsgeschäft infolge der Veräußerung des größten Teils unserer Versicherungsaktivitäten, einschließlich unserer Tochtergesellschaften in Deutschland, Spanien, Italien und Portugal, an Zurich Financial Services. Diesem Rückgang stand jedoch eine entsprechende Verminderung der Aufwendungen im Versicherungsgeschäft, die in den zinsunabhängigen Aufwendungen ausgewiesen werden, entgegen.

Das Ergebnis aus Wertpapieren „Available-for-sale“ nahm um 2,0 Mrd € zu, was auf Gewinne aus dem Verkauf von Teilen unserer Industriebeteiligungen zurückzuführen war.

Die zinsunabhängigen Erträge beliefen sich 2001 auf 20,9 Mrd €, ein Rückgang um 6,5 Mrd € oder 24 % gegenüber dem Vorjahr (27,5 Mrd €).

Maßgeblicher Faktor für die geringeren zinsunabhängigen Erträge war die Schwäche der Finanzmärkte im Jahr 2001, insbesondere nach den Terroranschlägen vom 11. September. Im Einzelnen führten sinkende Wertpapierkurse zu einem Rückgang der Ergebnisse. Wir erzielten niedrigere Erträge aus Geschäften, bei denen die Provisionseinnahmen vom Wert des verwalteten Kundenvermögens oder von unserem Erfolg bei der Vermögensverwaltung abhängig sind. Des Weiteren verzeichneten wir weniger Kundentransaktionen in zahlreichen Geschäftstätigkeiten.

Provisionsüberschuss. In der folgenden Tabelle sind die Hauptkomponenten des Provisionsüberschusses der Jahre 2002, 2001 und 2000 dargestellt:

in Mio €	2002	2001	2000
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften			
Provisionsüberschuss aus Verwaltungstätigkeiten	632	643	466
Provisionsüberschuss aus Vermögensverwaltung	3 214	2 798	3 222
Provisionsüberschuss aus sonstigen Wertpapiergeschäften	80	96	220
Insgesamt	3 926	3 537	3 908
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts			
Provisionsüberschuss aus Emissions- und Beratungsgeschäften	1 743	1 744	2 157
Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften	2 576	2 813	3 013
Insgesamt	4 319	4 557	5 170
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	2 589	2 633	2 615
Provisionsüberschuss insgesamt	10 834	10 727	11 693

Der Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften lag im Jahr 2002 bei 3,9 Mrd €. Der Anstieg um 389 Mio € oder 11 % gegenüber 2001 resultierte primär aus gestiegenem Provisionsüberschuss aus Vermögensverwaltung, im Wesentlichen auf Grund der Akquisition des Scudder-Geschäfts im zweiten Quartal 2002.

Der Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften belief sich auf 3,5 Mrd € in 2001. Der Rückgang um 371 Mio € oder 9 % gegenüber 2000 resultierte primär aus niedrigeren Einnahmen aus Verwaltungsgebühren und geringeren Performance-abhängigen Vergütungen aus der Vermögensverwaltung, wurde aber teilweise durch den Anstieg des Provisionsüberschusses aus sonstigen Verwaltungstätigkeiten kompensiert.

Der Provisionsüberschuss aus Emissions- und Beratungsgeschäften belief sich in 2002 auf 1,7 Mrd € und blieb damit gegenüber 2001 unverändert.

In 2001 sank der Provisionsüberschuss aus Emissions- und Beratungsgeschäften von 2,2 Mrd € in 2000 um 413 Mio € oder 19% auf 1,7 Mrd €. Die Abschwächung der Kapitalmarktaktivitäten, die bereits in der ersten Hälfte 2000 begonnen hatte, setzte sich in 2001 fort und verminderte das Volumen unseres Emissions- und Beratungsgeschäfts.

In 2002 ging der Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften auf 2,6 Mrd € zurück und lag damit um 237 Mio € oder 8% unter dem Vorjahreswert. Dies war auf verringerte Transaktionsvolumina auf Grund der fortdauernd schwachen Finanzmärkte zurückzuführen.

Der Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften lag im Jahr 2001 mit 2,8 Mrd € um 200 Mio € oder 7% unter dem des Jahres 2000, da die schwachen Finanzmärkte eine deutliche Zurückhaltung bei den Kunden und demzufolge sinkende Umsätze im Maklergeschäft bewirkten.

Handelsergebnis. Unsere Handelsaktivitäten werden zum Fair Value bilanziert. Das Handelsergebnis der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns berücksichtigt sowohl realisierte als auch unrealisierte Gewinne und Verluste aus den Positionen unseres Handelsbestands sowie Zinsüberschüsse aus Derivaten, die zu Handelszwecken gehalten werden. Eine Beschreibung der Komponenten unseres Handelsergebnisses enthält Note [22] unseres Konzernabschlusses.

Unser Handelsergebnis belief sich 2002 auf 4,0 Mrd €, was einem Rückgang um 2,0 Mrd € oder 33% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Dieser deutliche Rückgang des Handelsergebnisses war vor allem auf das anhaltend schwierige Marktumfeld, den Effekt eines Blocktrade und niedrigere Hedge-Ergebnisse im Zusammenhang mit unseren Industriebeteiligungen zurückzuführen.

Unser Handelsergebnis belief sich 2001 auf 6,0 Mrd €, was einem Rückgang um 1,6 Mrd € oder 21% im Vergleich zu 2000 entspricht. Ursächlich für diesen Rückgang waren unter anderem die Bedingungen an den Aktienmärkten, die sich seit Ende 2000 zu verschlechtern begannen und niedrigere Transaktionsvolumina im Aktienhandel zur Folge hatten. Der Ergebniserückgang wurde teilweise durch Gewinne aus Derivaten kompensiert, die wir zu Nichthandelszwecken abgeschlossen hatten und die die Bedingungen für Hedge Accounting nach US GAAP nicht erfüllten.

Unsere Handelsgeschäfte generieren Erträge und Aufwendungen, die nicht im Handelsergebnis erfasst werden, denn

- Zinserträge aus Handelsaktiva sind Bestandteil der Position Zinserträge;
- Zinsaufwendungen aus Handelspassiva sind Bestandteil der Position Zinsaufwand;
- der Finanzierungsertrag/-aufwand für unsere Handelsbestände ist entweder Bestandteil der Positionen Zinserträge oder Zinsaufwand.

Aus unserer Sicht sind deshalb zur Beurteilung der Performance unserer Handelsbereiche neben dem Handelsergebnis weitere Ergebniskomponenten nach US GAAP heranzuziehen. Wie bereits bei den Erläuterungen zu unserem Zinsüberschuss erwähnt, wirken sich Veränderungen in den Marktbedingungen, in den Geschäftsmöglichkeiten und den damit verbundenen Aktivitäten unserer Handelsbereiche auf die Struktur unseres Handelsbestands aus. Als Folge ändert sich die Zusammensetzung der durch unsere Handelsaktivitäten erzielten Erträge und Aufwendungen von Periode zu Periode. In 2002 konzentrierten wir uns beispielsweise in einem schwierigen Umfeld in allen Marktsegmenten weiterhin auf den Handel in festverzinslichen Produkten und reduzierten die Handelsbestände in Aktien, so dass der Anteil der Zinsen am Wertbeitrag der Handelsbereiche vergleichsweise höher war.

Demzufolge bewerten wir unser Handelsgeschäft auf der Basis der so genannten „Handels-Performance“. Die Handels-Performance ist in der Rechnungslegung nach US GAAP nicht vorgesehen. Unsere Berechnungsmethode kann von der anderer Unternehmen, die unter Umständen Erfolgsgrößen mit ähnlicher Bezeichnung ausweisen, abweichen. Vor einem Vergleich mit Erfolgsgrößen anderer Unternehmen sollte untersucht werden, wie diese Erfolgsgrößen berechnet wurden.

Die folgenden Tabellen und begleitenden Texte zeigen, wie unsere Handels-Performance berechnet wird.

Zunächst wird der so genannte „Nettozinsüberschuss aus Handelsgeschäften“ ermittelt. Dieser enthält die folgenden Komponenten:

- Zinserträge aus Handelsaktiva;
- Zinsaufwendungen aus Handelspassiva;
- Finanzierungsaufwendungen oder -erträge für unsere Handelspositionen;
- Bereinigung um den Zinsüberschuss aus nicht zu Handelszwecken abgeschlossenen Derivaten, die nicht die Anforderungen für das Hedge Accounting erfüllen.

Die Finanzierungsaufwendungen/-erträge werden kontinuierlich entweder auf Grundlage direkt zuordenbarer Transaktionen zur Refinanzierung/Anlage berechnet oder – soweit nicht direkt zuordenbar – basierend auf durchschnittlichen Handelsbeständen und entsprechenden Marktzinssätzen kalkuliert.

Für nicht zu Handelszwecken abgeschlossene Derivate, die nicht die Anforderungen für das Hedge Accounting erfüllen, wird das Handelsergebnis um den zugehörigen Zinsüberschuss bereinigt. Würden diese Transaktionen die Anforderungen für das Hedge Accounting erfüllen, wären die zugehörigen Zinszahlungsströme im Zinsüberschuss auszuweisen.

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Nettozinsüberschusses aus Handelsgeschäften. Da die Zinserträge aus unseren Handelsaktiva, die Zinsaufwendungen für unsere Handelspassiva und die Finanzierungsaufwendungen beziehungsweise -erträge im Zinsüberschuss ausgewiesen werden, wird in der Tabelle die Summe dieser Positionen als „Zinsüberschuss aus dem Handel“ vor Bereinigung um die Zinszahlungsströme aus nicht für das Hedge Accounting geeigneten Derivaten ausgewiesen.

in Mio €	2002	2001	2000
Zinserträge aus Handelsaktiva	11 378	15 571	14 439
Zinsaufwendungen aus Handelspassiva	4 410	5 723	6 285
Finanzierungsaufwand	4 788	8 204	8 188
Zinsüberschuss aus dem Handel (im Zinsüberschuss ausgewiesen)	2 180	1 644	- 34
Zinsüberschuss aus nicht qualifizierenden Derivaten (im Handelsergebnis ausgewiesen)	- 360	- 259	- 105
Nettozinsüberschuss aus Handelsgeschäften	1 820	1 385	- 139

In der folgenden Tabelle wird durch Zusammenfassung des Handelsergebnisses gemäß US GAAP mit dem Nettozinsüberschuss aus Handelsgeschäften die Handels-Performance berechnet:

in Mio €	2002			2001			2000		
	Ausgewiesenes Handels-ergebnis	Netto-zinsüber-schuss aus Handels-geschäften ¹	Handels-Perfor-mance	Ausgewiesenes Handels-ergebnis	Netto-zinsüber-schuss aus Handels-geschäften ¹	Handels-Perfor-mance	Ausgewiesenes Handels-ergebnis	Netto-zinsüber-schuss aus Handels-geschäften ¹	Handels-Perfor-mance
Handel in Zins- und Kreditprodukten	1 286	1 614	2 900	2 203	1 070	3 273	1 740	958	2 698
Handel in Aktien	62	487	549	1 610	471	2 081	3 367	- 609	2 758
Handel in Devisen, Metallen, Rohwaren	1 226	6	1 232	1 385	- 6	1 379	1 102	- 12	1 090
Sonstige Handelsgeschäfte ²	1 450	- 287	1 163	833	- 150	683	1 416	- 476	940
Insgesamt	4 024	1 820	5 844	6 031	1 385	7 416	7 625	- 139	7 486

¹ Einschließlich der Zinserträge aus Handelsaktiva und Zinsaufwendungen aus Handelspassiva sowie Zuordnung von Zinsaufwendungen und -erträgen, die Finanzierungsaufwendungen und -erträge aus Handelsbeständen darstellen. Diese Beträge sind im Zinsüberschuss in der Gewinn- und Verlust-Rechnung des Konzerns ausgewiesen. Des Weiteren werden Zinsüberschüsse aus nicht zu Handelszwecken getätigten Derivategeschäften bereinigt, die nicht die Anforderungen für das Hedge Accounting erfüllen.

² Darin enthalten sind Gewinne und Verluste aus Derivaten, die nicht die Anforderungen für das Hedge Accounting erfüllen.

Unsere Handels-Performance verringerte sich von 2001 auf 2002 um 1,6 Mrd € oder 21 %. Das in 2002 weiterhin schwierige Marktumfeld führte zu der insgesamt schwächeren Performance. Dennoch wurden in allen Handelsbereichen beträchtliche positive Ergebnisse generiert. Im Handel in Aktien wurde eine Performance von 549 Mio € erzielt, was einem Rückgang von 74 % von 2001 auf 2002 entspricht. Darin war der negative Effekt eines Blocktrade enthalten. Die Performance im Handel in Zins- und Kreditprodukten sank im gleichen Zeitraum um 373 Mio € oder 11 %. Die Performance im Handel in Devisen, Metallen und Rohwaren ging 2002 nur leicht auf 1,2 Mrd € zurück, was unsere führende Marktposition im Devisenhandel bestätigt. Die Performance aus sonstigen Handelsgeschäften stieg um 480 Mio € an, was auf höhere Ergebnisse im Emerging Markets-Geschäft und im Zusammenhang mit Derivaten auf Eigene Aktien zurückzuführen war. Darüber hinaus beinhaltete die Performance aus sonstigen Handelsgeschäften einen Gewinn von 488 Mio € aus Derivaten, die zu Nicht-handelszwecken abgeschlossen wurden und nicht für das Hedge Accounting geeignet sind. Dies entsprach einem Rückgang um 198 Mio € gegenüber dem Vorjahresergebnis von 686 Mio €. Der in 2002 ausgewiesene Gewinn enthielt Hedge-Gewinne aus unseren Industriebeteiligungen in Höhe von 144 Mio €. Der verbleibende Betrag ist im Wesentlichen auf Gewinne aus der frühzeitigen Auflösung von Hedge-Strukturen sowie aus Hedges für bereits zum Fair Value bilanzierte Finanzinstrumente zurückzuführen.

Unsere Handels-Performance sank von 2000 auf 2001 um 70 Mio € oder 1 %. Insbesondere die Performance im Aktienhandel litt unter den ungünstigen Marktbedingungen und ging um 677 Mio € oder 25 % zurück. Andererseits wurde in einer Reihe von Handelsbereichen trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds in 2001 eine Steigerung der Erträge erzielt, die den Rückgang im Aktiengeschäft kompensierte. Die Performance im Handel mit Zins- und Kreditprodukten stieg auf Grund der Rekordträge im Handel mit verzinslichen Wertpapieren und OTC-Zins- und Kreditderivaten um 575 Mio € oder 21 %. Im Devisen-, Metall- und Rohstoffhandel steigerte sich die Performance gegenüber 2000 um 27 %, vor allem weil wir unsere führende Marktposition im Devisenhandel nutzen konnten. Die Performance aus sonstigen Handelsgeschäften enthielt in 2001 Erträge in Höhe von 686 Mio € aus Derivaten, die nicht

die Anforderungen für das Hedge Accounting erfüllten, was einem Zuwachs um 226 Mio € gegenüber 2000 entspricht. Die erheblichen Erträge in 2001 resultierten im Wesentlichen aus Termingeschäften auf bestimmte unserer Industriebeteiligungen, die nicht für das Hedge Accounting geeignet waren.

Beiträge im Versicherungsgeschäft. Die Beiträge im Versicherungsgeschäft beliefen sich im Jahr 2002 auf 744 Mio € und lagen somit um 2,0 Mrd € oder 73% unter dem Wert von 2001. Der Rückgang war auf den Verkauf des größten Teils unserer Versicherungsaktivitäten im zweiten Quartal 2002 zurückzuführen. Es wurden Tochtergesellschaften in Deutschland, Spanien, Italien und Portugal an Zurich Financial Services veräußert. Dem Rückgang standen entsprechend verminderte Aufwendungen im Versicherungsgeschäft entgegen, die unter den zinsunabhängigen Aufwendungen ausgewiesen wurden. Auch nach dem Verkauf bieten wir unseren Kunden in Deutschland, Italien und Spanien die Versicherungsprodukte unserer ehemaligen Tochtergesellschaften weiterhin exklusiv an. Die Beiträge im Versicherungsgeschäft beliefen sich im Jahr 2001 auf 2,7 Mrd €, ein Rückgang um 120 Mio € oder 4% gegenüber 2000. Weitere Informationen zu Aktiva und Passiva aus dem Versicherungsgeschäft finden sich in Note [23] zum Konzernabschluss.

Ergebnis aus Wertpapieren „Available-for-sale“. Im Jahr 2002 betrug das Ergebnis aus Wertpapieren „Available-for-sale“ 3,5 Mrd €. Dies entspricht einer Steigerung um 2,0 Mrd € oder 132% gegenüber 2001. Das Geschäftsjahr 2002 enthielt Veräußerungsgewinne in Höhe von 2,6 Mrd € aus dem vollständigen Verkauf unserer Beteiligung an der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG und, in geringerem Umfang, aus dem Verkauf weiterer Anteile an der Allianz AG. Diesen Erträgen standen Abschreibungen infolge nicht temporärer Wertminderungen in Höhe von 308 Mio € auf Wertpapiere „Available-for-sale“ gegenüber.

Das Ergebnis aus Wertpapieren „Available-for-sale“ verringerte sich in 2001 um 2,2 Mrd € oder 59% auf 1,5 Mrd €. Im Jahr 2001 veräußerten wir circa 25% unserer Anteile an der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG. Der daraus resultierende Gewinn trug in Höhe von 1,4 Mrd € zum Veräußerungsergebnis aus Wertpapieren „Available-for-sale“ bei. Darüber hinaus berücksichtigten wir in 2001 Abschreibungen auf unser Portfolio in Höhe von 428 Mio €.

Im Jahr 2000 enthielt das Ergebnis aus Wertpapieren „Available-for-sale“ einen Gewinn von 337 Mio €, der aus der Übertragung bestimmter Investmentfondsanteile von Wertpapieren „Available-for-sale“ in unser Handelsportfolio erzielt wurde. Damit verbesserten wir das Marktrisikomanagement für diese Wertpapiere.

Gemäß unserer Strategie wollen wir unsere Industriebeteiligungen weiterhin abbauen und den daraus zu erzielenden Wert maximieren.

Übrige zinsunabhängige Erträge. Die übrigen zinsunabhängigen Erträge beliefen sich in 2002 auf 236 Mio € gegenüber dem negativen Vorjahreswert von 70 Mio €. In 2002 erzielten wir einen Gewinn von 438 Mio € aus der Einbringung der EUROHYPO im Zuge der Fusion der Hypothekenbanken und der damit zusammenhängenden Übertragung eines Teils unseres Londoner Immobilien-Investment Banking sowie einen Gewinn in Höhe von 502 Mio € aus der Veräußerung des Großteils unserer Versicherungstöchter. Diese Gewinne wurden durch einen Verlust von 236 Mio € aus dem Verkauf einer Tochtergesellschaft und durch Abschreibungen auf eine zum Verkauf bestimmte Tochtergesellschaft sowie auf sonstige Finanzanlagen, einschließlich bestimmter Private Equity

Investments, reduziert. Zusätzlich wurden die übrigen zinsunabhängigen Erträge durch Verluste aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen, die unseren anteiligen Verlust in Höhe von 706 Mio € der Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG beinhalteten, belastet. In 2003 traten mehrere Ereignisse die Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG betreffend ein, die ihren Wert und den Wert unserer Beteiligungen negativ beeinflussen können. Zu weiteren Informationen siehe Note [6] zum Konzernabschluss.

Die übrigen zinsunabhängigen Erträge in 2001 wurden durch die schlechten Kapitalmarktbedingungen belastet, insbesondere nach den Terroranschlägen vom 11. September. Im Geschäftsjahr 2001 wurden per saldo Abschreibungen und Wertberichtigungen für eigene Finanzanlagen in Höhe von 1,4 Mrd € ausgewiesen, im Vergleich zu circa 200 Mio € im Vorjahr.

Zinsunabhängige Aufwendungen

in Mio €	2002	2001	2000
Personalaufwand	11 358	13 360	13 526
Übrige zinsunabhängige Aufwendungen	8 145	9 187	8 707
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	759	3 002	4 003
Abschreibungen/nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	62	871	771
Restrukturierungsaufwand	583	294	125
Insgesamt	20 907	26 714	27 132

Personalaufwand. Der Personalaufwand betrug im Jahr 2002 11,4 Mrd € und blieb damit um 15% unter dem Vorjahreswert. Der Personalaufwand war der größte zinsunabhängige Aufwandsposten. Der Rückgang im Jahr 2002 war durch verschiedene Effekte beeinflusst. Der Stellenabbau im Zuge der Restrukturierungsmaßnahmen und des Verkaufs oder der Fusion einzelner Geschäftsaktivitäten wurde teilweise durch die Erhöhung der Mitarbeiterzahl infolge der Integration des Scudder-Geschäfts kompensiert. Die Aufwendungen für erfolgs- und zielabhängige Bonuszahlungen gingen im Vergleich zum Vorjahr ergebnisbedingt weiter zurück. Sie beinhalteten auch Aufwendungen von 60 Mio € für die vorzeitige Ablösung unserer Coinvestment-Pläne in 2002.

Der Personalaufwand betrug im Jahr 2001 13,4 Mrd €, dies war ein Rückgang von 1% gegenüber dem Vorjahr. Die Erhöhung infolge inflationsbedingter Gehaltsanhebungen, des fortgeführten Ausbaus ausgewählter Geschäftsfelder, gesteigener Abfindungszahlungen sowie zusätzlicher Aufwendungen von 140 Mio € aus der vorzeitigen Ablösung des Global Equity-Plans wurde durch geringere Bonus- und Sonderzahlungen sowie durch den Stellenabbau in einigen Bereichen kompensiert. Während das arbeitswirksame Personal stichtagsbezogen durch den Stellenabbau 2001 gegenüber dem Vorjahr zurückging, stieg die jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl (arbeitswirksam) gegenüber 2000 leicht an. Dies war im Wesentlichen auf die Übernahme der National Discount Brokers Group, Inc. im November 2000 zurückzuführen. Etwa 40% unseres Personalaufwands in 2001 entfielen auf Sonderzahlungen, die erfolgs- und zielabhängige, weitgehend auf dem Ergebnisbeitrag vor Steuern beruhende Bonuszahlungen einschlossen. Angesichts der gegenüber dem Vorjahr verschlechterten Ergebnisse gingen die Aufwendungen für erfolgs- und zielabhängige Bonuszahlungen in 2001 im Vorjahresvergleich zurück. Dieser Rückgang wurde durch höhere Aufwendungen für Halteprämien („Retention“) teilweise kompensiert.

Aktienbasierte Vergütungen. Der Personalaufwand umfasste im Geschäftsjahr 2002 460 Mio € (2001: 1,2 Mrd €) für unsere aktienbasierten Vergütungspläne. Darin waren Nettoverluste von 226 Mio € (2001: 27 Mio €) aus bestimmten, nicht zu Handelszwecken gehaltenen Aktienderivaten enthalten, die zum Ausgleich für Wertschwankungen bestimmter aktienbasierter Vergütungspläne verwendet wurden.

Pensionszusagen. Der Personalaufwand enthielt im Geschäftsjahr 2002 Aufwendungen für Pensionspläne in Höhe von 565 Mio € (2001: 474 Mio €). Die Ermittlung der Aufwendungen für Pensionspläne erfolgt durch versicherungsmathematische Bewertungen. Diese Bewertungen basieren auf Grundannahmen, welche die Diskontierungssätze für die Ermittlung des Aufwands und der Leistungsverpflichtungen sowie die erwartete langfristige Rendite aus dem planbezogenen Vermögen einschließen. Der Ermittlung der Aufwendungen für Pensionspläne im Jahr 2002 lagen als wesentliche Annahmen ein gewichteter durchschnittlicher Diskontierungssatz von 5,7%, eine gewichtete durchschnittliche Rendite des Planvermögens von 6,7% und eine durchschnittlich gewichtete Gehaltssteigerungsrate von 3,0% zu Grunde. Der Diskontierungszinssatz sowie die erwartete langfristige Rendite aus dem planbezogenen Vermögen wurden in Anbetracht der aktuellen Marktbedingungen herabgesetzt.

Wesentliche Versorgungspläne bestehen für Mitarbeiter in Deutschland, den Vereinigten Staaten sowie Großbritannien. Der Anteil dieser Versorgungspläne betrug zum 31. Dezember 2002 rund 97% der Gesamtverpflichtung im Konzern. In 2002 wurde für Versorgungspläne in Deutschland zum Zweck der externen Finanzierung ein Betrag in Höhe von 3,9 Mrd € in eine konkursgesicherte Treuhandgesellschaft übertragen. Dies hatte keine Auswirkung auf die Aufwendungen für Pensionspläne für das Geschäftsjahr 2002, da die Übertragung gegen Ende des Jahres erfolgte. Außerdem wurden weitere Beiträge zur Erhöhung der Planvermögen für Pensionszusagen in den Vereinigten Staaten (etwa 115 Mio €) sowie Großbritannien (rund 300 Mio €) geleistet.

Die Aufwendungen für Pensionspläne können sich auf Grund von Veränderungen der Prämissen, die der versicherungsmathematischen Berechnung zu Grunde liegen, verändern. Eine Erhöhung des Diskontierungszinssatzes um ein Prozent hätte ceteris paribus die Aufwendungen für die wesentlichen Pensionspläne für 2002 um 54 Mio € verringert beziehungsweise hätte eine entsprechende Reduktion des Diskontierungszinssatzes die Aufwendungen für Pensionspläne um 67 Mio € erhöht. Dementsprechend hätte eine einprozentige Erhöhung bei der erwarteten langfristigen Rendite aus dem planbezogenen Vermögen zu einer Reduktion des Aufwands in Höhe von 19 Mio € geführt, eine Verringerung hätte diesen um 23 Mio € erhöht. Allerdings würde dieser Effekt nicht für die deutschen Versorgungspläne zutreffen. Da dort die Übertragung der Vermögensgegenstände in eine Treuhandgesellschaft erst im Dezember 2002 stattfand, floss die erwartete langfristige Rendite aus dem planbezogenen Vermögen nicht in die Ermittlung der Aufwendungen für Pensionspläne ein. Eine Änderung mehrerer Prämissen hätte möglicherweise andere Auswirkungen als die isolierte Betrachtung der Veränderung einer einzelnen Annahme.

Zuführungen zum Planvermögen in 2003 werden durch die versicherungsmathematischen Bewertungen bestimmt. Marktbedingungen und Zinssätze haben einen signifikanten Einfluss auf die zukünftigen Aktiva und Passiva aus den Pensionsplänen. Aus der Bemessung der Leistungsverpflichtung ergibt sich unter Umständen die Notwendigkeit weiterer Zuführungen.

Weitere Informationen zu den Pensionsplänen sind in Note [24] des Konzernabschlusses enthalten.

Übrige zinsunabhängige Aufwendungen. In der folgenden Tabelle werden die Hauptkomponenten der übrigen zinsunabhängigen Aufwendungen der Jahre 2002, 2001 und 2000 dargestellt. Bestimmte in 2001 und 2000 verwendete Positionen wurden zum Zwecke der Anpassung an die Darstellung für 2002 umgegliedert:

in Mio €	2002	2001	2000
Mieten und Unterhaltskosten für Gebäude	1 291	1 334	1 090
Betriebs- und Geschäftsausstattung	230	357	568
EDV-Aufwendungen	2 188	2 343	2 215
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen	761	1 080	1 151
Kommunikation und Datenadministration	792	891	762
Sonstige Aufwendungen	2 883	3 182	2 921
Insgesamt	8 145	9 187	8 707

Die **Mieten und Unterhaltskosten für Gebäude** verringerten sich in 2002 um 43 Mio € oder 3 % auf 1,3 Mrd €. Darin spiegelten sich die Straffung unseres Filialnetzes sowie die Veräußerung oder Fusion bestimmter Geschäftsaktivitäten, hauptsächlich im Versicherungs- und Hypothekenbankgeschäft, wider. Diesen Einsparungen standen teilweise höhere Aufwendungen infolge der Übernahme des Scudder-Geschäfts gegenüber.

Die Mieten und Unterhaltskosten für Gebäude stiegen in 2001 um 244 Mio € oder 22 % auf 1,3 Mrd €. Ursächlich für die Zunahme waren neue Miet- beziehungsweise Leasingverträge, Aufwendungen für die vorzeitige Auflösung von Verträgen nicht mehr benötigter Mietobjekte sowie für die Renovierung von Liegenschaften.

Die **Aufwendungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung** beliefen sich in 2002 auf 230 Mio €. Sie gingen primär auf Grund rückläufiger Abschreibungen und Instandhaltungskosten gegenüber dem Vorjahr um 127 Mio € oder 36 % zurück. In 2001 betragen die Aufwendungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung 357 Mio €, 211 Mio € oder 37 % weniger als in 2000, was ebenfalls im Wesentlichen auf rückläufige Abschreibungen und Instandhaltungskosten zurückzuführen war. In beiden Jahren trug die Verringerung der Anzahl unserer Geschäftsstellen (seit Jahresende 2000 um 25%) zu diesem Rückgang bei. Darüber hinaus wurden in 2002 höhere Aufwendungen infolge der Übernahme des Scudder-Geschäfts durch einen Rückgang nach dem Verkauf des Großteils unseres Versicherungsgeschäfts und der Fusion unserer Hypothekenbanktochter überkompensiert.

Die **EDV-Aufwendungen** lagen in 2002 mit 2,2 Mrd € um 155 Mio € oder 7 % unter dem Wert von 2001. Dieser Rückgang war größtenteils auf die Verringerung des Aufwands für Softwareentwicklung sowie niedrigere Miet- und Instandhaltungskosten für IT-Hardware zurückzuführen. In 2001 beliefen sich die EDV-Aufwendungen auf 2,3 Mrd €, 128 Mio € oder 6 % mehr als 2000.

Die **Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen** betragen in 2002 761 Mio € und lagen damit 319 Mio € oder 30% unter dem Vorjahreswert. In 2001 betragen die Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen 1,1 Mrd €, ein Rückgang um 71 Mio € oder 6 % im Vergleich zum Jahr 2000. Der Rückgang war in beiden Jahren primär auf die verringerte Inanspruchnahme externer Beratungsleistungen zurückzuführen.

Die **Aufwendungen für Kommunikation und Datenadministration** sanken in 2002 um 99 Mio € oder 11 % gegenüber dem Vorjahreswert auf 792 Mio €, hauptsächlich auf Grund der geringeren Marktaktivitäten und des Stellenabbaus.

Die Aufwendungen für Kommunikation und Datenadministration stiegen im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr um 129 Mio € oder 17 % auf 891 Mio €. Dies war überwiegend auf höhere Miet- und Unterhaltungskosten für Software und Datenkommunikationsanlagen sowie höhere Telefon- und Leitungsgebühren und die stärkere Inanspruchnahme von Marktdatenservices zurückzuführen.

Die **sonstigen Aufwendungen** beliefen sich 2002 auf 2,9 Mrd € und lagen damit um 299 Mio € oder 9 % unter dem Wert von 2001. Dieser Aufwandsposten umfasste eine Reihe von einzelnen Komponenten, von denen die meisten unter den Werten für 2001 lagen. Dies galt insbesondere für Marketing-, Reise- und Repräsentationsaufwendungen. In dieser Position waren zudem bestimmte Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten enthalten. Im Zusammenhang mit der angestrebten Einstellung der Untersuchungen zur Unabhängigkeit von Research-Analysten wurde ein Aufwand von 48 Mio € verbucht. Ein Aufwand von 58 Mio € bezog sich auf den Abschluss eines Rechtsstreits, der auf das Jahr 1999 zurückgeht. Er stand im Zusammenhang mit Vorwürfen zu Aussagen hinsichtlich unserer Verhandlungen zur Bankers Trust-Übernahme. Darüber hinaus enthielten die übrigen Aufwendungen 64 Mio €, die dazu dienen, mögliche Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit bestimmten Kundentransaktionen innerhalb Europas in den Jahren 1992 bis 1996 abzudecken.

Die übrigen Aufwendungen des Jahres 2000 enthielten 50 Mio €, die für die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ zurückgestellt wurden. Bereits 1998 hatten wir entsprechende Rückstellungen für den verbleibenden Stiftungsbeitrag in Höhe von 153 Mio € gebildet. Die auf Veranlassung deutscher Unternehmen und des deutschen Staats gegründete Stiftung leistet Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter sowie andere Opfer des Naziregimes. Die 10-Mrd-DM-Stiftung wird zu gleichen Teilen von deutschen Unternehmen und dem deutschen Staat finanziert.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft. Zu den Aufwendungen im Versicherungsgeschäft gehören Schadenleistungen, Zuweisungen zu versicherungstechnischen Rückstellungen aus der Schaden-/Unfallversicherung und dem übernommenen Rückversicherungsgeschäft, Zahlungen an Versicherungsnehmer sowie Zuweisungen zu Rückstellungen und Verbindlichkeiten zu Gunsten von Versicherungsnehmern. Die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft beliefen sich im Jahr 2002 auf 759 Mio € und lagen somit um 2,2 Mrd € unter dem Wert von 2001. Dieser Rückgang war auf den bereits erwähnten Verkauf des Großteils unseres Versicherungsgeschäfts an Zurich Financial Services zurückzuführen. Ihm stand eine deutliche Verringerung der Erträge aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber.

Die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft betragen im Jahr 2001 3,0 Mrd €, dies ist ein Rückgang von 25 % gegenüber dem Vorjahr. Darin spiegelte sich die niedrigere Überschussbeteiligung zu Gunsten der Versicherungsnehmer wider, die ihrerseits auf den Rückgang des Ergebnisses aus Wertpapieren „Available-for-sale“ und gesunkene Erträge im Versicherungsgeschäft zurückzuführen war.

Abschreibungen/nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill. Mit Anwendung des US GAAP-Rechnungslegungsstandards SFAS 142 „Goodwill and Other Intangible Assets“ sind seit dem 1. Januar 2002 planmäßige Abschreibungen

auf Goodwill nicht mehr vorzunehmen. Bewertungen des Goodwill sind jedoch jährlich und bei Anzeichen einer möglichen Beeinträchtigung der Werthaltigkeit durchzuführen. Dies führte in 2002 im Zusammenhang mit unserem Private Equity-Geschäft zu einer Wertminderung des Goodwill in Höhe von 62 Mio €. Ein erheblicher Teil dieser Berichtseinheit war im Jahr 2002 als zum Verkauf bestimmt klassifiziert worden. Daraus resultierte eine Wertminderung des nach dem geplanten Verkauf in der Berichtseinheit verbleibenden Goodwill.

In 2001 betrugen die Abschreibungen auf Goodwill 871 Mio €, was gegenüber 2000 einem Anstieg um 100 Mio € beziehungsweise 13% entsprach. In 2001 entfiel auf die Abschreibung auf den Goodwill von Bankers Trust ein Betrag von 514 Mio € gegenüber 501 Mio € in 2000. Die Abschreibung auf den Goodwill von Morgan Grenfell betrug in 2001 62 Mio € gegenüber 63 Mio € in 2000. Auf den Goodwill für die National Discount Brokers Group, Inc. schrieben wir in 2001 43 Mio € gegenüber 4,8 Mio € in 2000 ab.

Restrukturierungsaufwand. In 2002 berücksichtigten wir Restrukturierungsaufwand in Höhe von 583 Mio € gegenüber 294 Mio € in 2001 und 125 Mio € in 2000. Dieser Aufwand gliedert sich wie folgt:

in Mio €	2002	2001	2000
Konzernrestrukturierung 2002	340	–	–
CIB-Restrukturierung	265	–	–
Konzernrestrukturierung 2001	– 22	294	–
Deutsche Bank Trust Corp	–	–	– 20
Personal Banking	–	–	136
Sonstige	–	–	9
Insgesamt	583	294	125

Der Konzern wies im ersten Quartal 2002 einen Aufwand vor Steuern in Höhe von 340 Mio € für ein alle Konzernbereiche betreffendes Restrukturierungsprogramm aus: Corporate and Investment Bank (CIB), Private Clients and Asset Management (PCAM) sowie Corporate Investments (CI). Von dem obigen Gesamtbetrag von 340 Mio € entfielen 246 Mio € auf Maßnahmen für Restrukturierungen im Konzernbereich PCAM, 93 Mio € in CIB und 1 Mio € in CI. Die Restrukturierung umfasst eine breite Palette an Maßnahmen insbesondere zur Straffung unseres Filialnetzes in Deutschland sowie unserer Infrastruktur. Von diesen Restrukturierungsplänen, die nach unserer Erwartung Ende des ersten Quartals 2003 vollständig umgesetzt sein werden, sind insgesamt rund 2 100 Mitarbeiter betroffen.

Im zweiten Quartal 2002 genehmigte der Konzernvorstand einen weiteren Restrukturierungsplan in Höhe von 265 Mio € für den Konzernbereich CIB, der bis Ende des ersten Halbjahres 2003 umgesetzt werden soll. Dieses Restrukturierungsprogramm, dem eine eingehende Überprüfung der Geschäftsaktivitäten des Konzernbereichs vorausging, spiegelt die künftige Marktstrategie des Konzerns wider. Betroffen sind die Bereiche Kundenbetreuung, Ausführung von Kundenaufträgen und Relationship Management-Prozesse, das Depot-, Handelsfinanzierungs- und sonstige Abwicklungsgeschäft sowie die damit in Verbindung stehenden Support-Funktionen der Abwicklungs-, Infrastruktur- und Immobilienbereiche. Dieser Plan betrifft etwa 2 000 Mitarbeiter aller Hierarchieebenen. Der Konzern wies im vierten Quartal 2001 einen Aufwand vor Steuern in Höhe von 294 Mio € für ein Restrukturierungsprogramm aus, von dem die beiden Konzernbereiche CIB und PCAM betroffen waren. Von dem Gesamtbetrag in Höhe

von 294 Mio € entfielen 213 Mio € auf Restrukturierungsmaßnahmen in CIB und 81 Mio € in PCAM. Hiervon betrafen 14 Mio € das Private Clients Services-Geschäft (PCS), das anschließend nach CIB transferiert wurde. Das Programm sah einen Abbau von etwa 2 400 Mitarbeitern aller Hierarchieebenen vor. Die Restrukturierungsmaßnahmen in CIB wurden auf Grund veränderter Marktbedingungen im Jahr 2001 beschlossen und sollten das neue CIB-Struktur- und -Geschäftsmodell, das 2001 eingeführt wurde, weiterentwickeln. In erster Linie hatte dies Auswirkungen auf die CIB-Kundenbetreuungsprozesse, bestimmte Aspekte des Cash Managements sowie das Depot- und Handelsfinanzierungsgeschäft der Global Transaction Bank und die damit in Verbindung stehenden Support-Funktionen der Abwicklungs-, Infrastruktur- und Immobilienbereiche. Der Plan sah außerdem die weitere Straffung der Führungsstruktur im Konzernbereich PCAM als Folge der Neuausrichtung des PCAM-Geschäftsmodells und der Geschäftsaktivitäten (einschließlich der Supportfunktionen im Immobilienbereich) vor. Per 31. Dezember 2001 waren etwa 200 Positionen abgebaut. Im Geschäftsjahr 2002 wurden im Rahmen des Restrukturierungsplans etwa 1 800 weitere Stellen reduziert. Da insbesondere wesentlich mehr Mitarbeiter als erwartet den Konzern auf eigenen Wunsch verließen, mussten bestimmte Maßnahmen, die im Restrukturierungsplan vorgesehen waren, nicht mehr ergriffen werden. Daher lösten wir in 2002 Rückstellungen in Höhe von 20 Mio € erfolgswirksam auf. Die verbliebene Rückstellung für Infrastrukturmaßnahmen in Höhe von 2 Mio € wurde ebenfalls in 2002 erfolgswirksam aufgelöst.

Ein zusätzlicher Abbau von 1 950 Stellen in PCAM ist das Ergebnis der Neugliederung der PCAM-Unternehmensbereiche Private Banking und Personal Banking in den Geschäftsbereich Private Wealth Management sowie den Unternehmensbereich Private & Business Clients. Er beinhaltet auch Personalreduzierungen in Kreditentscheidungs- und -abwicklungsbereichen. Die Kosten für die Durchführung dieser Maßnahmen in den Jahren 2003 und 2004 werden bei Entstehung aufwandswirksam. Darüber hinaus werden wir die Straffung unseres Geschäftsstellennetzes fortsetzen.

In 2000 stand der Aufwand für Restrukturierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit einem Plan zur Straffung des Geschäftsstellennetzes und der entsprechenden Back Office-Funktionen der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG (vormals Deutsche Bank 24) und betrug insgesamt 136 Mio €. Davon entfielen etwa 100 Mio € auf Abfindungs- und sonstige kündigungsbedingte Zahlungen im Zusammenhang mit der Auflösung von etwa 1 000 Arbeitsverhältnissen. 36 Mio € betrafen sonstige Kosten, hauptsächlich für die Kündigung von Mietverträgen. Sämtliche im Plan vorgesehenen Maßnahmen wurden im Verlauf des Geschäftsjahres 2001 abgeschlossen. In 2000 setzten wir alle wesentlichen Initiativen im Rahmen der Restrukturierungspläne für die Deutsche Bank Trust Corp. um und lösten die verbliebenen Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen erfolgswirksam auf.

Weitere Informationen zu unseren Restrukturierungsaktivitäten sind in Note [25] des Konzernabschlusses enthalten.

In 2002 betrug der Ertragsteueraufwand 3,2 Mrd € gegenüber 1,4 Mrd € in 2001 und einem Steuerertrag von 6,6 Mrd € in 2000. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf Steuersatzänderungen in Deutschland zurückzuführen, die in 1999 und 2000 gesetzlich in Kraft traten. Die auf diese Änderungen zurückzuführenden Ertragsteuerminderungen betragen in 2000 9,3 Mrd €. In 2001 und 2002 ergaben sich aus der Umkehrung der per 31. Dezember 2000 im übrigen umfassenden Periodenerfolg ausgewiesenen latenten Steuern Steueraufwendungen in Höhe von 995 Mio € beziehungsweise 2,8 Mrd € in Folge des Verkaufs von

Steueraufwand/-ertrag

Aktien „Available-for-sale“. Im Zuge weiterer Verkäufe von Wertpapieren rechnen wir auch künftig mit zusätzlichem Steueraufwand aus der Umkehrung latenter Steuern. Ohne diese Umkehreffekte betragen die effektiven Steuerquoten in 2002 10%, in 2001 24% und in 2000 38%. Die Hauptursache für den Rückgang der effektiven Steuerquote seit 2000 waren die steuerbefreiten Veräußerungsgewinne.

Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden

Im Juli 2001 verabschiedete das Financial Accounting Standards Board („FASB“) die Rechnungslegungsstandards SFAS 141 „Business Combinations“ und SFAS 142 „Goodwill and Other Intangible Assets“. SFAS 141 sieht vor, dass alle nach dem 30. Juni 2001 initiierten Unternehmenszusammenschlüsse nach der Erwerbsmethode zu bilanzieren sind, und schließt damit die Anwendung der Pooling-of-Interest-Methode aus. Weitere Bestimmungen von SFAS 141 und SFAS 142 legen fest, dass ab dem 1. Januar 2002 der Goodwill nicht mehr planmäßig abgeschrieben wird, dass Umgliederungen zwischen dem Goodwill und anderen immateriellen Vermögenswerten anhand bestimmter Kriterien erfolgen müssen und dass der Goodwill auf Berichtseinheiten (Segmente oder eine Ebene darunter) zu verteilen ist. Zudem muss seine Werthaltigkeit mindestens einmal jährlich überprüft werden („Impairment Test“). Mit der Einführung des SFAS 142 zum 1. Januar 2002 vereinnahmte der Konzern einen steuerfreien Gewinn in Höhe von 37 Mio € aus der Auflösung von negativem Goodwill als kumulierten Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2001 wenden wir SFAS 133 „Accounting for Derivative Instruments and Hedging Activities“ an. SFAS 133 mit seinen Ergänzungen legt Rechnungslegungs- und Berichtsstandards für derivative Instrumente fest, darunter für bestimmte derivative Instrumente, die in andere Kontrakte eingebettet sind, sowie für Absicherungsaktivitäten. Unternehmen haben demnach alle Derivate als Vermögensgegenstände oder Verbindlichkeiten in der Bilanz auszuweisen und mit dem Fair Value anzusetzen. Die Veränderung des Fair Value eines Derivats wird grundsätzlich in der laufenden Gewinn- und Verlustrechnung oder im Eigenkapital ausgewiesen. Infolge der Erstanwendung von SFAS 133 berücksichtigten wir in unserem Konzernabschluss einen Aufwand von 207 Mio € nach Steuern als kumulierten Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden. Dieser Betrag resultierte im Wesentlichen aus erforderlichen Anpassungen, um bestimmte eingebettete Derivate mit dem Fair Value anzusetzen und den Buchwert des betreffenden Trägerinstrumentes zum 1. Januar 2001 anzupassen.

Segmentberichterstattung

Detaillierte Hinweise zu den Grundlagen unserer Segmentberichterstattung und der Überleitung der Ergebnisse und Aktiva der Segmente zu dem Konzernabschluss nach US GAAP finden sich in Note [28] des Konzernabschlusses.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu unseren Bereichen für die Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000. Grundlage für die Segmentierung der Bereiche ist die Konzernstruktur, wie sie am 31. Dezember 2002 gültig war. Die nachfolgenden Tabellen basieren auf unseren Managementberichtssystemen.

2002	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management				Corporate Investments	Management Reporting insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset Management	Private Banking	Personal Banking	Insgesamt		
in Mio €									
Erträge ¹	11 615	2 704	14 319	2 513	1 468	4 991	8 972	3 086	26 377
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1 697	12	1 709	- 3	15	215	227	155	2 091
Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	83	- 52	31	-	-	- 1	- 1	- 11	19
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	-	-	35	-	650	685	-	685
Operative Kostenbasis ²	9 049	2 236	11 285	2 022	1 324	3 076	6 422	1 222	18 929
Ergebnis vor nicht operativen Kosten	786	508	1 294	459	129	1 051	1 639	1 720	4 653
Nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	-	-	-	-	-	-	-	62	62
Abfindungszahlungen	238	17	255	72	19	45	136	19	410
Restrukturierungsaufwendungen	316	26	342	- 1	24	217	240	1	583
Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter	8	-	8	25	- 1	8	32	2	42
Nicht operative Kosten insgesamt	562	43	605	96	42	270	408	84	1 097
Ergebnis vor Steuern³	224	465	689	363	87	781	1 231	1 636	3 556
Durchschnittliches Active Equity ⁴	14 454	1 796	16 250	2 665	386	1 442	4 493	6 751	27 494
Aktiva ⁵	631 052	25 758	643 668	22 448	11 626	69 507	101 296	26 546	748 335
Risikopositionen (BIZ-Risikopositionen)	142 483	13 613	156 096	6 027	7 271	44 061	57 359	19 219	232 674

¹ Zinsüberschuss und zinsunabhängige Erträge.

² Zinsunabhängige Aufwendungen abzüglich nicht operativer Kosten (nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill, Abfindungszahlungen, Restrukturierungsaufwendungen, Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter), Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft.

³ Vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden.

⁴ Zu Zwecken der Managementberichterstattung weisen wir unseren Unternehmensbereichen unser Buchkapital entsprechend dem jeweilig zugeordneten Ökonomischen Kapital der Bereiche zu.

⁵ Auf der Ebene CIB, PCAM, CI und Management Reporting insgesamt sind Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzern-/Unternehmensbereichen enthalten.

2001	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management				Corporate Investments	Management Reporting insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Ins-gesamt	Asset Management	Private Banking	Personal Banking	Ins-gesamt		
in Mio €									
Erträge ¹	14 421	3 053	17 474	1 853	1 697	6 843	10 393	2 054	29 921
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	629	- 19	610	12	11	183	206	199	1 015
Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	5	- 34	- 29	-	-	-	-	3	- 26
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	-	-	48	-	2 898	2 946	-	2 946
Operative Kostenbasis ²	11 279	2 450	13 729	1 619	1 482	3 853	6 954	1 363	22 046
Ergebnis vor nicht operativen Kosten	2 508	656	3 164	174	204	- 91	287	489	3 940
Abschreibungen auf Goodwill	470	65	535	125	27	35	187	135	857
Abfindungszahlungen	256	41	297	21	19	44	84	13	394
Restrukturierungsaufwendungen	190	37	227	35	21	11	67	-	294
Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter	13	2	15	36	2	16	54	17	86
Nicht operative Kosten insgesamt	929	145	1 074	217	69	106	392	165	1 631
Ergebnis vor Steuern³	1 579	511	2 090	- 43	135	- 197	- 105	324	2 309
Durchschnittliches Active Equity ⁴	15 965	2 732	18 697	2 206	417	1 701	4 324	7 757	30 778
Aktiva ⁵	663 760	24 708	677 623	20 600	12 469	91 572	123 784	121 006	896 476
Risikopositionen (BIZ-Risikopositionen)	168 705	19 240	187 945	5 890	8 476	41 865	56 231	56 202	300 378

¹ Zinsüberschuss und zinsunabhängige Erträge.

² Zinsunabhängige Aufwendungen abzüglich nicht operativer Kosten (Abschreibungen auf Goodwill, Abfindungszahlungen, Restrukturierungsaufwendungen, Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter), Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft.

³ Vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden.

⁴ Zu Zwecken der Managementberichterstattung weisen wir unseren Unternehmensbereichen unser Buchkapital entsprechend dem jeweilig zugeordneten Ökonomischen Kapital der Bereiche zu.

⁵ Auf der Ebene CIB, PCAM, CI und Management Reporting insgesamt sind Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzern-/Unternehmensbereichen enthalten.

2000	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management				Corporate Investments	Management Reporting insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset Management	Private Banking	Personal Banking	Insgesamt		
in Mio €									
Erträge ¹	15 105	2 971	18 076	2 407	1 827	7 766	12 000	4 396	34 472
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	99	–	99	–	10	182	192	186	477
Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	– 33	–	– 33	–	–	–	–	–	– 33
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	–	–	–	161	–	3 751	3 912	–	3 912
Operative Kostenbasis ²	11 693	2 273	13 966	1 326	1 396	3 591	6 313	1 576	21 855
Ergebnis vor nicht operativen Kosten	3 346	698	4 044	920	421	242	1 583	2 634	8 261
Abschreibungen auf Goodwill	412	64	476	121	27	32	180	120	776
Abfindungszahlungen	137	44	181	3	– 2	41	42	3	226
Restrukturierungsaufwendungen	– 19	– 14	– 33	–	– 3	135	132	29	128
Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter	2	–	2	55	–	28	83	7	92
Nicht operative Kosten insgesamt	532	94	626	179	22	236	437	159	1 222
Ergebnis vor Steuern	2 814	604	3 418	741	399	6	1 146	2 475	7 039
Durchschnittliches Active Equity ³	13 395	2 800	16 195	1 373	397	1 522	3 292	5 500	24 987
Aktiva ⁴	647 826	31 337	658 687	17 077	11 161	80 622	108 860	116 403	883 950
Risikopositionen (BIZ-Risikopositionen)	168 035	17 592	185 627	5 486	6 104	37 929	49 519	51 395	286 541

¹ Zinsüberschuss und zinsunabhängige Erträge.

² Zinsunabhängige Aufwendungen abzüglich nicht operativer Kosten (Abschreibungen auf Goodwill, Abfindungszahlungen, Restrukturierungsaufwendungen, Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter), Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft.

³ Zu Zwecken der Managementberichterstattung weisen wir unseren Unternehmensbereichen unser Buchkapital entsprechend dem jeweilig zugeordneten Ökonomischen Kapital der Bereiche zu.

⁴ Auf der Ebene CIB, PCAM, CI und Management Reporting insgesamt sind Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzern-/Unternehmensbereichen enthalten.

Konzernbereich Corporate and Investment Bank

Konzernbereiche

Die nachstehende Tabelle enthält die Geschäftsergebnisse unseres Konzernbereichs Corporate and Investment Bank für die Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000 auf der Basis unserer Managementberichtssysteme:

in Mio €	2002	2001	2000
Sales & Trading (Equity)	2 791	4 111	5 152
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	5 423	5 814	4 449
Emissionsgeschäft (Equity)	354	492	937
Emissionsgeschäft (Debt)	388	441	286
Beratung	516	568	879
Kreditgeschäft	2 393	2 975	3 623
Transaction Services	2 704	3 053	2 971
Sonstiges	- 250	20	- 221
Erträge insgesamt	14 319	17 474	18 076
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1 709	610	99
Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	31	- 29	- 33
Risikovorsorge insgesamt	1 740	581	66
Operative Kostenbasis ¹	11 285	13 729	13 966
Ergebnis vor nicht operativen Kosten	1 294	3 164	4 044
Durchschnittliches Active Equity	16 250	18 697	16 195
Bereinigte Eigenkapitalrendite in % ²	8%	17%	25%
Aufwand-Ertrag-Relation in % ³	79%	79%	77%

¹ Zinsunabhängige Aufwendungen abzüglich nicht operativer Kosten (nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/Abschreibungen auf Goodwill, Abfindungszahlungen, Restrukturierungsaufwendungen, Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter), Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft.

² Ergebnis vor nicht operativen Kosten dividiert durch das durchschnittliche Active Equity.

³ Operative Kostenbasis und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft dividiert durch Erträge insgesamt.

Nachfolgend diskutieren wir den Beitrag der einzelnen Unternehmensbereiche zum Gesamtergebnis des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank.

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities für die Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000 auf Basis unserer Managementberichtssysteme dar:

in Mio €	2002	2001	2000
Sales & Trading (Equity)	2 791	4 111	5 152
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	5 423	5 814	4 449
Emissionsgeschäft (Equity)	354	492	937
Emissionsgeschäft (Debt)	388	441	286
Beratung	516	568	879
Kreditgeschäft	2 393	2 975	3 623
Sonstiges	- 250	20	- 221
Erträge insgesamt	11 615	14 421	15 105
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1 697	629	99
Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	83	5	- 33
Risikovorsorge insgesamt	1 780	634	66
Operative Kostenbasis ¹	9 049	11 279	11 693
Ergebnis vor nicht operativen Kosten	786	2 508	3 346
Durchschnittliches Active Equity	14 454	15 965	13 395
Bereinigte Eigenkapitalrendite in % ²	5%	16%	25%
Aufwand-Ertrag-Relation in % ³	78%	78%	77%

¹ Zinsunabhängige Aufwendungen abzüglich nicht operativer Kosten (nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/Abschreibungen auf Goodwill, Abfindungszahlungen, Restrukturierungsaufwendungen, Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter), Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft.
² Ergebnis vor nicht operativen Kosten dividiert durch das durchschnittliche Active Equity.
³ Operative Kostenbasis und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft dividiert durch Erträge insgesamt.

Ergebnis vor nicht operativen Kosten. Das Ergebnis vor nicht operativen Kosten von 786 Mio € im Geschäftsjahr 2002 lag um 1,7 Mrd € beziehungsweise 69% unter dem Vorjahreswert. Eine deutlich erhöhte Risikovorsorge und um 19% gesunkene Erträge wurden dabei teilweise durch eine um 20% verringerte operative Kostenbasis kompensiert.

In 2001 betrug das Ergebnis vor nicht operativen Kosten 2,5 Mrd € und blieb damit 25% beziehungsweise 838 Mio € unter dem des Vorjahres. Dieser Rückgang war vorwiegend auf eine Erhöhung der Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle und auf niedrigere Erträge zurückzuführen.

Erträge. In 2002 betrug die Erträge 11,6 Mrd € im Vergleich zum Vorjahreswert von 14,4 Mrd €. Die im Geschäftsjahr 2002 herrschenden Marktbedingungen wirkten sich insbesondere negativ auf die Erträge aus Aktien und aktienbezogenen Produkten sowie auf die Erträge aus dem Kreditgeschäft aus. Die Erträge aus Aktien und aktienbezogenen Produkten waren zudem durch das Ergebnis aus einem Blocktrade im ersten Quartal 2002 belastet.

Die Gesamterträge aus Sales and Trading beliefen sich in 2002 auf 8,2 Mrd € gegenüber 9,9 Mrd € in 2001. Dies war ein Rückgang um 1,7 Mrd € beziehungsweise 17%. Die Erträge aus dem Handelsgeschäft mit Schuldtiteln und damit verbundenen Produkten behaupteten sich in einem schwächeren Umfeld. Die Märkte für Aktien und aktienbezogene Produkte waren weiterhin von niedrigeren Volumina und höheren Risikoaufschlägen bei Derivaten geprägt. Die Erträge aus dem aktienbasierten Handelsgeschäft sanken von 4,1 Mrd € in 2001 auf 2,8 Mrd € in 2002.

Die Gesamterträge aus dem Emissionsgeschäft gingen von 933 Mio € in 2001 auf 742 Mio € in 2002 zurück. Die um 138 Mio € beziehungsweise 28% gesunkenen Erträge aus dem Aktienemissionsgeschäft waren durch den auf diese Produktkategorie entfallenden Anteil des Ergebnisses aus dem oben genannten Blocktrade belastet. Darüber hinaus führten rückläufige Volumina zu niedrigeren Erträgen aus Emissionen von festverzinslichen Schuldtiteln und damit verbundenen Produkten.

Im Geschäftsjahr 2002 sanken die Erträge aus dem Beratungsgeschäft gegenüber dem Vorjahr um 9% auf 516 Mio €.

Die Erträge aus dem Kreditgeschäft sanken von 3,0 Mrd € in 2001 auf 2,4 Mrd € in 2002. Dieser Rückgang gegenüber 2001 resultierte aus gesunkenen Zinssätzen und einem niedrigeren Kreditvolumen, das unsere Aktivitäten zur Reduzierung von Kreditrisiken reflektiert. Die Veräußerung unseres europäischen Financial Services-Geschäfts im Mai 2001 trug ebenfalls zu diesem Rückgang bei.

In den sonstigen Erträgen waren in 2002 Goodwill-Refinanzierungskosten in Höhe von 218 Mio € enthalten. Diese betragen in 2001 234 Mio €. Die sonstigen Erträge beinhalteten in 2001 zudem einen Veräußerungsgewinn aus dem Verkauf unseres europäischen Financial Services-Geschäfts in Höhe von 180 Mio €. Dies führte im Wesentlichen zu der Entwicklung der sonstigen Erträge von positiven 20 Mio € in 2001 auf negative sonstige Erträge in Höhe von 250 Mio € in 2002.

In 2001 gingen die Erträge um 5% auf 14,4 Mrd € zurück (Vorjahr: 15,1 Mrd €). Die erhebliche Verschlechterung der Marktlage in der zweiten Hälfte des Jahres 2000 setzte sich im Jahr 2001 fort. Während die schwachen Märkte und ein Rückgang der Geschäftsvolumina unser aktienbasiertes Handelsgeschäft sowie das Emissions- und Beratungsgeschäft negativ beeinflussten, verbesserte sich unser Geschäft mit Schuldtiteln.

Die Gesamterträge aus Sales and Trading stiegen von 9,6 Mrd € in 2000 auf 9,9 Mrd € in 2001. Dieser Entwicklung lagen zwei entgegengesetzte Trends zu Grunde: Die Erträge aus Sales and Trading (Equity) gingen von 5,2 Mrd € in 2000 um 20% auf 4,1 Mrd € in 2001 zurück. Die Erträge aus Sales and Trading (Debt und sonstige Produkte) stiegen dagegen im gleichen Zeitraum von 4,4 Mrd € auf 5,8 Mrd €, was einer Zunahme von 31% entsprach. Letzteres war teilweise auf die günstigen Bedingungen an den Rentenmärkten zurückzuführen. Darüber hinaus fragten unsere Kunden nach den Ereignissen des 11. September 2001 verstärkt Produkte mit geringerem Risiko nach.

Die Gesamterträge aus dem Emissionsgeschäft fielen von 1,2 Mrd € im Jahr 2000 auf 933 Mio € in 2001. Die Abnahme der Erträge aus dem Emissionsgeschäft (Equity) von 937 Mio € in 2000 auf 492 Mio € in 2001 war vor allem auf den starken Rückgang des Geschäftsvolumens im Verlauf des Geschäftsjahres 2001 zurückzuführen. Im Emissionsgeschäft (Debt) verzeichneten wir dagegen einen deutlichen Anstieg der Erträge von 286 Mio € in 2000 auf 441 Mio € in 2001. Diese Zunahme um 54% resultierte aus der Stärke der Rentenmärkte.

Die Erträge aus dem Beratungsgeschäft gingen auf Grund der verminderten Anzahl von Transaktionen von 879 Mio € in 2000 auf 568 Mio € in 2001 zurück.

Die Erträge aus dem Kreditgeschäft sanken von 3,6 Mrd € um 18% auf 3,0 Mrd € in 2001. Ursache für diesen Rückgang waren mehrere Faktoren: durchschnittlich niedrigere Kreditvolumina auf Grund einer größeren Anzahl von Verbriefungen von Vermögenswerten (Securizations), sinkende Zinssätze sowie niedrigere Erträge nach der Entkonsolidierung unseres europäischen Financial Services-Geschäfts im Mai 2001.

Zu den sonstigen Erträgen zählten Goodwill-Refinanzierungskosten in Höhe von 234 Mio € in 2001 im Vergleich zu 272 Mio € in 2000. Insgesamt kehrten sich die negativen sonstigen Erträge in Höhe von 221 Mio € in 2000 in positive sonstige Erträge von 20 Mio € in 2001 um. Dies war im Wesentlichen durch den in 2001 enthaltenen Veräußerungsgewinn aus unserem europäischen Financial Services-Geschäft bedingt.

Risikovorsorge. Für die Abdeckung der Risiken im Kreditgeschäft wurden in 2002 Vorsorgen in Höhe von 1,8 Mrd € gegenüber 634 Mio € 2001 und 66 Mio € in 2000 getroffen. Die Risikovorsorge in 2002 enthielt einen Aufwand in Höhe von 200 Mio €, der eine Modifizierung der Bemessung unserer sonstigen Wertberichtigungen für inhärente Risiken reflektiert.

Die weiteren Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle im Geschäftsjahr 2002 reflektierten Wertberichtigungen im Zusammenhang mit dem Einbruch der Telekommunikationsbranche sowie Einzelwertberichtigungen, um der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in diversen Branchen Rechnung zu tragen. Dies betraf insbesondere unser deutsches und amerikanisches Portfolio.

Hauptursache für den Anstieg in 2001 waren neu gebildete Einzelwertberichtigungen auf unsere Portfolios im Leveraged-Geschäft, in der Telekommunikationsbranche und auf weitere Kredite in nahezu allen Regionen. Ein zusätzlicher Faktor war die Zunahme der Risikovorsorge im Zusammenhang mit Argentinien.

Operative Kostenbasis. Die operative Kostenbasis betrug in 2002 9,0 Mrd € und lag damit deutlich unter dem Vorjahreswert von 11,3 Mrd €. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Effizienz und zur Reduzierung disponibler Kosten zeigten Erfolge. Der Rückgang des Personalaufwands um mehr als 25 % war auf eine Reduzierung der Mitarbeiterzahl sowie auf niedrigere erfolgsabhängige Vergütungen zurückzuführen. Die nicht vergütungsbezogenen Aufwendungen sanken um 13%. Ursachen hierfür waren niedrigere EDV-Kosten und Einsparungen bei allen wesentlichen Kostenarten.

Die operative Kostenbasis betrug in 2001 11,3 Mrd € und entsprach in etwa dem Vorjahreswert. Der Personalaufwand betrug in 2001 5,4 Mrd €. Dieser leichte Rückgang gegenüber dem Vorjahreswert von 5,6 Mrd € war auf verminderte Aufwendungen für erfolgsabhängige Vergütungen zurückzuführen, die teilweise durch einen gestiegenen Personalaufwand im Zuge des Ausbaus bestimmter Geschäftsfelder kompensiert wurden. Zudem stiegen die nicht vergütungsbezogenen Aufwendungen auf Grund höherer Kosten für EDV- und Abwicklungssysteme.

Aufwand-Ertrag-Relation. Die Aufwand-Ertrag-Relation blieb in 2002 mit 78 % auf dem Niveau des Vorjahres. Wie oben beschrieben, konnten wir in 2002 mit unserem Kostensenkungsprogramm und der Reduzierung disponibler Kosten Ertragsrückgänge kompensieren.

Die Aufwand-Ertrag-Relation stieg von 77 % in 2000 um einen Prozentpunkt auf 78 % in 2001 an. Dies war primär auf die rückläufigen Erträge im Vergleich zu 2000 zurückzuführen.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Global Transaction Banking für die Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000 auf Basis unserer Managementberichtssysteme dar:

in Mio €	2002	2001	2000
Erträge	2 704	3 053	2 971
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	12	- 19	-
Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 52	- 34	-
Risikovorsorge insgesamt	- 40	- 53	-
Operative Kostenbasis ¹	2 236	2 450	2 273
Ergebnis vor nicht operativen Kosten	508	656	698
Durchschnittliches Active Equity	1 796	2 732	2 800
Bereinigte Eigenkapitalrendite in % ²	28%	24%	25%
Aufwand-Ertrag-Relation in % ³	83%	80%	76%

¹ Zinsunabhängige Aufwendungen abzüglich nicht operativer Kosten (nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/Abschreibungen auf Goodwill, Abfindungszahlungen, Restrukturierungsaufwendungen, Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter), Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft.

² Ergebnis vor nicht operativen Kosten dividiert durch das durchschnittliche Active Equity.

³ Operative Kostenbasis und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft dividiert durch Erträge.

Ergebnis vor nicht operativen Kosten. Das Ergebnis vor nicht operativen Kosten ging in 2002 um 148 Mio € beziehungsweise 23% auf 508 Mio € zurück. Niedrigere Erträge wurden teilweise durch eine geringere operative Kostenbasis aufgefangen. Diese Entwicklung spiegelte unsere Maßnahmen zur Verbesserung der Effizienz und zur Reduzierung disponibler Kosten wider.

Das Ergebnis vor nicht operativen Kosten betrug in 2001 656 Mio €, 6% beziehungsweise 42 Mio € weniger als im Vorjahr. Hauptgrund für diesen Rückgang war eine höhere operative Kostenbasis.

Im ersten Quartal 2003 verkauften wir einen wesentlichen Teil unseres Global Securities Services-Geschäfts an die State Street Corporation. 2002 trugen die verkauften Aktivitäten Erträge von rund 700 Mio € und ein geringfügiges Ergebnis vor nicht operativen Kosten zu dem Gesamtergebnis unseres Unternehmensbereichs Global Transaction Banking bei.

Erträge. Die Erträge sanken von 3,1 Mrd € in 2001 auf 2,7 Mrd € in 2002. Ursachen waren engere Zinsmargen und niedrigere Transaktionsvolumina.

Die Erträge stiegen in 2001 auf 3,1 Mrd € und damit um nahezu 3% gegenüber dem Vorjahreswert von 3,0 Mrd €. Der Ertragsanstieg im Cash Management war teilweise auf die Übernahme der Banque Worms in 2001 zurückzuführen. Zudem konnten höhere Erträge aus dem Wertpapierleihengeschäft erzielt werden. Gründe waren rückläufige Zinssätze und höhere Transaktionsvolumina bei Dividendenabwicklungen. Dem standen niedrigere Erträge aus unserem Wertpapierverwahrungsgeschäft gegenüber, verursacht durch niedrigere Marktwerte und geringere Geschäftsvolumina.

Risikovorsorge. Die Risikovorsorge entsprach in 2002 einer Nettoauflösung in Höhe von 40 Mio € und in 2001 einer Nettoauflösung von 53 Mio €. In 2000 war die Risikovorsorge zu vernachlässigen.

Die Risikovorsorge spiegelte in 2002 eine Verringerung von grenzüberschreitenden Risiken und einen Übertrag von Risikovorsorge zum Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities wider. Inanspruchnahmen bestimmter Garantien

kompensierten die Verringerung. In 2001 war die Nettoauflösung primär auf eine Reduzierung von grenzüberschreitenden Risiken zurückzuführen.

Operative Kostenbasis. Der Unternehmensbereich konnte durch Umsetzung von Kosteneinsparungsinitiativen seine operative Kostenbasis von 2,5 Mrd € in 2001 auf 2,2 Mrd € in 2002 reduzieren. Einsparungen wurden in allen wesentlichen Kostenkategorien erzielt. Darüber hinaus führten gesunkene Transaktionsvolumina zu einem Rückgang transaktionsabhängiger Kosten.

Die transaktionsbezogene Ausrichtung dieses Unternehmensbereichs führt im Verhältnis zu den Erträgen zu hohen Bearbeitungs- und Abwicklungskosten. Infolge der in 2001 rückläufigen Transaktionsvolumina wurde ein relativ höherer Anteil unserer Erträge von diesen Kosten absorbiert. Unsere Investitionen in Informationstechnologie und Abwicklung führten zu einem Anstieg der operativen Kostenbasis um 8% von 2,3 Mrd € in 2000 auf 2,5 Mrd € in 2001.

Aufwand-Ertrag-Relation. Die Aufwand-Ertrag-Relation stieg von 2002 auf 2001 um drei Prozentpunkte auf 83%. Wie oben im Einzelnen beschrieben, wurden Reduzierungen der operativen Kostenbasis durch Ertragsrückgänge überkompensiert.

Die Aufwand-Ertrag-Relation stieg von 76% in 2000 um vier Prozentpunkte auf 80% in 2001. Dies war primär auf den oben beschriebenen Anstieg unserer operativen Kostenbasis zurückzuführen, der durch den Ertragszuwachs nicht vollständig kompensiert wurde.

**Konzernbereich
Private Clients and
Asset Management**

In der nachstehenden Tabelle sind die Geschäftsergebnisse unseres Konzernbereichs Private Clients and Asset Management für die Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000 auf Basis unserer Managementberichtssysteme aufgeführt:

in Mio € (außer bei Invested Assets)	2002	2001	2000
Portfolio/Fund Management	2 723	2 170	2 679
Beratung	1 235	1 374	1 612
Kredit-/Einlagengeschäft	2 531	2 462	2 262
Transaktionsgeschäft	589	642	620
Versicherungsgeschäft	963	3 487	4 484
Sonstiges	931	258	343
Erträge insgesamt	8 972	10 393	12 000
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	227	206	192
Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 1	-	-
Risikovorsorge insgesamt	226	206	192
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	685	2 946	3 912
Operative Kostenbasis ¹	6 422	6 954	6 313
Ergebnis vor nicht operativen Kosten	1 639	287	1 583
Durchschnittliches Active Equity	4 493	4 324	3 292
Bereinigte Eigenkapitalrendite in % ²	36%	7%	48%
Aufwand-Ertrag-Relation in % ³	79%	95%	85%
Invested Assets (in Mrd €)	963	911	929
<i>Zusatzinformation:</i>			
Ergebnisse des verkauften Versicherungsgeschäfts (inklusive verbundener Aktivitäten; oben enthalten)			
Versicherungsgeschäft	780	3 308	4 268
Sonstiges	502	-	-
Erträge insgesamt	1 282	3 308	4 268
Risikovorsorge	-	2	3
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	650	2 896	3 749
Operative Kostenbasis ¹	103	376	432
Ergebnis vor nicht operativen Kosten	529	34	84
Invested Assets (in Mrd €)	-	19	17
¹ Zinsunabhängige Aufwendungen abzüglich nicht operativer Kosten (nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/Abschreibungen auf Goodwill, Abfindungszahlungen, Restrukturierungsaufwendungen, Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter), Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft. ² Ergebnis vor nicht operativen Kosten dividiert durch das durchschnittliche Active Equity. ³ Operative Kostenbasis und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft dividiert durch Erträge insgesamt.			

Nachfolgend erläutern wir den Beitrag der einzelnen Unternehmensbereiche zum Gesamtergebnis des Konzernbereichs Private Clients and Asset Management.

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Asset Management für die Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000 auf Basis unserer Managementberichtssysteme dar:

Unternehmensbereich Asset Management

in Mio € (außer bei Invested Assets)	2002	2001	2000
Portfolio/Fund Management	2 192	1 565	2 040
Versicherungsgeschäft	44	57	162
Sonstiges	277	231	205
Erträge insgesamt	2 513	1 853	2 407
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	- 3	12	-
Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	-	-	-
Risikovorsorge insgesamt	- 3	12	-
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	35	48	161
Operative Kostenbasis ¹	2 022	1 619	1 326
Ergebnis vor nicht operativen Kosten	459	174	920
Durchschnittliches Active Equity	2 665	2 206	1 373
Bereinigte Eigenkapitalrendite in % ²	17%	8%	67%
Aufwand-Ertrag-Relation in % ³	82%	90%	62%
Invested Assets (in Mrd €)	726	631	641

¹ Zinsunabhängige Aufwendungen abzüglich nicht operativer Kosten (nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/Abschreibungen auf Goodwill, Abfindungszahlungen, Restrukturierungsaufwendungen, Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter), Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft.

² Ergebnis vor nicht operativen Kosten dividiert durch das durchschnittliche Active Equity.

³ Operative Kostenbasis und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft dividiert durch Erträge insgesamt.

Ergebnis vor nicht operativen Kosten. Das Ergebnis vor nicht operativen Kosten unseres Unternehmensbereichs Asset Management betrug 2002 459 Mio €. Der Anstieg um 285 Mio € oder 164 % gegenüber dem Vorjahr resultierte überwiegend aus einer niedrigeren operativen Kostenbasis und höheren Erträgen aus unserem Immobiliengeschäft.

2001 betrug das Ergebnis vor nicht operativen Kosten 174 Mio €. Es lag damit 81 % beziehungsweise 746 Mio € unter dem des Vorjahres. Auf Grund der ungünstigen Marktbedingungen verminderten sich die Erträge um 554 Mio €, während die operative Kostenbasis um 293 Mio € anstieg.

Im ersten Quartal 2003 verkauften wir unser passives Asset Management-Geschäft an die Northern Trust Corporation. Die Erträge dieses Geschäfts trugen weniger als 2 % zu den Gesamterträgen unseres Unternehmensbereichs Asset Management bei. Die zugehörigen Aktiva und Passiva waren nicht wesentlich für die Bilanz des Konzerns.

Erträge. Die Erträge konnten wir in 2002 um 660 Mio € oder 36 % auf 2,5 Mrd € steigern. Die Übernahme von Scudder und RREEF im zweiten Quartal 2002 trug mit 579 Mio € oder 88 % zu diesem Anstieg bei. Der verbleibende Zuwachs von 81 Mio € oder 12 % war zum einen auf im Jahresvergleich höhere Erträge aus unserem Immobilien- und Hedge-Fonds-Geschäft (um 185 Mio €) sowie auf einen Ertrag von 8 Mio € aus der Veräußerung des Versicherungsgeschäfts (inklusive damit verbundener Aktivitäten) zurückzuführen. Zum anderen minderte das anhaltend schlechte Marktumfeld im Geschäftsjahr 2002 die Provisionseinnahmen im traditionellen Fondsverwaltungsgeschäft (um rund 110 Mio €).

2001 blieben die Erträge mit 1,9 Mrd € um 554 Mio € beziehungsweise 23% unter dem Vorjahreswert. Schlechtere Marktbedingungen führten zu einem Rückgang der Performance-abhängigen Fonds- und Fondsverwaltungsgebühren.

Operative Kostenbasis. Die operative Kostenbasis stieg in 2002 um 403 Mio € oder 25% auf 2,0 Mrd €. Hauptursache war die Übernahme von Scudder und RREEF im zweiten Quartal 2002, die 573 Mio € zur operativen Kostenbasis beitrug. Zudem waren in der operativen Kostenbasis in 2001 Abschreibungen auf unser Immobilienportfolio in Höhe von rund 150 Mio € enthalten.

2001 belief sich die operative Kostenbasis auf 1,6 Mrd €. Den Anstieg um 293 Mio € beziehungsweise 22% im Vergleich zu 2000 verursachte zum einen ein höherer Personalaufwand. Hier wirkten sich ein höheres Vergütungsniveau sowie der Gesamtjahreseffekt aus der Neueinstellung von Mitarbeitern in der zweiten Hälfte von 2000 aus. Zum anderen enthielt die operative Kostenbasis in 2001 Abschreibungen auf unser Immobilienportfolio von rund 150 Mio € sowie Aufwendungen für die Reorganisation unserer Aktivitäten in Frankreich.

Aufwand-Ertrag-Relation. Die Aufwand-Ertrag-Relation sank 2002 um acht Prozentpunkte auf 82%. Dem oben dargestellten Ertragszuwachs stand ein relativ geringerer Anstieg der operativen Kostenbasis gegenüber.

Der Anstieg der Aufwand-Ertrag-Relation von 62% in 2000 auf 90% in 2001 war hauptsächlich auf die oben beschriebenen starken Erträge und die niedrigere operative Kostenbasis in 2000 zurückzuführen.

Invested Assets. Die Invested Assets stiegen in 2002 im Vergleich zum Vorjahr um 95 Mrd € beziehungsweise 15% auf 726 Mrd €. Hauptursache waren die erworbenen Invested Assets von Scudder und RREEF in Höhe von 292 Mrd €. Auf Grund des schwachen Marktumfelds wurde dieser positive Effekt durch ein rückläufiges Nettoneugeschäft (von 25 Mrd €), Wertrückgänge (von 86 Mrd €) und negative Wechselkurseffekte (von 84 Mrd €) größtenteils aufgezehrt. Die Invested Assets blieben 2001 im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert.

Unternehmensbereich Private Banking

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Private Banking für die Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000 auf Basis unserer Managementberichtssysteme dar:

in Mio € (außer bei Invested Assets)	2002	2001	2000
Portfolio/Fund Management	472	526	544
Beratung	696	858	987
Kredit-/Einlagengeschäft	244	282	262
Transaktionsgeschäft	14	15	- 1
Versicherungsgeschäft	14	13	10
Sonstiges	28	3	25
Erträge insgesamt	1 468	1 697	1 827
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	15	11	10
Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	-	-	-
Risikovorsorge insgesamt	15	11	10
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	-	-
Operative Kostenbasis ¹	1 324	1 482	1 396
Ergebnis vor nicht operativen Kosten	129	204	421
Durchschnittliches Active Equity	386	417	397
Bereinigte Eigenkapitalrendite in % ²	34 %	49 %	106 %
Aufwand-Ertrag-Relation in % ³	90 %	87 %	76 %
Invested Assets (in Mrd €)	148	167	178

¹ Zinsunabhängige Aufwendungen abzüglich nicht operativer Kosten (nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/Abschreibungen auf Goodwill, Abfindungszahlungen, Restrukturierungsaufwendungen, Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter), Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft.
² Ergebnis vor nicht operativen Kosten dividiert durch das durchschnittliche Active Equity.
³ Operative Kostenbasis und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft dividiert durch Erträge insgesamt.

Ergebnis vor nicht operativen Kosten. Das Ergebnis vor nicht operativen Kosten unseres Unternehmensbereichs Private Banking betrug im Geschäftsjahr 2002 129 Mio € gegenüber 204 Mio € in 2001. Ursächlich für diesen Rückgang waren vor allem weiterhin rückläufige Erträge aus unserem Beratungsgeschäft, die durch den Rückgang unserer operativen Kostenbasis teilweise kompensiert werden konnten.

Das Ergebnis vor nicht operativen Kosten belief sich im Geschäftsjahr 2001 auf 204 Mio € gegenüber 421 Mio € in 2000. Grund für den Rückgang waren vor allem niedrigere Erträge aus unserem Beratungsgeschäft und eine höhere operative Kostenbasis.

Erträge. Die Erträge beliefen sich in 2002 auf 1,5 Mrd € und lagen damit um 229 Mio € beziehungsweise 13% unter denen des Vorjahres. Die anhaltend schwierige Situation an den internationalen Wertpapiermärkten führte zu einem weiteren Rückgang der Invested Assets und zu einer Zurückhaltung unserer Kunden in ihren Geschäftsaktivitäten. Gesunkene Erträge aus dem Beratungsgeschäft wurden teilweise durch Erträge von 46 Mio € aus dem Erwerb des Beratungsgeschäfts von Scudder (Scudder Private Investment Counsel) im zweiten Quartal 2002 ausgeglichen. Diese Übernahme erhöhte unsere Expertise im Investment Management und erweiterte unsere Vertriebsplattform in den USA. 2001 beliefen sich die Erträge auf 1,7 Mrd €. Sie lagen damit 130 Mio € beziehungsweise 7% unter denen des Vorjahres. Hauptursache waren um 129 Mio € beziehungsweise 13% geringere Erträge aus unserem Beratungsgeschäft. Angesichts der allgemeinen Marktschwäche in 2001 verhielten sich

unsere Kunden erheblich zurückhaltender. Das Brokerage-Geschäft brach deutlich ein, und unsere Möglichkeiten, neue Produkte am Markt zu platzieren, waren begrenzt. In Folge sanken die Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft signifikant.

Die Erträge im Jahr 2000 sind Ausdruck der starken Marktbedingungen im ersten Quartal, als die Nachfrage unserer Kunden nach neuen Produkten (einschließlich Wertpapierplatzierungen) deutlich höher war als im gesamten Geschäftsjahr 2001.

Risikovorsorge. Die Risikovorsorge belief sich im Geschäftsjahr 2002 auf insgesamt 15 Mio € gegenüber 11 Mio € im Vorjahr. Der Anstieg war vor allem auf Kontrahenten in Europa zurückzuführen, deren Kreditsicherheiten auf Grund der schwachen Marktbedingungen Wertrückgänge verzeichneten.

Die Risikovorsorge betrug in 2001 11 Mio € und blieb damit gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Operative Kostenbasis. Die operative Kostenbasis sank in 2002 gegenüber dem Vorjahr um 158 Mio € oder 11 % auf 1,3 Mrd €. Diese Entwicklung spiegelte unsere kontinuierlichen Kostensenkungsmaßnahmen sowie unsere Restrukturierungsmaßnahmen für das Private Banking-Geschäft in Deutschland wider. Zudem sank die operative Kostenbasis infolge niedrigerer Kosten für EDV-Projekte und rückläufiger transaktionsbezogener Kosten als Folge verringerter Kundenaktivitäten. Dagegen nahm die operative Kostenbasis in 2002 durch die oben erwähnte Eingliederung des Private Banking-Geschäfts von Scudder um 48 Mio € zu.

In 2001 betrug die operative Kostenbasis 1,5 Mrd €. Die größten Einzelkomponenten dieses Anstiegs um 86 Mio € beziehungsweise 6 % gegenüber 2000 waren Abschreibungen auf Software und Geschäftsgebäude.

Aufwand-Ertrag-Relation. Die Aufwand-Ertrag-Relation stieg auf Grund der oben beschriebenen Ertragsrückgänge von 87 % in 2001 auf 90 % in 2002.

Den Anstieg der Aufwand-Ertrag-Relation von 76 % im Jahr 2000 auf 87 % in 2001 verursachten die oben beschriebenen niedrigeren Erträge und die gestiegene operative Kostenbasis.

Invested Assets. Die Invested Assets sanken per 31. Dezember 2002 um 19 Mrd € beziehungsweise 11 % auf 148 Mrd €. Einem Zuwachs von 10 Mrd € aus der Eingliederung des Private Banking-Geschäfts von Scudder standen marktbedingte Wertminderungen sowie wechselkursbedingte Rückgänge (insbesondere durch die Stärkung des Euro gegenüber dem US-Dollar) gegenüber. 2001 verminderten sich die Invested Assets gegenüber dem Vorjahr um 11 Mrd € beziehungsweise 6 % auf 167 Mrd €. Geringeres US-Geschäft und Wertminderungen auf Grund der Entwicklungen an den Aktienmärkten konnten durch ein höheres Nettoneugeschäft mehr als ausgeglichen werden.

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Personal Banking für die Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000 auf Basis unserer Managementberichtssysteme dar:

Unternehmensbereich Personal Banking

in Mio € (außer bei Invested Assets)	2002	2001	2000
Portfolio/Fund Management	59	78	96
Beratung	539	516	625
Kredit-/Einlagengeschäft	2 287	2 181	2 000
Transaktionsgeschäft	575	627	621
Versicherungsgeschäft	905	3 417	4 312
Sonstiges	626	24	112
Erträge insgesamt	4 991	6 843	7 766
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	215	183	182
Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 1	-	-
Risikovorsorge insgesamt	214	183	182
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	650	2 898	3 751
Operative Kostenbasis ¹	3 076	3 853	3 591
Ergebnis vor nicht operativen Kosten	1 051	- 91	242
Durchschnittliches Active Equity	1 442	1 701	1 522
Bereinigte Eigenkapitalrendite in % ²	73%	- 5%	16%
Aufwand-Ertrag-Relation in % ³	75%	99%	95%
Invested Assets (in Mrd €)	89	113	110
<i>Zusatzinformation:</i>			
Ergebnisse des verkauften Versicherungsgeschäfts (inklusive verbundener Aktivitäten; oben enthalten)			
Versicherungsgeschäft	780	3 308	4 268
Sonstiges	494	-	-
Erträge insgesamt	1 274	3 308	4 268
Risikovorsorge	-	2	3
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	650	2 896	3 749
Operative Kostenbasis ¹	103	376	432
Ergebnis vor nicht operativen Kosten	521	34	84
Invested Assets (in Mrd €)	-	19	17
¹ Zinsunabhängige Aufwendungen abzüglich nicht operativer Kosten (nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/Abschreibungen auf Goodwill, Abfindungszahlungen, Restrukturierungsaufwendungen, Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter), Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft. ² Ergebnis vor nicht operativen Kosten dividiert durch das durchschnittliche Active Equity. ³ Operative Kostenbasis und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft dividiert durch Erträge insgesamt.			

Ergebnis vor nicht operativen Kosten. Im Geschäftsjahr 2002 verzeichnete der Unternehmensbereich Personal Banking ein Ergebnis vor nicht operativen Kosten in Höhe von 1,1 Mrd €. Dieses Ergebnis beinhaltet einen Gewinn von 494 Mio € aus der Veräußerung des größten Teils unseres Versicherungsgeschäfts (inklusive verbundener Aktivitäten) an Zurich Financial Services. Der verbleibende Anstieg des Ergebnisses vor nicht operativen Kosten war auf eine deutliche Verringerung unserer operativen Kostenbasis sowie auf gestiegene Erträge aus dem Kredit-/Einlagengeschäft und dem Beratungsgeschäft zurückzuführen.

Im Geschäftsjahr 2001 betrug der Verlust vor nicht operativen Kosten 91 Mio €. Dem stand in 2000 ein Gewinn vor nicht operativen Kosten von 242 Mio € gegenüber. Ursache für den Rückgang der Erträge waren in erster Linie niedrigere Gewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren „Available-for-sale“ und Abschreibungen auf Wertpapiere „Available-for-sale“ wegen Wertminderungen, die nicht als nur temporär eingeschätzt wurden. Diese Entwicklung, die überwiegend im Zusammenhang mit unserem Versicherungsgeschäft stand, wurde zu einem erheblichen Teil durch niedrigere Aufwendungen im Versicherungsgeschäft aufgefangen. Die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft stellen die Verteilung des Überschusses unserer Tochtergesellschaften des Versicherungsbereichs an ihre Kunden, die so genannte Überschussbeteiligung, dar. Die operative Kostenbasis erhöhte sich primär auf Grund der Einführung des Euro und von e-Commerce-Aktivitäten. Ohne diese Faktoren blieb die operative Kostenbasis im Wesentlichen unverändert.

Vergleichszahlen für Vorperioden werden erheblich durch den Verkauf des Versicherungsgeschäfts und zugehöriger Aktivitäten beeinflusst. Für die nachfolgenden Erläuterungen haben wir die Ergebnisse dieser Aktivitäten in allen Perioden herausgerechnet.

Erträge. Die Erträge stiegen 2002 gegenüber 2001 um 182 Mio € oder 5%. Ursache für die Zunahme der Erträge aus unserem Kredit-/Einlagengeschäft waren höhere Volumina. Die Erträge aus dem Beratungsgeschäft konnten trotz des schwierigen Marktumfelds durch die Einführung neuer Produkte (beispielsweise XAVEX) und eine gestiegene Nachfrage nach Fondsprodukten infolge der Rentenreform in Deutschland ausgebaut werden. Die genannte Reform wirkte sich zudem positiv auf die Vermittlung von Versicherungsprodukten unserer früheren Tochtergesellschaften aus.

Die Erträge beliefen sich in 2001 auf 3,5 Mrd € und blieben damit gegenüber 2000 im Wesentlichen unverändert. Die Erträge aus unserem Beratungsgeschäft und unserem Portfolio/Fund Management-Geschäft wurden durch die anhaltende Schwäche an den internationalen Kapitalmärkten, die zu einer erheblichen Zurückhaltung unserer Kunden bei Wertpapiertransaktionen führte, belastet. Diesen Rückgang kompensierten höhere Erträge aus dem Kredit-/Einlagengeschäft infolge gestiegener Volumina.

Risikovorsorge. Die Risikovorsorge stieg in 2002 auf 214 Mio € und reflektierte das schwierige Kreditumfeld.

In 2001 belief sich unsere Risikovorsorge auf 181 Mio € und lag damit um 2 Mio € über dem Vorjahresniveau.

Operative Kostenbasis. Die operative Kostenbasis belief sich 2002 auf 3,0 Mrd € und lag somit um 504 Mio € oder 14% unter dem Wert von 2001. Der starke Rückgang war ein Erfolg unserer Maßnahmen zur Verbesserung der Effizienz und zur Kontrolle disponibler Kosten. Der Personalaufwand verringerte sich infolge der Reduzierung der Mitarbeiteranzahl im Rahmen unserer Restrukturierungsmaßnahmen um mehr als 10%. Die nicht vergütungsbezogenen Aufwendungen nahmen um mehr als 15% ab, primär auf Grund niedrigerer Ausgaben für Marketing, Informationstechnologie und Unternehmensberatung sowie verringerter Miet- und Unterhaltskosten infolge der Restrukturierung unseres Filialnetzes im Berichtsjahr.

In 2001 belief sich die operative Kostenbasis auf 3,5 Mrd €. Den Anstieg um 318 Mio € beziehungsweise 10% verursachten hauptsächlich Aufwendungen für individuelle Projekte wie die Einführung des Euro und e-Commerce-Initia-

tiven. Ohne diese Faktoren blieb die operative Kostenbasis im Wesentlichen unverändert und spiegelte die von uns eingeleiteten Kosteneinsparungsmaßnahmen wider.

Aufwand-Ertrag-Relation. Die bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation belief sich im Jahr 2002 auf 80%. Die deutliche Verbesserung um 18 Prozentpunkte gegenüber 2001 reflektierte die oben beschriebene niedrigere operative Kostenbasis sowie den Anstieg unserer Erträge.

Die bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation betrug in 2001 98% (2000: 90%). Den Anstieg verursachte vor allem eine höhere operative Kostenbasis, wie oben beschrieben.

Invested Assets. Die Invested Assets beliefen sich in 2002 auf 89 Mrd €, ein Rückgang um 5 Mrd € gegenüber 2001. Verantwortlich waren um 7 Mrd € gesunkene Marktwerte von Aktien und Investmentfonds. Positiv wirkten sich Nettoneugeschäfte von 2 Mrd € aus.

In 2001 betrug die Invested Assets 94 Mrd €; sie übertrafen damit knapp das Niveau des Jahres 2000 (93 Mrd €). Ein höheres Nettoneugeschäft, primär aus Aktien und Investmentfonds, glich niedrigere Marktwerte (um 8 Mrd €), die auf die schwache Performance an den Aktienmärkten zurückzuführen waren, mehr als aus.

In der nachstehenden Tabelle sind die Ergebnisse unseres Konzernbereichs Corporate Investments für die Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000 auf der Basis unserer Managementberichtssysteme aufgeführt:

Konzernbereich Corporate Investments

in Mio €	2002	2001	2000
Erträge	3 086	2 054	4 396
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	155	199	186
Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	- 11	3	-
Risikoversorge insgesamt	144	202	186
Operative Kostenbasis ¹	1 222	1 363	1 576
Ergebnis vor nicht operativen Kosten	1 720	489	2 634
Durchschnittliches Active Equity	6 751	7 757	5 500
Bereinigte Eigenkapitalrendite in % ²	25%	6%	48%
Aufwand-Ertrag-Relation in % ³	40%	66%	36%

¹ Zinsunabhängige Aufwendungen abzüglich nicht operativer Kosten (nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/Abschreibungen auf Goodwill, Abfindungszahlungen, Restrukturierungsaufwendungen, Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter), Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft.

² Ergebnis vor nicht operativen Kosten dividiert durch das durchschnittliche Active Equity.

³ Operative Kostenbasis und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft dividiert durch Erträge insgesamt.

Ergebnis vor nicht operativen Kosten. Im Geschäftsjahr 2002 belief sich das Ergebnis vor nicht operativen Kosten unseres Konzernbereichs Corporate Investments auf 1,7 Mrd €. Dies entsprach einem Anstieg um 1,2 Mrd € beziehungsweise 252% gegenüber dem Vorjahr. Hauptursache hierfür waren höhere Erträge aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen.

Für das Geschäftsjahr 2001 verzeichneten wir ein Ergebnis vor nicht operativen Kosten von 489 Mio €, ein Rückgang von 2,1 Mrd € beziehungsweise 81% gegenüber dem Vorjahr. Dazu trugen vorwiegend Abschreibungen und Wertanpassungen auf einige unserer Alternative Investments sowie niedrigere Erträge aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen bei.

Im November 2002 haben wir exklusive Verhandlungen mit dem Management der DB Capital Partner über den Verkauf unseres Late-stage Private Equity-Portfolios begonnen. Die Transaktion, die den Verkauf von 80% unseres Late-stage Private Equity-Portfolios umfasst, wurde im Februar 2003 abgeschlossen.

Erträge. In 2002 betragen die Erträge 3,1 Mrd €. Dies entsprach einem Anstieg um 1,0 Mrd € beziehungsweise 50% gegenüber dem Vorjahr.

Die Erträge in 2002 beinhalteten Gewinne von 3,5 Mrd € aus unserem Industriebeteiligungsportfolio, die überwiegend aus dem vollständigen Verkauf unserer Beteiligung an der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG (Veräußerungsgewinn von 2,6 Mrd €) und in geringerem Umfang aus dem Verkauf von Anteilen an der Allianz AG (Veräußerungsgewinn von rund 400 Mio €) resultierten. Weitere Transaktionen in 2002 umfassten den vollständigen Verkauf unserer Anteile an der Deutschen Börse AG, RWE AG, Buderus AG und Continental AG sowie die Verringerung unseres Anteils an der Südzucker AG. In 2001 war die größte Transaktion im Zusammenhang mit unserem Industriebeteiligungsportfolio der Verkauf von Anteilen an der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, bei dem ein Veräußerungsgewinn von 1,4 Mrd € erzielt wurde. Die Erträge in 2001 enthielten zudem einen Gewinn von circa 800 Mio € aus Nicht-handelsderivaten im Rahmen unseres Industriebeteiligungsportfolios. Dem stand in 2002 ein Gewinn von rund 150 Mio € gegenüber.

In 2002 enthielten die Erträge einen Gewinn von 438 Mio € aus der Einbringung der EUROHYPO im Zuge der Fusion der Hypothekenbanken und der damit verbundenen Einbringung eines Teils unseres Londoner Immobilien-Investment Banking. Sie beinhalten zudem erwartete Verluste in Höhe von 217 Mio €, vor allem aus einer zum Verkauf bestimmten Tochtergesellschaft im Private Equity-Geschäft, sowie einen Verlust von 236 Mio € aus dem Verkauf des Großteils unseres Financial Services-Geschäfts in Nordamerika. In 2001 entstanden Aufwendungen in Höhe von 80 Mio € ebenfalls im Zusammenhang mit unserem Financial Services-Geschäft in Nordamerika.

Die Erträge in 2002 enthielten Nettoabschreibungen in Höhe von 435 Mio € auf unser Alternative Investments-Portfolio und Verluste aus bestimmten at equity bewerteten Unternehmen in Höhe von 728 Mio €, einschließlich eines Anteils am Verlust in Höhe von 706 Mio € aus unserer Beteiligung an der Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG. Vergleichbare Aufwendungen für unser Alternative Investments-Portfolio beliefen sich in 2001 auf 1,1 Mrd €, unter Berücksichtigung eines Gewinns aus der Veräußerung eines Gebäudes in Höhe von 233 Mio €.

Die verbleibende Differenz zwischen den Erträgen 2002 und 2001 war auf verringerte Erträge nach dem Verkauf der oben erwähnten Geschäftsfelder und auf niedrigere Dividendenerträge aus unseren Industriebeteiligungen zurückzuführen.

Am Ende des Geschäftsjahres 2002 betrug der Buchwert unseres Alternative Investments-Portfolios im Konzernbereich Corporate Investments 6,8 Mrd €. Davon entfielen 51% auf direkte Private Equity-Beteiligungen, 25% auf Beteiligungen im Immobiliensektor und 24% auf indirekte Private Equity- und sonstige Beteiligungen. Wir werden unser Alternative Investments-Portfolio weiterhin vierteljährlich auf potenzielle Wertminderungen überprüfen. Wenn sich die Bedingungen an den internationalen Märkten für Aktien und hochverzinsliche Titel weiterhin verschlechtern, können wir zu der Einschätzung kommen, dass weitere Abschreibungen und Wertanpassungen erforderlich sind.

In 2001 beliefen sich die Erträge insgesamt auf 2,1 Mrd € und lagen damit um 2,3 Mrd € beziehungsweise 53% unter dem Vorjahreswert.

In 2001 war die größte Transaktion im Zusammenhang mit unserem Industriebeteiligungsportfolio die Reduzierung unserer Anteile an der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, die zu einem Veräußerungsgewinn von 1,4 Mrd € führte. In 2000 bestand die größte Transaktion im Verkauf von Anteilen an der Allianz AG mit einem Verkaufsgewinn von 2,3 Mrd €. Die Erträge in 2001 beinhalteten darüber hinaus einen Gewinn in Höhe von etwa 800 Mio € aus Nicht-handelsderivaten, die im Zusammenhang mit unseren Industriebeteiligungen standen.

Die Erträge aus unserem Alternative Investments-Portfolio waren wesentlich von den ungünstigen Marktbedingungen in 2001 beeinflusst. Diese führten zu Abschreibungen und Wertanpassungen in Höhe von 1,1 Mrd € (einschließlich eines Gewinns von 233 Mio € aus dem Verkauf eines Gebäudes). In den Erträgen des Vorjahres waren vergleichbare Belastungen von rund 200 Mio € enthalten. Der größte Teil der Abschreibungen betraf Beteiligungen im Technologie- und Telekommunikationssektor.

Am Ende des Geschäftsjahres 2001 betrug der Buchwert unserer Alternative Investments im Unternehmensbereich Corporate Investments 8,2 Mrd €. Davon entfielen 59% auf direkte Private Equity-Beteiligungen, 17% auf Beteiligungen im Immobiliensektor und 24% auf indirekte Private Equity- und sonstige Beteiligungen.

Risikovorsorge. Für die Abdeckung der Risiken im Kreditgeschäft wurde in 2002 eine Risikovorsorge in Höhe von 144 Mio € gegenüber 202 Mio € in 2001 getroffen. Die Verringerung um 58 Mio € war primär durch die Entkonsolidierung der EUROHYPO im dritten Quartal 2002 beeinflusst.

In 2001 betrug die Risikovorsorge insgesamt 202 Mio € und lag damit 16 Mio € beziehungsweise 9% über dem Wert von 2000. Ursache für diesen Anstieg war in erster Linie eine höhere Vorsorge für unser Hypothekenbankgeschäft, die teilweise durch eine niedrigere Vorsorge im Zusammenhang mit unserem Industriebeteiligungsportfolio kompensiert wurde.

Operative Kostenbasis. Die operative Kostenbasis verringerte sich in 2002 auf 1,2 Mrd € im Vergleich zu 1,4 Mrd € in 2001. Dieser Rückgang resultierte vor allem aus der oben beschriebenen Entkonsolidierung unseres Hypothekenbankgeschäfts und unseres Financial Services-Geschäfts in Nordamerika. Zudem trug die Veräußerung des NDB-Broker-Geschäfts im dritten Quartal 2001 zu einer verringerten operativen Kostenbasis bei. Die operative Kostenbasis in 2002 beinhaltete 60 Mio € aus der vorzeitigen Ablösung unserer Coinvestment-Pläne.

Die operative Kostenbasis ging in 2001 im Wesentlichen infolge verringerter Aufwendungen für strategische Initiativen von 1,6 Mrd € in 2000 auf 1,4 Mrd € zurück.

Aufwand-Ertrag-Relation. Die Aufwand-Ertrag-Relation ging von 66% in 2001 auf 40% in 2002 zurück. Diese Verbesserung resultiert überwiegend aus höheren Erträgen aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen wie oben beschrieben.

Die Aufwand-Ertrag-Relation betrug in 2001 66% gegenüber dem Vorjahreswert von 36%. Ursache für diese Erhöhung waren niedrigere Erträge aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen in 2001.

Neuere Entwicklungen in der Rechnungslegung

SFAS 141 und 142

Seit dem 1. Januar 2002 wenden wir SFAS 141 „Business Combinations“ („SFAS 141“) und SFAS 142 „Goodwill and Other Intangible Assets“ („SFAS 142“) an. SFAS 141 sieht vor, dass alle nach dem 30. Juni 2001 initiierten Unternehmenszusammenschlüsse nach der Erwerbsmethode zu bilanzieren sind, und schließt damit die Anwendung der Pooling-of-Interests-Methode aus. Weitere Bestimmungen von SFAS 141 und SFAS 142 legen fest, dass ab dem 1. Januar 2002 der Goodwill nicht mehr planmäßig abgeschrieben wird, dass Umgliederungen zwischen dem Goodwill und anderen immateriellen Vermögenswerten anhand bestimmter Kriterien erfolgen müssen, dass der Goodwill auf Berichtseinheiten (Geschäftssegmente oder eine Ebene darunter) zu verteilen ist und die Überprüfung seiner Werthaltigkeit („Impairment Test“) mindestens einmal jährlich zu erfolgen hat. Mit der Einführung des SFAS 142 zum 1. Januar 2002 haben wir die planmäßige Abschreibung des Goodwill bei einem Bilanzwert von 8,7 Mrd € eingestellt. Infolge der Erstanwendung vereinnahmte der Konzern als kumulativen Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden einen steuerfreien Gewinn in Höhe von 37 Mio € aus der Auflösung von negativem Goodwill. Es erfolgten keine Umgliederungen zwischen dem Goodwill und anderen immateriellen Vermögenswerten. Im vierten Quartal 2002 berücksichtigten wir eine Wertminderung von 62 Mio €, die auf die Entscheidung, einen Teil unseres Private Equity-Geschäfts zu veräußern, zurückzuführen ist. Dieser Verkauf erfolgte im ersten Quartal 2003. Gemäß SFAS 142 ist eine rückwirkende Änderung vergangener Geschäftsjahre nicht erforderlich. Dennoch werden Pro-forma-Informationen für 2001 und 2000 veröffentlicht (siehe Note [12]). Hierbei wird die Annahme zu Grunde gelegt, dass SFAS 142 seit 1. Januar 2000 gültig war.

SFAS 144

Seit dem 1. Januar 2002 wenden wir SFAS 144 „Accounting for the Impairment or Disposal of Long-Lived Assets“ („SFAS 144“) an. SFAS 144 ersetzt SFAS 121 „Accounting for the Impairment of Long-Lived Assets and for Long-Lived Assets to Be Disposed Of“ sowie die Bilanzierungs- und Offenlegungsvorschriften über die Veräußerung eines Segments von APB 30 „Reporting the Results of Operations – Reporting of the Effects of Disposal of a Segment of a Business, and Extraordinary, Unusual and Infrequently Occurring Events and Transactions“. SFAS 144 ändert darüber hinaus ARB 51 „Consolidated Financial Statements“ dahin gehend, dass die Ausnahmeregelung für die Konsolidierung einer Tochtergesellschaft, die wahrscheinlich nur vorübergehend als Tochtergesellschaft zu klassifizieren ist, aufgehoben wird. SFAS 144 sieht vor, dass alle zum Verkauf bestimmten langlebigen Vermögensgegenstände und alle eingestellten Geschäftsaktivitäten mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert oder Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, angesetzt werden. Ferner wird die bestehende Definition der eingestellten Geschäftstätigkeiten auch auf Teile eines Unternehmens (statt bisher nur auf Segmente) ausgeweitet. Die Erstanwendung des SFAS 144 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss. Zu weiteren Informationen zu den zum 31. Dezember 2002 zum Verkauf bestimmten Vermögensgegenständen siehe Note [13].

EITF 02-3

Seit dem 21. November 2002 wenden wir die Bestimmungen des EITF Issue No. 02-3 „Issues Involved in Accounting for Derivative Contracts Held for Trading Purposes and Contracts Involved in Energy Trading and Risk Management Activities“ („EITF 02-3“) an. EITF 02-3 sieht vor, dass Vorab-Händlergewinne (-verluste) aus Derivaten nicht im Ergebnis verbucht werden dürfen, es sei denn, die Bewertungsmethoden stützen sich auf verfügbare Marktdaten, Preise

aktueller Markttransaktionen oder auf andere verfügbare Informationen. Die Erstanwendung hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss. Wir erwarten nicht, dass EITF 02-3 die Höhe der zu vereinnahmenden Vorab-Händlergewinne oder -verluste beeinflusst. Es werden aber möglicherweise die Zeitpunkte der Realisierung verschoben.

Die anderen Bestimmungen des EITF 02-3, die sich auf Energie- und Derivatekontrakte, die zu Handelszwecken gehalten werden, beziehen, treten in 2002 und 2003 in Kraft. Die Erstanwendung dieser Bestimmungen hat keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Im Juni 2002 veröffentlichte das Financial Accounting Standards Board SFAS 146 „Accounting for Costs Associated with Exit or Disposal Activities“ („SFAS 146“). SFAS 146 sieht vor, dass Kosten, die mit der Schließung oder Veräußerung von Geschäftsaktivitäten verbunden sind, erst bei deren Entstehung und nicht schon am Tag der Beschlussfassung eines zu Grunde liegenden Plans zu verbuchen sind. SFAS 146 ersetzt die bestehenden Regelungen des EITF Issue No. 94-3 „Liability Recognition for Certain Employee Termination Benefits and Other Costs to Exit an Activity (Including Certain Costs Incurred in a Restructuring)“. SFAS 146 ist auf alle entsprechenden Aktivitäten anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2002 initiiert werden.

SFAS 146

Im November 2002 veröffentlichte das Financial Accounting Standards Board Interpretation No. 45 „Guarantor’s Accounting and Disclosure Requirements for Guarantees, Including Indirect Guarantees of Indebtedness of Others“ („FIN 45“). FIN 45 beinhaltet Bestimmungen, die die Offenlegung von Garantieverpflichtungen durch den Garantiegeber in Zwischen- und Jahresabschlüssen regeln. Diese Offenlegungsanforderungen sind in Note [30] unseres Konzernabschlusses erläutert. Des Weiteren sieht FIN 45 vor, dass bei der Gewährung einer Garantie eine Verbindlichkeit in Höhe des Fair Value zu bilanzieren ist. Dies gilt für alle Garantien, die nach dem 31. Dezember 2002 gewährt oder modifiziert werden. Die Anwendung von FIN 45 wird keine wesentlichen Auswirkungen auf unseren Konzernabschluss haben.

FIN 45

Im März 2003 haben wir beschlossen, die Fair Value-Bilanzierungsregeln des SFAS 123 „Accounting for Stock-Based Compensation“ („SFAS 123“) für alle aktienbasierte Vergütungen anzuwenden, die nach dem 1. Januar 2003 zugesagt, modifiziert oder ausgeübt werden. Diese prospektive Anwendung entspricht einer der Methoden, die gemäß SFAS 148 „Accounting for Stock-Based Compensation – Transition and Disclosure“ vorgesehen ist. Die auf dem Fair Value basierende Methode des SFAS 123 führt im Allgemeinen zu höherem Personalaufwand für Aktienoptionen. Die Höhe des Aufwands ist von den wesentlichen Bedingungen der gewährten Optionen abhängig wie zum Beispiel Aktienanzahl und Ausübungspreis.

SFAS 148

Die Mehrzahl unserer aktienbasierten Vergütungspläne wird kurz nach Abschluss des für sie relevanten Geschäftsjahres mit Wertfeststellung per Geschäftsjahresende begeben. Wir überprüfen derzeit die potenziellen Auswirkungen, die sich aus der Anwendung der prospektiven Methode gemäß SFAS 123 für zukünftige Optionspläne beziehungsweise andere aktienbasierte Vergütungspläne ergeben können.

FIN 46

Im Januar 2003 veröffentlichte das Financial Accounting Standards Board Interpretation No. 46 „Consolidation of Variable Interest Entities“ („FIN 46“). FIN 46 schreibt vor, dass eine Gesellschaft mit unzureichendem eigenständigen Eigenkapital zu konsolidieren ist, wenn die erwarteten Verluste und/oder residualen Gewinne mehrheitlich übernommen werden. Die zur Verbriefung von Vermögenswerten eingesetzten qualifizierenden Zweckgesellschaften gemäß SFAS 140 sind von der neuen Regelung ausgenommen und dementsprechend nicht zu konsolidieren. FIN 46 ist für Gesellschaften, die nach dem 31. Januar 2003 gegründet werden, unmittelbar anzuwenden. Für alle Gesellschaften, die vor dem 1. Februar 2003 bestanden, gelten die Regelungen erst ab dem 1. Juli 2003. Wir überprüfen gegenwärtig die potenziellen Auswirkungen, die die Erstanwendung auf unseren Konzernabschluss haben wird. FIN 46 beinhaltet Übergangsvorschriften zur Offenlegung für solche Fälle, in denen eine Konsolidierung oder Informationsbereitstellung über Gesellschaften zum Zeitpunkt des vollen In-Kraft-Tretens der Regelung wahrscheinlich ist. Diese Offenlegungen sind in Note [9] unseres Konzernabschlusses enthalten.

Ausblick

Nach wie vor operieren wir in einem schwierigen Umfeld. Die im Frühjahr 2002 durch Stimmungsindikatoren genährten Hoffnungen auf eine wirtschaftliche Erholung haben sich nicht bewahrheitet. Vielmehr verlangsamte sich das Wachstum im Laufe des Jahres, und die Wirtschaft in der Eurozone startete mit einer Flaute in das Jahr 2003. Die Auslandsnachfrage, der stärkste Wachstumsmotor im Jahr 2002, wird durch den erstarkenden Euro bei gleichzeitig schwachem Wachstum der Wirtschaft gebremst. Positiv auf die Inlandsnachfrage dürfte sich die nachlassende Inflation in der Eurozone auswirken, die auch die reale Kaufkraft der Verbraucher stärken wird. Dennoch wird das BIP-Wachstum im Jahr 2003 das des Vorjahres nur geringfügig übersteigen und etwa 1,5 Prozentpunkte unter der potenziellen Wachstumsrate der Wirtschaft liegen. Sowohl die Situation im Nahen Osten als auch die zumindest teilweise damit zusammenhängende zukünftige Entwicklung des Wechselkurses von US-Dollar und Euro stellen in diesem ohnehin nicht sehr optimistischen Szenario weitere Gefahren dar. Deutschland bleibt dabei in der Eurozone mit einem im laufenden Jahr kaum ansteigenden Bruttoinlandsprodukt weiter hinter den Wachstumserwartungen zurück.

Das Börsenklima hat sich auf beiden Seiten des Atlantiks deutlich verschlechtert. Während die notleidenden Engagements zunehmen, gehen die Quoten für die eingetriebenen Außenstände zurück. Das Vertrauen der Anleger in die Integrität der Aktienmärkte und deren Teilnehmer ist noch immer stark angeschlagen.

Dennoch sind die Aussichten für die Bank günstig. Wir werden weiterhin von den Fortschritten, die wir 2002 bei der Kostenreduzierung erzielten, und den Maßnahmen zur Stärkung unserer Bilanz profitieren. Und selbst bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen in Deutschland dürften die Schritte, die wir bereits zur Begrenzung unseres Kreditengagements unternommen haben, einen sprunghaften Anstieg der Risikovorsorge verhindern. Mit den in 2002 durchgeführten Maßnahmen sind wir für einen neuen Marktaufschwung bestens gerüstet.

Nachdem wir bei der Transformation der Bank große Fortschritte erzielt haben, konzentrieren wir uns nun auf den Ausbau unserer Geschäftsbereiche und die bessere Nutzung der bereichsübergreifenden Synergien innerhalb der Bank.

Im Wesentlichen streben wir eine kontinuierliche Produkterneuerung unseres kundenorientierten Angebots, ein höheres Geschäftsvolumen mit unseren Kunden, eine stärkere Durchdringung der Kundenzielgruppen sowie organisches Wachstum, begleitet von durchdachten, ergänzenden Akquisitionen an.

Im Konzernbereich CIB werden wir uns auf die Unternehmen und Institutionen fokussieren, die wir am besten und rentabelsten betreuen können. Wir möchten die Kosteneffizienz unseres Vertriebs weiter steigern, indem wir uns noch intensiver auf Problemlösungen für unsere Kunden und eine Steigerung der Rentabilität wichtiger Geschäftsbeziehungen konzentrieren. Erst vor kurzem haben wir uns entschieden, Teile der Betreuung von Firmen- und institutionellen Kunden aus unserem Geschäftsbereich Global Corporate Finance (GCF) herauszulösen und hieraus einen neuen Geschäftsbereich, genannt Global Banking Division (GBD), zu bilden.

Im Konzernbereich PCAM streben wir insbesondere ein Wachstum in den Bereichen Private & Business Clients, Asset Management und Private Wealth Management an. Wir sind der Auffassung, dass dies nicht nur eine Kernkomponente für die Steuerung unserer Performance (Steigerung der Rentabilität und Diversifizierung unserer Ertragsstruktur), sondern auch ein entscheidender

Schritt ist, um uns für die Zukunft strategisch zu positionieren. Durch die Übernahme von Scudder haben wir uns, gemessen an den Invested Assets, in der Vermögensverwaltung als einer der weltweit führenden Asset Manager etabliert. Die Neuformierung von Private Banking und Personal Banking in den neuen Geschäftsbereich Private Wealth Management und den Unternehmensbereich Private & Business Clients untermauert unsere strategische Ausrichtung und unsere Fähigkeit, Produkte und Leistungen exakt auf den Bedarf unserer Kunden zuzuschneiden. Mit der Übernahme von Scudder stärkten wir zudem unser Private Wealth Management-Geschäft in den USA und erweiterten die Plattform zur Betreuung vermögender Privatkunden im Investment Management. Unsere Strategie besteht darin, dieses Geschäft sowohl organisch wachsen zu lassen als auch durch ausgesuchte Akquisitionen weiter auszubauen.

Nach dem Verkauf unseres Late-stage Private Equity-Portfolios im Zuge eines Management Buy-out im Februar 2003 umfasst der Bereich Corporate Investments die verbleibenden Private Equity- und Venture Capital-Investitionen, unsere Industriebeteiligungen, Private Equity-Fonds von Dritten und Immobilienvermögen. Im Rahmen unserer Strategie zur Werterhaltung, Wertsteigerung und Wertrealisierung werden wir dieses Portfolio mit Sorgfalt managen.

Das Risikomanagement wird im Jahr 2003 ein zentraler Erfolgsfaktor sein. Wir vertrauen auf unsere Fähigkeit, unser Kreditrisiko mit Sorgfalt und großer Aufmerksamkeit zu steuern. Diese Verpflichtung spiegelt sich in der geänderten Bemessung unserer sonstigen Wertberichtigungen für inhärente Risiken wider, durch die wir sensibler auf das jeweilige Kreditumfeld reagieren können und weniger stark historische Erfahrungswerte berücksichtigen. Darüber hinaus planen wir die Einführung eines neuen Preismodells, mit dem wir uns besser vor Kreditausfällen schützen können. Damit wären wir das erste deutsche Finanzinstitut, das einen solchen Schritt unternimmt. Im Vorgriff auf bevorstehende Änderungen der aufsichtsrechtlichen Vorschriften haben wir mit Wirkung vom 1. Januar 2003 eine überarbeitete „Operational Risk Management Policy“ (Richtlinie zur Steuerung operativer Risiken) eingeführt, die den Weg für ein starkes, voll funktionsfähiges und aktives Management des operationellen Risikos frei macht.

Kontinuierliche Kostendisziplin bleibt eine unserer Prioritäten. Die vollen Auswirkungen unserer erfolgreichen Kostensenkungsmaßnahmen erwarten wir im Geschäftsjahr 2003. Dennoch behalten wir unsere Strategie einer rigorosen Kostenreduzierung bei, um die Effizienz unserer Geschäftstätigkeiten und Infrastrukturplattformen beständig zu erhöhen.

Wir wollen unser Kapital und unsere Bilanz weiterhin auf Kunden, Märkte und Geschäftsaktivitäten ausrichten, die unseren Aktionären die höchsten Erträge liefern. Außerdem beabsichtigen wir, Kapital aus den Aktivitäten freizusetzen, die keine ausreichenden Erträge versprechen und deren Risiken nicht durch entsprechende Erträge gerechtfertigt sind. Im gegenwärtigen schwierigen Marktumfeld ist es unseres Erachtens nach vernünftig, unsere BIZ-Kernkapitalquote auf einem Niveau über der Zielbandbreite von 8 bis 9% zu halten. Wir werden die Kapitalausstattung im Jahr 2003 aufmerksam beobachten und dem Umfeld entsprechend anpassen.

Insgesamt stehen wir angesichts des nach wie vor schwierigen Geschäftsumfelds im Jahr 2003 unverändert vor großen Herausforderungen. Dennoch sind wir überzeugt, dass unsere gefestigte Wettbewerbsposition auch in einem volatilen Marktumfeld weiterhin Geschäftschancen bietet.

Vorbemerkung

Der nachfolgend dargestellte Konzernabschluss wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften der Vereinigten Staaten von Amerika (United States Generally Accepted Accounting Principles, US GAAP) erstellt.

Zur Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses nach deutschem Recht wurde er um einen Konzernlagebericht, ein Verzeichnis der Mandate, ein Verzeichnis des Anteilsbesitzes sowie weitere Erläuterungen gemäß § 292a HGB ergänzt. Damit entspricht der im Handelsregister zu hinterlegende und im Bundesanzeiger zu veröffentlichende Konzernabschluss und Konzernlagebericht den Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Rechnungslegung und Bankbilanzierung (Richtlinie 83/349/EWG, Richtlinie 84/253/EWG, Richtlinie 86/635/EWG). Bei der Interpretation dieser Richtlinien haben wir uns auf die Auslegung durch das Deutsche Rechnungslegungs Standards Committee e.V. gestützt.

Der zum 31. Dezember 2002 gemäß § 292a HGB aufgestellte Konzernabschluss und Konzernlagebericht ist beim Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter Nummer HRB 30000 hinterlegt. Er wird wie auch das Verzeichnis der Mandate und das Verzeichnis des Anteilsbesitzes Aktionären auf Anfrage gern zur Verfügung gestellt.

Vorstand im Berichtsjahr

Josef Ackermann
Sprecher ab 22. Mai 2002

Rolf-E. Breuer
Sprecher und Mitglied des Vorstands
bis 22. Mai 2002

Clemens Börsig

Thomas R. Fischer
bis 30. Januar 2002

Jürgen Fitschen
bis 30. Januar 2002

Tessen von Heydebreck

Hermann-Josef Lamberti

Michael Philipp
bis 30. Januar 2002

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An den Aufsichtsrat der Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Wir haben die beigefügten Konzernbilanzen der Deutsche Bank Aktiengesellschaft einschließlich ihrer Tochterunternehmen (die „Gesellschaft“) zum 31. Dezember 2002 und 2001 sowie die zugehörigen Konzern-Gewinn-und-Verlustrechnungen, umfassende Periodenerfolgsrechnungen, Eigenkapitalveränderungsrechnungen und Kapitalflussrechnungen für alle Jahre des Drei-Jahres-Zeitraums, der zum 31. Dezember 2002 endet, geprüft. Der Konzernabschluss liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung nach den US-amerikanischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung (Auditing Standards Generally Accepted in the United States of America) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen Fehlaussagen ist. Im Rahmen der Prüfung werden die Nachweise für die Wertansätze und Angaben in dem Konzernabschluss auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Nach unserer Überzeugung stellt der oben genannte Konzernabschluss die Vermögens- und Finanzlage der Deutsche Bank Aktiengesellschaft und ihrer Tochterunternehmen zum 31. Dezember 2002 und 2001 sowie die Ertragslage und die Zahlungsströme für alle Jahre des Drei-Jahres-Zeitraums, der zum 31. Dezember 2002 endet, in Übereinstimmung mit den Accounting Principles Generally Accepted in the United States of America in allen wesentlichen Belangen angemessen dar.

Wie in der Note 2 des Konzernabschlusses erläutert, hat die Gesellschaft seit dem 1. Januar 2002 den Statement of Financial Accounting Standards No. 142, „Goodwill and Other Intangible Assets“, angewendet.

Frankfurt am Main, 11. März 2003
KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Nonnenmacher
Wirtschaftsprüfer



Keese
Wirtschaftsprüfer

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Konzern Deutsche Bank

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

in Mio €	[Notes]	2002	2001	2000
Zinserträge	[1], [21], [30]	35 781	53 639	55 131
Zinsaufwendungen	[1], [21], [30]	28 595	45 019	48 103
Zinsüberschuss		7 186	8 620	7 028
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[1], [7], [8]	2 091	1 024	478
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		5 095	7 596	6 550
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften		3 926	3 537	3 908
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts		4 319	4 557	5 170
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen		2 589	2 633	2 615
Beiträge im Versicherungsgeschäft	[1]	744	2 717	2 837
Handelsergebnis	[1], [22], [30]	4 024	6 031	7 625
Ergebnis aus Wertpapieren „Available-for-sale“	[1], [5]	3 523	1 516	3 670
Gewinn/Verlust (-) aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen	[1], [6]	- 887	- 365	300
Sonstige Erträge	[1]	1 123	295	1 326
Zinsunabhängige Erträge		19 361	20 921	27 451
Personalaufwand	[1], [18], [24], [30]	11 358	13 360	13 526
Mieten und Unterhaltskosten für Gebäude	[1]	1 291	1 334	1 090
Betriebs- und Geschäftsausstattung	[1]	230	357	568
EDV-Aufwendungen	[1]	2 188	2 343	2 215
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen		761	1 080	1 151
Kommunikation und Datenadministration		792	891	762
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	[1]	759	3 002	4 003
Sonstige Aufwendungen	[1]	2 883	3 182	2 921
Abschreibungen/nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	[1], [3], [12]	62	871	771
Restrukturierungsaufwand	[25]	583	294	125
Zinsunabhängige Aufwendungen		20 907	26 714	27 132
Ergebnis vor Steueraufwand/-ertrag (-) und kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden		3 549	1 803	6 869
Ertragsteueraufwand	[1], [26]	372	434	2 643
Steueraufwand/-ertrag (-) aus Steuersatzänderungen und Umkehreffekte	[26]	2 817	995	- 9 287
Ergebnis vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern		360	374	13 513
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	[2]	37	- 207	-
Jahresüberschuss		397	167	13 513

Ergebnis je Aktie

in €	[18], [27]	2002	2001	2000
Ergebnis je Aktie				
Ergebnis je Aktie (basic)				
Ergebnis vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern		0,58	0,60	22,00
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern		0,06	- 0,33	-
Jahresüberschuss		0,64	0,27	22,00
Verwässertes Ergebnis je Aktie				
Ergebnis vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern		0,57	0,60	21,72
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern		0,06	- 0,33	-
Jahresüberschuss		0,63	0,27	21,72
Gezahlte Bardividende je Aktie		1,30	1,30	1,15

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Umfassende Periodenerfolgsrechnung

Konzern Deutsche Bank

Umfassende Periodenerfolgsrechnung (Statement of Comprehensive Income)

in Mio €	2002	2001	2000
Jahresüberschuss	397	167	13 513
Latente Steuern auf unrealisierte Gewinne/Verluste aus Wertpapieren „Available-for-sale“, die im Zusammenhang mit den Steuersatzänderungen in Deutschland in 1999 und 2000 stehen ¹	2 817	995	–
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus Wertpapieren „Available-for-sale“			
Unrealisierte Verluste (per saldo) des Geschäftsjahres, nach Steuern und sonstigen Anpassungen ²	– 5 596	– 2 496	– 1 185
Reklassifizierungen auf Grund von Gewinnrealisierungen, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen ³	– 3 527	– 1 423	– 1 516
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus Derivaten, die variable Zahlungsströme absichern, nach Steuern ⁴	2	– 1	–
Unterdeckung der Pensionsverpflichtungen, nach Steuern ⁵	– 8	–	–
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Währungsumrechnung des Geschäftsjahres, nach Steuern ⁶	– 1 602	85	432
Übriger umfassender Periodenerfolg/-verlust (–) (Other Comprehensive Income)	– 7 914	– 2 840	– 2 269
Umfassender Periodenerfolg/-verlust (–) (Comprehensive Income)	– 7 517	– 2 673	11 244

¹ Die Beträge ergeben sich aus dem Umkehrreffekt des infolge der Steuersatzänderungen in 1999 und 2000 realisierten Steuerertrags.

² Beträge nach Steuerertrag in Höhe von 69 Mio €, 105 Mio € und 820 Mio € für die Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000 sowie bereinigt um Verpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern und abgegrenzte Abschlusskosten in Höhe von minus 230 Mio €, minus 610 Mio € und 5 Mio € für die Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000.

³ Beträge nach Steuerertrag in Höhe von 15 Mio €, 144 Mio € und 1702 Mio € für die Geschäftsjahre 2002, 2001 beziehungsweise 2000 sowie bereinigt um Verpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern und abgegrenzte Abschlusskosten in Höhe von 110 Mio €, minus 44 Mio € und 429 Mio € für die Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000.

⁴ Beträge nach Steuerertrag im Geschäftsjahr 2002 und Steuerertrag im Geschäftsjahr 2001.

⁵ Beträge nach Steuerertrag in Höhe von 3 Mio € für das Geschäftsjahr 2002.

⁶ Beträge nach Steuerertrag/-ertrag (–) in Höhe von 26 Mio €, minus 41 Mio € und minus 35 Mio € für die Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000.

Bilanz

Konzern Deutsche Bank

Aktiva

in Mio €	[Notes]	31.12.2002	31.12.2001
Barreserve	[1], [19], [32]	8 979	10 388
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	[10], [32]	25 691	37 986
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	[1], [32]	117 689	103 685
Forderungen aus Wertpapierleihen	[1], [32]	37 569	40 318
Handelsaktiva	[1], [4], [10], [32]	297 062	293 653
davon zum 31. Dezember 2002 70 Mrd € (2001: 16 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer			
Wertpapiere „Available-for-sale“	[1], [5], [10], [32]	21 619	71 666
davon zum 31. Dezember 2002 736 Mio € (2001: 524 Mio €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer			
Sonstige Finanzanlagen	[6], [32]	10 768	11 997
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, netto	[1], [7], [8], [9], [10], [31], [32]	167 303	259 838
Sachanlagen	[1], [10], [11]	8 883	9 806
Goodwill	[1], [2], [12]	8 372	8 741
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	[1], [2], [12]	1 411	206
Sonstige Aktiva aus dem Versicherungsgeschäft	[23]	7 797	13 875
Akzeptforderungen		99	553
Forderungen aus Zinsabgrenzungen		4 208	5 907
Sonstige Aktiva		40 905	49 603
Summe der Aktiva		758 355	918 222

Passiva

in Mio €	[Notes]	31.12.2002	31.12.2001
Unverzinsliche Einlagen	[32]		
bei inländischen Konzerneinheiten		21 960	22 244
bei ausländischen Konzerneinheiten		8 598	7 487
Verzinsliche Einlagen	[32]		
bei inländischen Konzerneinheiten		95 033	96 659
bei ausländischen Konzerneinheiten		202 034	247 699
Summe Einlagen		327 625	374 089
Handelspassiva	[1], [4], [32]	131 212	121 329
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	[1], [32]	90 709	81 375
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	[1], [32]	8 790	7 620
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	[14], [32]	11 573	20 472
Akzeptverbindlichkeiten		99	553
Verbindlichkeiten und Rückstellungen aus dem Versicherungsgeschäft	[23]	8 557	35 241
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen		4 668	7 423
Sonstige Passiva	[24], [25]	37 695	58 943
Langfristige Verbindlichkeiten	[15], [32]	104 055	166 908
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	[16], [32]	3 103	4 076
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	[17]	278	–
Verbindlichkeiten		728 364	878 029
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert: 2,56 € ¹		1 592	1 591
Kapitalrücklage		11 199	11 253
Gewinnrücklagen		22 087	22 619
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten ²		– 1 960	– 479
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien		– 278	–
Rücklagen aus aktienbasierter Vergütung		955	899
Kumulierter übriger umfassender Periodenerfolg (Accumulated Other Comprehensive Income)	[1]		
Latente Steuern auf unrealisierte Gewinne/Verluste aus Wertpapieren „Available-for-sale“, die im Zusammenhang mit den Steuersatzänderungen in Deutschland in 1999 und 2000 stehen		– 3 043	– 5 860
Unrealisierte Gewinne aus Wertpapieren „Available-for-sale“, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen		156	9 279
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus Derivaten, die variable Zahlungsströme absichern, nach Steuern		1	– 1
Unterdeckung der Pensionsverpflichtungen, nach Steuern		– 8	–
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern		– 710	892
Kumulierter übriger umfassender Periodenerfolg insgesamt		– 3 604	4 310
Eigenkapital	[18], [20]	29 991	40 193
Summe der Passiva		758 355	918 222

Zusagen und außerbilanzielle Verpflichtungen (Notes [11], [30] und [33]).

¹ Ausgegeben: 2002: 621 854 246 Aktien; 2001: 621 568 446 Aktien.

² Eigene Aktien im Bestand: 2002: 36 407 292 Aktien; 2001: 7 092 821 Aktien.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Eigenkapitalveränderungsrechnung

Konzern Deutsche Bank

Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Mio €	2002	2001	2000
Stammaktien			
Bestand am Jahresanfang	1 591	1 578	1 573
Im Rahmen der aktienbasierten Vergütung begebene Stammaktien	1	13	5
Bestand am Jahresende	1 592	1 591	1 578
Kapitalrücklage			
Bestand am Jahresanfang	11 253	10 876	10 556
Im Rahmen der aktienbasierten Vergütung begebene Stammaktien	21	462	188
Gewinne/Verluste (-) aus dem Handel in Eigenen Aktien	- 129	- 85	132
Sonstige	54	-	-
Bestand am Jahresende	11 199	11 253	10 876
Gewinnrücklagen			
Bestand am Jahresanfang	22 619	23 331	10 581
Jahresüberschuss	397	167	13 513
Gezahlte Bardividende	- 800	- 801	- 706
Sonstige	- 129	- 78	- 57
Bestand am Jahresende	22 087	22 619	23 331
Eigene Aktien im Bestand			
Bestand am Jahresanfang	- 479	- 119	- 61
Zukäufe	- 30 755	- 37 032	- 35 731
Verkäufe	28 441	36 090	35 366
Im Rahmen der aktienbasierten Vergütung begebene Eigene Aktien	833	582	307
Bestand am Jahresende	- 1 960	- 479	- 119
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien			
Bestand am Jahresanfang	-	-	-
Zugänge	- 330	-	-
Abgänge	52	-	-
Bestand am Jahresende	- 278	-	-
Aktienbasierte Vergütung – auszugebende Stammaktien			
Bestand am Jahresanfang	1 666	1 883	821
Neu gewährte Zusagen, per saldo	1 098	487	1 356
Ausgegebene Aktien	- 809	- 704	- 294
Bestand am Jahresende	1 955	1 666	1 883
Abgrenzungen aus aktienbasierter Vergütung (Deferred Compensation)			
Bestand am Jahresanfang	- 767	- 1 016	- 538
Neu gewährte Zusagen, per saldo	- 1 098	- 487	- 1 356
Anteilige Aufwendungen im Berichtsjahr, per saldo	865	736	878
Bestand am Jahresende	- 1 000	- 767	- 1 016
Kumulierter übriger umfassender Periodenerfolg (Accumulated Other Comprehensive Income)			
Bestand am Jahresanfang	4 310	7 150	9 419
Veränderung latenter Steuern auf unrealisierte Gewinne/Verluste aus Wertpapieren „Available-for-sale“, die im Zusammenhang mit den Steuersatzänderungen in Deutschland in 1999 und 2000 stehen	2 817	995	-
Veränderung unrealisierter Gewinne aus Wertpapieren „Available-for-sale“, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen	- 9 123	- 3 919	- 2 701
Veränderung unrealisierter Gewinne/Verluste aus Derivaten, die variable Zahlungsströme absichern, nach Steuern	2	- 1	-
Änderung der Unterdeckung der Pensionsverpflichtungen, nach Steuern	- 8	-	-
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	- 1 602	85	432
Bestand am Jahresende	- 3 604	4 310	7 150
Eigenkapital zum Bilanzstichtag	29 991	40 193	43 683

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Kapitalflussrechnung

Konzern Deutsche Bank

Kapitalflussrechnung

in Mio €	2002	2001	2000
Jahresüberschuss	397	167	13 513
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2 091	1 024	478
Restrukturierungsaufwand	583	294	125
Gewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren „Available-for-sale“, sonstigen Finanzanlagen, Krediten und sonstige Ergebniskomponenten	- 4 928	- 2 806	- 4 161
Latente Steuern, netto	2 480	- 159	- 8 332
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	2 845	4 886	3 320
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	- 37	207	-
Anteilige Gewinne (-)/Verluste aus at equity bewerteten Unternehmen	753	278	- 338
Ergebnis nach Korrektur um zahlungsunwirksame Posten	4 184	3 891	4 605
Nettoveränderung			
Handelsaktiva	- 4 071	- 1 263	- 35 599
Sonstige Aktiva	8 627	- 9 670	11 258
Handelspassiva	11 412	- 3 022	- 16 411
Sonstige Passiva	- 20 639	- 4 559	- 264
Sonstige, per saldo	- 296	1 412	3 075
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	- 783	- 13 211	- 33 336
Nettoveränderung			
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	7 800	9 232	- 11 238
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	- 14 004	- 47 959	36 185
Forderungen aus Wertpapierleihen	2 749	33 138	- 7 272
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	9 634	5 802	- 28 064
Erlöse aus			
Verkauf von Wertpapieren „Available-for-sale“	25 835	41 128	43 058
Endfälligkeit von Wertpapieren „Available-for-sale“	7 731	2 746	17 369
Verkauf von sonstigen Finanzanlagen	5 089	7 096	4 405
Verkauf von Krediten	9 508	16 185	16 496
Verkauf von Sachanlagen	717	1 015	344
Erwerb von			
Wertpapieren „Available-for-sale“	- 22 464	- 34 289	- 55 463
Sonstigen Finanzanlagen	- 4 474	- 7 976	- 7 702
Krediten	- 2 364	- 8 903	- 7 586
Sachanlagen	- 1 696	- 3 689	- 2 164
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	- 1 110	924	- 1 096
Sonstige, per saldo	687	958	252
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	23 638	15 408	- 2 476
Nettoveränderung			
Einlagen	- 41 278	22 548	13 623
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	7 603	- 16 096	- 12 629
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	274	- 15 151	9 571
Emission langfristiger Verbindlichkeiten und hybrider Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	40 245	32 958	61 233
Rückzahlung/Rücklauf langfristiger Verbindlichkeiten und hybrider Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	- 27 201	- 22 884	- 40 371
Ausgabe von Stammaktien	73	320	193
Kauf Eigener Aktien	- 30 755	- 37 032	- 35 731
Verkauf Eigener Aktien	28 665	36 024	35 514
Dividendenzahlung	- 800	- 801	- 706
Sonstige, per saldo	- 455	- 522	- 664
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 23 629	- 636	30 033
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Barreserve	- 635	325	2 710
Nettoveränderung Barreserve	- 1 409	1 886	- 3 069
Anfangsbestand Barreserve	10 388	8 502	11 571
Endbestand Barreserve	8 979	10 388	8 502
Gezahlte Zinsen	31 349	48 099	46 250
Gezahlte Ertragsteuern, netto	408	1 251	1 819
Nicht liquiditätswirksame Vorgänge			
Reklassifizierung von Wertpapieren „Available-for-sale“ in Handelsaktiva	-	22 101	507
Reklassifizierung von Handelsaktiva in Wertpapiere „Available-for-sale“	-	14 938	-

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Erläuterungen (Notes)

Konzern Deutsche Bank

[1] Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft („Deutsche Bank“ oder „Muttergesellschaft“) ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Zusammen mit ihren Tochtergesellschaften bietet die Deutsche Bank (der „Konzern“) weltweit das gesamte Spektrum von Produkten und Dienstleistungen in den Konzernbereichen Corporate and Investment Bank und Private Clients and Asset Management an. Einzelheiten zu den Unternehmensbereichen des Konzerns sind in Note [28] enthalten.

Der beigefügte Konzernabschluss wurde in Euro aufgestellt; er steht im Einklang mit den in den Vereinigten Staaten von Amerika allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen („US GAAP“). Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden vereinzelt Zahlenangaben von Vorperioden angepasst.

Die Erstellung des Jahresabschlusses nach US GAAP verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen zu treffen, welche den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode beeinflussen. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen.

Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze des Konzerns werden nachfolgend dargestellt.

In den Konzernabschluss wurden die Deutsche Bank AG und alle Tochtergesellschaften einbezogen. Alle wesentlichen konzerninternen Geschäfte und Ergebnisbeiträge wurden eliminiert.

Beteiligungen an Unternehmen werden nach der Equity-Methode bilanziert, wenn der Konzern nicht der Mehrheitseigner ist, aber die Möglichkeit hat, die Geschäfts- und Finanzpolitik des Unternehmens maßgeblich zu beeinflussen. Dies ist im Allgemeinen dann der Fall, wenn der Konzern 20% bis 50% der Stimmrechte an einer Kapitalgesellschaft oder mindestens 3% an einer Personengesellschaft (Limited Partnership) hält. Weitere Faktoren, die zur Beurteilung herangezogen werden, ob der Konzern maßgeblichen Einfluss hat, sind ein Sitz im Board of Directors (bei deutschen Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat) sowie der Umfang der Geschäftsbeziehungen zu dem Beteiligungsunternehmen. Diese Beteiligungen werden unter den sonstigen Finanzanlagen ausgewiesen; anteilige Gewinne oder Verluste – basierend auf US GAAP-Abschlüssen – sowie Gewinne oder Verluste aus Veräußerungen werden im Gewinn/Verlust aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen. Im Rahmen der Equity-Methode realisierte Verluste, die den Bilanzwert der jeweiligen Beteiligung übersteigen, werden mit anderen Aktiva des Konzerns, die dem Beteiligungsunternehmen zuzuordnen sind, verrechnet. Vor dem 1. Januar 2002 wurde die Differenz zwischen den Anschaffungskosten des Konzerns und dem anteiligen Nettovermögen zum Erwerbszeitpunkt (Goodwill aus der Equity-Methode) linear über einen Zeitraum von längstens 15 Jahren abgeschrieben. Mit Wirkung vom 1. Januar 2002 wendet der Konzern SFAS 142 „Goodwill and Other Intangible Assets“ („SFAS 142“) an. Gemäß SFAS 142 sind keine planmäßigen Abschreibungen auf Goodwill aus der Equity-Methode mehr vorzunehmen.

Grundsätze der Konsolidierung und der Abbildung sonstiger Finanzanlagen

Zweckgesellschaften (Special Purpose Entities, „SPEs“) sind rechtlich selbstständige Unternehmen, die für einen bestimmten Zweck gegründet wurden und bei der Strukturierung von verschiedenen Kapitalmarktprodukten eingesetzt werden. Sofern die Kriterien einer „Qualifizierten Zweckgesellschaft“ (Qualifying Special Purpose Entity „QSPE“) nach der Definition des SFAS 140 „Accounting for Transfers and Servicing of Financial Assets and Extinguishments of Liabilities“ („SFAS 140“) nicht erfüllt werden (siehe Verbriefung von Vermögenswerten) und wenn anzunehmen ist, dass der Konzern die Zweckgesellschaft beherrscht beziehungsweise ihm mehrheitlich Risiken und Erträge zuzuordnen sind, wird eine Zweckgesellschaft konsolidiert.

Beteiligungen, die durch konsolidierte spezifische Investmentgesellschaften gehalten werden und primär nicht marktgängige nicht festverzinsliche Wertpapiere umfassen, sind unter den sonstigen Finanzanlagen mit ihrem Fair Value ausgewiesen. Änderungen des Fair Value werden unter den sonstigen Erträgen vereinnahmt.

Übriger Anteilsbesitz, bei dem der Konzern keinen maßgeblichen Einfluss besitzt, einschließlich Beteiligungen an Venture Capital-Gesellschaften sowie nicht marktgängige nicht festverzinsliche Wertpapiere, werden zu historischen Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen für nicht temporäre Wertminderungen, in den sonstigen Finanzanlagen ausgewiesen. Gewinne und Verluste aus Verkäufen oder Wertminderungen sind in den sonstigen Erträgen enthalten.

Währungs- umrechnung

Aktiva und Passiva, die auf eine andere als die funktionale Währung der jeweiligen Einzelgesellschaft lauten, werden mit dem jeweiligen Bilanzstichtagskurs in die funktionale Währung umgerechnet. Die sich daraus ergebenden Kursgewinne und -verluste werden in den zinsunabhängigen Erträgen oder in den zinsunabhängigen Aufwendungen erfasst.

Bei der Konsolidierung werden die Abschlüsse von Tochtergesellschaften, deren funktionale Währung nicht der Euro ist, in Euro umgerechnet. Daraus resultierende Umrechnungsgewinne und -verluste werden nach Verrechnung mit Kursicherungs- und Steuereffekten im kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolg (Accumulated Other Comprehensive Income) innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen. Aufwendungen und Erträge werden mit dem gewichteten Jahresdurchschnittskurs, Aktiva und Passiva zum Bilanzstichtagskurs umgerechnet.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensions- geschäften

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden („Reverse Repos“), beziehungsweise Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden („Repos“), werden grundsätzlich als besicherte Finanzierungen behandelt und mit den jeweils gezahlten oder erhaltenen Barmitteln angesetzt. In der Regel nimmt die Partei, die die Barmittel zur Verfügung stellt, die Wertpapiere als Finanzierungssicherheit in Verwahrung. Bei den mit einer Rückübertragungsverpflichtung erworbenen Wertpapieren handelt es sich überwiegend um Staatsanleihen oder staatlich garantierte Anleihen aus OECD-Ländern. Die als Sicherheit für Repo-Geschäfte aus dem Eigenbestand verpfändeten Wertpapiere, bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Konzernbilanz gemäß SFAS 140 separat ausgewiesen.

Der Konzern überwacht die Entwicklung des Fair Value der erhaltenen oder gelieferten Wertpapiere. Bei einem Rückgang des Fair Value der aus Wertpapierpensionsgeschäften erhaltenen Wertpapiere fordert der Konzern gegebenenfalls weitere Wertpapiere ein oder verlangt eine Teilrückzahlung der herausgelegten Barmittel. Analog wird bei einem Anstieg des Fair Value der aus Wertpapier-

pensionsgeschäften gelieferten Wertpapiere gegebenenfalls die Freigabe überschüssiger Sicherungsanteile aus gelieferten Wertpapieren oder eine Erhöhung der Barsicherheiten gefordert. Reverse Repos und Repos mit demselben Kontrahenten werden aufgerechnet, sofern die Kriterien für eine entsprechende Saldierung (Netting) gemäß FASB Interpretation 41 „Offsetting of Amounts Related to Certain Repurchase and Reverse Repurchase Agreements“ („FIN 41“) erfüllt sind. Zinserträge aus Reverse Repos und Zinsaufwendungen für Repos sind im Zinsüberschuss enthalten.

Geliehene und verliehene Wertpapiere werden jeweils mit den gezahlten oder empfangenen Barmitteln angesetzt. Tritt der Konzern als Leihenehmer auf, so ist dem Leihegeber in der Regel eine Barleistung zu erbringen. Wenn der Konzern als Leihegeber auftritt, erhält er üblicherweise Wertpapiere oder eine Barsicherheit, die dem Marktwert der verliehenen Wertpapiere entspricht oder diesen übersteigt. Erhaltene Wertpapiere, die weiterveräußert oder weiterverpfändet werden dürfen, werden als Handelsaktiva ausgewiesen und es wird eine entsprechende Verpflichtung zur Rückgabe der Wertpapiere bilanziert. Der Konzern überwacht die Entwicklung des Fair Value geliehener und verliehener Wertpapiere und fordert, soweit erforderlich, entsprechende Nachschussleistungen ein. Erhaltene oder gezahlte Gebühren werden in den Zinserträgen beziehungsweise den Zinsaufwendungen verbucht. Wertpapiere aus dem Eigenbestand, die im Rahmen einer Wertpapierleihe als Sicherheit übertragen wurden und bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Konzernbilanz gemäß SFAS 140 separat ausgewiesen.

Wertpapierleihe

Forderungen aus dem Kreditgeschäft, die zum Verkauf bestimmt sind, werden mit dem Buchwert oder dem niedrigeren Marktwert angesetzt und als Handelsaktiva ausgewiesen.

Der Konzern ordnet festverzinsliche und marktgängige nicht festverzinsliche Wertpapiere zum Zeitpunkt des Erwerbs entweder dem Handelsbestand oder den Wertpapieren „Available-for-sale“ zu.

Handelsaktiva, mit Ausnahme der zum Verkauf bestimmten Forderungen aus dem Kreditgeschäft, sowie Handelspassiva werden zum Fair Value angesetzt. Die zugehörigen realisierten und unrealisierten Gewinne und Verluste werden im Handelsergebnis berücksichtigt.

Wertpapiere „Available-for-sale“ werden mit ihrem Fair Value bilanziert, wobei eine Veränderung des Fair Value im kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolg (Accumulated Other Comprehensive Income) innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen wird, es sei denn, das Wertpapier wird einem Fair Value Hedge zugeordnet. In diesem Fall werden Änderungen im Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, in den sonstigen Erträgen berücksichtigt. Die im übrigen umfassenden Periodenerfolg (Other Comprehensive Income) ausgewiesenen Beträge sind um die latenten Steuern sowie um die Veränderungen der Verpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern und abgegrenzte Abschlusskosten bereinigt.

Bei einem Rückgang des Fair Value unter die fortgeführten Anschaffungskosten wird eine entsprechende Wertminderung im Ergebnis aus Wertpapieren „Available-for-sale“ berücksichtigt, soweit der Rückgang als nicht temporär anzusehen ist. Realisierte Gewinne und Verluste werden ebenfalls im Ergebnis aus Wertpapieren „Available-for-sale“ verbucht. Die Auflösungen von Agios und Disagios sind im Zinsüberschuss enthalten. Bei der Ermittlung der Anschaffungskosten

für veräußerte Wertpapiere wird im Allgemeinen die Methode der gewichteten Durchschnittskurse herangezogen.

Der Fair Value basiert in der Regel auf Börsenkursen, Preisangaben von Maklern oder Händlern oder auf diskontierten erwarteten Cashflows.

Derivate

Alle freistehenden Kontrakte, die gemäß SFAS 133 „Accounting for Derivative Instruments and Hedging Activities“ („SFAS 133“) als Derivate klassifiziert sind, werden in der Bilanz, unabhängig davon, ob sie für Handels- oder andere Zwecke gehalten werden, mit ihrem Fair Value angesetzt. Derivative Instrumente, die in andere Kontrakte eingebettet sind und bestimmte Kriterien erfüllen, werden ebenfalls mit dem Fair Value angesetzt. Der Fair Value für Derivate basiert auf Börsenkursen oder Preisbildungsmodellen. Letztere berücksichtigen aktuelle Markt- und Kontraktpreise des zu Grunde liegenden Finanzinstruments sowie Zeitwertbetrachtungen, Zinskurven und Volatilitätsfaktoren. Ferner werden bei der Fair Value-Ermittlung erwartete Marktrisiken, Modellrisiken, Bonitätsrisiken und Verwaltungskosten berücksichtigt. Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus Kontrakten, für die Master Netting Agreements bestehen, werden entsprechend FASB Interpretation 39 „Offsetting of Amounts Related to Certain Contracts“ („FIN 39“) aufgerechnet.

Der Konzern schließt verschiedene Arten von Kontrakten zu Handelszwecken ab. Dazu gehören Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Optionen und ähnliche Verträge sowie Vereinbarungen, die Zinssätze, Währungskurse, Aktienkurse und Rohstoffpreise zum Gegenstand haben. Diese Positionen werden mit ihrem Fair Value entweder als Handelsaktiva oder Handelspassiva angesetzt und die entsprechenden Gewinne und Verluste im Handelsergebnis vereinnahmt.

Derivative Instrumente, die in nicht zu Handelszwecken gehaltene Trägerinstrumente eingebettet sind, werden zum Fair Value bewertet, wenn sie der Definition eines Derivats entsprechen und keine eindeutige und enge Verknüpfung mit dem Trägerinstrument gegeben ist. Sofern diese eingebetteten Derivate nicht die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen, fließen ihre Wertänderungen in das Handelsergebnis ein. Der Ausweis erfolgt in der Konzernbilanz zusammen mit dem Buchwert des Trägerinstruments.

Bestimmte Derivate, die weder zu Handelszwecken gehalten werden noch die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen, aber Effekte aus Transaktionen ausgleichen, die in zinsunabhängige Erträge und Aufwendungen einfließen, werden unter den sonstigen Aktiva oder sonstigen Passiva ausgewiesen. Die Änderungen im Fair Value dieser Derivate werden unter den gleichen Positionen der zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen gezeigt wie die aus dem Grundgeschäft resultierenden Wertänderungen. Die Änderungen des Fair Value von allen anderen Derivaten, die nicht die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen, werden im Handelsergebnis erfasst.

Seit Beginn des Geschäftsjahres 2001 wendet der Konzern Hedge Accounting gemäß SFAS 133 an. Nach SFAS 133 sind folgende drei Arten von Hedge Accounting möglich, die bilanziell unterschiedlich behandelt werden: (1) Fair Value Hedge, (2) Cashflow Hedge und (3) Absicherung von Nettoinvestitionen in ausländische Gesellschaften.

Beim Fair Value Hedge werden die Änderungen des Fair Value der abgesicherten Aktiva oder Passiva, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, zusammen mit der gesamten Änderung des Fair Value des Sicherungsderivats erfolgswirksam erfasst. Bei der Absicherung von Zinsrisiken werden abgegrenzte oder gezahlte Zinsen aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft als Zinsertrag oder -aufwand ausgewiesen. Unrealisierte Gewinne oder

Verluste aus der Änderung des Fair Value werden in den sonstigen Erträgen erfasst. Bei der Absicherung des Fremdwährungsrisikos eines Wertpapiers „Available-for-sale“ wird die aus Währungskursschwankungen resultierende Fair Value-Änderung ebenfalls in den sonstigen Erträgen berücksichtigt. Die Hedge-Ineffektivität wird in den sonstigen Erträgen berücksichtigt. Sie wird gemessen als Saldo derjenigen Fair Value-Änderungen aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft, die auf Veränderungen der dem abgesicherten Risiko zu Grunde liegenden Marktwerte oder Preise zurückzuführen sind.

Wird ein Fair Value Hedge beendet, weil das Derivat vorzeitig geschlossen oder ausgeübt wird oder der Sicherungszusammenhang entfällt, wird die im Buchwert des gesicherten Schuldtitels enthaltene zinsbezogene Fair Value-Anpassung über die Restlaufzeit des ursprünglichen Sicherungsgeschäfts amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Alle anderen Arten von Fair Value-Anpassungen werden bei der Ermittlung des realisierten Gewinns oder Verlusts berücksichtigt. Wird ein Fair Value Hedge durch Veräußerung oder vorzeitige Rückführung der gesicherten Aktiva oder Passiva beendet, werden die Fair Value-Anpassungen ebenfalls bei der Ermittlung des realisierten Gewinns oder Verlusts berücksichtigt.

Bei Cashflow Hedges sind für das Grundgeschäft keine besonderen Bewertungsregeln vorgesehen. Das Sicherungsderivat wird mit dem Fair Value angesetzt, wobei Wertänderungen zunächst in dem Umfang, in dem der Hedge effektiv ist, im übrigen umfassenden Periodenerfolg (Other Comprehensive Income) ausgewiesen werden. Die dort erfassten Beträge werden in den Perioden in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgebucht, in denen die erwarteten Transaktionen ergebniswirksam werden. Daher werden Beträge für die Sicherung eines Zinsrisikos anteilig zusammen mit den Zinsabgrenzungen für das abgesicherte Geschäft in den Zinserträgen oder Zinsaufwendungen erfasst. Bei der Sicherung eines Fremdwährungsrisikos für Wertpapiere „Available-for-sale“ werden die aus dem Fremdwährungsrisiko resultierenden Beträge bei Veräußerung des Grundgeschäfts dem Verkaufsgewinn oder -verlust zugeschlagen. Die Ineffektivität aus Cashflow Hedges wird in den sonstigen Erträgen erfasst. Sie ergibt sich grundsätzlich als Unterschiedsbetrag aus der Fair Value-Änderung des Sicherungsderivats und einer hypothetisch perfekten Absicherung.

Bei der vorzeitigen Beendigung eines Cashflow Hedge für Zinsrisiken werden die im kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolg enthaltenen Beträge über die ursprüngliche Laufzeit des Absicherungsgeschäfts mit den Zinserträgen oder Zinsaufwendungen verrechnet. Bei der vorzeitigen Beendigung anderer Arten von Cashflow Hedges werden die im kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolg enthaltenen Beträge unter der gleichen Position und in der gleichen Periode in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung verbucht wie die erwartete Transaktion. Ist der Eintritt der erwarteten Transaktion allerdings nicht mehr wahrscheinlich, werden die Beträge als sonstige Erträge verbucht.

Für Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Gesellschaften wird die auf der Änderung des Devisenkassakurses beruhende Änderung des Fair Value des Sicherungsderivats in dem Umfang, in dem der Hedge effektiv ist, als Anpassung aus der Währungsumrechnung im übrigen umfassenden Periodenerfolg ausgewiesen. Der verbleibende Teil der Fair Value-Änderung wird in die sonstigen Erträge eingestellt.

Wird ein Derivat nicht mehr als Sicherungsinstrument eingesetzt, wird es mit seinem Fair Value in die Handelsaktiva beziehungsweise Handelspassiva übertragen. Die künftigen Änderungen des Fair Value werden im Handelsergebnis verbucht. Bei Sicherungsderivaten, die vorzeitig geschlossen oder ausgeübt

werden, wird die Differenz zwischen dem Buchwert des Derivats und dem gezahlten oder empfangenen Gegenwert in die sonstigen Erträge eingestellt.

Vor 2001 erfüllten die meisten Derivate, die nicht für Handelszwecke abgeschlossen wurden, nicht die Anforderungen für Hedge Accounting, obwohl sie ökonomisch als Sicherungsinstrumente anzusehen waren. Dies lag vor allem an den erforderlichen Dokumentationspflichten, die zum Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung von US GAAP nachträglich nicht erfüllt werden konnten. Entsprechend wurden diese Derivate als Handelsderivate klassifiziert, die Bewertung erfolgte zum Fair Value, wobei die Änderungen des Fair Value im Handelsergebnis berücksichtigt wurden.

In den Geschäftsjahren vor 2001 war Hedge Accounting abweichend geregelt und wurde in einer begrenzten Anzahl von Fällen für bestimmte Zinssatz- und Währungssicherungen angewendet. Zins-Swaps wurden als außerbilanzielle Transaktionen abgebildet und die erwarteten Zinszahlungsströme abgegrenzt. Bei kombinierten Zins- und Währungs-Swaps wurden die erwarteten Zinszahlungsströme abgegrenzt und der Nominalbetrag in Fremdwährung zum Devisenkassakurs umgerechnet; der sich daraus ergebende Gewinn oder Verlust wurde erfolgswirksam verbucht. Für die Grundgeschäfte wurden keine gesonderten Bilanzierungsregeln angewendet.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Forderungen aus dem Kreditgeschäft werden grundsätzlich zum ausstehenden Nominalwert bilanziert, unter Berücksichtigung von Abschreibungen, Agios oder Disagios sowie abgegrenzten Gebühren und Kosten für begebene Kredite (Originated Loans). Die Zinserträge werden auf den noch ausstehenden Nominalwert, vermindert um Abschreibungen, abgegrenzt. Abgegrenzte Gebühren und Kosten sowie Agios oder Disagios werden als Anpassung des Effektivzinses über die Laufzeit der betreffenden Kredite in den Zinserträgen verbucht.

Werden Zins- oder Tilgungszahlungen mindestens 90 Tage nicht erbracht und sind die Kredite weder ausreichend besichert noch im Inkassoprozess, werden die Zinsabgrenzungen eingestellt. Des Weiteren wird die Zinsabgrenzung für einen Kredit eingestellt, wenn die Forderung zwar noch nicht seit 90 Tagen fällig ist, aber nach Beurteilung des Managements die Abgrenzung der Zinsforderung vor Ablauf von 90 Tagen eingestellt werden muss, weil es wahrscheinlich ist, dass nicht alle vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungszahlungen erbracht werden. Sobald die Zinsabgrenzung für einen Kredit eingestellt worden ist, werden zuvor abgegrenzte, aber nicht gezahlte Zinsen gegen die Zinserträge der laufenden Periode ausgebucht. Zahlungseingänge für Kredite ohne Zinsabgrenzungen werden, je nach der Einschätzung des Managements hinsichtlich der Einbringlichkeit der Kapitalforderung, entweder als Zinserträge oder als Rückführung der Kapitalforderung verbucht.

Leasing

Finanzierungsleasinggeschäfte, die Direct Financing Leases und Leveraged Leases umfassen, werden unter den Forderungen aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen, sofern eine Konzerngesellschaft als Leasinggeber auftritt. Die noch nicht realisierten zukünftigen Leasingerträge werden abgegrenzt und gemäß der Zinsmethode über die Laufzeit des Leasingvertrags im Zinsergebnis berücksichtigt. Im Fall von Capital Leases, bei denen eine Konzerngesellschaft Leasingnehmer ist, werden die Leasinggegenstände aktiviert und in den Sachanlagen ausgewiesen.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stellt die Einschätzung des Managements von wahrscheinlichen Verlusten dar, die am Stichtag des Konzernabschlusses im Kreditportfolio und bei den außerbilanziellen Verpflichtungen im Kreditgeschäft

eingetreten sind. Wertberichtigungen für Kreditausfälle werden als Reduzierung der zu Grunde liegenden Forderungen aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen; Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft sind in den sonstigen Passiva enthalten.

Damit das Management den angemessenen Umfang der Wertberichtigung für Kreditausfälle bestimmen kann, werden alle wesentlichen Kontrahentenbeziehungen in regelmäßigen Zeitabständen überprüft. Dies gilt insbesondere für Kredite unter besonderer Überwachung wie etwa notleidende Kredite. Standardisierte homogene Kleinkredite werden bezüglich ihrer Werthaltigkeit kollektiv beurteilt. Jede Überprüfung umfasst aktuelle Informationen, kontrahentenbezogene Ereignisse sowie branchenbezogene, geografische, ökonomische, politische und andere Rahmenbedingungen. Dieser Prozess endet in der Ermittlung der Wertberichtigung für Kreditausfälle, wobei zwischen einer spezifischen und einer inhärenten Verlustkomponente unterschieden wird.

Die spezifische Verlustkomponente repräsentiert die Wertberichtigung für notleidende Kredite, die auf Grundlage von SFAS 114 „Accounting by Creditors for Impairment of a Loan“ überarbeitet und ersetzt durch SFAS 118 „Accounting by Creditors for Impairment of a Loan – Income Recognition and Disclosures“ (gemeinsam als „SFAS 114“ bezeichnet) ermittelt wird. Bei notleidenden Krediten handelt es sich um Kredite, für die der Konzern nach Einschätzung des Managements auf Basis gegenwärtiger Informationen und Ereignisse wahrscheinlich nicht alle vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungszahlungen bei Fälligkeit erhalten wird. Die spezifische Verlustkomponente der Wertberichtigung für Kreditausfälle wird aus dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Kreditbetrag einschließlich aufgelaufener Zinsen und dem Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows oder alternativ dem Fair Value der zu Grunde liegenden Sicherheiten oder dem Marktpreis des Kredits ermittelt. Notleidende Kredite werden grundsätzlich als Kredite ohne Zinsabgrenzung eingestuft.

Die inhärente Verlustkomponente gilt für die Kredite, die nicht individuell bewertet werden, zusammengenommen jedoch nach SFAS 5 „Accounting for Contingencies“ („SFAS 5“) ein inhärentes Verlustpotenzial aufweisen. Die inhärente Verlustkomponente besteht aus einer Wertberichtigung für Länderrisiken, einer Wertberichtigung für standardisierte homogene Kleinkredite und sonstigen Wertberichtigungen für inhärente Risiken. Die Länderwertberichtigung wird für Kredite gebildet, bei denen auf Grund der wirtschaftlichen oder politischen Lage im Sitzstaat des Kontrahenten, das heißt auf Grund von Transfer- und Konvertierungsrisiken, ernsthafte Zweifel an der Einhaltung der Rückzahlungsverpflichtungen bestehen. Die Wertberichtigung für standardisierte homogene Kleinkredite wird für das Kreditportfolio im Privatkunden- und Retail-Geschäft ermittelt. Diese Kredite werden zur Bestimmung der inhärenten Verluste auf zusammengefasster Basis bewertet, wobei die Analyse historische Erfahrungswerte für Kriterien wie Stand des Zahlungsverzugs und Wert der verfügbaren Sicherheiten für jede Kreditkategorie einbezieht. Die Komponente der sonstigen Wertberichtigungen für inhärente Risiken stellt eine Schätzung der inhärenten Verluste auf Grund von Unwägbarkeiten und Unsicherheiten bei der Ermittlung von Kreditausfällen dar. Von dieser Wertberichtigungskomponente sind diejenigen Kredite ausgenommen, die bereits nach SFAS 114 als notleidend identifiziert wurden. Die sonstige inhärente Verlustkomponente berechnet sich, indem die für jede rechtlich selbstständige Konzerneinheit ermittelten Verlustfaktoren auf die entsprechenden Kreditkategorien am Bilanzstichtag angewandt werden. Diese Verlustfaktoren ergeben sich wiederum aus dem Verhältnis der historischen durchschnittlichen Kreditausfälle (abzüglich eingegangener Beträge) zu dem historischen durchschnittlichen Kreditvolumen unter Berücksichtigung

weiterer relevanter Einflussfaktoren. In 2002 wurde die Bemessung der sonstigen inhärenten Verlustkomponente durch den Einbezug der Bemessung eines Erwarteten Verlusts modifiziert. Dabei werden unter anderem Faktoren wie Sicherheiten, Fälligkeiten, langfristige durchschnittliche Kreditausfälle und historische Verluste einbezogen. Diese Modifizierung erfolgte, um in der Risikovorsorge sensibler auf das jeweilige Kreditumfeld zu reagieren und historische Erfahrungswerte für Kreditausfälle weniger stark zu berücksichtigen.

Kredite, die als uneinbringlich gelten, werden gegen die Wertberichtigung ausgebucht. Eingänge auf bereits ganz oder teilweise abgeschriebene Kredite werden den Wertberichtigungen zugeordnet. Der Wertberichtigungsbestand ergibt sich aus dem oben beschriebenen Verfahren. Die notwendige Zuführung wird erfolgswirksam verbucht.

Die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft werden anhand der gleichen Bemessungsverfahren ermittelt wie die Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

Verbriefung von Vermögenswerten

Bei der Übertragung finanzieller Vermögenswerte an bestimmte Zweckgesellschaften (Securitization Trusts) im Rahmen der Verbriefung von Hypothekenkrediten und anderen Kreditportfolios kann der Konzern Rechte zurückbehalten, zum Beispiel nachrangige Tranchen aus der Verbriefung, Barsicherheiten, Ansprüche aus der Forderungsverwaltung (Servicing Rights) oder Zinsansprüche. Der sich aus den als Verkauf verbuchten Übertragungen ergebende Gewinn oder Verlust wird dem Übertragungswert und den zurückbehaltenen Rechten zugeordnet, basierend auf deren anteiligem Fair Value zum Zeitpunkt der Übertragung. Zurückbehaltene Rechte, ausgenommen Ansprüche aus der Forderungsverwaltung, werden entsprechend ihrer Ausgestaltung und je nach Absicht des Managements als Handelsaktiva, Wertpapiere „Available-for-sale“ oder sonstige Aktiva ausgewiesen. Ansprüche aus der Forderungsverwaltung werden den immateriellen Vermögenswerten zugeordnet. Der Ausweis erfolgt zum Buchwert oder dem niedrigeren Fair Value und wird proportional zu den Erträgen über den Zeitraum der Forderungsverwaltung erfolgswirksam aufgelöst.

Zur Ermittlung des Fair Value werden Börsenkurse herangezogen, sofern diese verfügbar sind. Da für verbrieft zurückbehaltene Rechte häufig keine Börsenkurse vorliegen, beruht die Ermittlung des Fair Value in der Regel auf dem Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows, wobei die Grundannahmen (Kreditausfälle, vorzeitige Tilgungen, Forward-Zinskurve und Abzinsungsfaktor) entsprechend dem zu Grunde liegenden Risiko durch das Management festgelegt werden. Zinserträge aus den zurückbehaltenen Rechten werden nach der Effektivzinsmethode ermittelt. Zweckgesellschaften, die die Kriterien für „Qualifizierte Zweckgesellschaften“ (QSPEs) gemäß der Definition des SFAS 140 erfüllen, werden nicht konsolidiert.

Sachanlagen

Sachanlagen sind zu Anschaffungskosten, vermindert um kumulierte planmäßige Abschreibungen, ausgewiesen. Die planmäßige Abschreibung erfolgt grundsätzlich linear über die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögensgegenstands. Die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden 25 bis 50 Jahre und bei Betriebs- und Geschäftsausstattung 3 bis 10 Jahre. Einbauten in gemietete Räume werden linear über die Mietdauer oder die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer der Einbauten abgeschrieben, je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist – in der Regel 3 bis 15 Jahre. Die Abschreibungen der Gebäude sind in den Mieten und Unterhaltungskosten für Gebäude enthalten, während die Abschreibungen der Betriebs-

und Geschäftsausstattung in den Aufwendungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung oder in den EDV-Aufwendungen ausgewiesen werden. Kosten für Instandhaltung und Reparaturen werden als Aufwand verbucht, werterhöhende Umbauten werden aktiviert. Gewinne und Verluste aus Verkäufen werden in den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Geleaste Anlagen, die bestimmte Kriterien erfüllen, werden als Sachanlagen aktiviert und über die Leasingdauer abgeschrieben.

Entgeltlich erworbene oder selbst erstellte Software für eigene Nutzung wird aktiviert und über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren linear abgeschrieben. Die aktivierungsfähigen Kosten für selbst erstellte Software umfassen externe direkt zurechenbare Kosten für Material und Dienstleistungen sowie Personal- und Personalnebenkosten für Mitarbeiter, die unmittelbar mit der Erstellung von selbst genutzter Software befasst sind. Gemeinkosten und alle während der Planung oder nach Fertigstellung der Software anfallenden Aufwendungen werden als Aufwand erfasst.

Vor dem 1. Januar 2002 wurden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte einschließlich der Ansprüche aus der Forderungsverwaltung (Servicing Rights) im Zusammenhang mit der Verbriefung von Vermögenswerten über die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Goodwill, das heißt der Betrag, um den die Anschaffungskosten den Fair Value des erworbenen Reinvermögens zum Erwerbszeitpunkt übersteigen, wurde linear über einen Zeitraum von längstens 15 Jahren abgeschrieben. Gemäß SFAS 142 sind seit 1. Januar 2002 auf Goodwill planmäßige Abschreibungen nicht mehr vorzunehmen, vielmehr ist die Werthaltigkeit des Goodwill einmal jährlich zu überprüfen. Die Überprüfung ist häufiger durchzuführen, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen, wie eine Verschlechterung des Geschäftsumfelds, darauf hindeuten, dass sich die Werthaltigkeit des Goodwill vermindert haben könnte. Sonstige immaterielle Vermögenswerte, die zum 1. Januar 2002 bestanden, haben eine bestimmte Nutzungsdauer und werden weiterhin über einen Zeitraum von 3 bis 15 Jahren abgeschrieben. Sonstige immaterielle Vermögenswerte, die nach dem 1. Januar 2002 erworben und als Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer identifiziert wurden – primär Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen mit Privatanlegern – werden nicht planmäßig abgeschrieben; ihre Werthaltigkeit wird mindestens einmal jährlich überprüft.

Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Wertpapiere „Available-for-sale“, nach der Equity-Methode bewertete Beteiligungen und übriger Anteilsbesitz (darunter Beteiligungen an Venture Capital-Gesellschaften und nicht marktgängige nicht festverzinsliche Wertpapiere) werden regelmäßig auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft. Ein Wertminderungsaufwand wird verbucht, wenn der Rückgang des Fair Value des Vermögensgegenstands unter die fortgeführten Anschaffungskosten beziehungsweise unter den Buchwert als nicht nur temporär erachtet wird.

Ebenso ist die Werthaltigkeit von sonstigen immateriellen Vermögenswerten mit bestimmter Nutzungsdauer sowie von Sachanlagen zu überprüfen, sobald Anzeichen darauf hindeuten, dass ihr Buchwert nicht realisiert werden kann. Wenn der Buchwert die erwarteten nicht diskontierten Cashflows des im Bestand befindlichen und genutzten Vermögensgegenstands übersteigt, wird ein Wertminderungsaufwand in der Höhe der Differenz zwischen Buchwert und niedrigerem Fair Value berücksichtigt. Für zum Verkauf bestimmte Vermögensgegenstände wird ein Verlust auf der Grundlage des Buchwerts oder des niedrigeren Fair Value abzüglich Verkaufskosten erfasst. Vermögensgegenstände, die auf andere Weise als durch Verkauf zur Verwertung vorgesehen sind, gelten als

Wertminderungen (Impairment)

im Bestand befindlich und genutzt und werden bis zur Verwertung als solche berücksichtigt.

Vor dem 1. Januar 2002 war die Werthaltigkeit des Goodwill zu überprüfen, sobald Anzeichen darauf hindeuteten, dass der Buchwert nicht realisiert werden kann. Seit dem 1. Januar 2002 sind Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte, die nicht planmäßig abgeschrieben werden, gemäß SFAS 142 mindestens einmal jährlich auf ihre Werthaltigkeit hin zu überprüfen.

Ertragsteuern

Der Konzern erfasst für alle im Konzernabschluss berücksichtigten Geschäftsvorfälle laufende und latente Steuern. Dabei werden die Bestimmungen der entsprechenden Steuergesetze in den jeweiligen Ländern beachtet. Aktive und passive latente Steuern werden für zukünftige Steuereffekte, die aus Differenzen zwischen den im US GAAP-Abschluss angesetzten Buchwerten der Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten und deren steuerrechtlichen Ansätzen resultieren, für Verlustvorträge sowie für Steuerrückerstattungsansprüche gebildet. Die aktiven latenten Steuern werden, soweit erforderlich, auf den Betrag abgeschrieben, der auf der Grundlage verfügbarer Informationen durch das Management als wahrscheinlich realisierbar eingeschätzt wird.

Aktive und passive latente Steuern werden in derjenigen Periode um den Effekt aus Änderungen der Steuergesetze und Steuersätze bereinigt, in der diese Änderungen beschlossen werden.

Aktienbasierte Vergütungen

Der Konzern hat seine aktienbasierten Vergütungen nach der „Inneren-Wert-Methode“ (Intrinsic Value-based Method) bilanziert, die von der Accounting Principles Board Opinion 25 „Accounting for Stock Issued to Employees“ („APB 25“) vorgeschrieben ist und nach SFAS 123 „Accounting for Stock-Based Compensation“ („SFAS 123“) gewählt werden kann. Nach der „Inneren-Wert-Methode“ ergibt sich der Personalaufwand aus dem potenziellen Überschuss des Börsenkurses der Aktien am Tag der Gewährung oder einem anderen Bewertungsstichtag über den Betrag, den ein Mitarbeiter gegebenenfalls für seine Aktien zu zahlen hat. Der Personalaufwand wird in der Periode erfasst, in welcher der Mitarbeiter die Dienste erbracht hat, die mit dieser Vergütung abgegolten werden. Verliert der Mitarbeiter seine Ansprüche, wird bereits abgegrenzter Aufwand in der betreffenden Periode zurückgenommen.

Der Konzern erfasst seine Verpflichtungen aus Aktienrechten im Eigenkapital als aktienbasierte Vergütung – auszugebende Stammaktien. Die entsprechenden Abgrenzungen aus aktienbasierter Vergütung werden ebenfalls im Eigenkapital berücksichtigt. Die Zuordnung zum Eigenkapital basiert auf der Absicht des Konzerns, diese Vergütungen in Form von Stammaktien zu begleichen. Verpflichtungen aus aktienbasierter Vergütung, die in bar abgegolten werden, unterliegen fortlaufender erfolgswirksamer Neubewertung gemäß den zu Grunde liegenden Aktienkursschwankungen und werden bis zur Zahlung in den sonstigen Passiva ausgewiesen.

Die folgende Tabelle zeigt, wie die Anwendung der Fair Value-Methode gemäß den Bestimmungen des SFAS 123 auf aktienbasierte Vergütungen den Jahresüberschuss und das Ergebnis je Aktie beeinflusst hätte:

in Mio €	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2000
Jahresüberschuss (wie ausgewiesen)	397	167	13 513
Hinzuzufügen: Im ausgewiesenen Jahresüberschuss enthaltener Personalaufwand für aktienbasierte Vergütungen, nach Steuern	228	671	884
Abzuziehen: Nach der Fair Value-Methode ermittelter Personalaufwand für sämtliche aktienbasierte Vergütungen, nach Steuern	- 478	- 875	- 822
Pro-forma-Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	147	- 37	13 575
Ergebnis (Verlust) je Aktie			
Ergebnis – wie ausgewiesen	0,64 €	0,27 €	22,00 €
Ergebnis – pro forma	0,24 €	- 0,06 €	22,10 €
Verwässertes Ergebnis – wie ausgewiesen	0,63 €	0,27 €	21,72 €
Verwässertes Ergebnis – pro forma	0,23 €	- 0,06 €	21,82 €

Der umfassende Periodenerfolg wird als Veränderung des Eigenkapitals eines Unternehmens definiert. Transaktionen mit Aktionären, wie zum Beispiel die Emission von Stamm- oder Vorzugsaktien, die Zahlung von Dividenden und der Kauf Eigener Aktien, werden bei der Ermittlung nicht berücksichtigt. Der umfassende Periodenerfolg setzt sich aus zwei wesentlichen Bestandteilen zusammen: dem Jahresüberschuss, wie er in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns berichtet wird, und dem übrigen umfassenden Periodenerfolg (Other Comprehensive Income), wie er in der umfassenden Periodenerfolgsrechnung des Konzerns (Consolidated Statement of Comprehensive Income) ausgewiesen wird. Der übrige umfassende Periodenerfolg besteht aus Positionen wie unrealisierten Gewinnen und Verlusten aus der Umrechnung von Nettoinvestitionen in ausländische Gesellschaften, bereinigt um die entsprechenden Hedge-Effekte, unrealisierten Gewinnen und Verlusten aus Änderungen des Fair Value von Wertpapieren „Available-for-sale“, bereinigt um die latenten Steuern sowie um die Verpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern und abgegrenzte Abschlusskosten. Darüber hinaus enthält er die Unterdeckung der Pensionsverpflichtungen sowie den effektiven Teil der realisierten und unrealisierten Gewinne und Verluste aus Derivaten für Cashflow Hedges, abzüglich der im Zusammenhang mit Hedge-Geschäften in die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgegliederten Beträge. Der umfassende Periodenerfolg enthält keine Veränderungen des Fair Value nicht marktgängiger nicht festverzinslicher Wertpapiere, traditioneller Kreditprodukte und sonstiger zu Anschaffungskosten bewerteter Vermögensgegenstände.

Für Zwecke der Konzern-Kapitalflussrechnung gilt die Barreserve als Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalent.

Beiträge im Versicherungsgeschäft. Versicherungsprämien für Lebens- und Krankenversicherungsverträge mit langer Laufzeit werden bei Fälligkeit erfolgswirksam vereinnahmt. Prämien für Verträge mit kurzer Laufzeit, vorwiegend Sach- und Unfallversicherungen, werden über die Vertragsdauer im Verhältnis zur Höhe des gewährten Versicherungsschutzes erfolgswirksam vereinnahmt. Der Konzern betreibt keine nennenswerten Rückversicherungsaktivitäten.

Umfassender Periodenerfolg (Comprehensive Income)

Kapitalflussrechnung

Tätigkeit im Versicherungsgeschäft

Abgegrenzte Abschlusskosten. Abschlusskosten, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem akquirierten Neu- oder Erneuerungsgeschäft stehen, vorwiegend Provisionen, bestimmte Antragsbearbeitungskosten sowie bestimmte Vertriebsunterstützungskosten, sind insoweit aktivierungsfähig, als sie durch zukünftige Erträge ausgeglichen werden können. Aktivierte Abschlusskosten für das Nicht-Lebensversicherungsgeschäft werden über den Prämienzahlungszeitraum der betreffenden Police amortisiert. Aktivierte Abschlusskosten für das Lebensversicherungsgeschäft werden grundsätzlich über die Laufzeit des Versicherungsvertrags oder mit einem gleich bleibenden Prozentsatz abgeschrieben, der auf dem Barwert der erwarteten Bruttogewinne oder der erwarteten Bruttomargen beruht. Aktivierte Abschlusskosten werden in den sonstigen Aktiva aus dem Versicherungsgeschäft berücksichtigt.

Fondsgebundene Lebensversicherungen. Für fondsgebundene Lebensversicherungen, bei denen das Kapitalanlagerisiko durch die Versicherungsnehmer getragen wird, spiegelt die entsprechende Rückstellung den aktuellen Stand der Kapitalanlagen einschließlich Rückstellungen für Sterberisiken und Vertragskosten wider. Die zugehörigen Kapitalanlagen werden als Sondervermögen getrennt von den Vermögenswerten des Konzerns ausgewiesen. Sie unterliegen nicht den Ansprüchen Dritter, die sich aus den anderen Aktivitäten des Konzerns ergeben können. Die Kapitalanlagen werden mit dem Fair Value bewertet. Die erhaltenen Sparbeiträge werden nach Berücksichtigung von Verwaltungskosten und Risikoprämien ausgewiesen. Sparbeiträge, Nettokapitalerträge sowie realisierte und unrealisierte Gewinne und Verluste aus diesen Kapitalanlagen sind in den ausgewiesenen Erträgen des Konzerns nicht enthalten; analog sind Rückstellungszuführungen nicht in den Aufwendungen erfasst.

Sonstige Verbindlichkeiten und Rückstellungen aus dem Versicherungsgeschäft. Zusätzlich zu den Rückstellungen der fondsgebundenen Lebensversicherung enthalten die sonstigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen aus dem Versicherungsgeschäft Deckungsrückstellungen, Rückstellungen für Beitragsrückerstattungen und Rückstellungen für Versicherungsfälle im Schaden-/Unfallgeschäft.

Die Deckungsrückstellungen für das Lebens-, Renten- und Krankenversicherungsgeschäft wurden unter Berücksichtigung von Sterblichkeits-, Krankheits- und Stornowahrscheinlichkeiten sowie unter Berücksichtigung des jeweils anzusetzenden Zinssatzes und unter Einbeziehung angemessener Sicherheitszuschläge bestimmt. Für überschussberechtigtes Lebensversicherungsgeschäft sind Schlussüberschussreserven enthalten. Die der Ermittlung zu Grunde liegenden Annahmen beruhen auf Erfahrungswerten und branchenüblichen Standards, die angepasst werden, wenn die zukünftigen Entwicklungen materiell von den getroffenen Annahmen abweichen.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattungen umfasst neben Beträgen, die nach den betreffenden gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen den Versicherungsnehmern zustehen, auch Beträge, die aus Unterschieden zwischen diesem Abschluss und nach lokalen Regeln aufgestellten Abschlüssen herrühren. Diese auf unterschiedlichen Rechnungslegungsvorschriften beruhenden Unterschiede sind temporär, kehren sich zukünftig um und werden in die Berechnung künftiger Überschussbeteiligungen eingehen. Unrealisierte Gewinne und Verluste im Zusammenhang mit der Bewertung von Kapitalanlagen werden ebenfalls in dem Umfang in der Rückstellung für Beitragsrückerstattungen erfasst, in dem der Versicherte bei einer Realisierung auf Grund gesetzlicher oder vertraglicher Bestimmungen partizipieren würde.

Schadenrückstellungen aus der Schaden-/Unfallversicherung beruhen auf Schätzwerten für bekannte und noch nicht bekannte Schadensfälle unter Einschluss der entsprechenden Schadensregulierungsaufwendungen. Die Schadenrückstellungen für die Schaden-/Unfallversicherung stellen den Schätzwert aller zukünftigen Aufwendungen für alle eingetretenen Schadensfälle dar und werden regelmäßig anhand von Erfahrungswerten angepasst. Abgegrenzte Beiträge aus der Sach- und Unfallversicherung, die in den übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen enthalten sind, stellen den, den späteren Geschäftsjahren zuzurechnenden Anteil der gebuchten Versicherungsbeiträge dar.

Bei der Ermittlung der versicherungstechnischen Rückstellungen nimmt der Konzern eine ständige Überprüfung seiner Gesamtposition, der Ansatz- und Bewertungsmethoden sowie der Rückversicherung vor. Da die Rückstellungen auf Schätzungen beruhen, kann die endgültige Verbindlichkeit höher oder niedriger sein als die gebildeten Rückstellungen. Die Anpassungen, die sich aus Änderungen der Schätzgrundlagen ergeben, werden in den Erträgen derjenigen Periode berücksichtigt, in der die Änderungen erfolgen.

[2] Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden

Seit dem 1. Januar 2002 wendet der Konzern SFAS 141 „Business Combinations“ („SFAS 141“) und SFAS 142 an. SFAS 141 sieht vor, dass alle nach dem 30. Juni 2001 initiierten Unternehmenszusammenschlüsse nach der Erwerbsmethode zu bilanzieren sind, und schließt damit die Anwendung der Pooling-of-Interests-Methode aus. Weitere Bestimmungen von SFAS 141 und SFAS 142 legen fest, dass ab dem 1. Januar 2002 der Goodwill nicht mehr planmäßig abgeschrieben wird, dass Umgliederungen zwischen Goodwill und anderen immateriellen Vermögenswerten anhand bestimmter Kriterien erfolgen müssen, dass der Goodwill auf Berichtseinheiten (Unternehmensbereiche oder eine Ebene darunter) zu verteilen ist und die Überprüfung seiner Werthaltigkeit („Impairment Test“) mindestens einmal jährlich zu erfolgen hat. Mit der Einführung von SFAS 142 zum 1. Januar 2002 hat der Konzern die planmäßige Abschreibung des Goodwill bei einem Bilanzwert von 8,7 Mrd € eingestellt. Infolge der Erstanwendung vereinnahmte der Konzern als kumulativen Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden einen steuerfreien Gewinn in Höhe von 37 Mio € aus der Auflösung von negativem Goodwill. Es erfolgten keine Umgliederungen zwischen Goodwill und sonstigen immateriellen Vermögenswerten. Nach SFAS 142 ist eine rückwirkende Anpassung vergangener Geschäftsjahre nicht vorgesehen. Dennoch werden Pro-forma-Informationen für 2001 und 2000 gegeben (siehe Note [12]), wobei angenommen wird, dass SFAS 142 zum 1. Januar 2000 gültig war.

SFAS 141 und 142

Seit dem 1. Januar 2001 wendet der Konzern SFAS 133 an. SFAS 133 legt mit seinen Ergänzungen Rechnungslegungs- und Berichtsstandards für derivative Instrumente fest, darunter für bestimmte derivative Instrumente, die in andere Kontrakte eingebettet sind, sowie für Absicherungsgeschäfte. Unternehmen haben demnach alle Derivate als Vermögensgegenstände oder Verbindlichkeiten mit dem Fair Value in der Bilanz auszuweisen. Die Änderung des Fair Value eines Derivats wird grundsätzlich in der laufenden Gewinn-und-Verlust-Rechnung oder im Eigenkapital ausgewiesen. Aus der Erstanwendung von SFAS 133 entstand im Konzernabschluss nach Berücksichtigung eines Steuerertrags von 118 Mio € ein Nettoaufwand von 207 Mio €, der als kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden erfasst wurde. Dieser Betrag resultierte im

Wesentlichen aus erforderlichen Anpassungen, um bestimmte eingebettete Derivate mit dem Fair Value anzusetzen und den Buchwert des betreffenden Trägerinstruments zum 1. Januar 2001, entsprechend den Übergangsvorschriften des SFAS 133 für einzeln zu bewertende Derivate, anzupassen. Wie unter SFAS 133 zulässig, hat der Konzern im Rahmen der Erstanwendung Schuldverschreibungen mit einem Fair Value von 22 101 Mio € aus Wertpapieren „Available-for-sale“ in die Handelsaktiva umgewidmet und dabei unrealisierte Gewinne von 150 Mio € im Ergebnis für das Geschäftsjahr 2001 berücksichtigt.

EITF 99-20

Seit dem 1. April 2001 wendet der Konzern Emerging Issues Task Force Issue No. 99-20 „Recognition of Interest Income and Impairment on Purchased and Retained Beneficial Interests in Securitized Financial Assets“ („EITF 99-20“) an. EITF 99-20 beinhaltet Vorschriften zur Ertragsvereinnahmung sowie zur Identifikation von Wertminderungen bestimmter Asset-backed Securities, die als Finanzanlagen gehalten werden. Besondere Bedeutung kommt der Regelung zu, wenn diese Finanzanlagen nicht den Handelsaktiva zuzuordnen sind. Die Erstanwendung von EITF 99-20 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

[3] Akquisitionen und Veräußerungen

Der Konzern hat in zwei Schritten die National Discount Brokers Group, Inc. („NDB“) erworben, wobei die Kontrolle im November 2000 erlangt wurde. Der gesamte Kaufpreis belief sich auf etwa 1,0 Mrd US-\$. Die Übernahme wurde nach der Erwerbsmethode bilanziert. Der Goodwill betrug 616 Mio US-\$. Seit dem Erwerbszeitpunkt bis zum 31. Dezember 2001 wurde der Goodwill unter Zugrundelegung einer Nutzungsdauer von 15 Jahren linear abgeschrieben. Im September 2001 verkaufte die Deutsche Bank das Online Broker-Geschäft der NDB an die Ameritrade Holding Corp., wodurch sich der Goodwill aus der Akquisition der NDB um 146 Mio US-\$ verminderte. Diese Transaktion führte zu einem Anteilsbesitz des Konzerns von etwa 13% an der Ameritrade Holding Corp. Dieser Anteil wurde bis zum 31. Dezember 2002 auf etwa 9% verringert.

Im Geschäftsjahr 2001 hat der Konzern den Plan verabschiedet, das Commercial Finance-Geschäft in Nordamerika zu verkaufen. Infolgedessen wurde dieses Geschäft mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert oder Fair Value abzüglich Verkaufskosten bewertet, was zu Aufwendungen in Höhe von 80 Mio € führte. Im Geschäftsjahr 2002 wurden das Commercial- und das Consumer Finance-Geschäft der Deutschen Financial Services verkauft. Dies führte zu einem zusätzlichen Verlust von 236 Mio €. Die verbleibenden Vermögenswerte dieser Bereiche werden derzeit liquidiert.

Im zweiten Quartal 2002 erwarb der Konzern die Zurich Scudder Investments, Inc., das Asset Management-Geschäft von Scudder. Diese Transaktion wurde als Tausch der deutschen Versicherungsholding des Konzerns, der Versicherungsholding der Deutschen Bank Aktiengesellschaft (Deutscher Herold), zuzüglich einer Nettzahlung von rund 1,7 Mrd € an Scudder bilanziert. Dieser Kauf führte zu einem Goodwill von etwa 1,0 Mrd € und immateriellen Vermögenswerten mit unbestimmter Nutzungsdauer in Höhe von 1,1 Mrd €. Des Weiteren verkaufte die Deutsche Bank Versicherungsgesellschaften mit Sitz in Spanien, Italien und Portugal. Bei diesen Transaktionen wurde ein Gewinn von 494 Mio € im Unternehmensbereich Personal Banking und von 8 Mio € im Unternehmensbereich Asset Management erzielt.

Im April 2002 erwarb der Konzern die RoPro U.S. Holding, Inc., eine Holding der US-amerikanischen Immobilienvermögensverwaltungsgesellschaft RREEF. Der Kaufpreis für die Akquisition belief sich auf etwa 501 Mio US-\$. Der Goodwill betrug 306 Mio US-\$.

Auf der Grundlage der 2001 erreichten Vereinbarung fusionierte der Konzern im dritten Quartal 2002 seine Hypothekenbank-Tochtergesellschaft, die EUROHYPO AG Europäische Hypothekenbank der Deutschen Bank, mit den jeweiligen Hypothekenbanktöchtern der Dresdner Bank und der Commerzbank zur neuen EUROHYPO AG. Diese Transaktion führte zu einer Entkonsolidierung aus unserem Konzernabschluss und einem Gewinn in Höhe von 418 Mio €. Nach der Fusion betrug die Beteiligung des Konzerns an der fusionierten Gesellschaft 34,6%. Seit der Fusion im August 2002 bilanziert der Konzern diese Beteiligung nach der Equity-Methode.

Die Akquisitionen und Veräußerungen, die im Jahr 2002 erfolgten, führten zu einer Verringerung der Bilanzsumme um rund 93 Mrd € gegenüber 31. Dezember 2001.

[4] Handelsaktiva und Handelspassiva

Diese Bilanzpositionen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio €	31.12.2002	31.12.2001
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	175 042	150 698
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	47 354	77 683
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ¹	65 729	60 622
Sonstige Handelsaktiva ²	8 937	4 650
Handelsaktiva insgesamt	297 062	293 653
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	51 124	48 784
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	17 987	18 346
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ¹	62 101	54 199
Handelspassiva insgesamt	131 212	121 329

¹ Derivate sind unter Berücksichtigung von Master Netting Agreements netto ausgewiesen.
² Darin enthalten sind Forderungen aus dem Kreditgeschäft, die zur Veräußerung bestimmt sind.

[5] Wertpapiere „Available-for-sale“

Nachstehend der Fair Value, die fortgeführten Anschaffungskosten sowie die unrealisierten Gewinne und Verluste für die Wertpapiere „Available-for-sale“:

				31.12.2002
	Fair Value	Unrealisierte Brutto- bewertungsergebnisse		Fortgeführte Anschaffungs- kosten
in Mio €		Gewinne	Verluste	
Festverzinsliche Wertpapiere				
Deutsche öffentliche Emittenten	396	20	–	376
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	168	–	–	168
US-Kommunalbehörden	2	–	–	2
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	2 893	39	– 18	2 872
Unternehmen	6 400	231	– 47	6 216
Sonstige Asset-backed Securities	2 977	–	–	2 977
Mortgage-backed Securities, hauptsächlich Schuldverschreibungen von US-Bundesbehörden	164	1	–	163
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	652	1	– 3	654
Nicht festverzinsliche Wertpapiere				
Aktien	6 441	757	– 596	6 280
Investmentanteile	1 499	10	– 55	1 544
Sonstige	27	16	–	11
Wertpapiere „Available-for-sale“ insgesamt	21 619	1 075	– 719	21 263

				31.12.2001
	Fair Value	Unrealisierte Brutto- bewertungsergebnisse		Fortgeführte Anschaffungs- kosten
in Mio €		Gewinne	Verluste	
Festverzinsliche Wertpapiere				
Deutsche öffentliche Emittenten	4 339	66	– 9	4 282
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	192	–	–	192
US-Kommunalbehörden	50	–	–	50
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	14 676	229	– 210	14 657
Unternehmen	22 116	643	– 193	21 666
Sonstige Asset-backed Securities	3 189	12	– 2	3 179
Mortgage-backed Securities, hauptsächlich Schuldverschreibungen von US-Bundesbehörden	1 083	21	– 1	1 063
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	1 857	55	– 1	1 803
Nicht festverzinsliche Wertpapiere				
Aktien	22 600	10 022	– 750	13 328
Investmentanteile	1 507	48	– 13	1 472
Sonstige	57	36	–	21
Wertpapiere „Available-for-sale“ insgesamt	71 666	11 132	– 1 179	61 713

	31.12.2000			
	Fair Value	Unrealisierte Brutto-bewertungsergebnisse		Fortgeführte Anschaffungskosten
in Mio €		Gewinne	Verluste	
Festverzinsliche Wertpapiere				
Deutsche öffentliche Emittenten	634	11	- 5	628
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	172	-	- 1	173
US-Kommunalbehörden	17	-	-	17
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	16 902	277	- 227	16 852
Unternehmen	37 200	1 360	- 797	36 637
Sonstige Asset-backed Securities	4 252	35	- 53	4 270
Mortgage-backed Securities, hauptsächlich Schuldverschreibungen von US-Bundesbehörden	3 803	21	- 51	3 833
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	200	17	-	183
Nicht festverzinsliche Wertpapiere				
Aktien	27 136	14 493	- 607	13 250
Investmentanteile	1 769	128	- 15	1 656
Sonstige	165	45	- 6	126
Wertpapiere „Available-for-sale“ insgesamt	92 250	16 387	- 1 762	77 625

Mit einem Fair Value in Höhe von insgesamt 3,4 Mrd € überschritt zum 31. Dezember 2002 lediglich der Gesamtbestand an von der DaimlerChrysler AG emittierten Wertpapieren 10 % des Konzerneigenkapitals.

Das in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgewiesene Ergebnis aus Wertpapieren „Available-for-sale“ setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio €	2002	2001	2000
Festverzinsliche Wertpapiere – realisierte Gewinne	149	405	268
Festverzinsliche Wertpapiere – realisierte Verluste ¹	- 235	- 256	- 363
Nicht festverzinsliche Wertpapiere – realisierte Gewinne	4 094	2 376	4 288
Nicht festverzinsliche Wertpapiere – realisierte Verluste ²	- 485	- 1 009	- 523
Ergebnis aus Wertpapieren „Available-for-sale“	3 523	1 516	3 670

¹ Einschließlich Abschreibungen wegen nicht temporärer Wertminderungen von 156 Mio € (2001: 27 Mio €).

² Einschließlich Abschreibungen wegen nicht temporärer Wertminderungen von 152 Mio € (2001: 401 Mio €).

Zum 1. Januar 2001 hat der Konzern festverzinsliche Wertpapiere mit einem Fair Value von 14,9 Mrd € von Handelsaktiva in Wertpapiere „Available-for-sale“ übertragen. Diese Übertragung betraf im Wesentlichen Wertpapiere deutscher und ausländischer öffentlicher Emittenten und bewirkte keine Änderung des Ergebnisses. Vor dem Jahr 2001 wurde das Risiko dieser Wertpapiere zusammen mit den zugehörigen Derivaten, die im Handelsbestand enthalten waren, gesteuert, da die zum Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung von US GAAP erforderlichen Dokumentationen für Hedge Accounting nicht erfüllt waren. Seit Anfang 2001 werden diese Wertpapiere der Geschäftspraxis des Konzerns folgend mit Derivaten abgesichert, die nun den Anforderungen eines qualifizierten Hedge Accounting entsprechen, und wurden dementsprechend umklassifiziert.

In 2000 hat der Konzern bestimmte Portfolios, die Investmentfondsanteile mit Anschaffungskosten von insgesamt 170 Mio € enthielten, aus den Wertpapieren „Available-for-sale“ in die Handelsaktiva übertragen. Diese „Available-for-sale“-Wertpapiere unterlagen nicht dem aktiven Risikomanagement und wurden nicht im Marktrisikobericht aufgeführt. Um das Marktrisikomanagement für diese Wertpapiere zu verbessern, hat das Management entschieden, die Verantwortung auf die Risikomanager des Handelsportfolios des Konzerns zu übertragen. Der aus dem Übertrag resultierende Gewinn von 337 Mio € wurde im Geschäftsjahr 2000 im Ergebnis aus Wertpapieren „Available-for-sale“ erfasst.

Die Tabelle zeigt den Fair Value, die Restlaufzeiten, die gewichtete Durchschnittsrendite (basierend auf den fortgeführten Anschaffungskosten) sowie die gesamten fortgeführten Anschaffungskosten, gegliedert nach den Kategorien der Wertpapiere „Available-for-sale“ per 31. Dezember 2002:

in Mio €	Bis 1 Jahr		> 1 Jahr – 5 Jahre		> 5 Jahre – 10 Jahre		Über 10 Jahre		Insgesamt	
	Betrag	Rendite	Betrag	Rendite	Betrag	Rendite	Betrag	Rendite	Betrag	Rendite
Deutsche öffentliche Emittenten	3	6,61%	91	3,65%	252	4,09%	50	4,46%	396	4,06%
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	142	2,67%	3	4,92%	–	–	23	7,88%	168	3,43%
US-Kommunalbehörden	2	5,00%	–	–	–	–	–	–	2	5,00%
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	1 929	3,23%	599	5,31%	216	4,55%	149	4,58%	2 893	3,83%
Unternehmen	2 020	4,52%	2 497	4,50%	1 032	5,52%	851	7,69%	6 400	5,11%
Sonstige Asset-backed Securities	–	–	5	6,14%	–	–	2 972	5,75%	2 977	5,75%
Mortgage-backed Securities, hauptsächlich Schuldverschreibungen von US-Bundesbehörden	164	4,97%	–	–	–	–	–	–	164	4,97%
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	525	2,08%	119	3,25%	8	1,96%	–	–	652	2,29%
Fair Value insgesamt	4 785		3 314		1 508		4 045		13 652	
Fortgeführte Anschaffungskosten insgesamt	4 657		3 276		1 444		4 051		13 428	

[6] Sonstige Finanzanlagen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der sonstigen Finanzanlagen:

in Mio €	31.12.2002	31.12.2001
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	6 039	5 344
Von spezifischen Investmentgesellschaften gehaltene Beteiligungen	230	274
Übriger Anteilsbesitz	4 499	6 379
Insgesamt	10 768	11 997

Anteile an at equity bewerteten Unternehmen

Beteiligungen, bei denen der Konzern einen maßgeblichen Einfluss besitzt, der sich grundsätzlich aus einem Anteil von 20% bis 50% der Stimmrechte bei Kapitalgesellschaften oder mindestens 3% bei Personengesellschaften (Limited Partnerships) ableitet, werden nach der Equity-Methode bilanziert. Der Buchwert dieser Beteiligungen betrug zum 31. Dezember 2002 6,0 Mrd € (2001: 5,3 Mrd €). Der Marktwert der aktiv gehandelten, börsennotierten Beteiligungen belief sich am 31. Dezember 2002 auf 269 Mio €, der entsprechende Buchwert auf 210 Mio €. Das nach US GAAP ermittelte anteilige Ergebnis der at equity bewerteten Unter-

nehmen entsprach im Geschäftsjahr 2002 einem Verlust von 753 Mio € (2001: Verlust von 278 Mio €). Darüber hinaus enthält der Gewinn/Verlust aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen Goodwill-Abschreibungen von 31 Mio € für das Geschäftsjahr 2001 sowie Abschreibungen auf Beteiligungen für nicht temporäre Wertminderungen in Höhe von 305 Mio € für das Geschäftsjahr 2002 (2001: 113 Mio €).

Die an at equity bewertete Unternehmen gewährten Kredite beliefen sich am 31. Dezember 2002 auf 3 485 Mio € (2001: 1 348 Mio €). Am 31. Dezember 2002 waren an zwei at equity bewertete Unternehmen gewährte Kredite in Höhe von zusammen 117 Mio € ohne Zinsabgrenzung. Am 31. Dezember 2001 waren an drei at equity bewertete Unternehmen gewährte Kredite in Höhe von zusammen 181 Mio € ohne Zinsabgrenzung.

Die nachfolgenden Beteiligungen repräsentieren 75% des Buchwerts der Anteile an at equity bewerteten Unternehmen zum 31. Dezember 2002:

Beteiligung	Anteil am Kapital
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main	26,89%
AMP Private Capital Portfolio No. 1 L.P., London	16,67%
Arrow Property Investments Limited, London	46,18%
AW-Beteiligungs GmbH, Ochsenfurt	37,88%
Cassa di Risparmio di Asti S.p.A., Asti	20,00%
DB 100 Unit Trust, Georgetown	27,71%
DBG Osteuropa-Holding GmbH, Frankfurt am Main	50,00%
DBG Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	45,00%
Deutsche European Partners IV, London	24,92%
Deutsche EuroShop AG, Eschborn/Ts.	44,91%
Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG, Berlin	45,64%
EUROHYPO AG, Frankfurt am Main	34,64%
Fondo Piramide Globale, Mailand	34,03%
Gerling NCM Credit and Finance AG, Köln ¹	9,55%
Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG, Köln	34,56%
IMLY B.V., Rotterdam	40,00%
K&N Kenanga Holdings Bhd, Kuala Lumpur	16,59%
Mannesmann GmbH & Co. Beteiligungs-KG, Eschborn/Ts.	10,00%
MEFIS Beteiligungsgesellschaft mbH, Eschborn/Ts.	43,00%
Orbis S.A., Warschau	10,37%
Santorini Investments Limited Partnership, Edinburgh ²	51,04%
The Kinetics Group, Inc., Santa Clara	33,60%
United Biscuits (Equity) Ltd., Georgetown	20,40%

¹ Direkt und indirekt gehaltene Anteile 28,87 %.

² Der Konzern hat keine Kontrolle über dieses Beteiligungsunternehmen.

Die beiden folgenden Beteiligungen an at equity bewerteten Unternehmen werden jede für sich als wesentlich erachtet.

Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG. Der Konzern hat als anteiliges Ergebnis aus der Beteiligung an der Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG für die Geschäftsjahre 2002 und 2001 Verluste von 706 Mio € beziehungsweise 125 Mio € und für 2000 einen Gewinn von 57 Mio € berücksichtigt. Da der Jahresabschluss 2002 noch nicht verfügbar ist, enthält der Verlust für das

Jahr 2002 unseren Anteil des antizipierten IAS-Verlusts, bereinigt um geschätzte US GAAP-spezifische Anpassungen einschließlich zu berücksichtigender Risiken. Die folgende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der konsolidierten Gewinn- und Verlust-Rechnung der Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG nach IAS:

in Mio €	2001	2000
Verdiente Nettobeiträge	8 349	7 630
Sonstige Erträge	2 358	2 815
Leistungen aus Versicherungsverträgen	- 9 159	- 7 943
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	- 2 030	- 1 921
Sonstige Aufwendungen	- 403	- 386
Ergebnis vor Ertragsteuern	- 885	195
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	- 327	27
Minderheitenanteile	- 5	1
Jahresüberschuss/fehlbetrag (-)	- 563	169

Die folgende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der Konzernbilanz der Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG nach IAS:

in Mio €	31.12.2001
Kapitalanlagen	31 153
Andere Aktiva	13 226
Immaterielle Vermögensgegenstände	442
Summe der Aktiva	44 821
Versicherungstechnische Rückstellungen	37 203
Andere Passiva	5 816
Nachrangiges Kapital	369
Eigenkapital	1 433
Summe der Passiva	44 821

Die Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG betreffende Ereignisse in 2003:

- Der Verkauf ihrer Rückversicherungssparte (Gerling-Konzern Globale Rückversicherungs-AG) an die Globale Management GmbH (vormals: Lago Achte GmbH) wurde von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) nicht genehmigt.
- Der Vorstandsvorsitzende der Gesellschaft trat zurück.
- Das Rating für ihre Lebensversicherungssparte (Gerling-Konzern Lebensversicherungs-AG) und ihre Schaden- und Unfallversicherungssparte (Gerling-Konzern Allgemeine Versicherungs-AG) wurde von Standard & Poor's von „A-“ auf „BB+“ zurückgenommen.

Der Konzern prüft derzeit den Einfluss dieser Ereignisse auf den Wert der Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG und auf den Wert der Beteiligung.

EUROHYPO AG. Die folgende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der konsolidierten Gewinn- und Verlust-Rechnung der EUROHYPO AG nach deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen (HGB) für die neun Monate bis zum 30. September 2002 und für die zwölf Monate bis zum 31. Dezember 2001. Auf Grund der Tatsache, dass die Fusion im August 2002 erfolgte, nach deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen aber bereits zum 1. Januar 2002 wirksam war, sind

nur diese Finanzinformationen verfügbar. Nach deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen wurde die Fusion ähnlich der Pooling-of-Interests-Methode abgebildet. Die nachfolgenden Zahlenangaben für 2001 stellen Pro-forma-Informationen für zwölf Monate dar, als ob die Fusion bereits am 1. Januar 2001 stattgefunden hätte.

in Mio €	1.1.–30.9. 2002	1.1.–31.12. 2001
Zins- und Provisionsüberschuss	857	1 167
Verwaltungsaufwand	– 326	– 457
Sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen (–), netto	– 92	– 65
Saldo außerordentliche Rechnungen	– 150	– 139
Ergebnis vor Ertragsteuern	289	506
Ertragsteueraufwand/-ertrag (–)	17	– 11
Jahresüberschuss	272	517

Die folgende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der Konzernbilanz der EUROHYPOAG nach deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen (HGB, Pro-forma-Zahlen für 2001):

in Mio €	30.9.2002	31.12.2001
Forderungen an Kreditinstitute	25 760	31 553
Forderungen an Kunden	168 447	173 362
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	38 484	42 328
Sonstige Aktiva	2 910	3 621
Summe der Aktiva	235 601	250 864
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30 820	31 525
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	42 139	43 575
Verbriefte Verbindlichkeiten	151 923	166 755
Rückstellungen und andere Verbindlichkeiten	6 332	5 121
Eigenkapital	4 387	3 888
Summe der Passiva	235 601	250 864

Die von spezifischen Investmentgesellschaften („Designated Investment Companies“) gehaltenen Beteiligungen werden mit ihrem Fair Value bewertet. Der Bilanzwert belief sich zum 31. Dezember 2002 auf 230 Mio € (2001: 274 Mio €). Die vom Konzern zu 100% gehaltenen spezifischen Investmentgesellschaften bestehen aus US-amerikanischen „Small Business Investment Companies“ (SBICs) sowie einer Beteiligung an einer spezifischen Investmentgesellschaft in Deutschland.

Zum 31. Dezember 2002 betrug der übrige Anteilsbesitz 4,5 Mrd € (2001: 6,4 Mrd €). Darin enthalten waren Beteiligungen, bei denen der Konzern keinen maßgeblichen Einfluss besitzt, darunter bestimmte Venture Capital-Gesellschaften und nicht marktgängige nicht festverzinsliche Wertpapiere. Diese Beteiligungen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen für nicht temporäre Wertminderungen bilanziert. Diese Abschreibungen beliefen sich im Geschäftsjahr 2002 auf 423 Mio € (2001: 968 Mio €).

**Von spezifischen
Investmentgesell-
schaften gehaltene
Beteiligungen**

Übriger Anteilsbesitz

[7] Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Die nachfolgende Übersicht stellt die Zusammensetzung unserer Forderungen aus dem Kreditgeschäft dar:

in Mio €	31.12.2002	31.12.2001
Inländische Kunden		
Banken und Versicherungen	1 600	7 444
Verarbeitendes Gewerbe	9 388	12 612
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	13 768	13 509
Private Haushalte – Hypothekenkredite	25 226	35 283
Öffentliche Haushalte	1 750	20 752
Handel	4 549	6 559
Gewerbliche Immobilien	15 841	28 311
Leasingfinanzierungen	416	436
Sonstige	15 898	22 878
Inländische Kunden insgesamt	88 436	147 784
Ausländische Kunden¹		
Banken und Versicherungen	9 120	12 465
Verarbeitendes Gewerbe	13 157	19 490
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	6 937	7 873
Private Haushalte – Hypothekenkredite	7 276	6 503
Öffentliche Haushalte	2 834	2 906
Handel	9 918	9 200
Gewerbliche Immobilien	2 519	7 306
Leasingfinanzierungen	3 905	3 263
Sonstige	27 768	49 297
Ausländische Kunden insgesamt	83 434	118 303
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, brutto	171 870	266 087
Abzüglich: unrealisierte Erträge	250	664
Abzüglich: Wertberichtigungen für Kreditausfälle	4 317	5 585
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, netto	167 303	259 838
<small>¹ Für 2001 wurden bestimmte Forderungen von „Banken und Versicherungen“ in „Sonstige“ (6,5 Mrd €) und von „Gewerbliche Immobilien“ zu „Private Haushalte“ (2,8 Mrd €) umklassifiziert.</small>		

In der Kategorie „Sonstige“ ist keine Branchengruppe enthalten, deren Kreditvolumen am 31. Dezember 2002 10% des gesamten Kreditportfolios übersteigt. An bestimmte, dem Konzern nahe stehende Dritte wurden im Rahmen der üblichen Geschäftsbeziehungen Kredite ausgereicht. Diese Ausleihungen wurden grundsätzlich zu den gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie im selben Zeitraum vergebene vergleichbare Kredite an fremde Dritte gewährt. Am 31. Dezember 2002 hatte der Konzern Kredite von 897 Mio € (2001: 1,6 Mrd €) an dem Konzern nahe stehende Dritte (ausgenommen at equity bewertete Unternehmen) ausgereicht.

Diese Übersicht beinhaltet Informationen über die notleidenden Kredite des Konzerns:

Notleidende Kredite (Impaired Loans)

in Mio €	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2000
Notleidende Kredite insgesamt ¹	8 922	10 797	10 296
Wertberichtigungen für notleidende Kredite gemäß SFAS 114 ²	3 144	3 720	4 577
Durchschnittsbestand an notleidenden Krediten im Jahresverlauf	9 710	10 363	7 399
Im Jahresverlauf vereinnahmte Zinserträge auf notleidende Kredite	166	248	376

¹ Hierin enthalten sind Beträge von 6,0 Mrd €, 8,2 Mrd € und 8,5 Mrd € für die Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000, für die Wertberichtigungen erforderlich sind. Bei den übrigen notleidenden Krediten ist keine Einzelwertberichtigung notwendig, da entweder der Barwert der erwarteten künftigen Cashflows, der Fair Value der zu Grunde liegenden Sicherheiten oder der Marktpreis des Kredits die verbuchte Investition übersteigt.

² Die Einzelwertberichtigungen für notleidende Kredite nach SFAS 114 sind Bestandteil der gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle des Konzerns.

[8] Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft setzt sich aus Wertberichtigungen für Kreditausfälle und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft zusammen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle des Konzerns:

in Mio €	2002	2001	2000
Bestand am Jahresanfang	5 585	6 745	7 281
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	2 091	1 024	478
Nettoabschreibungen			
Abschreibungen	- 2 728	- 2 055	- 1 296
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	112	67	75
Nettoabschreibungen insgesamt	- 2 616	- 1 988	- 1 221
Effekte aus Änderungen des Konsolidierungskreises	- 421	- 156	44
Effekte aus Wechselkursänderungen	- 322	- 40	163
Bestand am Jahresende	4 317	5 585	6 745

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft des Konzerns:

in Mio €	2002	2001	2000
Bestand am Jahresanfang	496	453	569
Zuführungen zu/Auflösungen (-) von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	17	- 30	- 33
Nettoabschreibungen	-	- 22	- 34
Effekte aus Änderungen des Konsolidierungskreises	- 11	- 2	5
Effekte aus Wechselkursänderungen	- 17	97	- 54
Bestand am Jahresende	485	496	453

[9] Verbriefung von Vermögenswerten

Der Konzern bilanziert die Übertragung von finanziellen Vermögenswerten im Rahmen der Verbriefung von Forderungen als Verkauf, sofern bestimmte Kriterien erfüllt sind; andernfalls werden diese Forderungen als besicherte Ausleihungen ausgewiesen. Die übertragenen Vermögenswerte werden von den Zweckgesellschaften im Wesentlichen in Schuldtiteln verbrieft und diese an Dritte veräußert. Die Erwerber der Schuldtitel und die verbrieften Zweckgesellschaften haben bei Leistungsverzug der Schuldner aus den ursprünglichen Kreditverträgen keinen Rückgriff auf Aktiva des Konzerns. Aus diesen Verbriefungen können sich für den Konzern Rechte aus den bei den Zweckgesellschaften geschaffenen Vermögenswerten ergeben.

Im Geschäftsjahr 2002 hat der Konzern Erträge in Höhe von 91 Mio € (2001: 168 Mio €, 2000: 48 Mio €) aus Verbriefungen, überwiegend privaten und gewerblichen Hypothekenkrediten, ausgewiesen.

Nachstehende Tabelle zeigt Zahlungsströme zwischen dem Konzern und den Zweckgesellschaften beziehungsweise Treuhändern für 2002, 2001 und 2000:

in Mio €	Kredite für Wassersport- und Freizeitfahrzeuge			Private und gewerbliche Hypothekenkredite			Gewerbliche Kredite ohne Hypotheken		
	2002	2001	2000	2002	2001	2000	2002	2001	2000
Erlöse aus neuen Kreditverbriefungen	–	977	–	5 843	6 573	6 200	918	938	4 299
Erlöse aus revolvingierenden Kreditverbriefungen	–	–	–	–	–	–	12 177	18 520	18 201
Erhaltene Provisionen für die Forderungsverwaltung	7	7	8	14	15	11	44	85	80
Erhaltene Zahlungen aus zurückbehaltenen Rechten	–	13	21	28	56	21	101	177	145
Sonstige Zahlungen von beziehungsweise an (-) Zweckgesellschaften beziehungsweise Treuhänder	4	16	2	–	–	–	–42	–16	–102

Ende 2002 erfolgte die Ermittlung des Fair Value der zurückbehaltenen Rechte einschließlich der Ansprüche aus der Forderungsverwaltung (Servicing Rights) auf Basis nachstehender gegenwärtiger Grundannahmen, deren ungünstige Veränderungen sich auf Buchwerte beziehungsweise Fair Value wie folgt auswirken würden:

in Mio € (außer Prozentangaben)	Kredite für Wassersport- und Freizeitfahrzeuge	Private und gewerbliche Hypothekenkredite ¹	Gewerbliche Kredite ohne Hypotheken
Buchwert/Fair Value zurückbehaltener Rechte	80	520	161
Vorzeitige Tilgung (gegenwärtige Grundannahme)	19,65 %	19,20 %	1,66 %
ungünstige Veränderung um 10 %	–2	–2	–1
ungünstige Veränderung um 20 %	–4	–7	–2
Kreditausfälle (gegenwärtige Grundannahme)	0,14 %	1,02 %	0,19 %
ungünstige Veränderung um 10 %	–3	–8	–1
ungünstige Veränderung um 20 %	–5	–17	–3
Abzinsungsfaktor (gegenwärtige Grundannahme)	9,47 %	11,25 %	8,19 %
ungünstige Veränderung um 10 %	–3	–12	–5
ungünstige Veränderung um 20 %	–5	–23	–11

¹ Nicht enthalten im Buchwert/Fair Value zurückbehaltener Rechte für private und gewerbliche Hypothekenkredite sind Schuldtitel in Höhe von 67 Mio €, die ausschließlich Zinsansprüche (Interest Only Bonds) verbrieft. Dabei handelt es sich um kurzfristige Forderungen, deren Bewertung auf der Annahme beruht, dass die Rückzahlung der übertragenen Kredite zum frühestmöglichen Zeitpunkt, den die Vertragsbedingungen vorsehen, erfolgt.

Diese Sensitivitäten sind hypothetisch und daher vorsichtig zu beurteilen. Wie die Zahlen zeigen, können Veränderungen des Fair Value für Schwankungen von 10% generell nicht extrapoliert werden, da das Verhältnis der Prämissenänderung zur Änderung des Fair Value nicht linear sein muss. Außerdem wurde die Auswirkung von Änderungen einer bestimmten Grundannahme auf den Fair Value der zurückbehaltenen Rechte unter Beibehaltung der übrigen Annahmen berechnet, während sich in der Realität die Veränderung einer Prämisse auch auf die anderen Prämissen auswirken kann (zum Beispiel kann eine Erhöhung des Marktzinses zu niedrigeren Vorauszahlungen und erhöhten Kreditausfällen führen). Dies kann zu gegenläufigen Effekten führen.

Die zum Zeitpunkt der Verbriefung verwendeten Grundannahmen zur Bewertung zurückbehaltener Rechte von im Geschäftsjahr 2002 abgeschlossenen Verbriefungen unterschieden sich nicht signifikant von den gegenwärtigen Annahmen in der vorstehenden Übersicht.

Die zum Zeitpunkt der Verbriefung verwendeten Grundannahmen zur Bewertung zurückbehaltener Rechte von im Geschäftsjahr 2001 abgeschlossenen Verbriefungen unterschieden sich nicht signifikant von den Grundannahmen, die für die Ermittlung des Fair Value der zurückbehaltenen Rechte einschließlich der Ansprüche aus der Forderungsverwaltung (Servicing Rights) zum 31. Dezember 2001 herangezogen wurden. Zum 31. Dezember 2001 waren folgende Prämissen gültig:

	Kredite für Wassersport- und Freizeitfahrzeuge	Private und gewerbliche Hypothekenkredite	Gewerbliche Kredite ohne Hypotheken
Vorzeitige Tilgung	19,56%	12,00%	26,28%
Kreditausfälle	0,28%	2,71%	0,34%
Abzinsungsfaktor	9,76%	14,59%	10,85%

Die folgende Übersicht enthält das Volumen der in den Geschäftsjahren 2002 und 2001 verbrieften Forderungen einschließlich der im Zahlungsverzug befindlichen Kredite (Kredite, die mindestens 90 Tage überfällig sind) und der Kreditausfälle, abzüglich der Eingänge aus abgeschriebenen Engagements:

	Kredite für Wassersport- und Freizeitfahrzeuge		Private und gewerbliche Hypothekenkredite		Gewerbliche Kredite ohne Hypotheken	
	2002	2001	2002	2001	2002	2001
in Mio €						
Nominalvolumen der verbrieften Kredite	1 178	2 033	12 409	14 929	1 266	7 483
Nominalvolumen der mindestens 90 Tage überfälligen Kredite	3	3	223	81	35	39
Kreditausfälle	16	14	24	19	3	25

In dieser Tabelle sind keine verbrieften Kredite enthalten, bei denen der Konzern nur die Forderungsverwaltung wahrnimmt.

Im Januar 2003 wurde FASB Interpretation No. 46 „Consolidation of Variable Interest Entities“ („FIN 46“) veröffentlicht. Soweit davon auszugehen ist, dass der Konzern zum Zeitpunkt des vollen In-Kraft-Tretens dieser Interpretation am 1. Juli 2003 bestimmte Gesellschaften konsolidieren oder Informationen über diese offen legen muss, sieht die Übergangsregelung aus FIN 46 die Offenlegung von bestimmten Informationen vor. Die folgenden Angaben beruhen auf einer vorläufigen Auswertung hiervon betroffener Gesellschaften auf Basis

derzeitiger Strukturen. Der tatsächliche Effekt bei Erstanwendung dieser Interpretation kann hiervon deutlich abweichen.

Es ist wahrscheinlich, dass der Konzern bei vollem In-Kraft-Treten von FIN 46 folgende Arten rechtlicher Strukturen konsolidieren oder Informationen über diese offen legen muss:

in Mio €	31.12.2002	
	Aktiva	Maximales Verlustpotenzial
Commercial Paper-Programme	19 229	23 765
Laufzeitinvestmentfonds	13 719	13 719
Gewerbliche Immobilienleasinggesellschaften und geschlossene Fonds	8 181	5 246
Verbriefung von Vermögenswerten (Asset Securitization) und Sonstige	3 792	898

Für Commercial Paper-Programme agiert der Konzern als Verwalter, der den Verkauf von Krediten, sonstigen Forderungen oder Wertpapieren von Dritten an eine Commercial Paper-Gesellschaft arrangiert. Die Commercial Paper-Gesellschaft emittiert dann besicherte Commercial Paper am Markt. Die Verbindlichkeiten der Commercial Paper-Gesellschaft sind mit keinem Rückgriffsrecht auf den Konzern verbunden. Das maximale Verlustpotenzial des Konzerns resultiert daher überwiegend aus bereitgestellten Garantien oder Liquiditätsfazilitäten. Für bestimmte vom Konzern verwaltete Laufzeitinvestmentfonds garantiert der Konzern den Anlegern den Wert der Investmentfondsanteile. Das maximale Verlustpotenzial des Konzerns in Bezug auf diese Laufzeitinvestmentfonds ergibt sich hauptsächlich aus diesen Garantien. Hinsichtlich der gewerblichen Immobilienleasinggesellschaften und geschlossenen Fonds stellen Drittanleger im Wesentlichen eine erstrangige Finanzierung für den Kauf von gewerblichen Immobilien bereit, die an sonstige Dritte vermietet werden. Das maximale Verlustpotenzial des Konzerns resultiert primär aus nachrangigen Finanzierungen oder Garantien, die für diese Gesellschaften bereitgestellt werden. Bei Zweckgesellschaften zur Verbriefung von Vermögenswerten (Asset Securitization) und sonstigen Zweckgesellschaften kann der Konzern eine oder mehrere Tranchen von nachrangigen Eigentumsansprüchen beziehungsweise Rechten gekauft oder zurückbehalten haben. Für die Verbindlichkeiten dieser Zweckgesellschaften bestehen in der Regel keine Rückgriffsrechte auf den Konzern. Das maximale Verlustpotenzial des Konzerns bezieht sich daher primär auf das Risiko, das sich im Zusammenhang mit den vom Konzern erworbenen Ansprüchen und zurückbehaltenen Rechten ergibt.

[10] Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögensgegenstände

Der Buchwert der vom Konzern als Sicherheit verpfändeten Vermögensgegenstände (vorwiegend als Sicherheit für aufgenommene Gelder, Einlagen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen), bei denen der Sicherungsnehmer nicht das vertragliche Recht oder Gewohnheitsrecht besitzt, die Vermögensgegenstände des Konzerns zu veräußern oder zu verpfänden, stellt sich wie folgt dar:

in Mio €	31.12.2002	31.12.2001
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	–	2 027
Handelsaktiva	26 266	42 244
Wertpapiere „Available-for-sale“	445	1 675
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	12 275	12 557
Sachanlagen	586	347
Insgesamt	39 572	58 850

Am 31. Dezember 2002 hat der Konzern Sicherheiten mit einem Fair Value von 253 Mrd € (2001: 218 Mrd €) aus Wertpapierpensions- und -leihegeschäften, Derivategeschäften, Krediten gegen Wertpapiersicherheiten und anderen Transaktionen erhalten, für die er als Sicherungsnehmer das Recht zur Veräußerung oder Weiterverpfändung besitzt. Davon wurden für das Geschäftsjahr 2002 154 Mrd € (2001: 202 Mrd €) genutzt, um insbesondere Short-Verkäufe sowie Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte zu bedienen. Diese Beträge beinhalten kein Netting nach FIN 41.

[11] Sachanlagen

Die Sachanlagen einschließlich der unter Capital Lease-Verträgen aktivierten Anlagen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio €	31.12.2002	31.12.2001
Grundstücke	1 483	1 655
Gebäude	5 842	6 293
Einbauten in gemietete Räume	1 510	1 513
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 270	3 772
Erworbene Software	502	737
Selbst erstellte Software	796	998
Anlagen im Bau	346	237
Insgesamt	13 749	15 205
Abzüglich kumulierte Abschreibung	4 866	5 399
Sachanlagen (Bilanzwert)¹	8 883	9 806

¹ Davon wurden per 31. Dezember 2002 2,4 Mrd € (2001: 2,5 Mrd €) nicht im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit genutzt.

Der Konzern tritt als Leasingnehmer für Sachanlagen auf. Die künftigen Mindestleasingzahlungen abzüglich Betriebskosten betragen für Capital Leases zum 31. Dezember 2002:

in Mio €	
2003	153
2004	152
2005	147
2006	176
2007	148
2008 und später	1 461
Künftige Mindestleasingzahlungen	2 237
Abzüglich Zinsanteil	754
Barwert der Mindestleasingzahlungen	1 483

Zum 31. Dezember 2002 betragen die künftigen Mindestleasingeinnahmen aus Weitervermietung 723 Mio €. Die bedingten Leasingerträge für das Berichtsjahr beliefen sich auf 2 Mio €.

Die künftigen Mindestleasingzahlungen abzüglich Betriebskosten betragen für Operating Leases zum 31. Dezember 2002:

in Mio €	
2003	414
2004	371
2005	288
2006	246
2007	221
2008 und später	946
Künftige Mindestleasingzahlungen	2 486
Abzüglich Leasingeinnahmen aus Weitervermietung (Mindestbetrag)	221
Netto-Mindestleasingzahlungen	2 265

Nachstehend der Nettomietaufwand für Operating Leases:

in Mio €	2002	2001	2000
Bruttomietaufwand	869	970	905
Abzüglich Erträge aus Weitervermietung	97	79	121
Nettomietaufwand	772	891	784

[12] Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Wie in Note [1] und [2] erläutert, wendet der Konzern mit Wirkung vom 1. Januar 2002 SFAS 142 an. SFAS 142 verlangt, dass der Goodwill und bestimmte immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer nicht mehr planmäßig abgeschrieben, sondern zum Erstanwendungszeitpunkt von SFAS 142 und danach mindestens einmal jährlich auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft werden („Impairment-Test“). Alle anderen immateriellen Vermögenswerte werden weiterhin über ihre erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Gemäß SFAS 142 liegt eine Wertminderung des einer Berichtseinheit

(Unternehmensbereiche oder eine Ebene darunter) zugeordneten Goodwill vor, wenn der Buchwert der Berichtseinheit ihren geschätzten Fair Value übersteigt. Aus der Erstanwendung von SFAS 142 resultierte kein Abschreibungsbedarf. Der Konzern führt die jährliche Werthaltigkeitsprüfung jeweils im vierten Quartal durch, erstmals im vierten Quartal 2002.

Im vierten Quartal 2002 wurde in der Berichtseinheit Private Equity eine Abschreibung auf Goodwill von 62 Mio € verbucht. Ein erheblicher Teil der Berichtseinheit Private Equity wurde im vierten Quartal 2002 zum Verkauf gestellt und der Goodwill, der auf den verbleibenden Teil dieser Einheit entfällt, auf seine Werthaltigkeit hin überprüft und entsprechend im Wert gemindert.

Die folgende Übersicht zeigt die Zusammensetzung der erworbenen sonstigen immateriellen Vermögenswerte:

Sonstige immaterielle Vermögenswerte

in Mio €	Fortgeführte Anschaffungskosten		Kumulierte Abschreibungen		Bilanzwert	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte						
Kundenverträge	98	27	20	16	78	11
Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen	70	38	9	4	61	34
Andere kundenbezogene Werte	57	–	14	–	43	–
Sonstige	31	28	13	12	18	16
Insgesamt	256	93	56	32	200	61
Nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte						
Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen mit Privatanlegern und andere					1 111	–
Servicing Rights ¹					100	145
Sonstige immaterielle Vermögenswerte insgesamt					1 411	206

¹ Ansprüche aus der Forderungsverwaltung (Servicing Rights) werden den immateriellen Vermögenswerten zugeordnet, zum Buchwert oder niedrigeren Fair Value angesetzt und proportional zu den Erträgen über den erwarteten Zeitraum der Forderungsverwaltung aufgelöst.

Für das Geschäftsjahr 2002 beliefen sich die gesamten Aufwendungen für Abschreibungen auf sonstige immaterielle Vermögenswerte auf 26 Mio €.

Die geschätzten gesamten Aufwendungen für Abschreibungen für die folgenden fünf Geschäftsjahre betragen:

- in 2003: 31 Mio €
- in 2004: 24 Mio €
- in 2005: 20 Mio €
- in 2006: 19 Mio €
- in 2007: 18 Mio €

Im Geschäftsjahr 2002 erwarb der Konzern sonstige immaterielle Vermögenswerte in folgender Höhe:

in Mio €	Zugänge im laufenden Jahr	Gewichtete durchschnittliche Abschreibungs- dauer
Abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte		
Kundenverträge	75	15 Jahre
Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen	34	11 Jahre
Andere kundenbezogene Werte	58	9 Jahre
Sonstige	19	5 Jahre
Insgesamt	186	12 Jahre
Nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte		
Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen mit Privatanlegern und andere	1 111	Unbestimmt
Sonstige immaterielle Vermögenswerte insgesamt	1 297	

Für die im Geschäftsjahr 2002 erworbenen immateriellen Vermögenswerte wurde kein Restwert geschätzt.

Zum 31. Dezember 2002 stieg der Bilanzwert der sonstigen immateriellen Vermögenswerte um 1 205 Mio €. Dies war hauptsächlich auf den Erwerb von Scudder in Höhe von 1 161 Mio € und RREEF in Höhe von 82 Mio € zurückzuführen.

Goodwill

Der gesamte Goodwill wurde Berichtseinheiten zugewiesen. Pro Unternehmens-/Konzernbereich hat sich der Bilanzwert des Goodwill im Geschäftsjahr 2002 wie folgt geändert:

in Mio €	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Personal Banking	Private Banking	Asset Manage- ment	Corporate Invest- ments	Insgesamt
Bestand zum 1.1.2002	4 969	725	177	323	1 291	1 256	8 741
Änderungen zum Erwerbszeitpunkt von im Vorjahr erworbenem Goodwill	- 6	-	- 3	-	- 27	-	- 36
Zugänge	34	8	15	-	1 460	44	1 561
Wertminderungen	-	-	-	-	-	- 62	- 62
Abgänge	- 13	-	- 13	-	-	- 525	- 551
Wechselkursänderungen	- 723	- 98	-	- 47	- 316	- 97	- 1 281
Bestand zum 31.12.2002	4 261	635	176	276	2 408	616	8 372

Die Zugänge in Höhe von 1 561 Mio € waren hauptsächlich auf die Akquisitionen von Scudder mit 1 024 Mio € und RREEF mit 344 Mio € zurückzuführen.

Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte – Einführung der Bilanzierung nach SFAS 142

Vor der Einführung von SFAS 142 wurde der Goodwill linear über einen Zeitraum von bis zu 15 Jahren abgeschrieben. In den Jahren 2001 und 2000 waren die Bestimmungen von SFAS 142 für die Ergebnisermittlung noch nicht anzuwenden. Wenn SFAS 142 in diesen beiden Jahren angewandt worden wäre, hätten

sich folgende Zahlen für den Jahresüberschuss sowie das Ergebnis je Aktie und das verwässerte Ergebnis je Aktie ergeben:

in Mio €	2002	2001	2000
Jahresüberschuss			
Ausgewiesener Jahresüberschuss	397	167	13 513
Bereinigung: Abschreibungen auf Goodwill (nach Erträgen aus negativem Goodwill)	–	784	769
Bereinigung: Abschreibungen auf Equity Method Goodwill	–	18	15
Bereinigung: Abschreibungen auf andere immaterielle Vermögenswerte	–	7	–
Bereinigter Jahresüberschuss	397	976	14 297

in €	2002	2001	2000
Ergebnis je Aktie (basic)			
Ergebnis vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	0,58	0,60	22,00
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungs- methoden, nach Steuern	0,06	– 0,33	–
Ausgewiesener Jahresüberschuss	0,64	0,27	22,00
Bereinigung: Abschreibungen auf Goodwill (nach Erträgen aus negativem Goodwill)	–	1,26	1,25
Bereinigung: Abschreibungen auf Equity Method Goodwill	–	0,03	0,02
Bereinigung: Abschreibungen auf andere immaterielle Vermögenswerte	–	0,01	–
Bereinigter Jahresüberschuss	0,64	1,57	23,27

in €	2002	2001	2000
Verwässertes Ergebnis je Aktie			
Ergebnis vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	0,57	0,60	21,72
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungs- methoden, nach Steuern	0,06	– 0,33	–
Ausgewiesener Jahresüberschuss	0,63	0,27	21,72
Bereinigung: Abschreibungen auf Goodwill (nach Erträgen aus negativem Goodwill)	–	1,26	1,24
Bereinigung: Abschreibungen auf Equity Method Goodwill	–	0,03	0,02
Bereinigung: Abschreibungen auf andere immaterielle Vermögenswerte	–	0,01	–
Bereinigter Jahresüberschuss	0,63	1,57	22,98

[13] Zum Verkauf bestimmte Vermögensgegenstände

Im Geschäftsjahr 2002 beschloss der Konzern den Verkauf bestimmter Teile der Unternehmensbereiche Global Transaction Banking und Asset Management sowie des Konzernbereichs Corporate Investments. Das Nettovermögen dieser Bereiche, das überwiegend unter sonstige Finanzanlagen bilanziert wird, wurde zum 31. Dezember 2002 auf den niedrigeren Wert aus Buchwert oder Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, abgeschrieben, was zu einem Aufwand in Höhe von 217 Mio € führte.

[14] Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen

Kurzfristige Geldaufnahmen stellen geliehene Mittel mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu einem Jahr dar. Commercial Paper sind in der Regel innerhalb von 90 Tagen fällig. Die sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio €	31.12.2002	31.12.2001
Commercial Paper	4 320	14 251
Sonstige	7 253	6 221
Insgesamt	11 573	20 472

[15] Langfristige Verbindlichkeiten

In dieser Position weist der Konzern langfristige Mittel in verschiedenen Währungen mit festen und variablen Zinssätzen aus, wovon etwa die Hälfte auf Euro lautet.

Die zum 31. Dezember 2002 ausgewiesenen festverzinslichen Verbindlichkeiten sind mit Fälligkeiten bis zum Jahr 2050 und mit vereinbarten Zinssätzen zwischen 0,04 % und 16,00 % ausgestattet. Der gewichtete durchschnittliche Zinssatz für festverzinsliche Verbindlichkeiten betrug am 31. Dezember 2002 4,68 % (2001: 5,12 %). Zum 31. Dezember 2002 lagen die für variabel verzinsliche Verbindlichkeiten vereinbarten Zinssätze zwischen 0,02 % und 13,00 % mit Fälligkeiten bis zum Jahr 2050. Der gewichtete durchschnittliche Zinssatz für variabel verzinsliche Verbindlichkeiten betrug am 31. Dezember 2002 3,01 % (2001: 3,84 %).

Nachstehend eine Zusammenfassung der langfristigen Verbindlichkeiten des Konzerns:

nach Fälligkeit in Mio €	Fällig in 2003	Fällig in 2004	Fällig in 2005	Fällig in 2006	Fällig in 2007	Fällig nach 2007	Insgesamt 31.12.2002	Insgesamt 31.12.2001
Vorrangige Verbindlichkeiten								
Emissionen der Hypothekenbanken ¹								
mit fester Verzinsung	–	–	–	–	–	–	–	48 501
mit variabler Verzinsung	–	–	–	–	–	–	–	8 215
Sonstige Anleihen und Schuld- verschreibungen								
mit fester Verzinsung	5 940	7 085	4 669	5 688	2 706	26 525	52 613	59 773
mit variabler Verzinsung	6 374	7 548	5 715	7 422	2 741	12 246	42 046	39 167
Nachrangige Verbindlichkeiten								
Anleihen und Schuld- verschreibungen ²								
mit fester Verzinsung	2 198	62	210	1 248	532	2 940	7 190	8 885
mit variabler Verzinsung	258	268	88	20	368	1 204	2 206	2 367
Insgesamt	14 770	14 963	10 682	14 378	6 347	42 915	104 055	166 908

¹ Beinhaltet Pfandbriefe, die von deutschen Hypothekenbanken ausgegeben werden. Rückgang auf Null im Jahr 2002 auf Grund der Entkonsolidierung der Hypothekenbanktochter.

² Einschließlich Inhabergenußscheine mit einem Nominalbetrag von 1,2 Mrd DM und 1,4 Mrd DM, deren Laufzeit am 31. Dezember 2002 endete beziehungsweise am 31. Dezember 2003 endet. Die Rückzahlung erfolgt vorbehaltlich der Bestimmungen über die Teilnahme am Verlust am 30. Juni 2003 beziehungsweise 2004. Die Genußscheine gewähren eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende jährliche Ausschüttung von 9 % beziehungsweise 8,75 % des Nennbetrags. Im Geschäftsjahr 2001 wurden 75 Mio DM der zweiten Tranche zurückgezahlt.

Nachstehende Übersicht zeigt die Bandbreiten der Verzinsung auf der Grundlage der vertraglichen Geldaufnahmebedingungen:

	31.12.2002 ¹	31.12.2001 ¹
Vorrangige Verbindlichkeiten		
Emissionen der Hypothekenbanken ²		
mit fester Verzinsung	N/A	0,01 % – 8,45 %
mit variabler Verzinsung ³	N/A	3,03 % – 5,89 %
Sonstige Anleihen und Schuldverschreibungen		
mit fester Verzinsung	0,04 % – 16,00 %	0,02 % – 16,00 %
mit variabler Verzinsung	0,02 % – 13,00 %	0,08 % – 11,64 %
Nachrangige Verbindlichkeiten		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
mit fester Verzinsung	1,71 % – 10,50 %	0,88 % – 18,00 %
mit variabler Verzinsung	0,27 % – 8,00 %	0,70 % – 8,00 %

N/A – Nicht anwendbar

¹ Der Konzern emittiert vorrangige und nachrangige langfristige Verbindlichkeiten in verschiedenen Währungen. Die auf japanische Yen lautenden Verbindlichkeiten finden sich am unteren Ende der Zinsbandbreite, während die Zinssätze für auf südafrikanische Rand lautende Titel am oberen Ende der Zinsbandbreite angesiedelt sind.

² Rückgang auf Null im Jahr 2002 auf Grund der Entkonsolidierung der Hypothekenbanktöchter.

³ In 2001 nicht berücksichtigt sind Verbindlichkeiten in Höhe von 1,4 Mrd €, die im Zusammenhang mit spezifisch gepreisten strukturierten Transaktionen stehen und mit variablen Zinssätzen von 1,79 % bis 11,23 % ausgestattet sind.

Der gewichtete durchschnittliche Effektivzinssatz für die gesamten langfristigen Verbindlichkeiten betrug am 31. Dezember 2002 3,95 % (2001: 4,73 %).

Die Zinssätze für variabel verzinsliche Verbindlichkeiten basieren in der Regel auf dem LIBOR, in bestimmten Fällen beruhen sie auf Mindestzinssätzen, die in den Geldaufnahmebedingungen festgelegt sind.

Im Rahmen des Geschäfts mit eigenen Emissionen werden unterschiedliche Transaktionen durchgeführt. Diese Schuldverschreibungen können entweder im Rahmen der Kurspflege gehandelt oder für bestimmte Zeiträume gehalten werden. Rückkäufe eigener Schuldverschreibungen werden als vorzeitige Tilgung behandelt; die hieraus resultierenden Gewinne/Verluste in den Jahren 2002 und 2001 waren jedoch unwesentlich.

[16] Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)

Der Konzern hat 14 rechtlich selbstständige Treuhandgesellschaften gegründet, an denen er sämtliche Stammaktien hält und die in den Konzernabschluss einbezogen sind. Diese Treuhandgesellschaften verfügen nicht über eigenständige Vermögenswerte und üben keine eigenen Geschäftsaktivitäten aus. Sie dienen nur dem Zweck, kumulative und nicht kumulative Trust Preferred Securities auszugeben und die Emissionserlöse in entsprechender Höhe innerhalb des Konzerns in nachrangigen Schuldverschreibungen oder nicht kumulativen Vorzugsaktien anzulegen.

Die Trust Preferred Securities des Konzerns beliefen sich am 31. Dezember 2002 auf 3,1 Mrd € (2001: 4,1 Mrd €); hiervon betrafen 1,0 Mrd € (2001: 1,5 Mrd €) kumulative Kapitalinstrumente nach Abzug der abgegrenzten Emissionskosten und des noch nicht aufgelösten Disagios sowie 2,1 Mrd € (2001: 2,6 Mrd €) nicht kumulative Trust Preferred Securities.

Kumulative Trust Preferred Securities

Die nachrangigen Schuldverschreibungen, die einziger Vermögensgegenstand der Treuhandgesellschaft sind, stellen unbesicherte Schuldtitel des Konzerns dar und sind allen gegenwärtigen und künftigen nachrangigen Verbindlichkeiten und bestimmten anderen finanziellen Verpflichtungen des Konzerns nachgeordnet. Der Nominalwert der von den Treuhandgesellschaften gehaltenen nachrangigen Schuldverschreibungen entspricht dem jeweiligen Rückzahlungsbetrag der Trust Preferred Securities. Die nachrangigen Schuldverschreibungen sind mit dem gleichen Zinssatz und Fälligkeitsdatum ausgestattet wie die entsprechenden Trust Preferred Securities der Treuhandgesellschaft. Die Schuldverschreibungen können während der nachstehend erläuterten Tilgungsfristen vom Konzern vorzeitig gekündigt werden.

Die kumulativen Trust Preferred Securities sind Bestandteil des Ergänzungskapitals des Konzerns.

Nachstehend eine Zusammenfassung der ausgegebenen und ausstehenden kumulativen Trust Preferred Securities:

	Gesamter Rückzahlungsbetrag der Trust Preferred Securities per 31.12.2002	Gesamter Rückzahlungsbetrag der Trust Preferred Securities per 31.12.2001	Zinssatz per annum der Schuldverschreibungen und Trust Preferred Securities	Zinszahlungs-termine	Fälligkeit der Schuldverschreibungen und Trust Preferred Securities	Vorzeitige Fälligkeit ¹	Tilgungsperiode für die Schuldverschreibungen ab dem
BT Institutional Capital Trust A	264 Mio €	312 Mio €	8,09%	1.6., 1.12.	1.12.2026	–	1.12.2006
BT Institutional Capital Trust B	152 Mio €	180 Mio €	7,75%	1.6., 1.12.	1.12.2026	–	1.12.2006
BT Capital Trust B	197 Mio €	233 Mio €	7,90%	15.1., 15.7.	15.1.2027	15.1.2017	15.1.2007
BT Preferred Capital Trust I ²	–	283 Mio €	8,13%	31.3., 30.6. 30.9., 31.12.	1.2.2037	1.2.2002	1.2.2002
BT Preferred Capital Trust II ³	189 Mio €	230 Mio €	7,88%	25.2., 25.8.	25.2.2027	25.2.2012	25.2.2007
BTC Capital Trust I	200 Mio €	236 Mio €	3-Monats-LIBOR plus 0,75%	30.3., 30.6. 30.9., 30.12.	30.12.2026	–	30.12.2006
Insgesamt⁴	1 002 Mio €	1 474 Mio €					

¹ Unter bestimmten Umständen können die Fälligkeitsdaten vorverlegt werden.

² Die im Umlauf befindlichen Stücke wurden am 28. Februar 2002 zum Nominalwert zurückgezahlt.

³ Im Laufe des Geschäftsjahres 2002 kaufte der Konzern rund 6 Mio € BT Preferred Capital Trust II-Papiere zurück.

⁴ Ohne abgegrenzte Emissionskosten und noch nicht aufgelöstes Disagio in Höhe von 7 Mio € (2001: 13 Mio €).

Nicht kumulative Trust Preferred Securities

Die nicht kumulativen Preferred Securities, die einziger Vermögensgegenstand der Treuhandgesellschaften sind, stellen Vorzugsanteile an Gesellschaften mit beschränkter Haftung dar, die sich vollständig im Besitz des Konzerns befinden. Diese Gesellschaften mit beschränkter Haftung investieren die Erlöse aus den nicht kumulativen Preferred Securities in nachrangige Schuldverschreibungen des Konzerns. Die Zinsen auf die nachrangigen Schuldverschreibungen werden zu den in der nachstehenden Übersicht angegebenen Terminen an die Gesellschaften mit beschränkter Haftung gezahlt. Die den Treuhandgesellschaften (Trusts) zur Ausschüttung an die Gläubiger der nicht kumulativen Trust Preferred Securities (beziehungsweise Darlehen) zur Verfügung stehenden Mittel sind auf die seitens der Treuhandgesellschaften von den Gesellschaften mit beschränkter Haftung erhaltenen Ausschüttungen für die nicht kumulativen Preferred Securities beschränkt. Die Bedingungen für nicht kumulative Trust Preferred Securities sind im Wesentlichen mit den Bedingungen der nicht kumulativen Preferred Securities identisch, sie besitzen jedoch kein festgelegtes Fälligkeitsdatum. Aus-

schüttungen für die Trust Preferred Securities liegen im Ermessen der Gesellschaft, sind nicht kumulativ und erfolgen nur aus den Ausschüttungen, die bei den Treuhandgesellschaften eingegangen sind. Bei Tilgung der nicht kumulativen Preferred Securities muss die Treuhandgesellschaft eine entsprechende Anzahl von Trust Preferred Securities tilgen. Nach Ablauf individueller Restlaufzeiten zwischen 2 und 27 Jahren können die nicht kumulativen Preferred Securities nach Ermessen des Konzerns getilgt werden.

Die nicht kumulativen Trust Preferred Securities können dem Kernkapital des Konzerns zugerechnet werden.

Nachstehend eine Übersicht der ausgegebenen und ausstehenden nicht kumulativen Trust Preferred Securities:

	Gesamter Rückzahlungsbetrag der Trust Preferred Securities per 31.12.2002	Gesamter Rückzahlungsbetrag der Trust Preferred Securities per 31.12.2001	Verzinsung per annum der Schuldverschreibungen	Zinszahlungstermine
Deutsche Bank Capital Funding Trust I ¹	451 Mio €	760 Mio €	7,87 %	30.6., 30.12.
Deutsche Bank Capital Funding Trust II	211 Mio €	249 Mio €	7,75 %	30.3., 30.6., 30.9., 30.12.
Deutsche Bank Capital Funding Trust III	500 Mio €	500 Mio €	6,60 %	30.3., 30.6., 30.9., 30.12.
Deutsche Bank Capital Trust I	305 Mio €	361 Mio €	3-Monats-LIBOR +1,70 %	30.3., 30.6., 30.9., 30.12.
Deutsche Bank Capital Trust II	155 Mio €	172 Mio €	5,20 %	30.6., 30.12.
Deutsche Bank Capital Trust III	114 Mio €	134 Mio €	3-Monats-LIBOR +1,90 %	30.3., 30.6., 30.9., 30.12.
Deutsche Bank Capital Trust IV	156 Mio €	184 Mio €	3-Monats-LIBOR +1,80 %	30.3., 30.6., 30.9., 30.12.
Deutsche Bank Capital Trust V	216 Mio €	255 Mio €	3-Monats-LIBOR 1,80 %	30.3., 30.6., 30.9., 30.12.
Insgesamt	2 108 Mio €	2 615 Mio €		

¹ Einschließlich Anpassungen aus qualifiziertem Hedge Accounting von 44,0 Mio € für das Geschäftsjahr 2002 (2001: 22,1 Mio €). Der Rückzahlungsbetrag per 31. Dezember 2002 versteht sich abzüglich am Kapitalmarkt zurückgekaufter Papiere.

Die konzernintern begebenen nachrangigen Schuldverschreibungen sowie die nicht kumulativen Preferred Securities und die entsprechenden Aufwendungen und Erträge werden im Konzernabschluss eliminiert.

[17] Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien

Im Rahmen des Aktienrückkaufprogramms wurden Aktien der Deutschen Bank auf Termin gekauft sowie Verkaufsoptionen über Deutsche Bank-Aktien verkauft. Per 31. Dezember 2002 wurden die Verkaufsoptionen ausgeübt und die Aktien erworben. Insgesamt wurden durch Ausübung von Verkaufsoptionen 900 000 Aktien erworben. Der Kauf von 4 251 000 Aktien erfolgte auf Termin. Der bei Fälligkeit der Terminkäufe für die Aktien zu entrichtende Kaufpreis ist als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien auszuweisen und stellt damit einen Abzugsposten vom Eigenkapital dar, der in gleicher Höhe als Verbindlichkeit ausgewiesen wird.

[18] Stammaktien und aktienbasierte Vergütungspläne

Das gezeichnete Kapital der Deutschen Bank ist eingeteilt in Namensaktien ohne Nennwert. Der rechnerische Nominalwert nennwertloser Stückaktien ergibt sich aus der Division des gezeichneten Kapitals durch die Anzahl der Aktien. Danach beträgt der rechnerische Nominalwert 2,56 €.

Die Anzahl der Stammaktien veränderte sich wie folgt:

Anzahl der Aktien	2002	2001	2000
Ausstehende Stammaktien – Anfangsbestand	614 475 625	614 600 765	613 058 750
Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen	285 800	5 054 400	2 171 526
Erwerb Eigener Aktien	– 440 351 020	– 447 045 982	– 436 326 857
Verkauf oder Begebung Eigener Aktien	444 869 642	441 866 442	435 697 346
Im Rahmen des Aktienrückkaufprogramms erworbene Aktien	– 33 833 093	–	–
Ausstehende Stammaktien – Endbestand	585 446 954	614 475 625	614 600 765

Der Eigenbestand enthält sowohl Aktien, die vom Konzern über einen bestimmten Zeitraum gehalten werden, als auch Aktien, die mit der Absicht erworben wurden, sie kurzfristig wieder zu veräußern. Alle derartigen Transaktionen wurden im Eigenkapital ausgewiesen, Gewinne und Verluste aus diesen Aktivitäten wurden nicht ergebniswirksam.

Genehmigtes und bedingtes Kapital

Das Grundkapital der Deutschen Bank kann durch die Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen, erhöht werden. Zum 31. Dezember 2002 verfügte die Deutsche Bank über ein genehmigtes Kapital von 685 822 970 €, das in Teilbeträgen mit unterschiedlichen Befristungen, spätestens bis 30. April 2007, begeben werden kann:

Genehmigtes Kapital	Genehmigtes Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre	Befristet bis
127 822 970 € ¹	–	30. April 2003
300 000 000 €	–	30. April 2004
–	30 000 000 €	31. Mai 2005
128 000 000 € ¹	–	30. April 2006
100 000 000 €	–	30. April 2007

¹ Kapitalerhöhungen können beim Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen werden.

Außerdem besteht bei der Deutschen Bank ein bedingtes Kapital von 231 614 835 €. Das bedingte Kapital enthält mehrere Instrumente, die potenziell in Stammaktien umgewandelt werden können. Am 31. Dezember 2002 standen 80 000 000 € bedingtes Kapital für Optionsgenussscheine beziehungsweise Wandelgenussscheine, Optionsanleihen und Wandelschuldverschreibungen zur Verfügung, welche in einer oder mehreren Tranchen am beziehungsweise vor dem 30. April 2004 begeben werden können. 64 000 000 € standen bis 20. Mai 2005 für Optionsrechte aus dem DB Global Partnership Plan zur Verfügung, weitere 51 200 000 € für Optionsrechte bis 10. Mai 2003 aus dem DB Global Partnership Plan und 35 719 539 € für Optionsrechte aus dem DB Global Share Plan und dem db Share Plan. 695 296 € sind für den Global Equity Plan („GEP“) bestimmt. Diese Pläne werden nachstehend erläutert.

Der Konzern bilanziert seine aktienbasierten Vergütungspläne nach den Bestimmungen der APB 25. Aufwand aus aktienbasierten Vergütungen wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Personalaufwand ausgewiesen. Einzelheiten zur Bilanzierung der aktienbasierten Vergütung sind in Note [1] enthalten.

In Übereinstimmung mit den Vorschriften von SFAS 123 „Accounting for Stock-Based Compensation“ finden sich die maßgeblichen Pro-forma-Informationen zum Jahresüberschuss und zum Ergebnis je Aktie auf den Seiten 161 und 162. Nachstehend werden die wichtigsten aktienbasierten Vergütungspläne des Konzerns erläutert.

Aktienbasierte Vergütungen

DB Global Partnership

Aktienrechte. DB Equity Units sind Aktienrechte, von denen jedes dem Inhaber innerhalb von ungefähr vier Jahren nach der Gewährung, vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen, Anspruch auf eine Aktie der Deutschen Bank AG gewährt. Als Jahresboni gewährte DB Equity Units verfallen, wenn der Teilnehmer sein Dienstverhältnis unter bestimmten Umständen innerhalb der beiden ersten Jahre nach der Gewährung kündigt.

Der Personalaufwand für DB Equity Units wird im Performance-Jahr ergebniswirksam, da er sich auf den Jahresbonus als Teil der Vergütung bezieht. Der Personalaufwand basiert auf dem Börsenkurs einer Stammaktie am Tag der Gewährung.

Die Deutsche Bank gewährt einer ausgesuchten Gruppe von Mitarbeitern eine Sonderzusage als Halteprämie, die dann verfällt, wenn der Mitarbeiter vor Ende der Anwartschaftsdauer von etwa vier Jahren sein Dienstverhältnis kündigt. Der Personalaufwand für diese Zusage wird über die Dauer der Anwartschaft abgegrenzt.

Derzeit für Neubegebungen genutzte aktienbasierte Vergütungspläne

Optionen. Performance-Optionen sind Rechte auf den Erwerb von Aktien der Deutschen Bank AG. Als Referenzpreis wird der jeweils höhere Wert aus dem Börsenkurs der Aktie am Tag der Gewährung oder dem Durchschnitt der Börsenkurse der Aktie an der Frankfurter Wertpapierbörse für den Zeitraum von 10 Tagen bis einschließlich zum Tag der Gewährung bestimmt. Die Performance-Optionen werden zu einem Ausübungspreis von 120 % des Referenzpreises begeben.

Performance-Optionen unterliegen einer Anwartschaftsfrist von mindestens zwei Jahren. Grundsätzlich kann je ein Drittel der Optionen am zweiten, dritten und vierten Jahrestag der Gewährung ausgeübt werden. Wenn jedoch die Aktien für die Dauer von mehr als 35 aufeinander folgenden Börsentagen zu mehr als 130 % des Referenzpreises gehandelt werden, können die Performance-Optionen am Ende der 35-tägigen Handelsperiode oder am zweiten Jahrestag der Begebung ausgeübt werden, wobei das spätere Datum entscheidend ist. Wenn ein Teilnehmer unter bestimmten Umständen sein Dienstverhältnis vor dem Anwartschaftstermin kündigt, verfallen die ihm gewährten Performance-Optionen. Alle nicht bereits ausgeübten oder verfallenen Optionen verfallen spätestens am sechsten Jahrestag der Gewährung.

Für die Geschäftsjahre 2002 und 2001 wurde kein Personalaufwand ausgewiesen, weil der Ausübungspreis der Performance-Optionen den Börsenkurs der zu Grunde liegenden Aktien am Tag der Gewährung überschritt.

Appreciation Rights. Partnership Appreciation Rights („PARs“) sind Rechte auf eine fixierte Zahlung von 20 % des oben beschriebenen Referenzpreises. PARs werden zum gleichen Zeitpunkt und im selben Umfang wie die Performance-

Optionen ausübbar. PARs müssen dann zur gleichen Zeit und im gleichen Verhältnis wie die Performance-Optionen ausgeübt werden.

Für die Geschäftsjahre 2002 und 2001 wurde kein Personalaufwand ausgewiesen, weil PARs das Recht auf eine Zahlung darstellen, das nur zusammen mit der Ausübung der Performance-Optionen ausübbar ist. Damit wird der Ausübungspreis der Performance-Optionen effektiv auf den oben beschriebenen Referenzpreis verringert.

DB Global Share Plan

Mit einem Abschlag erworbene Stammaktien. In 2002 konnten berechnigte Mitarbeiter bis zu 20 Stammaktien erwerben. Berechnigte Rentner/Pensionäre konnten bis zu 10 Stammaktien erwerben. In 2002 waren nur deutsche Mitarbeiter zum Erwerb dieser Aktien mit einem Abschlag berechnigt. In 2001 konnten berechnigte Mitarbeiter bis zu 60 Aktien mit einem Abschlag erwerben. In bestimmten Ländern waren Rentner/Pensionäre berechnigt, an dem Plan teilzunehmen, und konnten bis zu 25 Stammaktien mit einem Abschlag erwerben. Der Abschlag war vom Ergebnis des Konzerns im vorangegangenen Geschäftsjahr abhängig. Der Teilnehmer besitzt eine unverfallbare Anwartschaft und erhält sämtliche Dividendenrechte für die erworbenen Aktien. Am Tag des Erwerbs erfasst der Konzern die Differenz zwischen dem Börsenkurs einer Stammaktie am Tag der Gewährung und dem vom Teilnehmer bezahlten Preis als Personalaufwand.

Optionen. In 2002 erhielten die teilnehmenden Mitarbeiter für jede erworbene Aktie fünf Optionen für den Kauf einer Aktie. In 2001 erhielten die teilnehmenden Mitarbeiter für jede erworbene Aktie eine Option für den Kauf einer Aktie. Die im Zusammenhang mit dem Kauf von Aktien gewährten Optionen sind nach zwei Jahren ausübbar und verfallen nach sechs Jahren. Nach Ablauf der zweijährigen Anwartschaftsfrist können die Optionen zum Ausübungspreis von 120% des Referenzpreises ausgeübt werden. Der Referenzpreis ist der jeweils höhere Wert aus dem Börsenkurs der Aktien am Tag der Gewährung oder dem Durchschnitt der Börsenkurse der Aktien an der Frankfurter Wertpapierbörse für den Zeitraum von 10 Tagen bis einschließlich zum Tag der Gewährung.

Grundsätzlich muss ein Teilnehmer mindestens ein Jahr für den Konzern gearbeitet haben und in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis stehen. Die Rechte verfallen bei Beendigung des Dienstverhältnisses. Teilnehmer, die vor der Erfüllung der Wartezeit pensioniert oder dauernd arbeitsunfähig werden, können trotzdem ihre Optionen während der Ausübungsfrist ausüben.

Für die nach dem DB Global Share Plan gewährten Optionen wird kein Personalaufwand erfasst, weil der Ausübungspreis den Börsenkurs der zu Grunde liegenden Aktien am Tag der Gewährung übersteigt.

DB Share Scheme

Unter dem DB Share Scheme gewährt der Konzern verschiedenen Mitarbeitern Aktienrechte, die das Recht auf den Erhalt von Stammaktien zu einem festgelegten künftigen Zeitpunkt einräumen. Der Personalaufwand für einen Teil der nach dem Plan gewährten Aktienrechte wird unmittelbar im Performance-Jahr erfolgswirksam verbucht, sofern er sich auf den Jahresbonus als Teil der Vergütung bezieht, während der Aufwand für den zu Haltezzwecken gewährten Rest der Aktienrechte über die Anwartschaftsfrist abgegrenzt wird, die in der Regel drei Jahre beträgt. Der Personalaufwand basiert auf dem Börsenkurs einer Stammaktie am Tag der Gewährung.

Restricted Equity Units

Unter dem Restricted Equity Units Plan gewährt der Konzern verschiedenen Mitarbeitern zu Halte Zwecken Aktienrechte, die das Recht auf den Erhalt von Stammaktien zu einem festgelegten künftigen Zeitpunkt einräumen. Der Personalaufwand für Restricted Equity Units wird über die Dauer der Anwartschaft von meist vier bis fünf Jahren abgegrenzt. Der Personalaufwand basiert auf dem Börsenkurs einer Stammaktie am Tag der Gewährung.

Global Equity Plan

Während der Jahre 1998, 1999 und 2000 haben Führungskräfte des Konzerns am Global Equity Plan („GEP“) teilgenommen und erhielten das Recht, Wandelschuldverschreibungen in der Stückelung von 1000 DM zum Nennwert zu erwerben. Am 16. Oktober 2001 erteilte der Vorstand die Genehmigung, die verbliebenen Teilnehmer am Global Equity Plan zu einem fixierten Abschlag je zu Grunde liegender Aktie herauszukaufen. Für Zwecke des Buy-out legte der Konzern einen Referenzpreis von 73,72 € zu Grunde, und die Mitarbeiter hatten die Möglichkeit, das Angebot innerhalb einer festgelegten Frist in 2001 anzunehmen. Am 31. Dezember 2001 haben 2775 Teilnehmer, die Wandelschuldverschreibungen im Wert von 55 429 000 DM (28 340 398 €) besaßen, die in 11 085 800 Aktien wandelbar waren, das Angebot angenommen und Zahlungen in Höhe von insgesamt 490 347 106 € erhalten. Der Personalaufwand für Mitarbeiter, die das Buy-out-Angebot angenommen haben, wurde in 2001 in voller Höhe abgegrenzt.

Am 31. Dezember 2002 stehen Wandelschuldverschreibungen der verbliebenen Teilnehmer aus, die im Anschluss an die Jahreshauptversammlung im Juni 2003 in 271 600 Stammaktien gewandelt werden können, sofern die spezifischen Performance-Kriterien erfüllt werden. Die nicht gewandelten Schuldverschreibungen werden bei Fälligkeit mit ihrem Nominalwert zurückgenommen.

Der Personalaufwand für die verbliebenen Teilnehmer am GEP ist variabel und basiert auf einem zum Bilanzstichtag geschätzten Abschlag für den entsprechenden Dreijahres-Performance-Zeitraum und dem jeweils aktuellen Börsenkurs der Stammaktien. Er wird über die Anwartschaftsfrist abgegrenzt. Der Personalaufwand für ausgeschiedene Teilnehmer, die ihr Anrecht behalten dürfen, wird im Jahr der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses in voller Höhe aufwandswirksam und am Ende jeder Berichtsperiode bis zum Umwandlungstag erneut bewertet. Der bereits abgegrenzte Personalaufwand für Mitarbeiter, deren Rechte verfallen sind, wird im Jahr ihres Ausscheidens zurückgenommen.

Stock Appreciation Rights Plans

Der Konzern begibt Stock Appreciation Rights („SARs“), die den berechtigten Mitarbeitern des Konzerns das Recht auf Auszahlung der Differenz zwischen dem Börsenkurs der Deutsche Bank-Aktie und einem festgelegten Basispreis einräumen. Die gewährten Rechte können etwa drei Jahre nach dem Tag der Gewährung ausgeübt werden. Die Stock Appreciation Rights verfallen etwa sechs Jahre nach dem Tag der Gewährung.

Der Personalaufwand für SARs ist variabel und wird jeweils zum Bilanzstichtag aus der Differenz des aktuellen Börsenkurses von Stammaktien zum Basispreis berechnet. Der Personalaufwand für einen Teil der gewährten Rechte wird unmittelbar im Performance-Jahr erfolgswirksam verbucht, sofern sie sich auf den Jahresbonus als Teil der Vergütung beziehen, während der Rest der gewährten Rechte über die Anwartschaftsfrist abgegrenzt wird.

**Aktienbasierte
Vergütungspläne,
unter denen keine
Neubegebungen
erfolgen**

db Share Plan

Mit einem Abschlag erworbene Stammaktien. Vor der Einführung des DB Global Share Plan waren bestimmte Mitarbeiter berechtigt, bis zu 60 Stammaktien mit einem Abschlag zu erwerben. Am Tag des Erwerbs erfasste der Konzern die Differenz zwischen dem notierten Börsenkurs einer Stammaktie am Tag der Gewährung und dem vom Teilnehmer bezahlten Preis als Personalaufwand. Die Konditionen des bisherigen db Share Plan entsprechen mit Ausnahme der nachstehend erläuterten Festlegung des Ausübungspreises der Optionen im Wesentlichen denen des DB Global Share Plan.

Optionen. Zusätzlich erhielten die teilnehmenden Mitarbeiter Optionen zum Kauf von bis zu 60 Aktien, abhängig von der Zahl der gekauften Aktien. Die im Zusammenhang mit dem Kauf von Aktien erworbenen Optionen sind nach etwa drei Jahren, beginnend mit dem Tag der Gewährung, ausübbar. Nach Ablauf der Wartezeit können die Optionen ausgeübt werden, wenn spezifische Performance-Kriterien erfüllt sind. In diesem Fall sind die Optionen während einer 15-tägigen Ausübungsfrist ausübbar, die am sechsten Handelstag nach der jeweiligen Jahreshauptversammlung beginnt. Der Ausübungspreis basiert auf dem durchschnittlichen Kurs der Stammaktie an der Frankfurter Wertpapierbörse (XETRA) an den fünf Handelstagen vor Beginn der Ausübungsfrist. Auf den Ausübungspreis wird ein Abschlag gewährt, der von den Performance-Kriterien des Konzerns abhängig ist. Der maximal mögliche Abschlag für die Teilnehmer beträgt 66,67%.

Der Personalaufwand basiert auf einem zum Bilanzstichtag geschätzten Abschlag für den entsprechenden Dreijahres-Performance-Zeitraum und dem jeweils aktuellen Börsenkurs der Stammaktien und wird über die Anwartschaftsdauer abgegrenzt. Der Personalaufwand für ausgeschiedene Teilnehmer, die ihr Anrecht behalten dürfen, wird im Jahr der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses in voller Höhe abgegrenzt und am Ende jeder Berichtsperiode bis zum Ausübungstag erneut bewertet. Der bereits abgegrenzte Personalaufwand für Mitarbeiter, deren Rechte verfallen sind, wird im Jahr ihres Ausscheidens zurückgenommen.

Sonstige

Der Konzern verfügt über weitere lokale aktienbasierte Vergütungspläne, die weder einzeln noch insgesamt wesentlich für den Konzernabschluss sind.

Personalaufwand

Der Konzern wies den Personalaufwand für seine wesentlichen aktienbasierten Vergütungspläne, die vorstehend beschrieben sind, wie folgt aus:

in Mio €	2002	2001	2000
DB Global Partnership ¹	4	19	–
DB Global Share Plan	3	4	–
DB Share Scheme / Restricted Equity Units	469	726	890
Global Equity Plan	– 6	302	236
Stock Appreciation Rights Plans ²	35	93	54
db Share Plan	– 45	53	126
Insgesamt	460	1 197	1 306

¹ In den Geschäftsjahren 2002 und 2001 belief sich der Personalaufwand für im Februar 2003 beziehungsweise Februar 2002 gewährte DB Equity Units auf 3,9 Mio € beziehungsweise 19 Mio €.

² Für die Geschäftsjahre 2002 und 2001 wurden Nettoverluste von 226 Mio € beziehungsweise 27 Mio € aus bestimmten, nicht zu Handelszwecken gehaltenen Aktienderivaten, die zum Ausgleich von Schwankungen des Werts der Rechte verwendet wurden, im Personalaufwand berücksichtigt.

Nachfolgend beschreiben wir die aktuell genutzten Vergütungspläne des Konzerns in den Geschäftsjahren 2002 und 2001 (in Tausend Aktien, ausgenommen Ausübungspreise):

	DB Global Partnership			DB Global Share Plan		
	DB Equity Units ¹	Performance-Optionen ²	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis	Aktien	Optionen ³	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis
Bestand per 31.12.2000	–	–	–	–	–	–
Gewährt	–	–	–	–	176	87,66 €
Ausgegeben	–	–	–	237	–	–
Verfallen	–	–	–	–	–1	87,66 €
Bestand per 31.12.2001	–	–	–	N/A	175	87,66 €
Gewährt	451	12 156	89,96 €	–	2 082	55,39 €
Ausgegeben	–	–	–	471	–	–
Verfallen	–43	–392	89,96 €	–	–22	57,99 €
Bestand per 31.12.2002	408	11 764	89,96 €	N/A	2 235	57,90 €
Gewichtete restliche Vertragslaufzeit am 31.12.2002		5 Jahre			5 Jahre und 9 Monate	

N/A – Nicht anwendbar. Der Teilnehmer besitzt eine unverfallbare Anwartschaft auf im Rahmen des DB Global Share Plan erworbene Aktien.
¹ Der gewichtete Durchschnitt des Fair Value je Aktie am Tag der Gewährung der DB Equity Units betrug für 2002 74,97 €.
² Der gewichtete Durchschnitt des Fair Value je Option am Tag der Gewährung in 2002 betrug 21,24 €.
³ Der gewichtete Durchschnitt des Fair Value je Option am Tag der Gewährung betrug für 2002 12,35 € und für 2001 22,76 €.

Am 31. Dezember 2002 und 2001 waren im Rahmen des DB Global Partnership Plan und des DB Global Share Plan keine Optionen ausübbar.

Des Weiteren wurden im Februar 2003 für das Performance-Jahr 2002 etwa 97 000 DB Equity Units gewährt, für die der Personalaufwand im Geschäftsjahr 2002 ausgewiesen wurde. Etwa 24 000 DB Equity Units wurden als Halteprämie gewährt.

Im Februar 2003 wurden etwa 15 Millionen Performance-Optionen und PARs für das Performance-Jahr 2002 gewährt.

Nachfolgend beschreiben wir den „DB Share Scheme“-Plan inklusive „Restricted Equity Units“ für die Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000 (in Tausend Aktien). Die Werte sind gemäß den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns für die Berücksichtigung des Personalaufwands in zwei Kategorien unterteilt. Als Bonus gewährte Aktienrechte werden, basierend auf dem Börsenkurs der Aktie am Tag der Gewährung, im Performance-Jahr im Personalaufwand berücksichtigt. Die Gewährung der Rechte erfolgt im Allgemeinen im Folgejahr. Als Halteprämie gewährte Rechte bedingen ein fortdauerndes Dienstverhältnis. Der Personalaufwand für als Halteprämie gewährte Aktienrechte basiert auf dem Börsenkurs einer Aktie am Tag der Gewährung und wird über die Anwartschaftsfrist abgegrenzt. Halteprämien werden auch an neu eingestellte Mitarbeiter gewährt, um bei ihrem früheren Arbeitgeber verfallene Rechte zu ersetzen.

in Tausend Aktien	Als Bonus gewährte Rechte ¹	Als Halteprämie (Retention) gewährte Rechte ²	Insgesamt
Bestand per 31.12.1999	1 327	3 540	4 867
Gewährt	4 898	5 264	10 162
Ausgegeben	- 2 526	- 1 717	- 4 243
Verfallen	- 274	- 200	- 474
Bestand per 31.12.2000	3 425	6 887	10 312
Gewährt	6 607	9 495	16 102
Ausgegeben	- 4 012	- 2 902	- 6 914
Verfallen	- 297	- 176	- 473
Bestand per 31.12.2001	5 723	13 304	19 027
Gewährt	6 386	12 148	18 534
Ausgegeben	- 5 603	- 4 243	- 9 846
Verfallen	- 417	- 1 610	- 2 027
Bestand per 31.12.2002	6 089	19 599	25 688

¹ Der gewichtete Durchschnitt des Fair Value je Aktie am Tag der Gewährung der Aktienrechte betrug für 2002, 2001 und 2000 jeweils 74,96 €, 97,96 € und 82,29 €.

² Der gewichtete Durchschnitt des Fair Value je Aktie am Tag der Gewährung der Aktienrechte betrug für die am Jahresende 2002 ausstehenden Rechte 70,28 €. Der gewichtete Durchschnitt des Fair Value je Aktie am Tag der Gewährung der Aktienrechte betrug für die am Jahresende 2002 ausstehenden Rechte 70,28 €. Für diese ausstehenden Rechte wurden bis zum Jahresende 2002 circa 400 Mio € Personalaufwand abgegrenzt.

Zusätzlich zu den in der obigen Tabelle enthaltenen Stückzahlen gewährte der Konzern im Februar 2003 die folgenden Aktienrechte:

(a) Etwa 1 Million Aktienrechte mit einem Fair Value von 39,61 € je Recht wurden im Rahmen des DB Share Scheme als Bonusrechte für das Performance-Jahr 2002 gewährt und vollständig im Personalaufwand des Geschäftsjahres 2002 berücksichtigt.

(b) Etwa 24 Millionen Restricted Equity Units wurden als Halteprämie gewährt. Jede Equity Unit verbrieft das Recht auf den Erhalt einer Stammaktie bis August 2007, abhängig von bestimmten Ausübungskriterien. Der Personalaufwand wird über die Anwartschaftsfrist abgegrenzt. Die Rechte werden in Erwartung eines anhaltenden Beitrags zum Erfolg des Konzerns begeben. Sie verfallen in der Regel, sofern ein Teilnehmer vor Ablauf der Anwartschaftsfrist sein Arbeitsverhältnis beendet. Der zu Grunde liegende Börsenkurs am Tag der Gewährung betrug für die im Jahr 2003 gewährten Rechte 39,61 €.

Nachfolgend beschreiben wir die aktienbasierten Vergütungspläne des Konzerns, für die keine neuen Begebungen erfolgen, in den Geschäftsjahren 2002, 2001 und 2000:

	Global Equity Plan	Stock Appreciation Rights Plan	db Share Plan	
in Tausend Aktien	Wandel- schuldver- schreibungen ¹	SARs ²	Aktien	Optionen ³
Bestand per 31.12.1999	10 977	–	–	1 633
Gekauft	6 968	–	2 172	–
Begeben	–	6 674	–	1 889
Verfallen	– 549	– 166	–	– 34
Bestand per 31.12.2000	17 396	6 508	N/A	3 488
Gewährt – ursprünglich	–	16 510	–	–
Ausgetauscht	–	– 16 223	–	–
Gewährt – neu	–	10 328	–	–
Gewandelte Schuldverschreibungen	– 5 054	–	–	–
Zurückgekaufte Wandelschuldverschreibungen	– 11 086	–	–	–
Verfallen	– 649	– 195	–	– 12
Bestand per 31.12.2001	607	16 928	N/A	3 476
Begeben	–	3	–	–
Ausgegeben	–	– 30	–	– 1 453
Gewandelte Schuldverschreibungen	– 286	–	–	–
Verfallen	– 49	– 555	–	– 170
Bestand per 31.12.2002	272	16 346	–	1 853
Gewichtete restliche Vertrags- laufzeit am 31.12.2002	5 Monate			5 Monate

N/A – Nicht anwendbar. Der Teilnehmer besitzt eine unverfallbare Anwartschaft auf im Rahmen des db Share Plan erworbene Aktien.
¹ Wandelschuldverschreibungen sind in der Konzernbilanz in der Position „Langfristige Verbindlichkeiten“ enthalten.
Die in obiger Tabelle aufgeführten Beträge entsprechen der Anzahl der entsprechenden Aktien in Tausend.
² SARs werden zu verschiedenen Basispreisen gewährt. Im Oktober 2001 wurden 16 223 276 SARs mit einem Basispreis von 98 €, die eine Wartezeit bis 2004 besitzen und in 2007 verfallen, durch 10 328 417 Rechte mit einem Basispreis von 67 € ersetzt.
³ Die zum 31. Dezember 2002 ausstehenden Optionen werden in einer Tranche nach der Jahreshauptversammlung in 2003 fällig.
Der gewichtete Durchschnitt des Fair Value je Option am Tag der Gewährung in 2000 betrug 63,47 €.

Am 31. Dezember 2002, 2001 oder 2000 waren im Rahmen des db Share Plan keine Optionen ausübbar.

Siehe Note [1] bezüglich der nach SFAS 123 erforderlichen Pro-forma-Information zum Jahresüberschuss und zum Ergebnis je Aktie. Die Pro-forma-Information wurde für die Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000 ermittelt, als ob der Konzern die an Mitarbeiter begebenen Aktienoptionen nach der Fair Value-Methode des SFAS 123 bilanziert hätte. Der Personalaufwand für Aktienrechte ist unter APB 25 und SFAS 123 identisch.

Für Zwecke der Pro-forma-Informationen wird der ermittelte Fair Value der Optionen im Performance-Jahr erfolgswirksam verbucht, wenn er sich auf Jahresboni als Teil der Vergütung bezieht, während der Personalaufwand für den Rest der gewährten Rechte über die Wartezeit abgegrenzt wird.

Pro-forma-Information nach SFAS 123

2002 und 2001 wurde der Fair Value der Optionsrechte zum Tag der Gewährung primär anhand eines Black-Scholes-Bewertungsmodells ermittelt. Der Fair Value der in 2000 gewährten Optionsrechte wurde zum Tag der Gewährung anhand eines Forward-Bewertungsmodells ermittelt. Der gewichtete Durchschnitt des Fair Value je Option und die angewandten Modellannahmen waren wie folgt:

	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2000
Gewichteter durchschnittlicher Fair Value je Option	12,03 €	21,29 €	63,06 €
Geschätzter Abschlag	N/A	N/A	66,67%
Risikoloser Zinssatz	3,45%	5,03%	4,99%
Voraussichtliche Laufzeiten (in Jahren)	4,4	4,5	2,78
Dividendenrendite	3,22%	1,55%	1,59%
Volatilität	43,2%	32,57%	–

N/A – Nicht anwendbar. Die in 2000 begebenen Optionen basieren auf einem Kursabschlag.

[19] Beschränkungen von Vermögenswerten und Dividenden

Mit der Einführung der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zum 1. Januar 1999 hat die Europäische Zentralbank die Verantwortung für die Geldpolitik und -kontrolle in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion, einschließlich Deutschland, übernommen.

Die Europäische Zentralbank hat für Institute, die das Einlagen- und Kreditgeschäft mit Kunden betreiben, Mindestreserveanforderungen festgesetzt. Diese Mindestreserven müssen einem bestimmten Prozentsatz der Verbindlichkeiten der Institute aus gewissen Einlagen sowie begebenen Schuldverschreibungen und Geldmarktinstrumenten entsprechen. Verbindlichkeiten gegenüber den nationalen Zentralbanken der Europäischen Währungsunion und anderen Banken in der Europäischen Währungsunion, die selbst den Mindestreserveanforderungen unterliegen, sind in dieser Berechnung nicht zu berücksichtigen. Seit dem 1. Januar 1999 hat die Europäische Zentralbank den Mindestreservesatz auf 2% festgesetzt. Für Einlagen mit einer Fälligkeit oder Kündigungsfrist von mehr als zwei Jahren, Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von mehr als zwei Jahren und für Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften wurde der Mindestreservesatz auf 0% festgesetzt. Jedes Institut ist verpflichtet, diese Mindestreserve bei der Zentralbank des Heimatlands zu hinterlegen.

Die Barreserve enthält Mindestreserverguthaben, die der Konzern bei verschiedenen Zentralbanken unterhalten muss. Diese Pflichtguthaben betragen am 31. Dezember 2002 450 Mio € (2001: 507 Mio €).

Gemäß der Satzung der Deutschen Bank AG und den gesetzlichen Bestimmungen in Deutschland basieren Dividenden auf dem Ergebnis der Deutsche Bank AG nach deutschen Bilanzierungsrichtlinien. Der Vorstand, der den Jahresabschluss der Deutsche Bank AG auf nicht konsolidierter Grundlage erstellt, und der Aufsichtsrat, der den Jahresabschluss prüft, weisen entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen einen Teil des Jahresüberschusses der Deutsche Bank AG (sofern vorhanden) den gesetzlichen Rücklagen und etwaigen Verlustvorträgen zu. Der restliche Betrag wird dann auf die einbehaltenen Gewinne (oder Gewinnrücklagen) und den Bilanzgewinn (oder ausschüttbaren Gewinn) verteilt. Maximal die Hälfte dieses restlichen Betrags darf den einbehaltenen Gewinnen zugeordnet werden, mindestens die Hälfte muss dem Bilanzgewinn zugewiesen werden. Die Verwendung des gesamten Bilanzgewinns der Deutsche Bank AG erfolgt nach entsprechendem Beschluss der Hauptversammlung.

Generell unterliegen verschiedene Konzerngesellschaften aufsichtsrechtlichen und sonstigen Beschränkungen, die Bardividenden und Ausleihungen an die Deutsche Bank einschränken können.

[20] Aufsichtsrechtliches Kapital

Die für den Konzern maßgeblichen aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanzregelungen basieren auf der verbindlichen Umsetzung der entsprechenden Richtlinien der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) sowie des Europarats durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“), die diese Zuständigkeit von der früheren Aufsichtsbehörde übernommen hat. Mit Wirkung ab 31. Dezember 2001 hat die BaFin dem Konzern gestattet, seine BIZ-Kapitaladäquanzquoten auf Basis der US GAAP-Zahlen zu ermitteln. Vor dem 31. Dezember 2001 berechneten wir die BIZ-Kapitaladäquanzquoten auf Grundlage der International Accounting Standards.

Die BIZ-Kapitalquote ist die zentrale Maßgröße für die Kapitaladäquanz internationaler Banken. Mit dieser Quote wird das aufsichtsrechtliche Kapital einer Bank ins Verhältnis gesetzt zu deren Kontrahenten- und Marktrisiken (im Deutsche Bank-Konzern als „Risikoposition“ bezeichnet). Das Kontrahentenrisiko wird ermittelt, indem bilanzielle und außerbilanzielle Engagements entsprechend ihrem relativen Risikogehalt zu Kategorien mit entsprechenden Risikogewichten zusammengefasst werden. Die Marktrisikokomponente des Konzerns ist das Mehrfache des ermittelten Value-at-risk, der für aufsichtsrechtliche Zwecke auf der Grundlage der konzerneigenen mathematischen Modelle berechnet wird. Diese Modelle wurden von der BaFin geprüft und zur Berechnung der Marktrisikokomponente der Risikoposition der Bank zugelassen. Das aufsichtsrechtliche Kapital einer Bank ist in die drei Bereiche Kern- oder Tier I-Kapital, Ergänzungskapital oder Tier II-Kapital und Drittrangmittel oder Tier III-Kapital aufgeteilt. Das Kern- beziehungsweise Tier I-Kapital besteht in erster Linie aus dem gezeichneten Kapital, den Kapital- und Gewinnrücklagen abzüglich bestimmter immaterieller Vermögenswerte (im Wesentlichen Goodwill) sowie den Effekten aus der Änderung von Steuergesetzen (siehe nachstehende Erläuterung). Ergänzungs- oder Tier II-Kapital besteht im Wesentlichen aus Genussrechtskapital, langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten, unrealisierten Gewinnen in börsennotierten Wertpapieren und der Vorsorge für inhärente Risiken im Kreditgeschäft. Das Tier III-Kapital setzt sich überwiegend aus kurzfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten zusammen. Die Mindestgesamtkapitalquote gemäß BIZ (Tier I + Tier II + Tier III) beträgt 8% der Risikoposition, wobei die Mindestkernkapitalquote gemäß BIZ (Tier I) 4% der Risikoposition beträgt. Nach Maßgabe der BIZ-Richtlinien können nachrangige Verbindlichkeiten nur bis zu 50% des Tier I-Kapitals als Tier II-Kapital angerechnet werden. Das gesamte Tier II-Kapital ist auf 100% des Tier I-Kapitals begrenzt.

Der Effekt aus der Steuerreform in Deutschland in Bezug auf Wertpapiere „Available-for-sale“ wird bei der Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Kapitals anders behandelt als in der handelsrechtlichen Rechnungslegung. Im Rahmen der Rechnungslegung werden latente Steuern für unrealisierte Gewinne aus Wertpapieren „Available-for-sale“ direkt zu Lasten der Position übriger umfassender Periodenerfolg (Other Comprehensive Income) gebildet, während die Auflösung der gebildeten latenten Steuerverbindlichkeiten bei Änderungen der gesetzlichen Ertragsteuersätze in der Periode als Berichtigung des Ertragsteueraufwands erfolgt, in der die Steuersatzänderung wirksam wird. Der sich aus dem oben beschriebenen Verfahren für die zwei wichtigen Änderungen der Steuer-

gesetzgebung in 1999 und 2000 ergebende positive Effekt auf die Gewinnrücklagen des Konzerns beläuft sich per 31. Dezember 2002 auf etwa 3,0 Mrd €. Für die Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals darf der Bruttobetrag der unrealisierten Gewinne aus Wertpapieren „Available-for-sale“ nicht dem Tier I-Kapital zugerechnet werden. Betroffen hiervon sind die Positionen kumulierter übriger umfassender Periodenerfolg (minus 2,9 Mrd €) und die in den Gewinnrücklagen enthaltene Auflösung der latenten Steuerverbindlichkeiten (3,0 Mrd €).

Die Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderungen kann bestimmte Maßnahmen seitens der BaFin oder anderer aufsichtsrechtlicher Behörden nach sich ziehen. Dies könnte erhebliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben. In der nachstehenden Tabelle sind die Beträge des aufsichtsrechtlichen Kapitals sowie die Kapitaladäquanzquoten des Konzerns (in Prozent der Risikoposition) nach den BIZ-Richtlinien aufgeführt:

in Mio € (außer Prozentangaben)	31.12.2002	31.12.2001
BIZ-Eigenkapital insgesamt	29 862	37 058
BIZ-Kernkapital	22 742	24 803
BIZ-Risikoposition ¹	237 479	305 079
BIZ-Eigenkapitalquote (Tier I + II + III)	12,6%	12,1%
BIZ-Kernkapitalquote (Tier I)	9,6%	8,1%

¹ Überwiegend gewichtete Risikoaktiva. Ferner sind Marktrisikooäquivalente von 6,2 Mrd € im Geschäftsjahr 2002 und 8,0 Mrd € im Geschäftsjahr 2001 enthalten.

Eigenkapital gemäß BIZ

Die Eigenmittel nach BIZ setzen sich entsprechend der folgenden Tabelle zusammen. Mit einer Eigenkapitalquote von 12,6% per 31. Dezember 2002 liegt die Deutsche Bank deutlich über der von der BIZ geforderten Mindestquote von 8%.

Das konsolidierte Kern- und Ergänzungskapital der in die aufsichtsrechtliche Konsolidierung einbezogenen Gesellschaften stellt sich wie folgt dar:

in Mio €		31.12.2002	
Stammaktien	1 592	Unrealisierte Gewinne in notierten Wertpapieren (mit 45% angerechnet)	138
Kapitalrücklage	11 199	Vorsorge für inhärente Risiken im Kreditgeschäft	687
Gewinnrücklagen, Konzerngewinn, Eigene Aktien, kumulierte Differenz aus der Währungsumrechnung, Rücklagen aus aktienbasierter Vergütung	20 089	Kumulative Vorzugsaktien	995
Anteile in Fremdbesitz	401	Nachrangige Verbindlichkeiten, sofern nach BIZ anrechenbar	5 300
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	2 287		
Sonstiges (Einlagen stiller Gesellschafter)	686		
In Abzug gebrachte Posten (überwiegend Goodwill und Steuereffekt aus der „Available-for-sale“-Bewertung)	- 13 512		
Kernkapital insgesamt	22 742	Ergänzungskapital insgesamt	7 120

Zu den für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidierten Gesellschaften zählen alle Tochtergesellschaften, die nach Maßgabe des Kreditwesengesetzes als Kreditinstitute, Finanzdienstleister und Finanzunternehmen sowie Unternehmen gelten, die dem Konzern bankbezogene Hilfsdienste bereitstellen. Nicht dazu gehören Versicherungsgesellschaften, Kapitalanlagegesellschaften in der Europäischen Union sowie Unternehmen außerhalb des Finanzsektors.

[21] Zinserträge und Zinsaufwendungen

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der Zinserträge und Zinsaufwendungen:

in Mio €	2002	2001	2000
Zinserträge			
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	1 469	2 912	2 303
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	6 579	8 226	8 007
Forderungen aus Wertpapierleihen	2 809	5 327	6 644
Zinserträge aus Wertpapieren „Available-for-sale“ und sonstigen Finanzanlagen	1 257	2 682	2 594
Dividendenerträge aus Wertpapieren „Available-for-sale“ und sonstigen Finanzanlagen	385	1 029	762
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	11 741	17 619	20 137
Handelsaktiva	11 378	15 571	14 439
Sonstige	163	273	245
Summe der Zinserträge	35 781	53 639	55 131
Zinsaufwendungen			
Verzinsliche Einlagen			
bei inländischen Konzerneinheiten	2 662	3 169	3 877
bei ausländischen Konzerneinheiten	6 657	12 555	13 020
Handelspassiva	4 410	5 723	6 285
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	7 049	10 829	10 979
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	580	1 902	2 161
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	705	1 636	2 708
Langfristige Verbindlichkeiten	6 362	8 918	8 767
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	170	287	306
Summe der Zinsaufwendungen	28 595	45 019	48 103
Zinsüberschuss	7 186	8 620	7 028

[22] Handelsergebnis

Das Handelsergebnis setzt sich aus den nachstehenden Komponenten zusammen:

in Mio €	2002	2001	2000
Handel in Zins- und Kreditprodukten	1 286	2 203	1 740
Handel in Aktien	62	1 610	3 367
Handel in Devisen, Metallen, Rohwaren	1 226	1 385	1 102
Sonstige Handelsgeschäfte ¹	1 450	833	1 416
Insgesamt	4 024	6 031	7 625

¹ Darin enthalten sind Gewinne und Verluste aus Derivaten, die nicht die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen.

[23] Versicherungsgeschäft

Im Folgenden sind die Komponenten der sonstigen Aktiva aus dem Versicherungsgeschäft dargestellt:

in Mio €	31.12.2002	31.12.2001
Kapitalanlagen der fondsgebundenen Lebensversicherung	7 514	11 467
Abgegrenzte Abschlusskosten	17	1 729
Sonstige	266	679
Sonstige Aktiva aus dem Versicherungsgeschäft	7 797	13 875

Alle anderen Aktiva des Versicherungsgeschäfts des Konzerns, im Wesentlichen Wertpapiere „Available-for-sale“, sind in den entsprechenden Positionen der Konzernbilanz erfasst.

Nachstehend folgt eine Übersicht über die Komponenten der Verbindlichkeiten und Rückstellungen aus dem Versicherungsgeschäft:

in Mio €	31.12.2002	31.12.2001
Deckungsrückstellungen	418	18 922
Rückstellungen der fondsgebundenen Lebensversicherung	7 514	11 932
Rückstellungen für Beitragsrückerstattungen	–	1 303
Andere Verbindlichkeiten und Rückstellungen aus dem Versicherungsgeschäft	625	3 084
Verbindlichkeiten und Rückstellungen aus dem Versicherungsgeschäft insgesamt	8 557	35 241

Der Deutsche Bank-Konzern verkaufte in 2002 den wesentlichen Teil des Versicherungsgeschäfts an Zurich Financial Services.

[24] Pensions- und sonstige Versorgungszusagen

Die Mehrzahl der Konzerngesellschaften in den wesentlichen Niederlassungsländern gewährt einem Großteil ihrer Mitarbeiter Leistungen der betrieblichen Altersversorgung. Die Höhe der Zusage an den Mitarbeiter basiert in erster Linie auf seinem Gehalt und der Dauer seiner Konzernzugehörigkeit.

Die wesentlichen Versorgungspläne des Konzerns bestehen für Mitarbeiter, die in den Vereinigten Staaten, Deutschland, Spanien, Italien, Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien für den Konzern tätig sind. Die Mehrzahl der leistungsberechtigten Mitarbeiter ist in Deutschland tätig. Sämtliche Pläne werden gemäß der Methodik des Ansammlungsverfahrens (Projected Unit Credit Method) bewertet. Im Dezember 2002 finanzierte der Konzern den überwiegenden Anteil seiner Pensionszusagen in Deutschland extern (funded). Zu diesem Zweck brachte der Konzern einen Betrag von 3,9 Mrd € in einen konkursgesicherten Trust ein. Die zugehörige, auf Stichtagswerten basierende Leistungsverpflichtung (Accumulated Benefit Obligation) beträgt insgesamt 3,5 Mrd €. Zusätzlich stockte der Konzern die Trusts (Planvermögen) seiner amerikanischen Pensionspläne um etwa 115 Mio € und die seiner britischen Pensionspläne um rund 300 Mio € auf. Die Versorgungszusagen in Deutschland, den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Asien werden in der Regel unternehmensextern finanziert (funded), während für die Versorgungspläne in Spanien und Italien die Mittelansammlung unternehmensintern erfolgt (unfunded).

Daneben werden Mitarbeiter bestimmter Konzerngesellschaften durch beitragsorientierte Pläne abgesichert. Das Vermögen aus sämtlichen beitragsorientierten Plänen befindet sich in unabhängig verwalteten Fonds. Die Höhe der Beiträge ist in der Regel vom Gehalt abhängig.

Darüber hinaus unterhalten Konzerngesellschaften unternehmensintern finanzierte, beitragspflichtige Gesundheitsfürsorgepläne für pensionierte Mitarbeiter. Diese sonstigen Versorgungszusagen werden überwiegend pensionierten Mitarbeitern mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten gemacht. Im Rahmen dieser Zusagen wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erforderlichen medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts erstattet. Der Konzern dotiert diese Pläne in Abhängigkeit von den zu erbringenden Leistungen.

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der Planverpflichtung des Konzerns und des Fair Value des Planvermögens für den am 31. Dezember 2002 endenden Zweijahreszeitraum sowie den Finanzierungsstatus per 31. Dezember für die jeweiligen Geschäftsjahre dar:

in Mio €	Pensionszusagen		Sonstige Versorgungszusagen	
	2002	2001	2002	2001
Entwicklung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen				
Barwert zum Jahresbeginn	6 772	6 416	151	121
Dienstzeitaufwand	323	309	4	4
Zinsaufwand	384	367	8	10
Rückwirkende Plananpassungen	11	–	20	–
Veränderung des Konsolidierungskreises	– 55	– 25	5	–
Versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (–)	– 194	– 83	5	25
Gezahlte Versorgungsleistungen	– 282	– 266	– 12	– 10
Minderungen der Anwartschaft/Übertragungen	4	–	–	– 5
Effekte aus Wechselkursänderungen	– 310	54	– 21	6
Barwert zum Jahresende	6 653	6 772	160	151
Entwicklung des Planvermögens				
Fair Value des Planvermögens zu Jahresbeginn	2 369	2 634	–	1
Tatsächliche Erträge aus Planvermögen	– 289	– 350	–	–
Zuwendungen des Arbeitgebers zum Planvermögen ¹	4 493	97	12	10
Gezahlte Versorgungsleistungen	– 103	– 100	– 13	– 10
Minderungen der Anwartschaft/Übertragungen	67	–	1	– 1
Effekte aus Wechselkursänderungen	– 241	88	–	–
Fair Value des Planvermögens zum Jahresende	6 296	2 369	–	–
Finanzierungsstatus				
Noch nicht berücksichtigter versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (–)	893	690	– 13	– 21
Noch nicht berücksichtigter Dienstzeitaufwand/-ertrag (–) aus rückwirkenden Planänderungen	– 1	26	15	– 8
Noch nicht berücksichtigter Übergangssaldo aus Erstanwendung von SFAS 87	1	– 5	–	–
Pensionsrückstellung zum Jahresende nach Abzug des überdotierten Planvermögens²	536	– 3 692	– 158	– 180

¹ Der Betrag für 2002 enthielt 3,9 Mrd € Zuführungen für die deutschen sowie 115 Mio € für die amerikanischen und 300 Mio € für die britischen Pensionspläne.

² Die Überdotierungen des Planvermögens beliefen sich am 31. Dezember 2002 auf 951 Mio € (2001: 665 Mio €). Die Überdotierungen betrafen ausschließlich Pensionszusagen.

Für solche Pläne, bei denen die auf Stichtagswerten basierende Leistungsverpflichtung (Accumulated Benefit Obligation) den Fair Value des Planvermögens übersteigt, betrug am 31. Dezember 2002 die aggregierte, auf Zukunftswerten basierende Leistungsverpflichtung (Projected Benefit Obligation) 1 454 Mio € (2001: 4 654 Mio €), die auf Stichtagswerten basierende Leistungsverpflichtung (Accumulated Benefit Obligation) 1 367 Mio € (2001: 4 185 Mio €) und der Fair Value des Planvermögens 1 084 Mio € (2001: 297 Mio €).

Eine Unterdeckung der Pensionsverbindlichkeit (Minimum Pension Liability) in Höhe von 8 Mio € (nach Steuern) ist vom übrigen umfassenden Periodenerfolg (Other Comprehensive Income) abgesetzt worden. Eine solche Unterdeckung entsteht, wenn die auf Stichtagswerten basierende Leistungsverpflichtung (Accumulated Benefit Obligation) größer ist als der Fair Value des Planvermögens.

Der Vorsorgeaufwand der Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000 setzte sich aus den nachstehenden Komponenten zusammen:

in Mio €	Pensionszusagen			Sonstige Versorgungszusagen		
	2002	2001	2000	2002	2001	2000
Dienstzeitaufwand	323	309	314	4	4	2
Zinsaufwand	384	367	339	8	10	7
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	- 175	- 197	- 200	-	-	-
Berücksichtigter versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (-)	39	1	15	-	- 1	-
Minderungen der Anwartschaft/Übertragungen	4	4	24	-	-	-
Amortisation des Übergangssaldos aus Erstanwendung von SFAS 87	- 10	- 10	- 13	-	-	-
Gesamtaufwand von leistungsorientierten Pensionsplänen	565	474	479	12	13	9
Aufwand für beitragsorientierte Pensionspläne	228	175	196	-	-	-
Sonstige Pläne	-	-	9	-	-	-
Nettovorsorgeaufwand	793	649	684	12	13	9

Die nachfolgend aufgeführten versicherungsmathematischen Annahmen sind auf Basis eines gewichteten Durchschnitts ermittelt worden und spiegeln die ökonomischen Bedingungen der Länder wider, in denen Pensionszusagen und sonstige Versorgungszusagen gemacht wurden:

	Pensionszusagen			Sonstige Versorgungszusagen ¹		
	2002	2001	2000	2002	2001	2000
Diskontierungssatz zur Bestimmung des Aufwands	5,7%	6,4%	5,7%	6,7%	7,2%	7,7%
Diskontierungssatz zur Bestimmung des Barwerts der Leistungszusage zum Jahresende	5,8%	6,1%	6,2%	6,7%	7,2%	7,6%
Gehaltssteigerungsrate zur Bestimmung des Aufwands	3,0%	3,4%	3,0%	4,5%	5,0%	5,0%
Gehaltssteigerungsrate zur Bestimmung des Barwerts der Leistungszusage zum Jahresende	2,0%	2,5%	3,5%	4,0%	5,0%	5,0%
Erwartete langfristige Vermögensrendite	6,7%	8,1%	8,2%	N/A	9,0%	9,0%

N/A – Nicht anwendbar

¹ Die durchschnittlich gewichteten versicherungsmathematischen Annahmen für sonstige Versorgungszusagen basieren überwiegend auf in den Vereinigten Staaten maßgeblichen Basisdaten, da die überwiegende Mehrzahl der sonstigen Versorgungszusagen des Konzerns in den Vereinigten Staaten gewährt wurde.

Für die Aufwandsermittlung der sonstigen Versorgungszusagen wurde ein jährlicher Anstieg von etwa 8,9% für die im Rahmen dieser Zusagen pro Kopf zu erbringenden Gesundheitsfürsorgeleistungen für das Jahr 2003 angenommen. Für den Prozentsatz werden ein allmählicher Rückgang auf annähernd 5,0% bis zum Jahre 2007 und eine anschließende Stagnation auf diesem Niveau erwartet. Die Annahmen über die Entwicklung der Gesundheitskosten haben materielle Auswirkungen auf die dargestellten Beträge der sonstigen Versorgungszusagen. Eine Veränderung in der unterstellten Entwicklung der Gesundheitskosten um

einen Prozentpunkt würde folgende Auswirkungen auf die sonstigen Versorgungszusagen des Konzerns haben:

in Mio €	Anstieg um 1 %-Punkt		Rückgang um 1 %-Punkt	
	2002	2001	2002	2001
Auswirkung auf die Dienstzeit- und Zinsaufwandskomponenten	2	2	- 2	- 2
Auswirkung auf die sonstigen Versorgungszusagen insgesamt	18	16	- 15	- 14

[25] Restrukturierungsaufwand

Restrukturierungspläne werden im Zusammenhang mit Akquisitionen und Umstrukturierungen von Unternehmensbereichen aufgestellt.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Rückstellungen in den Jahren 2002, 2001 und 2000 für Restrukturierungsprogramme im Konzern:

in Mio €	Konzern- Restrukturierung		Scudder- Restrukturierung		Pläne 2002 CIB Restrukturierung		Plan 2001 Konzern- Restrukturierung		2001 und vorher umge- setzte Pläne	Ins- gesamt
	Personal- maß- nahmen	Infra- struk- turmaß- nahmen	Personal- maß- nahmen	Infra- struk- turmaß- nahmen	Personal- maß- nahmen	Infra- struk- turmaß- nahmen	Personal- maß- nahmen	Infra- struk- turmaß- nahmen		
Stand zum 31.12.1999	-	-	-	-	-	-	-	-	302	302
Zuführung	-	-	-	-	-	-	-	-	173	173
Zweckbestimmte Verwendung	-	-	-	-	-	-	-	-	308	308
Auflösung	-	-	-	-	-	-	-	-	60	60 ¹
Wechselkursänderungen	-	-	-	-	-	-	-	-	21	21
Stand zum 31.12.2000	-	-	-	-	-	-	-	-	128	128
Zuführung	-	-	-	-	-	-	234	60	-	294
Zweckbestimmte Verwendung	-	-	-	-	-	-	22	-	128	150
Auflösung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wechselkursänderungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Stand zum 31.12.2001	-	-	-	-	-	-	212	60	-	272
Zuführung	235	105	83	3	215	50	-	-	-	691 ²
Zweckbestimmte Verwendung	203	92	57	-	77	27	173	54	-	683
Auflösung	-	-	-	-	-	-	20	2	-	22
Wechselkursänderungen	- 2	- 1	- 12	-	- 10	- 4	- 19	- 4	-	- 52
Stand zum 31.12.2002	30	12	14	3	128	19	-	-	-	206

¹ Davon 12 Mio € Goodwill-wirksam; Nettoaufwand nach Zuführung zu Rückstellungen 125 Mio €.

² 86 Mio € Scudder-Restrukturierung Goodwill-wirksam; 583 Mio € Nettoaufwand nach Auflösung von Rückstellungen.

Die Personalmaßnahmen umfassen im Wesentlichen Zahlungen im Zusammenhang mit der Beendigung von Arbeitsverhältnissen. Zu diesen Kosten zählen unter anderem Verpflichtungen aus Abfindungsvereinbarungen, Kündigung von Mitarbeitern und Vorruhestandsregelungen. Die Infrastrukturmaßnahmen

beinhalten insbesondere die Kündigung von Mietverträgen und die damit zusammenhängenden Aufwendungen.

Von der zum 31. Dezember 2002 verbliebenen Restrukturierungsrückstellung entfielen 172 Mio € auf Personalmaßnahmen, die mit einem weiteren Abbau von etwa 1 500 Arbeitsplätzen verbunden sind. Alle ausstehenden Personal- und Infrastrukturmaßnahmen sollen bis Mitte 2003 umgesetzt sein.

Im Geschäftsjahr 2002 wurden insgesamt circa 5 400 Stellen abgebaut, verbunden mit Zahlungen zu Lasten der Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 510 Mio €.

Nachfolgend beschreiben wir die Restrukturierungspläne des Konzerns in den Geschäftsjahren 2002 und 2001.

Konzern-Restrukturierung. Der Konzern wies im ersten Quartal 2002 einen Aufwand vor Steuern in Höhe von 340 Mio € für ein alle Konzernbereiche betreffendes Restrukturierungsprogramm aus: Corporate and Investment Bank (CIB), Private Clients and Asset Management (PCAM) und Corporate Investments (CI). Von dem obigen Gesamtbetrag von 340 Mio € entfallen 246 Mio € auf Maßnahmen für Restrukturierungen im Konzernbereich PCAM, 93 Mio € in CIB und 1 Mio € in CI. Insgesamt sind etwa 2 100 Mitarbeiter von diesen Restrukturierungsplänen betroffen. Die Restrukturierung umfasst eine breite Palette an Maßnahmen insbesondere zur Straffung unseres Filialnetzes in Deutschland sowie unserer Infrastruktur.

Im Geschäftsjahr 2002 wurden etwa 2 000 Stellen abgebaut und 295 Mio € der Rückstellung zweckbestimmt verwendet. Zum 31. Dezember 2002 bestanden noch Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 30 Mio € für Abfindungen und sonstige Kosten im Zusammenhang mit dem Abbau von etwa 100 weiteren Stellen sowie 12 Mio € für die Kündigung von Mietverträgen und die damit verbundenen Aufwendungen. Sämtliche geplanten Maßnahmen sollen bis zum Ende des ersten Quartals des Jahres 2003 abgeschlossen werden.

CIB-Restrukturierung. Im zweiten Quartal 2002 bildete der Konzern eine Rückstellung in Höhe von 265 Mio € für Restrukturierungsmaßnahmen im Konzernbereich CIB. Der Plan betraf etwa 2 000 Mitarbeiter aller Hierarchieebenen des Konzerns.

Das Restrukturierungsprogramm, dem eine eingehende Überprüfung der Geschäftsaktivitäten des Konzernbereichs vorausging, spiegelt die künftige Marktstrategie des Konzerns wider. Betroffen sind die Bereiche Kundenbetreuung, Ausführung von Kundenaufträgen und Relationship Management-Prozesse; das Depot-, Handelsfinanzierungs- und sonstige Abwicklungsgeschäft und die damit in Verbindung stehenden Supportfunktionen der Abwicklungs-, Infrastruktur- und Immobilienbereiche.

Im Geschäftsjahr 2002 wurden etwa 800 Stellen abgebaut und 104 Mio € der Rückstellung zweckbestimmt verwendet. Die per 31. Dezember 2002 bestehenden Rückstellungen in Höhe von 128 Mio € betrafen Abfindungen und sonstige Kosten im Zusammenhang mit der Beendigung von Arbeitsverhältnissen zum Abbau etwa 1 200 weiterer Stellen sowie 19 Mio € für die Kündigung von Mietverträgen und die damit verbundenen Aufwendungen. Sämtliche geplanten Maßnahmen sollen bis zum Ende des ersten Halbjahres 2003 abgeschlossen werden.

Scudder-Restrukturierung. Im Geschäftsjahr 2002 bildete der Konzern eine Restrukturierungsrückstellung in Höhe von 86 Mio € für Restrukturierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Akquisition von Zurich Scudder Investments,

Pläne 2002

Inc. Per Akquisitionsdatum wurden davon Goodwill-wirksam etwa 83 Mio € für Abfindungen und sonstige Kosten im Zusammenhang mit der Beendigung von Arbeitsverhältnissen sowie 3 Mio € für sonstige Kosten, vor allem für Infrastrukturmaßnahmen, als Verbindlichkeit erfasst. Insgesamt sind etwa 1 000 Mitarbeiter von Scudder von diesem Restrukturierungsplan betroffen.

Von der per 31. Dezember 2002 verbliebenen Rückstellung entfielen 14 Mio € auf Abfindungen und sonstige Kosten im Zusammenhang mit der Beendigung von Arbeitsverhältnissen zum Abbau von etwa 150 weiteren Stellen. 3 Mio € standen für die Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung. Sämtliche geplanten Maßnahmen sollen bis Mitte des Jahres 2003 abgeschlossen werden.

Plan 2001

Konzern-Restrukturierung. Der Konzern wies im vierten Quartal 2001 einen Aufwand vor Steuern in Höhe von 294 Mio € für ein Restrukturierungsprogramm aus, von dem zwei Konzernbereiche betroffen waren: CIB und PCAM. Von dem ursprünglichen Gesamtbetrag in Höhe von 294 Mio € entfielen 213 Mio € auf Restrukturierungsmaßnahmen in CIB und 81 Mio € in PCAM einschließlich 14 Mio €, die das Private Clients Services-Geschäft (PCS) betrafen, das von PCAM zum Konzernbereich CIB übertragen wurde. Der Konzern sah einen Abbau von etwa 2 400 Mitarbeitern aller Hierarchieebenen vor.

Die Restrukturierungsmaßnahmen in CIB wurden im Jahr 2001 auf Grund veränderter Marktbedingungen beschlossen und sollten das neue CIB-Struktur- und -Geschäftsmodell, das 2001 eingeführt wurde, weiterentwickeln. In erster Linie hatte dies Auswirkungen auf die CIB-Kundenbetreuungsprozesse, bestimmte Aspekte des Cash Managements sowie auf das Depot- und Handelsfinanzierungsgeschäft der Global Transaction Bank und die damit in Verbindung stehenden Support-Funktionen der Abwicklungs-, Infrastruktur- und Immobilienbereiche. Der Plan sah darüber hinaus die weitere Straffung der Führungsstruktur als Auswirkung der Neuausrichtung der PCAM-Geschäftsaktivitäten (einschließlich Immobilienbetreuung) vor.

Per 31. Dezember 2001 waren etwa 200 Positionen abgebaut. Im Geschäftsjahr 2002 schieden im Rahmen des Restrukturierungsplans etwa 1 800 weitere Mitarbeiter aus. Da insbesondere wesentlich mehr Mitarbeiter als erwartet den Konzern auf eigenen Wunsch verließen, brauchten bestimmte Maßnahmen zum Stellenabbau, die im Restrukturierungsplan vorgesehen waren, nicht mehr ergriffen zu werden. Daher wurden in 2002 Rückstellungen in Höhe von 20 Mio € erfolgswirksam aufgelöst. Die verbliebene Rückstellung für Infrastrukturmaßnahmen in Höhe von 2 Mio € wurde ebenfalls in 2002 erfolgswirksam aufgelöst.

[26] Ertragsteuern

Komponenten des Steueraufwands/-ertrags:

in Mio €	2002	2001	2000
Inland	215	486	337
Ausland	494	1 102	1 351
Tatsächliche Steuern	709	1 588	1 688
Inland	2 992	100	- 8 356
Ausland	- 512	- 259	24
Latente Steuern	2 480	-159	- 8 332
Insgesamt	3 189	1 429	- 6 644

Die nachstehende Übersicht zeigt eine Analyse des Unterschiedsbetrags zwischen dem Steueraufwand/-ertrag (–), der sich bei Anwendung des deutschen Ertragsteuersatzes, bezogen auf das Ergebnis vor Steuern, ergeben würde, und dem tatsächlich ausgewiesenen Steueraufwand/-ertrag (–):

in Mio €	2002	2001	2000
Erwarteter Steueraufwand bei einem Ertragsteuersatz von 39,2% in Deutschland (52,4% für 2000)	1 391	707	3 599
Auswirkungen der Reform des Unternehmenssteuerrechts in Deutschland	2 817	995	– 9 287
Minderung der inländischen Körperschaftsteuer auf Ausschüttungen	– 65	–	– 172
Steuerbefreite Einnahmen	– 1 824	– 1 077	– 101
Steuersatzdifferenzen auf ausländische Ergebnisse	87	– 146	– 903
Veränderung der Wertberichtigung latenter Steuerforderungen	254	286	– 108
Nicht abziehbare Aufwendungen	223	354	98
Abschreibungen/nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill	24	363	404
Anrechenbare Steuern auf inländische Dividendenerträge	– 7	– 109	– 144
Steuereffekt auf Gewinn (–)/Verlust aus Anteilen an at equity bewerteten Unternehmen	348	143	– 157
Sonstige	– 59	– 87	127
Ausgewiesener Steueraufwand/-ertrag (–)	3 189	1 429	– 6 644

Im Geschäftsjahr 2000 wurden in Deutschland neue Steuergesetze verabschiedet, nach denen die Körperschaftsteuersätze gesenkt und Gewinne aus dem Verkauf von Anteilen an deutschen Kapitalgesellschaften von der Steuer befreit wurden. Der Körperschaftsteuersatz wurde ab 1. Januar 2001 von 40 % auf einbehaltene Gewinne und 30 % auf ausgeschüttete Gewinne auf einen einheitlichen Steuersatz von 25 % gesenkt. Der in Deutschland maßgebliche Ertragsteuersatz, der für die Berechnung der latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten angewendet wurde, setzt sich zusammen aus der Körperschaftsteuer, dem Solidaritätszuschlag und der Gewerbesteuer und betrug per 31. Dezember 2000 39,3%. Dieser entsprach zu diesem Zeitpunkt dem für 2001 erwarteten Steuersatz. Im Rahmen der Änderung der Steuergesetze wurden mit Wirkung ab 1. Januar 2002 auch Gewinne aus dem Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften von der Steuer befreit. Infolge dieser Änderungen wurde per 31. Dezember 2000 eine Ertragsteuerminderung in Höhe von 9,3 Mrd € ausgewiesen. Etwa 6,2 Mrd € des Steuerertrags infolge der Änderung der Steuersätze in 2000 ist auf die Auflösung von latenten Steuerverbindlichkeiten zurückzuführen, die bisher auf unrealisierte Gewinne aus Wertpapieren „Available-for-sale“ gebildet worden waren, obwohl diese latenten Steuern ursprünglich zu Lasten des übrigen umfassenden Periodenerfolgs (Other Comprehensive Income) und nicht zu Lasten der Erträge gebildet wurden.

Mit der Veräußerung von Wertpapieren in den Geschäftsjahren 2002 und 2001, für die latente Steuern im übrigen umfassenden Periodenerfolg (Other Comprehensive Income) kumuliert waren, mussten diese insoweit aufgelöst werden. Dadurch entstand ein Ertragsteueraufwand von 2 817 Mio € beziehungsweise 995 Mio €. Dieser Steueraufwand führt jedoch nicht zu tatsächlichen Steuerzahlungen und hat auch keine Auswirkung auf das Eigenkapital.

Die kumulierten latenten Steuern, die im übrigen umfassenden Periodenerfolg (Other Comprehensive Income) verblieben sind, sind in den Jahren, in denen die Wertpapiere verkauft werden, aufzulösen und werden dann als Umkehreffekt den Ertragsteueraufwand erhöhen. Am Ende der Geschäftsjahre 2002 und 2001

belaufen sich die latenten Steuern im kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolg (Other Comprehensive Income) auf etwa 3,0 Mrd € beziehungsweise 5,9 Mrd €.

Der Körperschaftsteuersatz wurde in Deutschland im September 2002 nur für das Jahr 2003 um 1,5 Prozentpunkte auf 26,5% angehoben. Dies erhöht den Ertragsteuersatz auf 40,5%, der auf temporäre Wertunterschiede anzuwenden ist, die sich in 2003 umkehren. Der daraus resultierende Steuerertrag hatte keine materielle Auswirkung auf den Ertragsteueraufwand.

Nachfolgend dargestellt sind die Ursachen und steuerlichen Auswirkungen von temporären Unterschiedsbeträgen zwischen den Bilanzwerten und ihren steuerlichen Wertansätzen und von steuerlichen Verlustvorträgen, die zu wesentlichen latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten geführt haben:

in Mio €	31.12.2002	31.12.2001
Latente Steuerforderungen		
Handelsaktiva/-passiva	12 298	17 424
Steuerliche Verlustvorträge und Steuergutschriften	2 632	2 222
Sachanlagen	673	756
Sonstige Aktiva	2 253	2 913
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	152	315
Sonstige Rückstellungen	593	883
Insgesamt	18 601	24 513
Wertberichtigung latenter Steuerforderungen	- 949	- 965
Latente Steuerforderungen nach Wertberichtigung	17 652	23 548
Latente Steuerverbindlichkeiten		
Handelsaktiva/-passiva	13 197	19 468
Sachanlagen	689	434
Bewertung von Wertpapieren	82	236
Sonstige Passiva	858	974
Insgesamt	14 826	21 112
Latente Steuerforderungen, per saldo	2 826	2 436

In den Bilanzpositionen sonstige Aktiva und sonstige Passiva per 31. Dezember 2002 und 2001 sind latente Steuerforderungen in Höhe von 3,9 Mrd € beziehungsweise 3,8 Mrd € und Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 1,1 Mrd € beziehungsweise 1,4 Mrd € enthalten.

Einige Auslandsfilialen und Konzerngesellschaften haben latente Steuerforderungen für steuerliche Verlustvorträge und für Steuergutschriften gebildet, die den zukünftigen Steueraufwand verringern werden. Die steuerlichen Verlustvorträge per 31. Dezember 2002 belaufen sich auf 6,3 Mrd €, wovon 5,9 Mrd € unbefristet nutzbar sind und 429 Mio € zu verschiedenen Zeitpunkten bis 2021 genutzt werden können. Die Steuergutschriften beliefen sich auf 326 Mio €, wovon 221 Mio € bis 2004, 33 Mio € bis 2005 und 72 Mio € unterschiedlich befristet sind. Es wurden Wertberichtigungen auf die latenten Steuerforderungen für steuerliche Verlustvorträge und Steuergutschriften vorgenommen, bei denen nicht hinreichend sicher ist, dass zukünftig ausreichende Erträge zur Nutzung dieses Steuerpotenzials zur Verfügung stehen.

Auf die per 31. Dezember 2002 kumulierten einbehaltenen Erträge von Auslandstöchtern in Höhe von 5,2 Mrd € sind für Ertragsteuern und ausländische Quellensteuern keine latenten Steuerverbindlichkeiten bilanziert worden, da davon auszugehen ist, dass diese Erträge von den Gesellschaften reinvestiert

werden und die Ermittlung der latenten Steuerverbindlichkeiten auf die nicht ausgeschütteten Gewinne mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand verbunden gewesen wäre.

[27] Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie wird durch Division des Jahresüberschusses durch die durchschnittliche Anzahl der im Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt. Diese durchschnittliche Aktienzahl ergibt sich aus der Stückzahl der ausstehenden Stammaktien zuzüglich noch nicht zugeteilter Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen.

Das verwässerte Ergebnis je Aktie wird durch Addition des Zinsaufwands für Wandelschuldverschreibungen zum Jahresüberschuss und anschließender Division der Summe durch die durchschnittliche Anzahl der im Berichtsjahr ausstehenden und verwässerungsfähigen Aktien ermittelt.

Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung und Ausübung ausstehender Aktienoptionen, zugeteilter Aktienrechte und Wandelschuldverschreibungen in Stammaktien nach der Treasury Stock-Methode zu Grunde, sofern bei Ausübung eine Verwässerung erfolgt. Nach Maßgabe der Treasury Share-Methode wird die Anzahl der zusätzlichen Aktien unter der Annahme errechnet, dass ausstehende Aktienoptionen, zugeteilte Aktienrechte und Aktien aus Wandelanleihen ausgeübt werden, vermindert um die Anzahl der Aktien, die zum durchschnittlichen Börsenkurs der Stammaktien im Berichtsjahr aus dem Emissionserlös hätten zurückgekauft werden können.

Die nachfolgenden Tabellen beinhalten die Berechnung des Ergebnisses je Aktie:

in Mio €	2002	2001	2000
Ergebnis vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	360	374	13 513
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	37	- 207	-
Maßgeblicher Jahresüberschuss – Zähler für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie	397	167	13 513
Verwässerungseffekt aus: Wandelschuldverschreibungen	-	-	1
Maßgeblicher Jahresüberschuss – Zähler für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie nach angenommener Wandlung	397	167	13 514
Anzahl der Aktien	2002	2001	2000
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie	615 867 917	619 809 559	614 303 797
Verwässerungseffekt aus:			
Optionen	4 350 557	800 535	842 839
Wandelschuldverschreibungen	107 527	174 003	4 296 519
gewährten Aktienrechten	6 145 041	2 003 504	2 748 708
Verwässerungspotenzial insgesamt	10 603 125	2 978 042	7 888 066
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	626 471 042	622 787 601	622 191 863
in €	2002	2001	2000
Ergebnis je Aktie (basic)			
Ergebnis vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	0,58	0,60	22,00
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	0,06	- 0,33	-
Jahresüberschuss	0,64	0,27	22,00
Verwässertes Ergebnis je Aktie			
Ergebnis vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	0,57	0,60	21,72
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden, nach Steuern	0,06	- 0,33	-
Jahresüberschuss	0,63	0,27	21,72

[28] Segmentberichterstattung

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2002 haben wir die Managementberichts-systeme des Konzerns modifiziert, um Änderungen bei den Methoden zur Steuerung der Bereiche sowie bei den Managementverantwortlichkeiten für bestimmte Geschäftsfelder zu reflektieren.

Ziel der Anpassung der Methoden zur Steuerung unserer Bereiche war eine stärkere Annäherung an US GAAP. Sie bezogen sich im Wesentlichen auf den Ausweis von aktienbasierten Vergütungen, die Bilanzierung von at equity bewerteten Unternehmen, die Eliminierung von Ergebnissen aus eigenen Anleihen sowie die Klassifizierung von Ergebnisanteilen konzernfremder Gesellschafter

als zinsunabhängige Aufwendungen. Zusätzlich haben wir Anpassungen vorgenommen, die sich auf das der internen Steuerung der Segmente zu Grunde liegende Format bezogen.

Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden die Ergebnisse der Vorjahre um die Änderungen in der Darstellung und der Managementzuständigkeiten angepasst.

Der **Konzernbereich Corporate and Investment Bank** betreut unsere gesamten Firmen- und institutionellen Kunden. Dies umfasst kleine und mittelständische Firmen sowie multinationale Unternehmen. Wir betreuen unsere Kunden über die Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities und Global Transaction Banking.

Im **Konzernbereich Private Clients and Asset Management** sind unsere globalen Geschäftsaktivitäten für private Kunden sowie unser aktives und passives Vermögensmanagement für private und institutionelle Kunden zusammengeführt. Diese Aktivitäten werden in drei globalen Unternehmensbereichen gesteuert: Asset Management, Private Banking und Personal Banking.

Im **Konzernbereich Corporate Investments** sind unsere wesentlichen Finanzanlageaktivitäten integriert. Dieser Konzernbereich steuert unsere Investitionen in Private Equity und Venture Capital, unsere Immobilienholdinggesellschaften sowie unsere Industriebeteiligungen. Die wesentlichen, über DB Investor gehaltenen Industriebeteiligungen des Konzerns, werden von diesem Bereich betreut. Des Weiteren umfasst Corporate Investments strategische Initiativen sowie Aktivitäten, die nicht zu unserem Kerngeschäft zählen.

Neben diesen drei Konzernbereichen bestand der Servicebereich DB Services, der konzernweit Corporate Services, Informationstechnologie sowie Beratungs- und Transaktionsleistungen anbot. Des Weiteren sind die Funktionen, die die bereichsübergreifende Steuerung unterstützen, im Corporate Center zusammengefasst.

In 2002 wurde die Managementzuständigkeit für die nachstehenden wesentlichen Bereiche modifiziert:

- Die Private Clients Services-Aktivitäten, die bisher zum Unternehmensbereich Private Banking gehörten, wurden zum Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities transferiert.
- Die Verantwortlichkeit für das Morgan Grenfell Private Equity-Geschäft, das bisher zum Unternehmensbereich Asset Management gehörte, ist auf den Konzernbereich Corporate Investments übergegangen.
- Das von unserer Tochtergesellschaft „DB Real Estate Management GmbH“ (vormals „Deutsche Grundbesitz Management GmbH“) verantwortete Immobiliengeschäft sowie das unter der Marke „Fondimmobiliari“ geführte Immobilienfondsgeschäft in Italien wurden aus dem Konzernbereich Corporate Investments ausgegliedert und im Konzernbereich Asset Management unter „DB Real Estate“ zusammengeführt.
- Unser gesamtes europäisches e-Brokerage-Geschäft wurde unter der Marke „maxblue“ in unserem Unternehmensbereich Personal Banking zusammengeführt. Der Konzern hat daher das europäische „maxblue“-Geschäft, über das bisher im Rahmen des Konzernbereichs Corporate Investments berichtet wurde, vollständig auf den Unternehmensbereich Personal Banking übertragen. Ebenso transferiert wurden sämtliche e-Commerce-Aktivitäten unter der Marke „moneyshop/moneyshelf“.

Organisationsstruktur

Änderung der Managementzuständigkeiten

Auswirkungen von Akquisitionen und Desinvestitionen in 2002

Die Auswirkungen wesentlicher Akquisitionen und Desinvestitionen auf die Segmentergebnisse werden nachstehend erläutert:

- Der Verkauf des überwiegenden Teils des Versicherungsgeschäfts wirkte sich sowohl auf die Erträge als auch auf die zinsunabhängigen Aufwendungen des Unternehmensbereichs Personal Banking aus.
- Der größte Teil der Geschäftsaktivitäten von Scudder wurde in den Unternehmensbereich Asset Management und ein kleiner Teil in den Unternehmensbereich Private Banking integriert. Das gesamte RREEF-Geschäft wurde in den Unternehmensbereich Asset Management aufgenommen.
- Die Fusion der Hypothekenbank-Tochtergesellschaft „EUROHYPO AG Europäische Hypothekenbank der Deutschen Bank“ mit den Hypothekenbank-Tochtergesellschaften der Dresdner Bank AG und der Commerzbank AG zu der neu gegründeten „EUROHYPO AG“ im dritten Quartal 2002 führte zur Entkonsolidierung der ehemaligen Tochtergesellschaft. Mit Blick auf die geplante Fusion hatten wir die Aktivitäten der bisher zum Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities gehörenden Hypothekenbanktochter bereits im ersten Quartal 2002 auf den Konzernbereich Corporate Investments übertragen. Nach der Fusion war der Konzern mit 34,6% an der EUROHYPO AG beteiligt, während die Commerzbank 34,4% und die Dresdner Bank 28,7% der Anteile an der Gesellschaft hielten (Streubesitz: 2,3%). Im Zuge der Fusion wurde im Dezember 2002 ein Teil unseres Londoner Immobilien-Investment Banking in die EUROHYPO AG eingebracht. Am 31. Dezember 2002 betrug der Anteil des Konzerns an dem gemeinsamen Institut 34,6%.
- Im vierten Quartal 2002 verkauften wir das früher im Konzernbereich Corporate Investments in der Deutsche Financial Services geführte nordamerikanische Commercial Finance-Geschäft an GE Commercial Finance und das nordamerikanische Consumer Finance-Geschäft an die E*TRADE Bank.

Allgemeine Informationen über die Managementberichtssysteme

Die Segmentergebnisse werden auf der Grundlage der internen Managementberichtssysteme des Konzerns ermittelt und spiegeln somit die Geschäftsaktivitäten aus Sicht des Managements wider. Sie werden nicht zwingend gemäß US GAAP erstellt. Da die internen Managementberichtssysteme des Konzerns von denen anderer Finanzinstitute abweichen können, sollte dies bei Vergleichen mit anderen Instituten berücksichtigt werden. Da wir in unseren operativen Einheiten unterschiedliche Geschäftsaktivitäten integriert haben, unterliegt die Zuordnung unserer Erträge und Aufwendungen zu den Unternehmensbereichen bestimmten Annahmen.

Die Managementberichtssysteme folgen der Marktzinsmethode, nach der der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Unternehmensbereichen zugeordnet wird. Eine solche Zuordnung unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Um eine Vergleichbarkeit der Unternehmensbereiche mit rechtlich eigenständigen Einheiten mit eigenem Kapital zu ermöglichen, wird der Zinsnutzen auf das konsolidierte Eigenkapital des Konzerns, der auf Grund der den Bereichsergebnissen zu Grunde liegenden Fremdfinanzierungshypothese entsteht, zugerechnet. Diese Allokation erfolgt in Höhe des dem jeweiligen Geschäftsbereich anteilig zugeordneten Eigenkapitals und ist im Zinsüberschuss der Geschäftsbereiche berücksichtigt.

Für die Allokation unseres Eigenkapitals gilt der Grundsatz, dass das gesamte durchschnittliche Active Equity des Konzerns unseren Unternehmensbereichen entsprechend ihrem jeweiligen Anteil an den Ökonomischen Risikopositionen unter Zugrundelegung eines einheitlichen Multiplikators, des so genannten Capital Allocation Factor („CAF“), zugeordnet wird. Ab 2002 stieg das durchschnittliche Active Equity des Konzerns, während die Ökonomischen Risikopositionen der Unternehmensbereiche zurückgeführt wurden. Zur Wahrung der Risikosensitivität unserer Kapitalallokationsmethode haben wir entschieden, den CAF-Multiplikator in 2002 auf Basis der Relation zwischen dem durchschnittlichen Active Equity des Konzerns und der Summe der Ökonomischen Risikopositionen der Segmente per Januar 2002 konstant zu halten. Durch den Rückgang der Risikopositionen unserer Unternehmensbereiche in 2002 verminderte sich damit auch das zugeordnete durchschnittliche Active Equity, wodurch der Anreiz für eine weitere Senkung der Risikopositionen für die einzelnen Unternehmensbereiche stieg. Das sich daraus ergebende nicht den Segmenten zugeordnete durchschnittliche Active Equity belief sich in 2002 auf 3,8 Mrd. €.

Ergebnisse aus Geschäften zwischen Segmenten werden nach beiderseitiger Vereinbarung den Unternehmensbereichen zugeordnet. Des Weiteren werden interne Serviceanbieter, wie zum Beispiel die Controlling-Funktion und die Rechtsabteilung, als Cost Center (Kostenstellen) und nicht als Profit Center geführt. Ihre Kosten werden den Serviceempfängern berechnet (Kostenerstattung für den Serviceanbieter, Kostenbelastung des Serviceempfängers). Die Allokationskriterien werden in der Regel vertraglich vereinbart und auf der Basis „Menge x Preis“ (bei zählbaren Leistungen), „auf Festpreisbasis“ oder „zu vereinbarten Prozentsätzen“ (für rechnerisch nicht erfassbare Leistungen) festgelegt.

Die nachstehenden Tabellen enthalten die Ertragskomponenten des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank sowie des Konzernbereichs Private Clients and Asset Management für die Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000:

in Mio €	2002	2001	2000
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	5 423	5 814	4 449
Sales & Trading (Equity)	2 791	4 111	5 152
Sales & Trading insgesamt	8 214	9 925	9 601
Transaction Services	2 704	3 053	2 971
Kreditgeschäft	2 393	2 975	3 623
Emissionsgeschäft (Debt)	388	441	286
Emissionsgeschäft (Equity)	354	492	937
Emissionsgeschäft insgesamt	742	933	1 223
Beratung	516	568	879
Sonstiges	- 250	20	- 221
Insgesamt	14 319	17 474	18 076

Corporate and Investment Bank

in Mio €	2002	2001	2000
Portfolio/Fund Management	2 723	2 170	2 679
Kredit-/Einlagengeschäft	2 531	2 462	2 262
Beratung	1 235	1 374	1 612
Versicherungsgeschäft	963	3 487	4 484
Transaktionsgeschäft	589	642	620
Sonstiges	931	258	343
Insgesamt	8 972	10 393	12 000

Private Clients and Asset Management

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss nach US GAAP

In der nachstehenden Tabelle und Diskussion wird die Überleitung der Bereichsergebnisse und -aktiva auf Basis der Managementberichtssysteme auf den nach US GAAP erstellten Konzernabschluss für die Geschäftsjahre 2002, 2001 und 2000 dargestellt:

in Mio €	2002			2001			2000		
	Management Reporting insgesamt	Überleitung	Konzern insgesamt	Management Reporting insgesamt	Überleitung	Konzern insgesamt	Management Reporting insgesamt	Überleitung	Konzern insgesamt
Erträge ¹	26 377	170	26 547	29 921	- 380	29 541	34 472	7	34 479
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	2 091	-	2 091	1 015	9	1 024	477	1	478
Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	19	- 2	17	- 26	- 4	- 30	- 33	-	- 33
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	685	74	759	2 946	56	3 002	3 912	91	4 003
Operative Kostenbasis ²	18 929	41	18 970	22 046	- 19	22 027	21 855	- 35	21 820
Ergebnis vor nicht operativen Kosten	4 653	57	4 710	3 940	- 422	3 518	8 261	- 50	8 211
Nicht operative Kosten	1 097	64	1 161	1 631	84	1 715	1 222	120	1 342
Ergebnis vor Steuern³	3 556	- 7	3 549	2 309	- 506	1 803	7 039	- 170	6 869
Aktiva insgesamt	748 335	10 020	758 355	896 476	21 746	918 222	883 950	45 044	928 994

¹ Zinsüberschuss und zinsunabhängige Erträge.

² Zinsunabhängige Aufwendungen abzüglich nicht operativer Kosten (nicht temporäre Wertminderung auf Goodwill/Abschreibung auf Goodwill, Abfindungszahlungen, Restrukturierungsaufwendungen, Ergebnisanteile konzernfremder Gesellschafter), Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft und Aufwendungen im Versicherungsgeschäft.

³ Vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden.

Es gibt im Wesentlichen zwei unterschiedliche Kategorien von Positionen, die in der Überleitung der Bereichsergebnisse und -aktiva nach Maßgabe der Managementberichtssysteme auf den Konzernabschluss berichtet werden. Diese Positionen beinhalten Unterschiede zwischen den für die Managementberichtssysteme angewandten Methoden und den Standards gemäß US GAAP sowie Sachverhalte, die außerhalb der Verantwortung der Unternehmensbereiche liegen.

Erträge. In den Geschäftsjahren 2002, 2001 und 2000 umfassten diese Überleitungen Positionen in Höhe von etwa 0,1 Mrd €, minus 0,2 Mrd € und 0,3 Mrd €, die in den Managementberichtssystemen zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und nach US GAAP abgegrenzt wurden. Für das Geschäftsjahr 2002 wurden des Weiteren etwa 0,2 Mrd € für die Eliminierung von Handelsverlusten aus eigenen Anleihen und Eigenen Aktien des Konzerns sowie etwa minus 0,1 Mrd € für Verluste aus internen Absicherungsgeschäften auf aktienbasierte Vergütungen ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2001 wurden des Weiteren Verluste von etwa 0,3 Mrd € aus internen Sicherungsgeschäften auf aktienbasierte Vergütungen sowie Sachverhalte in Höhe von etwa 0,1 Mrd €, die nicht in der Verantwortlichkeit der Unternehmensbereiche lagen, ausgewiesen. Zudem wurden für das Geschäftsjahr 2000 etwa minus 0,2 Mrd € für die Eliminierung des Ergebnisses aus eigenen Wertpapieren ausgewiesen.

Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle und Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft.

Die Überleitung reflektiert in erster Linie die Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle und Zuführungen zu Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft, die nicht unter die Verantwortlichkeit der Unternehmensbereiche fallen. Diese Positionen enthielten keine materiellen Einzelsachverhalte.

Operative Kostenbasis, Aufwendungen im Versicherungsgeschäft und nicht operative Kosten.

In 2002 waren die Anpassungen in erster Linie auf Aufwendungen für anhängige Rechtsverfahren außerhalb der Verantwortlichkeit der Unternehmensbereiche zurückzuführen. Etwa 0,1 Mrd € entfielen in 2001 auf Buy-out-Aufwendungen für den Global Equity Plan, die durch eine positive Überleitungsposition von etwa 0,1 Mrd € im Zusammenhang mit internen Sicherungsgeschäften für aktienbasierte Vergütungen kompensiert wurden. Die verbleibende Überleitungsposition von etwa 0,1 Mrd € war auf andere Sachverhalte, die nicht in der Verantwortlichkeit der Unternehmensbereiche lagen, zurückzuführen. In 2000 bezogen sich die Anpassungen in erster Linie auf Aufwendungen für Sachverhalte, die außerhalb der Verantwortlichkeit der Unternehmensbereiche lagen.

Aktiva. Die Überleitungen beziehen sich in erster Linie auf Aktiva, die den Unternehmensbereichen nicht zugeordnet wurden (unter anderem latente Steuerforderungen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung) und auf Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Nettoerträge (nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft) nach geografischen Regionen aufgeführt:

in Mio €	2002	2001	2000
Deutschland	10 676	12 788	14 295
Europa (ohne Deutschland)	6 228	7 429	9 739
Nordamerika (insbesondere USA)	5 218	6 106	7 585
Südamerika	175	211	181
Asien-Pazifik ¹	2 159	1 983	2 201
Konsolidierte Nettoerträge insgesamt²	24 456	28 517	34 001

¹ Einschließlich Erträgen aus Afrika, die in 2002, 2001 und 2000 unwesentlich waren.
² Die konsolidierten Nettoerträge umfassen den Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft und zinsunabhängige Erträge. Das Ergebnis ist je nach Standort der Verbuchungen der Transaktionen den entsprechenden Ländern zugeordnet.

Nettoerträge (nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft) nach geografischer Region

[29] Geografische Aufgliederung der Geschäftstätigkeit

In der nachstehenden Tabelle sind die Aktiva sowie Daten aus der Gewinn- und Verlust-Rechnung (GuV) den wichtigsten geografischen Regionen zugeordnet. Die Verteilung auf die Regionen erfolgt grundsätzlich nach dem Standort der jeweiligen Konzerngesellschaft, die die Aktiva beziehungsweise Transaktionen bilanziert. Für die Zuordnung regionsübergreifender Posten wurden spezifische Annahmen zu Grunde gelegt.

2002 in Mio €	Bilanz- summe	Gesamt- erträge ¹	Gesamt- aufwand ¹	Ergebnis vor Steuern ²	Jahres- überschuss
Europa (ohne Deutschland)	285 181	18 846	18 724	122	192
Nordamerika (insbesondere USA)	205 375	13 352	13 953	- 601	- 383
Südamerika	1 051	963	877	86	52
Asien-Pazifik ³	49 976	3 955	3 356	599	400
Ausland insgesamt	541 583	37 116	36 910	206	261
Geschäftstätigkeit in Deutschland	216 772	18 026	14 683	3 343	136
Insgesamt	758 355	55 142	51 593	3 549	397
Prozentualer Anteil der Auslands- aktivitäten am Gesamtgeschäft	71 %	67 %	72 %	6 %	66 %

¹ Die Gesamterträge umfassen Zinserträge und zinsunabhängige Erträge. Im Gesamtaufwand sind Zinsaufwand, zinsunabhängige Aufwendungen und Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.
² Vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden.
³ Einschließlich Bilanz- und GuV-Daten aus Afrika, die in 2002 unwesentlich waren.

2001 in Mio €	Bilanz- summe	Gesamt- erträge ¹	Gesamt- aufwand ¹	Ergebnis vor Steuern ²	Jahres- überschuss
Europa (ohne Deutschland)	311 711	23 919	22 918	1 001	522
Nordamerika (insbesondere USA)	237 456	21 794	22 349	- 555	- 811
Südamerika	2 433	816	708	108	41
Asien-Pazifik ³	58 487	4 875	4 723	152	7
Ausland insgesamt	610 087	51 404	50 698	706	- 241
Geschäftstätigkeit in Deutschland	308 135	23 156	22 059	1 097	408
Insgesamt	918 222	74 560	72 757	1 803	167
Prozentualer Anteil der Auslands- aktivitäten am Gesamtgeschäft	66 %	69 %	70 %	39 %	N/A

¹ Die Gesamterträge umfassen Zinserträge und zinsunabhängige Erträge. Im Gesamtaufwand sind Zinsaufwand, zinsunabhängige Aufwendungen und Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.
² Vor kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden.
³ Einschließlich Bilanz- und GuV-Daten aus Afrika, die in 2001 unwesentlich waren.
N/A – Nicht aussagefähig

2000 in Mio €	Bilanz- summe	Gesamt- erträge ¹	Gesamt- aufwand ¹	Ergebnis vor Steuern	Jahres- überschuss
Europa (ohne Deutschland)	319 664	25 723	23 099	2 624	1 854
Nordamerika (insbesondere USA)	256 260	25 402	23 912	1 490	1 030
Südamerika	1 475	759	701	58	52
Asien-Pazifik ²	69 865	5 470	5 128	342	203
Ausland insgesamt	647 264	57 354	52 840	4 514	3 139
Geschäftstätigkeit in Deutschland	281 730	25 228	22 873	2 355	10 374
Insgesamt	928 994	82 582	75 713	6 869	13 513
Prozentualer Anteil der Auslands- aktivitäten am Gesamtgeschäft	70 %	69 %	70 %	66 %	23 %

¹ Die Gesamterträge umfassen Zinserträge und zinsunabhängige Erträge. Im Gesamtaufwand sind Zinsaufwand, zinsunabhängige Aufwendungen und Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.
² Einschließlich Bilanz- und GuV-Daten aus Afrika, die in 2000 unwesentlich waren.

[30] Derivative Finanzinstrumente und Finanzinstrumente mit bilanzunwirksamen Risiken

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit wickelt der Konzern unterschiedliche Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten sowohl für Handels- als auch Nichthandelszwecke ab. Der Konzern setzt derivative Instrumente ein, um den Bedürfnissen der Kunden Rechnung zu tragen, Risiken des Konzernobligos zu steuern sowie um Handelserträge zu generieren. Zu den im Handels- und Nicht-handelsgeschäft eingesetzten derivativen Kontrakten zählen Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Optionen und ähnliche Kontraktarten, die an Zinssätze, Wechselkurse sowie Aktienkurse und Warenpreise (beziehungsweise die entsprechenden Indizes) gebunden sind.

Der Konzern handelt im Kundenauftrag und auf eigene Rechnung mit Derivaten. Beim Abschluss von Kontrakten mit derivativen Instrumenten für Kunden tritt der Konzern als Market-maker im Geschäft mit institutionellen Kunden auf und strukturiert den Bedürfnissen der Kunden entsprechende Derivate. Der Konzern tätigt ebenfalls Eigenhandelsgeschäfte. Zu den derivativen Handelsprodukten zählen Swaps, Optionen, Termingeschäfte und standardisierte Terminkontrakte sowie eine Vielzahl strukturierter Derivate, die an Zinssätze, Aktien, Kredite, Devisen und Rohwaren gebunden sind.

Die nicht zu Handelszwecken gehaltenen oder emittierten derivativen Instrumente bestehen vorwiegend aus Zins-Swaps, die zur Steuerung von Zinsrisiken eingesetzt werden. Mit Hilfe dieser derivativen Instrumente kann der Konzern die Volatilität und Zinscharakteristika nicht zu Handelszwecken gehaltener verzinslicher Aktiva und Passiva modifizieren. Für den Konzern bestehen insofern Zinsänderungsrisiken, als die Höhe der verzinslichen Aktiva von der Höhe der verzinslichen Passiva abweicht, die in bestimmten Zeiträumen fällig oder deren Konditionen neu festgesetzt werden. Der Konzern steuert diese Zinsrisiken unter anderem durch den Einsatz derivativer Instrumente. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente wird von Zeit zu Zeit innerhalb vorgeschriebener Limite entsprechend den Veränderungen der Marktbedingungen sowie bei Änderungen der Eigenschaften und der Zusammensetzung der betreffenden Aktiva und Passiva angepasst.

Der Konzern verwendet des Weiteren Zins-/Währungs-Swaps für die Steuerung von Devisenkurs- und Zinsrisiken im Zusammenhang mit Wertpapieren „Available-for-sale“.

Der Konzern wendet Fair Value oder Cashflow Hedge Accounting an, wenn es sich als rentabel erweist. Wird nur das Zinsrisiko gehedgt, wird beim Hedging von Aktiva und Passiva mit festen Zinssätzen die Fair Value Hedge-Methode angewandt. Cashflow Hedging wird bei der Absicherung von variablen Zinssätzen eingesetzt. Sollen gleichzeitig Devisenkurs- und Zinsrisiken abgesichert werden, wird die Cashflow Hedge-Methode genutzt, sofern alle Cashflows auf die jeweilige lokale funktionale Währung lauten. Andernfalls wird Fair Value Hedging angewandt.

Im Geschäftsjahr 2002 ergab sich aus der Netto-Hedge-Ineffektivität aus Fair Value Hedges ein Verlust von 81 Mio € gegenüber einem Gewinn von 34 Mio € in 2001. Netto-Hedge-Ineffektivität beruht darauf, dass sich mit Blick auf das abgesicherte Risiko der Fair Value des derivativen Instruments nicht in demselben Umfang wie der Fair Value des Grundgeschäfts ändert beziehungsweise bestimmte Beträge nicht bei der Bemessung der Hedge-Effektivität berücksich-

**Zu Handelszwecken
gehaltene beziehungs-
weise emittierte
derivative Instrumente**

**Nicht zu Handels-
zwecken gehaltene
beziehungsweise
emittierte derivative
Instrumente**

tigt werden. Von den am 31. Dezember 2002 bestehenden Cashflow Hedges wird das Geschäft mit der längsten Laufzeit im Jahr 2029 fällig.

Derivative Finanzinstrumente, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden und nicht die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen, werden als Handelsaktiva oder -passiva ausgewiesen. Diese umfassen Zins-Swaps, Fremdwährungstermingeschäfte und Zins-/Währungs-Swaps, die zur ökonomischen Absicherung von Zins- und Währungsrisiken verwendet werden, bei denen die Anwendung von Hedge Accounting aber nicht rentabel gewesen wäre. Ebenfalls enthalten sind spezifische Geschäfte mit Bezug auf die als Wertpapiere „Available-for-sale“ klassifizierten Industriebeteiligungen des Konzerns, die aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen eingegangen wurden, auch wenn Hedge Accounting ausgeschlossen ist.

Aus bestimmten, nicht zu Handelszwecken gehaltenen Aktienderivategeschäften, die genutzt werden, um Veränderungen der Aufwendungen für aktienbasierte Vergütungen auszugleichen, wurde für das Geschäftsjahr 2002 ein Nettoverlust von 226 Mio € (2001: 27 Mio €) im Personalaufwand ausgewiesen. Vor dem 1. Januar 2001 erfüllten die meisten Derivate, die nicht für Handelszwecke abgeschlossen wurden, nicht die Anforderungen des Hedge Accounting, obwohl sie ökonomisch als Sicherungsinstrumente anzusehen waren. Dies lag vor allem an den vorgeschriebenen Dokumentationspflichten, die zum Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung von US GAAP nicht nachträglich erfüllt werden konnten. Entsprechend wurden diese Derivate als Handelsderivate klassifiziert. Die Bewertung erfolgte zum Fair Value, wobei die Änderungen des Fair Value im Handelsergebnis berücksichtigt wurden.

Derivative Finanzinstrumente auf Deutsche Bank-Aktien

Der Konzern setzt derivative Finanzinstrumente auf Deutsche Bank-Aktien im Rahmen des Aktienrückkaufprogramms zur Bedienung von Ansprüchen der Mitarbeiter aus der aktienbasierten Vergütung sowie zu Handelszwecken ein.

Im Zusammenhang mit dem Aktienrückkaufprogramm bestanden zum 31. Dezember 2002 Terminkontrakte zum Kauf von circa 4 Mio Deutsche Bank-Aktien zu einem gewichteten durchschnittlichen Ausübungspreis von 65,45 € pro Aktie. Die Kontrakte sind innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten bis einem Jahr fällig und müssen durch Lieferung der Aktien erfüllt werden. Der bei Fälligkeit dieser Geschäfte zu entrichtende Kaufpreis für die Aktien von insgesamt 278 Mio € ist als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen und stellt damit einen Abzugsposten vom Eigenkapital dar, der in gleicher Höhe als Verbindlichkeit ausgewiesen wird.

Im Zusammenhang mit den aktienbasierten Vergütungen für Mitarbeiter bestanden zum 31. Dezember 2002 Terminkontrakte zum Kauf von circa 26 Mio Deutsche Bank-Aktien zu einem gewichteten durchschnittlichen Ausübungspreis von 72,35 € pro Aktie. Die Kontrakte laufen an den Zuteilungstagen der entsprechenden Verträge aus der aktienbasierten Vergütung ab oder können zu diesen ausgeübt werden und weisen Fälligkeiten von bis zu fünf Jahren auf. Diese Kontrakte können nach Ermessen des Konzerns direkt durch Lieferung der vereinbarten Anzahl an Aktien, durch Ausgleich des Gewinns/Verlusts aus diesen Verträgen in Aktien oder unter Anwendung beider Methoden erfüllt werden. Folglich werden diese Verträge im Eigenkapital (Permanent Equity) verbucht.

Ausgehend vom Schlusskurs der Deutsche Bank-Aktien von 43,90 € pro Aktie zum 31. Dezember 2002 hätte der Konzern rund 43 Mio Deutsche Bank-Aktien liefern müssen, wenn er diese Kontrakte am 31. Dezember 2002 über den Ausgleich des Gewinns/Verlusts in Aktien ausgeübt hätte. Bei einem um 1 € niedrigeren Aktienkurs hätte der Konzern 1 Mio Aktien zusätzlich liefern müssen, wenn der Ausgleich des Gewinns/Verlusts in Aktien erfolgt wäre.

Zum 31. Dezember 2002 bestanden im Zusammenhang mit den aktienbasierten Vergütungen für Mitarbeiter Kaufoptionen über circa 17 Mio Aktien zu einem gewichteten durchschnittlichen Ausübungspreis von 69,00 € pro Aktie. Die Optionen müssen mittels Geldausgleich erfüllt werden. Die entsprechenden Kontrakte werden in weniger als fünf Jahren fällig.

Zu Handelszwecken bestanden am 31. Dezember 2002 folgende Kontrakte in derivativen Finanzinstrumenten auf Deutsche Bank-Aktien:

Art des Kontrakts	Erfüllungsmethode	Fälligkeit	Den Kontrakten zu Grunde liegende Anzahl Deutsche Bank-Aktien	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis (in €)	Effekt der Verringerung des Aktienkurses um 1 € (in Tsd €)	Fair Value des Kontrakts (in Tsd €)
Gekaufte Optionen	Geldausgleich	bis 3 Monate	359 400	69,90	30	704
		> 3 Monate bis 1 Jahr	1 149 900	78,67	- 9	1 916
		> 1 Jahr bis 5 Jahre	1 203 100	83,60	- 456	10 157
Verkaufte Optionen	Geldausgleich	bis 3 Monate	35 800	40,56	- 7	82
		> 3 Monate bis 1 Jahr	433 700	42,09	- 69	2 140
		> 1 Jahr bis 5 Jahre	384 000	64,31	288	1 563
Terminkäufe	Deutsche Bank hat Wahlrecht zwischen Geldausgleich/Lieferung der Aktien ^{1,2}	> 3 Monate bis 1 Jahr	13 500 000	75,22	- 13 500	443 748
		> 1 Jahr bis 5 Jahre	10 000 000	69,00	- 10 000	266 198
	Geldausgleich	bis 3 Monate	13 546	42,90	- 14	94
		> 3 Monate bis 1 Jahr	467 735	43,90	- 468	2 254
		> 5 Jahre	3 450	50,10	- 3	21
Terminverkäufe	Kontrahent hat Wahlrecht zwischen Geldausgleich/Lieferung der Aktien ¹	> 3 Monate bis 1 Jahr	3 199 067	96,86	3 199	179 151
		> 1 Jahr bis 5 Jahre	22 781 614	69,00	22 782	669 419
	Geldausgleich	bis 3 Monate	8 236 744	44,73	8 237	57 869
		> 3 Monate bis 1 Jahr	1 151 086	44,02	1 151	26
		> 1 Jahr bis 5 Jahre	22 600	47,96	23	94

¹ Die Erfüllungsmethode hat keinen signifikanten Einfluss auf die Höhe der Fair Values.

² Die Terminkäufe unterliegen Besicherungsabreden.

Die oben genannten Kontrakte wurden zu Handelszwecken abgeschlossen und werden somit als Handelsaktiva und -passiva zum Fair Value ausgewiesen, wobei Veränderungen des Fair Value erfolgswirksam berücksichtigt werden.

Finanzinstrumente mit bilanzunwirksamen Kreditrisiken

Der Konzern setzt verschiedene kreditbezogene Instrumente ein, um den Finanzierungsbedürfnissen seiner Kunden Rechnung zu tragen. Der Nominalwert dieser Verpflichtungen entspricht dem maximalen Ausfallrisiko für den Konzern für den Fall, dass der Kunde seinen Verpflichtungen aus einer Inanspruchnahme nicht nachkommt. Die nachstehende Quantifizierung bilanzunwirksamer Kreditrisiken berücksichtigt keine gegebenenfalls vorhandenen Sicherheiten und reflektiert daher den gesamten potenziellen Verlust aus nicht in Anspruch genommenen Zusagen. Unsere außerbilanziellen Verpflichtungen im Kreditgeschäft setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio €	31.12.2002	31.12.2001
Kreditzusagen		
mit fester Verzinsung ¹	21 724	26 390
mit variabler Verzinsung ²	81 802	97 570
Ankaufzusagen für Kredite	814	1 265
Verkaufzusagen für Kredite	1 011	2 999

¹ Darin enthalten sind Akkreditiv- und Garantiezusagen in Höhe von 2,2 Mrd € (2001: 3,2 Mrd €).
² Darin enthalten sind Akkreditiv- und Garantiezusagen in Höhe von 1,3 Mrd € (2001: 38 Mio €).

Darüber hinaus beliefen sich zum 31. Dezember 2002 die Verpflichtungen zum Abschluss von Reverse Repo- und Repo-Geschäften auf 1,4 Mrd € (2001: 3,9 Mrd €) beziehungsweise 311 Mio € (2001: 7,1 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2002 beliefen sich die Kapitaleinzahlungs- und Nachschussverpflichtungen des Konzerns in at equity bewertete Unternehmen und sonstigen Anteilsbesitz auf 829 Mio € (2001: 583 Mio €).

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit begibt der Konzern außerdem verschiedene Arten von Garantien und geht Haftungsübernahmen ein. Wahrscheinliche Verluste im Rahmen von Garantien werden in den Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken, wie in Note [8] beschrieben erfasst. Nachstehend die wesentlichen Verpflichtungen aus Garantien und Haftungsübernahmen:

Am 31. Dezember 2002 bestanden Garantien für finanzielle Verpflichtungen Dritter, Kreditbriefe und Performance-Garantien mit einem Bilanzwert von 610 Mio € und mit einem Maximalbetrag an potenziellen Zahlungen von 32,6 Mrd €. Hier muss der Konzern für den Fall, dass der Garantiennehmer seinen Zahlungs- oder sonstigen Leistungsverpflichtungen nicht nachkommt, in der Regel Zahlung leisten. Der überwiegende Teil dieser Garantien läuft innerhalb eines Jahres ab, die längste Laufzeit beträgt 48 Jahre. Zum 31. Dezember 2002 waren diese Garantien durch Barmittel, Wertpapiere und sonstige Sicherheiten in Höhe von insgesamt 5,4 Mrd € unterlegt.

Marktwertgarantien, die zum 31. Dezember 2002 mit einem Bilanzwert von 9 Mio € ausgewiesen wurden, beinhalten Vereinbarungen über Zahlungen an Kunden für den Fall, dass der Wert der seitens der Anleger gekauften Anteile an Investmentfonds mit fester Laufzeit unter einen bestimmten Betrag fällt. Der Maximalbetrag der potenziellen Zahlungen belief sich zum 31. Dezember 2002 auf 13,5 Mrd €, was dem garantierten Gesamtvolumen der betreffenden Fonds entspricht. Hierbei handelt es sich um revolvingende Garantien, für die üblicherweise keine Sicherheiten bestehen.

Bei der Ausübung geschriebener Verkaufsoptionen ist der Konzern letztlich zur Erstattung des Marktwertverlusts bei den zu Grunde liegenden Aktiva oder Passiva des Kontrahenten verpflichtet. Der Bilanzwert und der Maximalbetrag der potenziellen Zahlungen für geschriebene Verkaufsoptionen beliefen sich per 31. Dezember 2002 auf 10,4 Mrd € beziehungsweise 64,5 Mrd €. Nahezu sämtliche Optionen verfallen innerhalb von zehn Jahren, wobei ein wesentlicher Teil

innerhalb von vier Jahren fällig wird und die maximale Laufzeit im Einzelfall 35 Jahre beträgt. Darüber hinaus haftet der Konzern im Rahmen von Kreditderivaten für die Erfüllung der zu Grunde liegenden Zahlungsverpflichtungen mit einem potenziellen Maximalbetrag von 18,0 Mrd €. Der Buchwert dieser Derivate, die Laufzeiten bis zu neun Jahren – überwiegend jedoch weniger als fünf Jahre – haben, beläuft sich auf 706 Mio €. Diese Kontrakte sind üblicherweise unbesichert.

Im Zusammenhang mit Schadenersatzverpflichtungen bei Wertpapierleihen zahlt der Konzern dem Verleiher Schadenersatz in Höhe der Wiederbeschaffungskosten beziehungsweise des Marktwerts der Wertpapiere für den Fall, dass die Leihenehmer die Wertpapiere nicht zurückgeben. Der Maximalbetrag der potenziellen Schadenersatzzahlungen betrug zum 31. Dezember 2002 46,1 Mrd € (2001: 42,2 Mrd €), mit Kontraktlaufzeiten von bis zu sechs Monaten. Der Konzern erhält regelmäßig über den Kontraktbetrag hinausgehende Sicherheiten, überwiegend in Form von Barmitteln. Zum 31. Dezember 2002 betrug der Buchwert dieser Besicherungen 46,6 Mrd € (2001: 44,0 Mrd €).

[31] Verteilung des Kreditrisikos

Sämtliche Kreditengagements des Konzerns werden in die folgenden Kategorien unterschieden: Kredite, handelbare Wertpapiere, OTC-Derivate und Eventualverbindlichkeiten.

Nicht als Kredite gelten verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten, sonstige Forderungen (meist offene Salden aus Wertpapiertransaktionen) und aufgelaufene Zinsen.

Handelbare Wertpapiere umfassen gemäß unserer Definition Anleihen und andere Festzinstitel sowie handelbare Kredite.

OTC-Derivate bezeichnen unser Kreditengagement aus Over-the-counter (OTC) Derivatetransaktionen. Das Kreditengagement in OTC-Derivaten ergibt sich aus den Kosten, die anfallen, falls der Geschäftspartner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt und ein äquivalenter Kontrakt neu abgeschlossen werden muss. Die Wiederbeschaffungskosten betragen nur einen Bruchteil des Nominalbetrags einer Derivatetransaktion. Wir erfassen das Kreditengagement einer OTC-Derivatetransaktion zu jeder Zeit mit den Wiederbeschaffungskosten, basierend auf einem Mark-to-market-Ansatz zum jeweiligen Zeitpunkt.

Eventualverbindlichkeiten umfassen Verbindlichkeiten aus Garantien (außer Marktwertgarantien) und Haftungsübernahmeerklärungen. Nicht enthalten sind Akkreditive, andere Verpflichtungen wie beispielsweise unwiderrufliche Kreditzusagen sowie Platzierungs- und Übernahmezusagen. Von der Darstellung wurden außerdem Haftungsübernahmen und Verpflichtungen ausgenommen, die sich im Wesentlichen aus der Wertpapierleihe für Rechnung von Kunden ergeben.

Die folgenden Tabellen zeigen Überblicke über das gesamte Kreditengagement des Konzerns (ausgenommen Repos, Reverse Repos, Wertpapierleihe, verzinsliche Einlagen bei Banken und unwiderrufliche Kreditzusagen), nach Branchen sowie nach geografischen Regionen der Kontrahenten beziehungsweise Emittenten. Zum Zwecke dieser Darstellung umfasst das Kreditengagement alle Transaktionen, bei denen Verluste entstehen könnten, falls die Kontrahenten ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Der Bruttobetrag des Kreditengagements wurde ohne Berücksichtigung von Sicherheiten berechnet.

Kreditrisikoprofil nach Branchen	Kredite		Handelbare Wertpapiere		OTC-Derivate		Eventualverbindlichkeiten		Insgesamt	
	31.12. 2002	31.12. 2001 ²	31.12. 2002	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2001
in Mio €										
Banken und Versicherungen	10 720	19 909	47 686	62 512	44 970	44 377	5 892	8 091	109 268	134 889
Verarbeitendes Gewerbe	22 545	32 102	17 142	13 917	2 389	4 903	9 598	12 705	51 674	63 627
Private Haushalte	53 207	63 168	–	–	281	318	392	477	53 880	63 963
Öffentliche Haushalte	4 584	23 658	95 356	91 578	1 792	1 576	232	240	101 964	117 052
Handel	14 467	15 759	2 583	2 503	688	671	1 989	2 906	19 727	21 839
Gewerbliche Immobilien	18 360	35 617	2 657	3 138	688	230	978	983	22 683	39 968
Sonstige	47 737 ¹	75 210 ¹	31 157	28 524	9 487	4 888	10 623	11 254	99 004	119 876
Insgesamt	171 620	265 423	196 581	202 172	60 295	56 963	29 704	36 656	458 200	561 214

¹ Einschließlich Leasingfinanzierung und nach Abzug der unrealisierten Erträge (Unearned Income).

² Für 2001 haben wir verschiedene Kreditengagements von „Banken und Versicherungen“ in „Sonstige“ (6,5 Mrd €) und von „Gewerbliche Immobilien“ in „Private Haushalte“ (2,8 Mrd €) neu zugeordnet.

Für die folgende Tabelle mit der Aufschlüsselung nach geografischen Regionen wurde das Kreditengagement auf der Basis des Firmensitzes des Kontrahenten den verschiedenen Regionen zugeordnet, ungeachtet etwaiger Zugehörigkeiten zu Konzernen mit Firmensitz an anderen Standorten.

Kreditrisikoprofil nach Regionen	Kredite		Handelbare Wertpapiere		OTC-Derivate		Eventualverbindlichkeiten		Insgesamt	
	31.12. 2002	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2001
in Mio €										
Osteuropa	1 679	2 334	4 186	1 659	678	762	483	573	7 026	5 328
Westeuropa	133 732	205 981	76 971	93 233	35 094	30 956	21 089	26 065	266 886	356 235
Afrika	618	324	951	993	451	669	23	266	2 043	2 252
Asien-Pazifik	8 517	13 035	30 493	29 315	4 515	6 143	2 403	3 077	45 928	51 570
Nordamerika	24 643	39 817	78 464	70 967	17 698	17 236	5 450	6 150	126 255	134 170
Mittel- und Südamerika	2 373	3 884	2 984	4 177	597	1 080	249	516	6 203	9 657
Sonstige ¹	58	48	2 532	1 828	1 262	117	7	9	3 859	2 002
Insgesamt	171 620	265 423	196 581	202 172	60 295	56 963	29 704	36 656	458 200	561 214

¹ Umfasst supranationale Organisationen und andere Engagements, die wir keiner bestimmten Region zugeordnet haben.

[32] Fair Value von Finanzinstrumenten

SFAS 107, „Disclosures about Fair Value of Financial Instruments“, verlangt die Offenlegung des Fair Value von bilanzwirksamen und bilanzunwirksamen Finanzinstrumenten, soweit dessen Ermittlung praktikabel ist. Sofern verfügbar, werden Börsenkurse als Bewertungsgrundlage für den Fair Value herangezogen. In Fällen, in denen keine Börsenkurse verfügbar sind, wird der Fair Value auf Basis der Barwertberechnung oder anhand von anderen Bewertungsmethoden ermittelt. Die so ermittelten Werte werden erheblich durch die zu Grunde gelegten Annahmen beeinflusst, hauptsächlich durch die Terminierung zukünftiger Cashflows und durch den Abzinsungsfaktor. Da Annahmen ihrem Wesen nach subjektiv sind, können die so ermittelten Fair Values nicht durch Vergleich mit unabhängigen Marktpreisen bestätigt werden und in vielen Fällen würden die geschätzten Fair Values bei einer unmittelbaren Veräußerung oder Glattstellung

des Finanzinstruments nicht notwendigerweise realisiert werden können. Die Offenlegungsbestimmungen nach SFAS 107 schließen bestimmte Finanzinstrumente sowie alle Nichtfinanzinstrumente (zum Beispiel den Franchise-Wert von Geschäften) aus. Dementsprechend stellen die ausgewiesenen aggregierten Fair Value-Beträge keine Unternehmensbewertung des Konzerns durch das Management dar.

Die folgende Tabelle zeigt die ermittelten Fair Values der in der Konzernbilanz ausgewiesenen Finanzinstrumente, gefolgt von einer allgemeinen Beschreibung der Methoden und Annahmen, die der Ermittlung dieser Fair Values zu Grunde gelegt wurden.

in Mio €	Bilanzwert		Fair Value	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Finanzaktiva				
Barreserve	8 979	10 388	8 979	10 388
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	25 691	37 986	25 715	38 086
Forderungen aus übertragenen Zentralbank-einlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	155 258	144 003	155 302	144 007
Handelsaktiva ¹	297 062	293 653	297 077	293 653
Wertpapiere „Available-for-sale“	21 619	71 666	21 619	71 666
Sonstige Finanzanlagen	4 504	6 221	4 504	6 225
Forderungen aus dem Kreditgeschäft (ohne Leasingfinanzierungen), netto	163 002	256 194	165 486	259 235
Sonstige Finanzaktiva	46 818	62 275	46 813	62 275
Finanzpassiva				
Unverzinsliche Einlagen	30 558	29 731	30 558	29 731
Verzinsliche Einlagen	297 067	344 358	296 936	344 357
Handelspassiva	131 212	121 329	131 212	121 329
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbank-einlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	99 499	88 995	99 515	88 988
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	11 573	20 472	11 581	20 423
Sonstige Finanzpassiva	46 718	68 950	46 693	68 950
Langfristige Verbindlichkeiten ²	107 158	170 984	108 414	172 138
Sonstige Positionen				
Eventualverbindlichkeiten	33 976	39 171	33 976	39 171
Kreditzusagen ³	103 526	123 960	103 429	123 925

¹ Darin enthalten sind Forderungen aus dem Kreditgeschäft, die zur Veräußerung bestimmt sind.
² Einschließlich hybrider Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities).
³ Einschließlich Garantie- und Akkreditivzusagen.

Für kurzfristige Finanzinstrumente, das heißt Finanzinstrumente mit einer Restlaufzeit von bis zu 90 Tagen, wurde als angemessener Fair Value der Bilanzwert angesetzt. Die folgenden Instrumente besitzen überwiegend kurze Laufzeiten:

Methoden und Annahmen

Aktiva	Passiva
Barreserve	Verzinsliche Einlagen
Forderungen aus übertragenen Zentralbank-einlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbank-einlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen
Sonstige Finanzaktiva	Sonstige Finanzpassiva

Für diejenigen der vorgenannten Finanzinstrumente mit Restlaufzeiten von mehr als 90 Tagen wurde der Fair Value durch Abzinsung der vertraglichen Cashflows unter Verwendung von Zinssätzen berechnet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten hätten erzielt werden können beziehungsweise, im Falle von Passiva, zu Zinssätzen, zu denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten zum Bilanzstichtag hätten aufgenommen werden können.

Handelsaktiva (inklusive Derivate, aber exklusive Forderungen aus dem Kreditgeschäft, die zur Veräußerung bestimmt sind), Handelspassiva und Wertpapiere „Available-for-sale“ wurden zum Fair Value in der Bilanz ausgewiesen.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft, die zur Veräußerung bestimmt sind, wurden mit dem Buchwert oder dem niedrigeren Marktwert angesetzt.

Für kurzfristige und variabel verzinsliche Kredite mit Zinsanpassungen innerhalb von 90 Tagen wurde als angemessener Fair Value der Bilanzwert angesetzt. Bei Krediten, für die Marktpreise verfügbar waren, wurden diese für den Fair Value zu Grunde gelegt. Für andere Kredite wurde der Fair Value durch Abzinsung zukünftiger Cashflows berechnet, unter Verwendung aktueller Zinssätze, zu denen ähnliche Kredite mit den gleichen Restlaufzeiten an Kreditnehmer mit vergleichbarer Bonität hätten vergeben werden können. Darüber hinaus wurden die spezifische Verlustkomponente der Risikovorsorge im Kreditgeschäft sowie werthaltige Sicherheiten bei der Ermittlung des Fair Value von Krediten berücksichtigt. Der Fair Value von Kreditzusagen, Stand-by-Krediten sowie Akkreditivzusagen und Garantiezusagen beinhaltet die unrealisierten Gewinne und Verluste aus diesen bilanzunwirksamen Positionen und wurde grundsätzlich auf die gleiche Weise ermittelt wie für Forderungen aus dem Kreditgeschäft. Sonstige Finanzanlagen beinhalten primär Anlagen in Aktien (nach SFAS 107 ausgenommen sind Anteile an at equity bewerteten Unternehmen).

Die sonstigen Finanzaktiva enthalten überwiegend sonstige Zahlungsansprüche, aufgelaufene Zinsforderungen, Forderungen an Broker sowie Akzeptforderungen. Unverzinsliche Einlagen besitzen keine vereinbarten Laufzeiten. Der Fair Value entspricht daher dem Buchwert zum Bilanzstichtag.

Sonstige Finanzpassiva umfassen vor allem sonstige Zahlungsverpflichtungen, aufgelaufene Zinsabgrenzungen, Rückstellungen und Akzeptverpflichtungen.

Der Fair Value von langfristigen Verbindlichkeiten und hybriden Kapitalinstrumenten (Trust Preferred Securities) wurde auf der Grundlage von Marktpreisen sowie durch Abzinsung der zu leistenden vertraglichen Cashflows ermittelt, wobei Zinssätze verwendet wurden, zu denen der Konzern Schuldtitel mit vergleichbarer Restlaufzeit am Bilanzstichtag hätte emittieren können.

[33] Rechtsstreitigkeiten

Infolge der Charakteristik seiner Geschäftsaktivitäten ist der Konzern in Deutschland und in einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts- und Schiedsgerichtsverfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen können. Wenn sich auch das letztendliche Ergebnis aller anhängigen oder angedrohten Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren nicht vorhersagen lässt, erwartet der Konzern nicht, dass das Ergebnis dieser Verfahren wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Finanz- oder Ertragslage des Konzerns haben wird.

Am 20. Dezember 2002 haben die US-amerikanische Börsenaufsichtsbehörde (U.S. Securities and Exchange Commission), die National Association of Securities Dealers, die New York Stock Exchange, der New York Attorney General und die North American Securities Administrators Association (in Vertretung der

bundesstaatlichen Wertpapieraufsichtsbehörden) eine Grundsatzvereinbarung mit zehn Investmentbanken zu Fragen der Unabhängigkeit von Research-Analysten verkündet. Deutsche Bank Securities Inc. („DBSI“), die bei der SEC registrierte Tochtergesellschaft der Deutschen Bank, war eine dieser zehn Investmentbanken. Nach Maßgabe der obigen Grundsatzvereinbarung und vorbehaltlich der Erledigung und Zustimmung zur Abwicklung seitens der DBSI, der Securities and Exchange Commission und der bundesstaatlichen Aufsichtsbehörden, verpflichtet sich die DBSI unter anderem (i) zur Zahlung von 48 Mio €, bestehend aus einer Zivilstrafe in Höhe von 24 Mio € und einer Wiedergutmachungszahlung an Investoren in Höhe von 24 Mio €, (ii) zur Implementierung interner Strukturreformen und operativer Reformen zur Unterstützung der bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Sicherung der Unabhängigkeit von Research-Analysten sowie zur Stärkung des Anlegervertrauens, (iii) zur Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 24 Mio € für Research-Leistungen Dritter zu Gunsten von Kunden über einen Zeitraum von fünf Jahren, (iv) zur Bereitstellung von 5 Mio € für die Schulung von Investoren und (v) zur Einführung von Beschränkungen bei der Zuteilung von Aktien an Vorstandsmitglieder und Direktoren im Rahmen von öffentlichen Zeichnungsangeboten.

[34] Terroranschläge in den Vereinigten Staaten

Durch die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten am 11. September 2001 wurden unsere Bürogebäude in der Liberty Street 130 und der Albany Street 4 in New York beschädigt. Die Konzernmitarbeiter, die in diesen Bürogebäuden tätig waren, sowie die Beschäftigten in den angemieteten Geschäftsräumen im World Trade Center 4 und in der Wall Street 14–16 wurden in Ersatzräumlichkeiten untergebracht.

Gegenwärtig werden Überlegungen hinsichtlich der Zukunft der Gebäude in der Liberty Street 130 und der Albany Street 4 diskutiert, die beide durch den Einsturz des World Trade Centers schwer beschädigt wurden. Die angemieteten Geschäftsräume und alle darin befindlichen Einbauten im World Trade Center 4 wurden zerstört. Die Räumlichkeiten in der Wall Street 14–16 wurden inzwischen wieder bezogen.

Die Kosten, die dem Konzern infolge der Terroranschläge entstanden, umfassen unter anderem Abschreibungen von Sachanlagen, Sanierungskosten für die beschädigten Gebäude und Umzugskosten. Der Konzern analysiert weiterhin die Kosten, die als Folge der Terroranschläge in Zukunft für die Beseitigung der Schäden an den Gebäuden in der Nähe des World Trade Center anfallen können. Der Konzern wird weiterhin die anstehenden Aufwendungen inklusive der Kosten für die Betriebsunterbrechung durch Ansprüche aus von ihm abgeschlossene Versicherungen geltend machen. Die Deckungsgrenze dieser Versicherungen beläuft sich auf 1,7 Mrd US-\$ für den gesamten Sachschaden mit einer zusätzlichen Teillimitierung auf 750 Mio US-\$ für Kosten der Betriebsunterbrechung und Zusatzkosten. Per 31. Dezember 2002 hat der Konzern Vorauszahlungen auf seine Versicherungsansprüche in Höhe von rund 232 Mio US-\$, die auf die zuvor gestellten Forderungen angerechnet wurden, sowie eine Zusage über weitere 50 Mio US-\$ erhalten.

Der Konzern geht davon aus, fast alle erwähnten Kosten über seine Versicherungsverträge erstattet zu bekommen. Allerdings gibt es hierüber keine vollständige Sicherheit, da die Versicherungsunternehmen geltend gemachte Ansprüche eventuell zum Teil anzweifeln werden. Zum 31. Dezember 2002 und 2001 hat der Konzern keine Verluste im Periodenerfolg berücksichtigt.

Risikobericht

Vor dem Hintergrund unserer breit gefächerten Geschäftsaktivitäten ist es unerlässlich, Risiken zu identifizieren, zu messen, zu aggregieren und effektiv zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital zu unterlegen. Wir steuern unsere Risiken mit Hilfe eines Rahmenwerks von Risikogrundsätzen, Organisationsstrukturen und Prozessen zur Risikomessung und -überwachung, die eng auf die Tätigkeiten der Konzernbereiche ausgerichtet sind.

Grundsätze für das Risikomanagement

Unser Risikomanagementansatz baut auf den folgenden Grundsätzen auf:

- Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Überwachung des Risikomanagements im Konzern. Der Aufsichtsrat überprüft unser Risikoprofil in regelmäßigen Zeitabständen.
- Das Group Risk Committee ist verantwortlich für die Steuerung und Kontrolle der Risiken.
- Das Management von Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationellen und Geschäftsrisiken erfolgt in einem koordinierten Prozess auf allen relevanten Ebenen der Bank.
- Die Struktur unseres globalen Risikomanagements ist eng auf die Struktur der Konzernbereiche ausgerichtet.
- Das Risikomanagement ist funktional unabhängig von den Konzernbereichen.

Organisation des Risikomanagements

Der Group Chief Risk Officer als Mitglied des Vorstands trägt die Verantwortung für sämtliche Risikosteuerungsaktivitäten im Konzern. Er hat den Vorsitz im Group Risk Committee. In jedem Konzernbereich gibt es einen Chief Risk Officer, der dem Group Risk Committee angehört und direkt an den Group Chief Risk Officer berichtet. Die Aufgaben des Group Risk Committee umfassen:

- die Festlegung der Risikoneigung im Einklang mit unseren Geschäftsstrategien;
- die Genehmigung der Risikogrundsätze, -verfahren und -methoden in Übereinstimmung mit unserer Risikoneigung;
- die konzernweite Steuerung von Risiken unter Portfoliogesichtspunkten;
- die Entwicklung und Umsetzung einer konzernweit anwendbaren Methodik zur Messung des Risk Adjusted Return on Economic Capital sowie
- die Genehmigung der Organisationsstruktur und die Ernennung der wichtigsten Verantwortungsträger im Risikomanagement.

Einige seiner Aufgaben hat das Group Risk Committee an Unterkomitees weiterdelegiert. Das bedeutendste ist das Group Credit Policy Committee, das unter anderem konzernweite Kreditgrundsätze, Branchenberichte und Länderrisiko-limitanträge behandelt.

Jeder Konzernbereich verfügt über eine eigene Risikomanagementeinheit, die an den Chief Risk Officer des jeweiligen Bereichs berichtet. Diese Risikomanagementeinheiten haben folgende Aufgaben:

- die Steuerung der Geschäftsaktivitäten im Einklang mit der vom Group Risk Committee festgelegten Risikoneigung;
- die Formulierung und Umsetzung von angemessenen Risikogrundsätzen, -verfahren und -methoden für die verschiedenen Geschäftsaktivitäten im Konzernbereich;
- die Genehmigung von Kredit- und Marktrisikolimiten;
- die regelmäßige Überprüfung der Portfolios, um sicherzustellen, dass sich die Risiken innerhalb annehmbarer Parameter bewegen, und
- die Entwicklung und Einführung maßgeschneiderter Risikosteuerungssysteme im Konzernbereich.

Unterstützung erhält das Risikomanagement vom Controlling, von der Revision und von der Rechtsabteilung. Diese Einheiten sind unabhängig von den Konzernbereichen und vom Risikomanagement. Das Controlling ist für die Quantifizierung der eingegangenen Risiken sowie für die Qualität und die Richtigkeit der risikorelevanten Daten zuständig. Die Revision überprüft, ob unsere internen Kontrollen mit den internen und aufsichtsrechtlichen Standards übereinstimmen. Die Rechtsabteilung berät und unterstützt bei den unterschiedlichsten Aufgaben, zum Beispiel bei Besicherungsvereinbarungen oder dem Netting.

Arten von Risiken

Die bedeutendsten Risiken, denen unser Geschäft ausgesetzt ist, sind bankbetriebliche Risiken sowie die Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit.

In unseren Risikomanagementprozessen unterscheiden wir zwischen vier Arten von bankbetrieblichen Risiken: Kredit-, Markt-, Liquiditäts- und operationelle Risiken.

Bankbetriebliche Risiken

Das **Kreditrisiko** entsteht im Zusammenhang mit Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner beziehungsweise Schuldner oder Kreditnehmer (im Folgenden auch „Geschäftspartner“ genannt) ergeben. Das Kreditrisiko ist für uns das größte Einzelrisiko. Wir unterscheiden drei Arten von Kreditrisiken:

- **Ausfallrisiko** ist das Risiko, dass unsere Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen.
- **Länderrisiko** ist das Risiko, dass in einem beliebigen Land aus nachstehenden Gründen ein Verlust entsteht: politische und soziale Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Abwertung oder Entwertung der Landeswährung.
- **Abwicklungsrisiko** ist das Risiko, dass die Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen scheitert. Ein Abwicklungsrisiko entsteht immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere beziehungsweise andere Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.

Das **Marktrisiko** resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen) sowie den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitäten.

Das **Liquiditätsrisiko** bezeichnet die Gefährdung unserer Gewinne und unseres Kapitals bei einer potenziellen Unfähigkeit der Bank, ihre Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen, ohne dabei unannehmbar hohe Verluste zu erleiden.

Das **operationelle Risiko** bezeichnet den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, Projektmanagement, vertraglichen Spezifikationen und deren Dokumentation, Technologie, Infrastrukturausfällen und Katastrophen, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Diese Definition schließt unter anderem rechtliche und aufsichtsrechtliche Risiken ein; sie stammt aus der jüngsten aufsichtsrechtlichen Diskussion über operationelle Risiken.

Allgemeine Geschäftsrisiken

Allgemeine Geschäftsrisiken bezeichnen die Risiken, die auf Grund veränderter Rahmenbedingungen entstehen; dazu gehören beispielsweise das Marktumfeld, das Kundenverhalten und der technische Fortschritt. Diese Risiken können unsere Ertragslage beeinträchtigen, wenn wir uns nicht rechtzeitig auf die veränderten Bedingungen einstellen.

Versicherungs- technische Risiken

Seit dem Verkauf der Deutscher Herold Versicherungsunternehmen an die Zurich Financial Services-Gruppe betreiben wir keine Geschäfte mehr, die versicherungstechnische Risiken von wesentlicher Bedeutung für den Konzern entstehen lassen.

Risikosteuerungsinstrumente

Zur Überwachung und Steuerung der Risiken verwenden wir ein umfassendes Instrumentarium quantitativer Kenngrößen und Messinstrumente. Manche Instrumente sind auf mehrere Risikoarten anwendbar, andere auf die besonderen Merkmale bestimmter Risikokategorien zugeschnitten. Diese quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente liefern die folgenden Informationen:

- Informationen, die die Abhängigkeit des Marktwerts einzelner Positionen beziehungsweise Portfolios von Änderungen der Marktparameter aufzeigen (so genannte Sensitivitätsanalysen);
- Informationen, die aggregierte Risiken unter Berücksichtigung von Abhängigkeiten und Korrelationen zwischen den einzelnen Risikoarten auf Basis statistischer Verfahren darstellen, und
- Informationen, die Verlustrisiken infolge extremer Marktpreisbewegungen oder Kursänderungen (Krisensituationen) unter Verwendung von Szenarioanalysen quantifizieren;
- Risikodaten werden auch für aufsichtsrechtliche Zwecke berechnet.

Es gehört zu unseren Grundsätzen, dass wir die Angemessenheit und Zuverlässigkeit der quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente regelmäßig überprüfen, damit wir sie gegebenenfalls sich ändernden Marktgegebenheiten anpassen können. Nachstehend sind die wichtigsten quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente aufgeführt, die wir derzeit zur Messung, Steuerung und Berichterstattung der Risiken verwenden:

Wir nutzen den Erwarteten Verlust zur Messung der Ausfall- und grenzüberschreitenden Transferrisiken im Rahmen der Kreditrisiken. Der Erwartete Verlust misst den Ausfallverlust unseres Kreditportfolios, der innerhalb eines Jahres auf der Grundlage historischer Verlustdaten zu erwarten ist. Für die Berechnung des Erwarteten Verlusts werden Sicherheitenleistungen, Laufzeiten und statistische Durchschnittsverfahren berücksichtigt, um die Risikoeigenschaften unserer unterschiedlichen Arten von Engagements und Fazilitäten zu erfassen. Alle Parameterannahmen basieren auf langjährigen statistischen Durchschnittswerten unserer historischen internen Ausfälle und Verluste sowie auf externen Orientierungsgrößen.

Der Erwartete Verlust wird als Instrument im Risikomanagement eingesetzt. Er ist auch Bestandteil unseres Management Reporting-Systems. Die Ergebnisse der Berechnung des Erwarteten Verlusts werden darüber hinaus zur Kalkulation der sonstigen Wertberichtigungen für inhärente Risiken verwendet, die in unserem Jahresabschluss enthalten sind. In diesem Zusammenhang sind entsprechende Ergebnisse solche, die für die Abschätzung der inhärenten Verluste aus Krediten und Eventualverbindlichkeiten verwendet werden und die noch nicht bei der Einzelwertberichtigung oder der Wertberichtigung für unsere standardisierten homogenen Kleinkredite berücksichtigt wurden.

Das Buchkapital dient dazu, Verlustrisiken aufzufangen, denen wir durch unsere Geschäftsaktivitäten ausgesetzt sind. Unter Buchkapital versteht man das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital. Wir verwenden das Ökonomische Kapital als zentrale Steuerungsgröße für die Zuweisung des Buchkapitals an die Geschäftsparten. Mit Hilfe des Ökonomischen Kapitals können wir beurteilen, ob die Geschäftssparten rentabel arbeiten und das Kapital effizient einsetzen. Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße, anhand derer mit einem hohen Maß an Sicherheit das Eigenkapital ermittelt werden kann, das zu einem beliebigen

Erwarteter Verlust

Ökonomisches Kapital

Zeitpunkt benötigt wird, um unerwartete Verluste aus dem aktuellen Engagement aufzufangen. Mit dem Ökonomischen Kapital lassen sich die Risikopositionen der Bank auf allen Ebenen – von einzelnen Geschäftssparten bis zur Konzernebene – zusammenfassend darstellen.

Wir berechnen Ökonomisches Kapital für das Ausfallrisiko, das grenzüberschreitende Transferrisiko und das Abwicklungsrisiko – als Komponenten des Kreditrisikos – sowie für das Marktrisiko, das operationelle Risiko und für allgemeine Geschäftsrisiken. Den Bedarf an Ökonomischem Kapital für unser Kreditrisiko ermitteln wir als den Betrag, den wir benötigen, um uns gegen extreme Verluste aus Zahlungsausfällen zu schützen. „Extrem“ bedeutet hier eine Wahrscheinlichkeit von lediglich 0,02 %, dass die innerhalb eines Jahres aggregierten Verluste unser Ökonomisches Kapital für das Jahr überschreiten.

Value-at-risk

Der Value-at-risk-Ansatz dient der quantitativen Messung der Marktrisiken unseres Handelsbuchs unter normalen Marktbedingungen. Die Value-at-risk-Werte (VaR) sind die Basis sowohl für die interne als auch für die externe (aufsichtsrechtliche) Berichterstattung. Für ein bestimmtes Portfolio misst der Value-at-risk den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der unter normalen Marktbedingungen mit einem vorher definierten Konfidenzniveau in einer bestimmten Periode nicht überschritten wird. Der Value-at-risk für ein Gesamtportfolio misst unser aggregiertes Marktrisiko (unter Verwendung zuvor festgelegter Korrelationen aggregiert) in dem Portfolio.

Stresstests

Unsere Marktrisikoaanalyse ergänzen wir um Stresstests, da die Value-at-risk-Berechnung auf relativ kurzfristigen historischen Daten basiert und ausschließlich Risiken bis zu einem bestimmten Konfidenzniveau ermittelt. Die Value-at-risk-Berechnung spiegelt daher nur das Verlustpotenzial unter normalen Marktbedingungen wider. Stresstests helfen uns, die Auswirkungen von potenziellen extremen Marktbewegungen auf die Marktwerte unserer Aktiva einzuschätzen. Mit Hilfe von Stresstests ermitteln wir die Höhe des Ökonomischen Kapitals, das zur Unterlegung der Marktrisiken unter extremen Marktbedingungen erforderlich ist.

Aufsichtsrechtliches Risikomeldewesen

Zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit der Bank durch die deutschen Aufsichtsbehörden sind die folgenden Kenngrößen zu ermitteln:

Risikoposition. Risikoaktiva, insbesondere Adressenausfallrisiken sowie das Äquivalent unserer Marktrisikoposition (Zins-, Währungs-, Aktienkurs- und Rohwarenpreisrisiken). Die Aufsichtsbehörden haben die Anwendung unserer internen Value-at-risk-Methode zur Berechnung der Marktrisikokomponente der Risikoposition genehmigt.

Eigenkapital. Das Kapital, das zur Unterlegung der Risikoposition eingesetzt werden kann und für bankaufsichtsrechtliche Zwecke als solches anerkannt wird. Es setzt sich zusammen aus Kernkapital (Tier I), Ergänzungskapital (Tier II) und nutzbaren Drittrangmitteln (Tier III).

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist unser größtes Risiko. Wir steuern es anhand der folgenden allgemeinen Grundsätze:

- Jede Kreditgewährung an einen Geschäftspartner erfordert die Genehmigung einer angemessenen Kompetenzebene.
- Alle Konzernbereiche müssen einheitliche Standards für ihre Kreditentscheidungen anwenden.
- Die Genehmigung von Kreditlimiten für Geschäftspartner und die Steuerung unserer einzelnen Kreditengagements müssen im Rahmen unserer Portfoliorichtlinien und Kreditstrategien erfolgen. Darüber hinaus basiert jede Entscheidung auf einer Risiko-Ertrag-Analyse.
- Jegliche materielle Veränderung einer Kreditfazilität (wie zum Beispiel Laufzeit, Sicherheitenstruktur oder wichtige Vertragsvereinbarungen) wird wiederum von einer angemessenen Kompetenzebene genehmigt.
- Kreditgenehmigungskompetenzen erhalten Mitarbeiter, die über eine entsprechende Qualifikation, Erfahrung und Ausbildung verfügen. Diese Kreditkompetenzen werden regelmäßig überprüft.
- Unsere Kreditengagements gegenüber einer Kreditnehmergruppe fassen wir auf konzernweit konsolidierter Basis zusammen. Als „Kreditnehmergruppe“ betrachten wir Kreditnehmer oder Geschäftspartner, die durch mindestens ein von uns festgelegtes Kriterium wie Kapitalbeteiligung, Stimmrecht, offensichtliche Kontrollausübung oder andere Indizien einer Konzernzugehörigkeit miteinander verbunden sind oder gesamtschuldnerisch für sämtliche oder wesentliche Teile unserer Kredite haften.

Ein wichtiges Element des Kreditgenehmigungsprozesses ist eine detaillierte Risikobeurteilung des gesamten Kreditengagements einer Kreditnehmergruppe. Bei der Beurteilung des Risikos berücksichtigen wir sowohl die Bonität des Geschäftspartners (dies führt zu einer Risikoeinstufung des Geschäftspartners) als auch die für die Kreditfazilität oder das Kreditengagement relevanten Risiken. Die daraus resultierende Risikoeinstufung wirkt sich nicht nur auf die Kreditentscheidung aus, sondern bestimmt auch die notwendige Kreditkompetenz, die zur Ausreichung beziehungsweise Verlängerung des Kredits und zur Veränderung der Konditionen benötigt wird. Außerdem legt sie den Überwachungsumfang für das jeweilige Engagement fest.

Wir verfügen über interne Bewertungsmethoden, Score Cards und eine Rating-Skala zur Bonitätsbeurteilung unserer Kreditnehmergruppen. Vor 2002 benötigten unsere internen Einstufungen eine Übersetzung verschiedener zehnstufiger Rating-Skalen in eine konsistente Matrix. Im Jahr 2002 haben wir die verschiedenen zehnstufigen Rating-Skalen für die Risikoeinstufung der Kreditengagements unserer Firmenkunden durch eine feinere 26-stufige Rating-Skala ersetzt, was die Notwendigkeit zur Übersetzung bei reportbezogenen Aggregationen über Regionen oder Produktbereiche entfallen ließ. Das ermöglicht eine Harmonisierung unserer internen Rating-Skala mit der Marktpraxis sowie eine verbesserte Vergleichbarkeit unserer verschiedenen Unterportfolios. Bei der Ermittlung der internen Risikoeinstufungen vergleichen wir unsere Einschätzungen nach Möglichkeit mit den von führenden internationalen Rating-Agenturen für unsere Geschäftspartner vergebenen externen Risiko-Ratings.

Wir kalibrierten unsere neue 26-stufige Rating-Skala mit dem Maß der Ausfallwahrscheinlichkeit auf der Grundlage statistischer Analysen historischer Ausfälle unseres Portfolios. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Geschäftspartner seine Zahlungsverpflichtungen uns gegenüber nicht erfüllt, wird in Prozent angegeben.

Kreditrisikoeinstufung

Diese Ausfallwahrscheinlichkeiten werden anschließend in Kategorien aufgeteilt, die wir grundsätzlich als mit denen der führenden internationalen Rating-Agenturen vergleichbar ansehen.

Kreditlimite

Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die wir bereit sind, für bestimmte Zeiträume einzugehen. Sie beziehen sich auf Produkte, Konditionen des Engagements und andere Faktoren. Unsere Kreditgrundsätze sehen auch bestimmte Verfahren (darunter niedrigere Genehmigungsschwellen und höhere Kompetenzebenen) für Ausnahmefälle vor, in denen wir Engagements über die festgelegten Limite hinaus eingehen dürfen. Diese Ausnahmeregelungen verschaffen uns Flexibilität zur Wahrnehmung außergewöhnlicher Geschäftschancen, neuer Markttrends und ähnlicher Faktoren.

Engagementmessung für Genehmigungszwecke

Bei den Kreditentscheidungen nehmen wir für jede Kreditnehmergruppe eine globale Bewertung und Konsolidierung sämtlicher kreditrisikobehafteter Inanspruchnahmen und Fazilitäten vor. Dazu zählen Kredite, Repos, Reverse Repos, Akkreditive, Garantien und Derivate. Soweit aufsichtsrechtlich erlaubt, werden Engagementteile, bei denen wir unseres Erachtens keinem signifikanten Ausfallrisiko ausgesetzt sind, nicht berücksichtigt. Ausgeschlossen werden üblicherweise auch solche Engagements, die anderen Risikokategorien wie beispielsweise dem Marktrisiko zugeordnet werden. Solche Risiken unterliegen der genauen Überprüfung im Rahmen ihrer jeweiligen Risikogrundsätze. Für Genehmigungszwecke unterscheiden wir nicht zwischen zugesagten und nicht zugesagten beziehungsweise zwischen avisierten und nicht avisierten Fazilitäten. Jede Verlängerung eines bestehenden Kreditengagements wird als neue Kreditentscheidung mit den dazugehörigen Prozessen und Genehmigungsverfahren betrachtet.

Eine Kreditanalyse bildet die Grundlage für jede Kreditentscheidung. Diese Analyse zeigt und bewertet alle für die Kreditentscheidung relevanten Informationen und wird in einem Kreditbericht festgehalten. In der Regel aktualisieren wir unsere Kreditberichte jährlich; sie sind für alle Erstkreditgenehmigungen und internen Folgeentscheidungen obligatorisch. Die Kreditberichte müssen Folgendes enthalten: Informationen über die relevanten Limite und Inanspruchnahmen, einen Überblick über die bisherige Entwicklung der internen Beurteilung des Geschäftspartners, Angaben zu den einzelnen Fazilitäten, wichtige Finanzdaten, Gründe für die Vorlage des Berichts sowie eine kurz gefasste Kreditrisikoeinschätzung.

Überwachung des Ausfallrisikos

Unsere Kreditengagements werden mit Hilfe der oben beschriebenen Risikomanagementinstrumente ständig überwacht. Darüber hinaus stehen uns Verfahren zur Verfügung, mit denen wir frühzeitig Kreditengagements erkennen, die möglicherweise einem erhöhten Ausfallrisiko ausgesetzt sind. Die Verantwortung für das Erkennen von Problemkrediten liegt beim Kundenbetreuer, der mit dem jeweiligen Kreditsachbearbeiter zusammenarbeitet. Wir vertreten die Auffassung, dass potenzielle Problemkunden frühzeitig identifiziert werden müssen, um das Kreditengagement effektiv zu steuern. Der Zweck eines Frühwarnsystems liegt darin, potenzielle Probleme anzugehen, solange adäquate Handlungsalternativen noch zur Verfügung stehen. Diese Früherkennung ist ein Grundprinzip unserer Kreditkultur und dient dazu, sicherzustellen, dass größere Aufmerksamkeit auf solche Engagements gelenkt wird.

In den Fällen, in denen wir Kreditnehmer identifiziert haben, bei denen Probleme entstehen könnten, werden die betroffenen Engagements auf eine „Watchlist“ gesetzt. Gleichzeitig werden die entsprechenden Engagements an ein Spezialkreditmanagementteam verwiesen. Im Rahmen unseres Konsumentenkreditengagements, wie nachstehend erläutert, bildet die Beobachtung des Zahlungsverzugsstatus die wichtigste Grundlage für die Überstellung an ein Spezialkreditmanagementteam. Aufgabe dieser Gruppe ist es, die Problemengagements durch rasche Korrekturmaßnahmen effektiv zu steuern, um sicherzustellen, dass Werte erhalten und Verluste minimiert werden. Das Spezialkreditmanagementteam nimmt diese Aufgabe entweder in Abstimmung mit der Kreditfunktion oder durch direkte Steuerung eines Engagements wahr.

Das gesamte Kreditrisikoengagement umfasst nach unserer Definition alle Transaktionen, bei denen Verluste entstehen könnten, falls Geschäftspartner ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Der Bruttobetrag des Engagements wird ohne Berücksichtigung etwaiger Sicherheiten, Credit Enhancements oder Kreditsicherungs-transaktionen berechnet. Wenn wir unser Kreditrisikoengagement beschreiben, unterscheiden wir zwischen Krediten, handelbaren Wertpapieren, OTC-Derivaten und Eventualverbindlichkeiten. Nachstehend werden diese Kategorien näher erläutert:

- Nicht als „**Kredite**“ gelten zinstragende Einlagen bei Banken, sonstige Forderungen (meist offene Salden aus Wertpapiertransaktionen) und aufgelaufene Zinsen.
- „**Handelbare Wertpapiere**“ werden hier definiert als Anleihen und andere Festzinstitel sowie handelbare Kredite.
- „**OTC-Derivate**“ bezeichnen unser Kreditengagement aus Over-the-counter (OTC)-Derivatetransaktionen. Das Kreditengagement in OTC-Derivaten ergibt sich aus den Kosten, die anfallen, falls der Geschäftspartner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt und ein äquivalenter Kontrakt neu abgeschlossen werden muss. Die Wiederbeschaffungskosten belaufen sich nur auf einen Bruchteil des Nominalbetrags einer Derivatetransaktion. Wir erfassen das Kreditengagement einer OTC-Derivatetransaktion zu jeder Zeit mit den Wiederbeschaffungskosten, basierend auf einem Mark-to-market-Ansatz zum jeweiligen Zeitpunkt.
- „**Eventualverbindlichkeiten**“ umfassen Verbindlichkeiten aus Garantien (außer Marktwertgarantien) und Haftungsübernahmeerklärungen. Nicht enthalten sind Akkreditive, andere Verpflichtungen wie beispielsweise unwiderrufliche Kreditzusagen sowie Platzierungs- und Übernahmezusagen; diese betragen am 31. Dezember 2002 107,8 Mrd € und am 31. Dezember 2001 126,1 Mrd €. Von der Darstellung wurden außerdem Haftungsübernahmen und Verpflichtungen in Höhe von 49,9 Mrd € ausgenommen, die sich im Wesentlichen aus der Wertpapierleihe für Rechnung von Kunden ergeben. Über 77% unserer unwiderruflichen Kreditzusagen bestanden 2002 gegenüber Geschäftspartnern, deren Kreditrisikoeinstufung einem Investment Grade Rating führender internationaler Rating-Agenturen entspricht.

Unser gesamtes Kreditengagement lässt sich in zwei große Gruppen aufteilen: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

- Unser Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten. Es umfasst persönliche Kredite, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe, Kreditlinien sowie Ratenkredite an Selbstständige und Kleingewerbetreibende aus dem Bereich Privat- und Geschäftskunden.

Kreditrisikoengagement

- Unser Firmenkreditengagement setzt sich aus allen übrigen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentenkreditengagements definiert werden. Das Firmenkreditengagement hat die größte Bedeutung; es wird im Folgenden näher erläutert.

Firmenkreditengagement

Die nachstehende Tabelle zeigt unser Firmenkreditengagement (mit Ausnahme von Kreditengagements aus Repos und Reverse Repos, Wertpapierleihe, zins-tragenden Einlagen bei Banken und unwiderruflichen Kreditzusagen) nach den Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner:

in Mio €	Kredite		Handelbare Wertpapiere		OTC-Derivate		Eventualverbindlichkeiten		Insgesamt	
	31.12. 2002	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2001
AAA-AA	11 043	32 022	120 732	115 196	22 977	27 878	2 423	7 131	157 175	182 227
A	16 610	21 242	24 949	42 841	20 281	13 447	5 557	5 291	67 397	82 821
BBB	30 549	61 956	27 115	23 735	10 745	12 166	9 370	10 519	77 779	108 376
BB	37 269	71 804	17 426	9 598	5 528	2 962	8 195	9 658	68 418	94 022
B	11 590	18 424	3 701	8 261	640	370	3 063	2 753	18 994	29 808
CCC und schlechter	9 611	6 573	2 658	2 541	124	140	1 096	1 304	13 489	10 558
Insgesamt	116 672	212 021	196 581	202 172	60 295	56 963	29 704	36 656	403 252	507 812

Die obige Tabelle verdeutlicht nicht nur einen allgemeinen Rückgang unseres Firmenkreditengagements (unter anderem auf Grund der Entkonsolidierung des EUROHYPO-Immobilien-geschäfts, was zur Reduzierung unseres Kreditvolumens in allen Rating-Bandbreiten, inklusive der Subinvestment Grade-Kategorien, geführt hat), sondern auch eine Veränderung in der Verteilung auf die Bonitätsklassen in unserem Firmenkreditportfolio. Dies ist auf zwei Hauptfaktoren zurückzuführen:

Zum einen ist die Veränderung in unserem Firmenkreditengagement im Jahr 2002 gegenüber 2001 eine Auswirkung der generellen Bonitätsverschlechterung unseres Kreditportfolios, was sich in dem zunehmenden Anteil niedrig gerasterter Kredite zeigt. Der allgemein zu beobachtende Trend im Laufe des Jahres 2002 verzeichnete sowohl in unseren internationalen Kreditportfolios wie auch im inländischen Kreditportfolio mehr Herabstufungen als Höherstufungen. Insbesondere entsprach der allgemeine Trend einer Abwärtsmigration von Krediten mit der Bewertung BBB und schlechter. Diese Herabstufung ist zum Teil auf die anhaltenden weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen wir und unsere Geschäftspartner ausgesetzt sind, zurückzuführen, sie ist aber auch ein Zeichen des allgemeinen Abschwungs im Kreditgewerbe. Trotz der allgemeinen Zurückstufung bleibt die Qualität des Kreditportfolios insgesamt solide.

Zum anderen haben wir, wie oben im Abschnitt Kreditrisikoeinstufung beschrieben, kürzlich unser internes Rating-System für unsere Geschäftspartner durch die Rekalibrierung auf eine globale Rating-Skala harmonisiert. Diese neue Kalibrierung ist Teil unserer Initiative zur Erfüllung der künftigen Basel II-Erfordernisse sowie der Maßnahmen zur Verbesserung unserer internen Allokation von ökonomischem Kapital; sie ist verstärkt ausgerichtet auf eine globale Vergleichbarkeit mit externen Ratings. Um den Ausweis der Jahre 2002 und 2001 vergleichbar zu machen, haben wir die Zahlen des Jahres 2001 auf einer abschätzenden Basis neu dargestellt. Durch Anwendung feiner definierter Übersetzungstabellen bei der Aggregation einzelner Kreditengagements, die vorher auf verschiedene 10-Stufen-Skalen bewertet waren, reflektieren wir die Neukalibrierung unseres internen Ratingsystems. Für die EUROHYPO, die im Jahr 2002 dekonsolidiert

wurde, resultierte die Rating-Rückrechnung für 2001 in einer Nettoerhöhung der mit BBB oder besser bewerteten Kreditengagements und einer Nettozunahme in den darunter liegenden Kategorien. Bei unserem um die EUROHYPO bereinigten Kreditexposure für 2001 resultierte die Rückrechnung in Nettozunahmen sowohl am oberen als auch am unteren Ende der Bonitätsklassen.

Die Rückrechnung unserer Bonitätsklassen für das Jahr 2001 veränderte nicht die Summe unserer Problemkredite oder anderweitig klassifizierter Engagements. Insbesondere ist auch der im Jahresabschluss 2001 veröffentlichte Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle nicht von der Rückrechnung betroffen, da er auf einer individuellen Betrachtung jedes Kredits beruhte. Ebenso sind unsere Wertberichtigungen für inhärente Risiken nicht von der Rückrechnung betroffen.

Unser Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst persönliche Kredite, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe, Kreditlinien sowie Ratenkredite an Selbstständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Bereich Privat- und Geschäftskunden. Das Gesamtportfolio besteht aus einer Vielzahl kleinerer persönlicher Kredite an Konsumenten und Kleinbetriebe. Wir teilen dieses Portfolio in verschiedene Unterportfolios nach unseren Hauptproduktkategorien und geografischen Regionen auf.

Die nachstehende Tabelle zeigt Konsumentenkredite, die sich mindestens 90 Tage im Zahlungsverzug befinden, sowie die Nettokreditkosten. Letztere stellen die im Abrechnungszeitraum gebuchten Nettowertberichtigungen nach Eingängen auf abgeschriebene Kredite dar. Die Angaben zu Krediten, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und zu den Nettokreditkosten sind in Prozent des Gesamtengagements ausgedrückt:

Konsumenten- kreditengagement

	Gesamtengagement in Mio €		90 Tage oder mehr überfällig in % des Gesamtengagements		Nettokreditkosten in % des Gesamt- engagements	
	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2001
Konsumentenkreditengagement Deutschland						
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	11 326	11 463	1,91	1,95	0,75	0,66
Immobilienfinanzierungen	33 610	32 952	2,10	2,27	0,09	0,11
Konsumentenkreditengagement Übriges Europa	10 012	8 987	4,14	3,88	0,59	0,73
Konsumentenkreditengagement insgesamt	54 948	53 402	2,43	2,48	0,32	0,33

Das Volumen unseres Konsumentenkreditengagements erhöhte sich im Jahr 2002 um 1,5 Mrd € oder 2,9% gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg resultierte vorwiegend aus dem Geschäft in Deutschland und Italien. Die gesamten Nettokreditkosten sind im Wesentlichen unverändert geblieben, wobei die Kreditkostenerhöhung in unserem Geschäft mit deutschen Konsumenten durch reduzierte Kreditkosten bei den Immobilienfinanzierungen in Deutschland und anderen Finanzierungen in Europa ausgeglichen wurde. Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig waren, reduzierten sich von 2,48% auf 2,43%, wobei Rückgänge in Deutschland teilweise durch Erhöhungen in Italien kompensiert wurden.

Gesamtes Kreditengagement

Unser gesamtes Kreditengagement betrug am 31. Dezember 2002 insgesamt 600,7 Mrd € und am 31. Dezember 2001 737,6 Mrd €. Diese Zahlen umfassen die Engagements in der nachstehenden Tabelle sowie Kreditengagements aus Repos und Reverse Repos, Wertpapierleihe, zinstragenden Einlagen bei Banken und unwiderruflichen Kreditzusagen.

Die folgende Tabelle zeigt unser gesamtes Kreditengagement (mit Ausnahme von Kreditengagements aus Repos und Reverse Repos, Wertpapierleihe, zinstragenden Einlagen bei Banken und unwiderruflichen Kreditzusagen) nach Branchenzugehörigkeit unserer Geschäftspartner:

in Mio €	Kredite		Handelbare Wertpapiere		OTC-Derivate		Eventualverbindlichkeiten		Insgesamt	
	31.12. 2002	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2001
Banken und Versicherungen	10 720	19 909	47 686	62 512	44 970	44 377	5 892	8 091	109 268	134 889
Verarbeitendes Gewerbe	22 545	32 102	17 142	13 917	2 389	4 903	9 598	12 705	51 674	63 627
Private Haushalte	53 207	63 168	–	–	281	318	392	477	53 880	63 963
Öffentliche Haushalte	4 584	23 658	95 356	91 578	1 792	1 576	232	240	101 964	117 052
Handel	14 467	15 759	2 583	2 503	688	671	1 989	2 906	19 727	21 839
Gewerbliche Immobilien	18 360	35 617	2 657	3 138	688	230	978	983	22 683	39 968
Sonstige	47 737 ¹	75 210 ¹	31 157	28 524	9 487	4 888	10 623	11 254	99 004	119 876
Insgesamt	171 620	265 423	196 581	202 172	60 295	56 963	29 704	36 656	458 200	561 214

¹ Einschließlich Leasingfinanzierung und nach Abzug der unrealisierten Erträge (Unearned Income).

Das Engagement gegenüber Privaten Haushalten, wie in der vorstehenden Tabelle gezeigt, gibt im Wesentlichen unser Konsumentenkreditengagement wieder. Für 2001 haben wir verschiedene Kreditengagements von Banken und Versicherungen in Sonstige (6,5 Mrd €) und von Gewerbliche Immobilien in Private Haushalte (2,8 Mrd €) neu zugeordnet.

Die Neuordnung unseres Kreditrisikoprofils nach Branchen für das Jahr 2001 veränderte nicht die Summe unserer Problemkredite oder anderweitig klassifizierter Engagements. Insbesondere ist auch der im Jahresabschluss 2001 veröffentlichte Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle nicht von der Rückrechnung betroffen, da er auf einer individuellen Betrachtung jedes Kredits beruhte.

Die nachstehende Tabelle zeigt unser gesamtes Kreditengagement (mit Ausnahme von Kreditengagements aus Repos und Reverse Repos, Wertpapierleihe, zinstragenden Einlagen bei Banken und unwiderruflichen Kreditzusagen) nach geografischen Regionen. Hierbei wurde das Kreditengagement den verschiedenen Regionen entsprechend dem Firmensitz des Geschäftspartners zugeordnet, ungeachtet etwaiger Zugehörigkeiten zu Konzernen mit anderweitigem Firmensitz:

	Kredite		Handelbare Wertpapiere		OTC-Derivate		Eventualverbindlichkeiten		Insgesamt	
	31.12. 2002	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2001
in Mio €										
Osteuropa	1 679	2 334	4 186	1 659	678	762	483	573	7 026	5 328
Westeuropa	133 732	205 981	76 971	93 233	35 094	30 956	21 089	26 065	266 886	356 235
Afrika	618	324	951	993	451	669	23	266	2 043	2 252
Asien/Pazifik	8 517	13 035	30 493	29 315	4 515	6 143	2 403	3 077	45 928	51 570
Nordamerika	24 643	39 817	78 464	70 967	17 698	17 236	5 450	6 150	126 255	134 170
Mittel- und Südamerika	2 373	3 884	2 984	4 177	597	1 080	249	516	6 203	9 657
Sonstige ¹	58	48	2 532	1 828	1 262	117	7	9	3 859	2 002
Insgesamt	171 620	265 423	196 581	202 172	60 295	56 963	29 704	36 656	458 200	561 214

¹ Umfasst supranationale Organisationen und andere Engagements, die wir keiner bestimmten Region zugeordnet haben.

Kreditengagement aus Derivaten

Nominalbeträge und Bruttomarktwerte von OTC- und börsengehandelten Derivatekontrakten für Handels- und Nichthandelszwecke.

31. Dezember 2002		
in Mio €	bis 1 Jahr	> 1 und <= 5 Jahre
Zinsbezogene Geschäfte		
OTC-Produkte		
FRAs	730 032	42 802
Zins-Swaps (gleiche Währung)	2 818 322	3 093 317
Zinsoptionenkäufe	136 818	469 018
Zinsoptionenverkäufe	121 757	450 840
Sonstige Zinsgeschäfte	–	–
Börsengehandelte Produkte		
Zins-Futures	214 834	135 280
Zinsoptionenkäufe	187 884	53 875
Zinsoptionenverkäufe	92 612	40 874
Zwischensumme	4 302 259	4 286 006
Währungsbezogene Geschäfte		
OTC-Produkte		
Devisentermingeschäfte	1 003 346	36 093
Cross Currency Swaps	422 931	154 210
Devisenoptionenkäufe	154 928	22 134
Devisenoptionenverkäufe	154 512	19 730
Börsengehandelte Produkte		
Devisen-Futures	3 655	956
Devisenoptionenkäufe	162	–
Devisenoptionenverkäufe	175	–
Zwischensumme	1 739 709	233 123
Aktien-/indexbezogene Geschäfte		
OTC-Produkte		
Aktien-/Index-Swaps	53 608	190 219
Aktien-/Indexoptionenkäufe	34 638	52 808
Aktien-/Indexoptionenverkäufe	41 481	58 538
Sonstige Aktien-/Indexgeschäfte	–	–
Börsengehandelte Produkte		
Aktien-/Index-Futures	25 462	332
Aktien-/Indexoptionenkäufe	32 809	22 446
Aktien-/Indexoptionenverkäufe	28 583	20 178
Zwischensumme	216 581	344 521
Sonstige Geschäfte		
OTC-Produkte		
Edelmetallgeschäfte	23 437	27 505
Nichtedelmetallgeschäfte	29 593	10 415
Börsengehandelte Produkte		
Futures	886	931
Optionenkäufe	3 423	859
Optionenverkäufe	2 657	547
Zwischensumme	59 996	40 257
OTC-Geschäft insgesamt	5 725 403	4 627 629
Börsengehandeltes Geschäft insgesamt	593 142	276 278
Insgesamt	6 318 545	4 903 907
Positive Marktwerte nach Netting-Vereinbarungen		

Nominalbetrag nach Laufzeiten		Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Nettomarktwert
über 5 Jahre	Insgesamt			
830	773 664	417	- 552	- 135
2 517 510	8 429 149	213 557	- 207 536	6 021
344 924	950 760	27 188	-	27 188
366 192	938 789	-	- 26 866	- 26 866
-	-	-	-	-
1 593	351 707	-	- 247	- 247
-	241 759	182	-	182
-	133 486	-	- 67	- 67
3 231 049	11 819 314	241 344	- 235 268	6 076
1 176	1 040 615	19 535	- 19 889	- 354
106 788	683 929	18 064	- 21 711	- 3 647
1 156	178 218	5 124	-	5 124
664	174 906	-	- 4 798	- 4 798
-	4 611	-	-	-
-	162	14	-	14
-	175	-	- 24	- 24
109 784	2 082 616	42 737	- 46 422	- 3 685
51 143	294 970	9 037	- 9 971	- 934
13 017	100 463	13 352	-	13 352
10 215	110 234	-	- 12 857	- 12 857
-	-	-	-	-
-	25 794	218	- 69	149
-	55 255	5 112	-	5 112
342	49 103	-	- 4 471	- 4 471
74 717	635 819	27 719	- 27 368	351
6 532	57 474	2 602	- 1 782	820
260	40 268	5 401	- 4 844	557
108	1 925	-	-	-
24	4 306	167	-	167
-	3 204	-	- 122	- 122
6 924	107 177	8 170	- 6 748	1 422
3 420 407	13 773 439	314 277	- 310 806	3 471
2 067	871 487	5 693	- 5 000	693
3 422 474	14 644 926	319 970	- 315 806	4 164
		65 985		

Zur Reduzierung des derivatebezogenen Kreditrisikos sind wir üblicherweise bemüht, Rahmenverträge mit unseren Kunden abzuschließen (wie beispielsweise einen Swap-Rahmenvertrag der International Swap Dealers Association (ISDA)). Mit Hilfe eines Rahmenvertrags können die Verbindlichkeiten sämtlicher vom Rahmenvertrag erfassten Derivatekontrakte verrechnet werden, so dass eine einzige Nettoforderung gegenüber dem Geschäftspartner verbleibt (so genanntes Close-out Netting). Darüber hinaus schließen wir auch so genannte Payment Netting-Vereinbarungen ab, mit denen wir zur Verringerung unseres Kapitalausfallrisikos nicht simultane Cashflow-Leistungen verrechnen. Solche Vereinbarungen schließen wir häufig im Währungsgeschäft ab.

Zur internen Messung von Kreditengagements setzen wir Netting-Verfahren nur dann ein, wenn wir sie in der jeweiligen Jurisdiktion und bei dem jeweiligen Geschäftspartner für rechtlich durchsetzbar halten. Analog dazu gehen wir nur dann Sicherheitenvereinbarungen ein, wenn wir einen solchen Schritt angesichts der Risikosituation für gerechtfertigt halten. Diese Sicherheitenvereinbarungen führen in der Regel zur Risikominderung durch periodische (meist tägliche) Bewertungen des betreffenden Portfolios beziehungsweise der Transaktionen sowie zur Kündigung des Rahmenvertrags, falls der Geschäftspartner einer Aufforderung zur Sicherheitenleistung nicht nachkommt. Wenn wir davon ausgehen, dass die Sicherheiten durchsetzbar sind, spiegelt sich dies, wie auch beim Netting, in unseren Engagementmessverfahren wider.

Da der Wiederbeschaffungswert unseres Portfolios auf Grund von Marktpreisbewegungen und Veränderungen der Transaktionen im Portfolio schwankt, berechnen wir auch potenzielle künftige Wiederbeschaffungskosten der Portfolios über die gesamte Laufzeit beziehungsweise bei besicherten Portfolios über angemessene Verwertungszeiträume. Wir messen unser potenzielles künftiges Engagement anhand von separaten Limiten, die ein Vielfaches des Kreditlimits betragen können. Die Analyse unseres potenziellen künftigen Engagements wird durch Stresstests ergänzt, mit denen wir die unmittelbare Auswirkung von Marktereignissen auf unsere Engagements messen können (wie beispielsweise Event-Risiken in unserem Emerging Markets-Portfolio).

Aus Handelsaktivitäten mit Kreditderivaten ergaben sich zum 31. Dezember 2002 positive Marktwerte in Höhe von 2,2 Mrd € nach Netting. Die obige Tabelle schließt Kreditderivate ein; sie werden überwiegend den aktien-/indexbezogenen Geschäften zugeordnet. Außerhalb der Handelsaktivitäten werden Derivategeschäfte auch für die Steuerung der Kreditrisiken im Anlagebuch verwendet. Die obige Tabelle umfasst auch außerbörslich gehandelte Rohwarenkontrakte, die zum Fair Value angesetzt werden. Die Mehrheit dieser Kontrakte hat Laufzeiten von unter fünf Jahren und wird auf der Basis von aktiv notierten Kursen bewertet.

Behandlung von Kreditausfällen im Derivategeschäft. Anders als im Fall unseres Standardkreditgeschäfts haben wir in der Regel mehrere Möglichkeiten, das Kreditrisiko bei unseren OTC-Derivaten zu steuern. Wenn Veränderungen in den aktuellen Wiederbeschaffungskosten der Transaktionen und das Verhalten unserer Geschäftspartner auf die Gefahr hindeuten, dass ausstehende Zahlungsverpflichtungen aus den Transaktionen möglicherweise nicht erfüllt werden, sind wir häufig in der Lage, zusätzliche Sicherheiten zu erhalten oder die Transaktionen beziehungsweise die entsprechende Rahmenvereinbarung zu kündigen.

Sollte die Kündigung der Transaktionen beziehungsweise der entsprechenden Rahmenvereinbarung zu einer verbleibenden Nettoverpflichtung des Geschäftspartners führen, strukturieren wir die Verpflichtung in eine nichtderivative Forderung um und steuern sie im Rahmen unseres regulären Spezialkreditmanagements. Infolgedessen zeigen wir keine notleidenden Derivate.

Länderrisiko

Zur Steuerung des Länderrisikos stützen wir uns auf eine Reihe von Risikomessinstrumenten und -limiten. Dazu gehören insbesondere:

Länderkreditengagement. Wir setzen Limite für unsere aggregierten Kreditengagements gegenüber Geschäftspartnern, die wir für gefährdet halten, falls wirtschaftliche oder politische Ereignisse eintreten, die zu weitreichenden Kreditausfällen in dem jeweiligen Land führen könnten („Country Risk Event“). Dazu zählen wir alle Kredite an Geschäftspartner, die im jeweiligen Land ansässig sind (einschließlich Tochterunternehmen, die nicht durch Patronatserklärung der ausländischen Muttergesellschaft abgedeckt sind). Dazu gehören auch Kreditengagements gegenüber den ausländischen Niederlassungen dieser lokalen Geschäftspartner.

Grenzüberschreitendes Transferrisiko. Es entsteht, wenn wir einen Kredit von einer unserer Stellen in einem Land an einen Geschäftspartner in einem anderen Land ausreichen. In unserer Definition entsteht die Transferrisikokomponente eines solchen Kreditrisikos, wenn ein grundsätzlich zahlungsfähiger und -williger Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann, da er wegen der Auferlegung staatlicher oder aufsichtsrechtlicher Kontrollen nicht in der Lage ist, Devisen zu beschaffen oder Vermögenswerte an Nichtgebietsansässige zu übertragen („Transfer Risk Event“).

- Für interne Risikomanagementzwecke beinhaltet das grenzüberschreitende Transferrisiko auch Kredite an unsere eigenen Filialen und Tochtergesellschaften im Ausland. Sie sind jedoch in diesem Bericht nicht berücksichtigt.
- Im Jahr 2002 haben wir die Grundlage für die Festlegung von Limiten zur Überwachung von grenzüberschreitenden Transferrisiken verändert. Wir erfassen diese Risiken jetzt mit ihrem vollen Nominalbetrag (zuvor mit einem „Money-at-risk-Ansatz“). Hierdurch soll die Bewertung der jeweiligen Länderengagements genauer gemacht werden.

Event Risk-Szenarien mit hohem Stressfaktor („ERS“). Wir verwenden Stresstests zur Messung von potenziellen Marktrisiken unserer Handelspositionen und betrachten diese als Marktrisiken.

Unsere Länderrisiko-Ratings sind ein Hauptinstrument für das Länderrisikomanagement. Die Ratings erfassen im Einzelnen:

- **Länderkreditrisiko-Rating:** Eine Einschätzung der Wahrscheinlichkeit, dass ein „Country Risk Event“ eintritt.
- **Grenzüberschreitendes Transferrisiko-Rating:** Eine Einschätzung der Wahrscheinlichkeit, dass ein „Transfer Risk Event“ eintritt (in der Regel als Teil des „Country Risk Event“).
- **Event Risk-Rating:** Nähere Erläuterungen nachstehend im Abschnitt Marktrisiko.

Diese Ratings werden von einem unabhängigen Länderrisiko-Researchteam im Kreditrisikomanagement ermittelt.

Sämtliche Länderkreditrisiko- und grenzüberschreitende Transferrisiko-Ratings werden mindestens einmal im Jahr vom Group Credit Policy Committee überprüft und dabei entsprechend angepasst oder bestätigt. Zudem überprüft unser Länderrisiko-Researchteam mindestens vierteljährlich unsere Ratings für die wichtigsten Emerging Markets-Länder, mit denen wir Geschäfte tätigen. Ratings

Länderrisiko-Ratings

für Länder, die wir für besonders volatil halten, sowie „ERS“-Ratings werden einer laufenden Überprüfung unterzogen.

Ferner vergleichen wir unsere internen Risikoeinstufungen regelmäßig mit den Einschätzungen der wichtigsten internationalen Rating-Agenturen.

Länderrisikolimit

Unser Länderrisikoengagement steuern wir mit Hilfe eines Rahmenwerks von Limiten. Wir legen Länderlimite für alle Emerging Markets-Länder (wie nachstehend definiert) fest. Dazu zählen Limite für das Länderkreditengagement, das grenzüberschreitende Transferrisiko und das „ERS“-Risiko. Die Limite überprüfen wir mindestens einmal im Jahr zusammen mit den Länderrisiko-Ratings. Länderlimite werden entweder vom Vorstand oder im Rahmen delegierter Kompetenz vom Group Credit Policy Committee festgelegt.

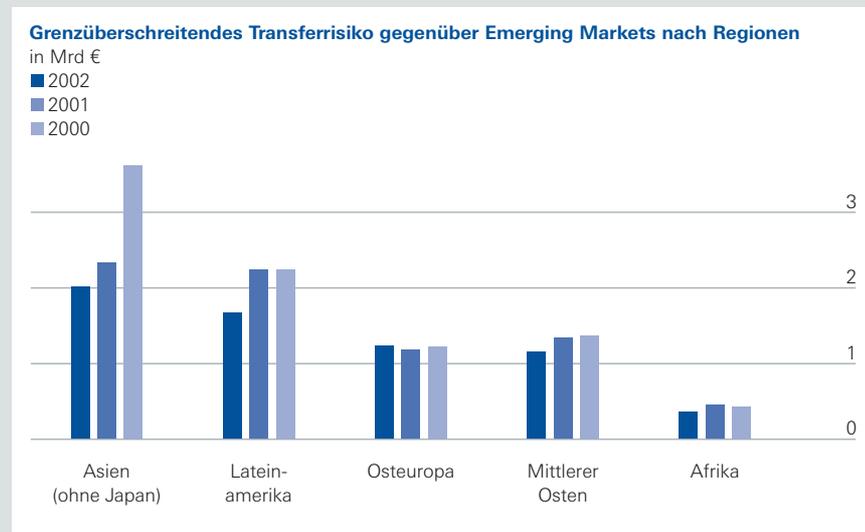
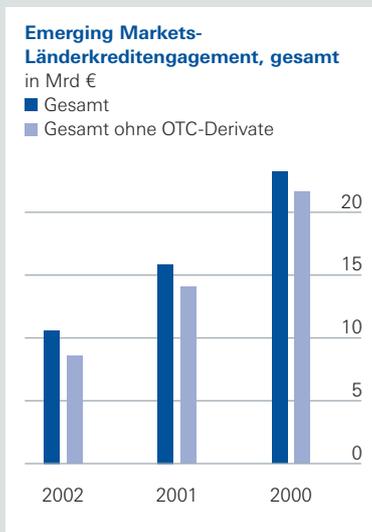
Überwachung des Länderrisikos

Unsere Konzernbereiche sind verantwortlich für die Steuerung ihrer Länderrisiken innerhalb der genehmigten Limite. Die regionalen Einheiten im Kreditrisikomanagement überwachen unser Länderrisiko auf der Grundlage von Daten, die das Controlling zur Verfügung stellt. Das Group Credit Policy Committee überprüft ebenfalls Daten zum grenzüberschreitenden Transferrisiko.

Seit 1998 hat die Bank ihr Engagement gegenüber Emerging Markets-Ländern aktiv reduziert. Emerging Markets definieren wir als alle Länder Lateinamerikas (einschließlich der Karibik), Asiens (außer Japan), Osteuropas, des Mittleren Ostens sowie Afrikas. Im Rahmen dieser Strategie überwacht das Kreditrisikomanagement insbesondere unser gesamtes Länderkreditengagement in Emerging Markets-Ländern und berichtet regelmäßig an das Group Credit Policy Committee.

Länderrisikoengagement

Die folgenden Grafiken zeigen die Entwicklung des gesamten Emerging Markets-Länderkreditengagements sowie die Inanspruchnahmen des grenzüberschreitenden Transferrisikos gegenüber Emerging Markets-Ländern, gegliedert nach Regionen:



Aus unserem grenzüberschreitenden Transferrisiko gegenüber Emerging Markets zum 31. Dezember 2002 in Höhe von 8,1 Mrd € stellen lediglich 6,4 Mrd € Inanspruchnahmen dar. Dies ist eine Reduzierung gegenüber 7,6 Mrd € am 31. Dezember 2001 und 8,9 Mrd € am 31. Dezember 2000.

Messung unserer Ausfallrisiko- und grenzüberschreitenden Transferrisikoengagements

Zur Messung der Ausfallrisiken sowie der grenzüberschreitenden Transferrisiken legen wir als Kriterium einen Erwarteten Verlust zu Grunde und berücksichtigen Ökonomisches Kapital für diese Engagements. Unsere Berechnungen zum Erwarteten Verlust und zum Ökonomischen Kapital stützen sich auf den Teil des gesamten Kreditengagements, der unseres Erachtens einem Ausfallrisiko und einem grenzüberschreitenden Transferrisiko ausgesetzt ist. Nicht berücksichtigt werden solche Engagements, die anderen Risikoarten als dem Ausfallrisiko und dem grenzüberschreitenden Transferrisiko unterliegen (wie beispielsweise Engagements, denen Ökonomisches Kapital gemäß Marktrisikogrundsätzen zugeordnet wird). Die nachstehende Tabelle zeigt unsere Ausfallrisiken und grenzüberschreitenden Transferrisiken sowie unseren Erwarteten Verlust und unser Ökonomisches Kapital nach Konzernbereichen so, wie wir unser Engagement zur Feststellung des Erwarteten Verlusts und des Ökonomischen Kapitals berechnen:

31.12.2002 in Mio €	Corporate and Investment Bank	Private Clients and Asset Management	Sonstige ¹	Konzern insgesamt
Kredite	101 672	66 120	3 828	171 620
OTC-Derivate	60 277	18	–	60 295
Eventualverbindlichkeiten	27 590	1 492	622	29 704
Unwiderrufliche Kreditzusagen (inklusive Akkreditive)	103 146	4 186	465	107 797
Repos und Reverse Repos und Wertpapierleihe	9 031	1	–	9 032
Zinstragende Einlagen bei Banken	19 356	223	6 112	25 691
Gesamtes Kreditrisiko	321 072	72 040	11 027	404 139
Erwarteter Verlust	1 063	241	12	1 316
Ökonomisches Kapital für Ausfallrisiken und grenzüberschreitende Transferrisiken	7 564	1 008	69	8 641

¹ Hierunter fällt hauptsächlich der Konzernbereich Corporate Investments.

Kreditausfälle und Wertberichtigungen

Entsprechend unseren Erwartungen hinsichtlich wahrscheinlicher Kreditausfälle bilden wir in unserem Kreditportfolio Wertberichtigungen. Das Kreditrisikomanagement ist verantwortlich für die Festsetzung unserer Wertberichtigungen. Diese Wertberichtigungen setzen sich aus den folgenden Komponenten zusammen:

Einzelwertberichtigungen: Wertberichtigungen zur Abdeckung des Ausfallrisikos für Einzelengagements.

Wertberichtigungen für inhärente Risiken:

- **Länderwertberichtigungen:** Wertberichtigungen, die zur Deckung von Kreditausfällen in unserem Portfolio grenzüberschreitender Kredite an Kreditnehmer in bestimmten Ländern ausnahmslos auf Grund von Transferrisiken und Währungskonvertierungsrisiken gebildet werden.
- **Wertberichtigungen für das homogene Portfolio:** Wertberichtigungen, die im Portfolio zur Deckung von Kreditausfällen für diese Kreditarten gebildet werden.

- **Sonstige Wertberichtigungen für inhärente Risiken:** Wertberichtigungen, die wir als Schätzwert für Kreditausfälle, die nicht anderweitig identifiziert wurden, unterhalten.

Einzelwertberichtigungen

Einzelwertberichtigungen sind für alle Kredite vorgesehen, die nach Bewertung der Rückzahlungsfähigkeit des Geschäftspartners als notleidend erachtet werden. Kredite gelten als notleidend, wenn wir es für unwahrscheinlich halten, dass sämtliche Zins- und Tilgungsbeträge gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zurückgezahlt werden. Die Höhe einer eventuell erforderlichen Einzelwertberichtigung wird unter Berücksichtigung des Barwerts der zukünftigen Cashflows, des Fair Value der Besicherung oder des Marktwerts des Kredits bestimmt.

Sämtliche Kreditengagements, für die bereits Einzelwertberichtigungen bestehen, sowie alle auf unserer Watchlist geführten Engagements werden regelmäßig einer Neubewertung unterzogen.

Wertberichtigungen für inhärente Risiken

Die Wertberichtigungen für inhärente Risiken betreffen alle anderen Kredite, für die wir keine individuelle Vorsorge treffen, von denen wir aber glauben, dass sie auf Portfolioebene latente Ausfallrisiken beinhalten.

Länderwertberichtigungen. Wir bilden eine Länderwertberichtigung für Kreditengagements in solchen Ländern, deren wirtschaftliche oder politische Situation uns auf Grund von Transferrisiken und Währungskonvertierungsrisiken ernsthaft daran zweifeln lässt, dass dort ansässige Geschäftspartner in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Rückzahlungspflichten zu erfüllen. Wir legen die Prozentsätze unserer Länderwertberichtigungen auf der Grundlage einer umfassenden Matrix aus historischen Verlustdaten und Marktdaten wie wirtschaftlichen, politischen und anderen relevanten Faktoren, die die Finanzposition eines Landes beeinflussen, fest. Bei unserer Entscheidung konzentrieren wir uns auf das von uns für das jeweilige Land festgesetzte grenzüberschreitende Transferrisiko-Rating sowie auf die Höhe und Art der verfügbaren Sicherheiten.

Wertberichtigungen für das homogene Portfolio. Unser Portfolio von kleineren standardisierten homogenen Krediten beinhaltet persönliche Kredite, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe, Kreditlinien sowie Ratenkredite an Selbstständige und Kleingewerbetreibende aus dem Bereich Privat- und Geschäftskunden. Diese Kredite werden zur Bestimmung von inhärenten Verlusten zusammengefasst bewertet, und zwar auf Grund von Analysen historischer Verlustdaten jeder Produktkategorie nach Kriterien wie Stand des Zahlungsverzugs und Erlösen aus der Verwertung von Sicherheiten. Die daraus resultierende Wertberichtigung umfasst den inhärenten Verlust sowohl für die ordnungsgemäß bedienten Kredite als auch für die überfälligen und leistungsge störten Kredite innerhalb des homogenen Portfolios.

Sonstige Wertberichtigungen für inhärente Risiken. Die Wertberichtigungskomponente stellt eine Schätzung der inhärenten Verluste auf Grund von Unwägbarkeiten und Unsicherheiten bei der Ermittlung von Kreditausfällen dar. Dieser Schätzwert der inhärenten Verluste schließt solche Engagements aus, die wir bereits in den Einzelwertberichtigungen, wie oben beschrieben, oder bei der Bildung unserer Wertberichtigung für das homogene Portfolio berücksichtigt haben. In der Vergangenheit haben wir für jede Einheit das Verhältnis der historischen durchschnittlichen Kreditausfälle (abzüglich Eingänge auf abgeschriebene Kredite) zu dem historischen durchschnittlichen Kreditvolumen zu Grunde

gelegt und das Ergebnis auf das Kreditvolumen am Periodenende unter Berücksichtigung relevanter Umfeldfaktoren angewandt. Im Jahr 2002 weiterentwickelte Risikomanagementprozesse und -möglichkeiten erlaubten uns, die Messung der sonstigen Wertberichtigungen für inhärente Risiken zu verfeinern. Diese Verfeinerung ermöglicht uns, in der Risikovorsorge stärker das aktuelle Kreditumfeld als historische Verlusterfahrung zu berücksichtigen. Die neue Messgröße berücksichtigt die Ergebnisse des Erwarteten Verlusts, die wir als Teil der oben erläuterten Berechnungen des Ökonomischen Kapitals generieren. So verarbeitet die neue Messgröße unter anderem unsere internen Rating-Informationen. Das führt zu einer genaueren Bewertung des aktuellen wirtschaftlichen Zustands und verbessert folglich auch das Abschätzen von noch nicht identifizierten inhärenten Verlusten im Portfolio.

Abschreibungen werden vorgenommen, wenn wir, basierend auf der Einschätzung des Kreditrisikomanagements, feststellen, dass Kredite uneinbringlich sind. In der Regel wird ein Kredit abgeschrieben, wenn alle wirtschaftlich sinnvollen Eintreibungswege erschöpft sind. Unser Entschluss berücksichtigt Informationen zu signifikanten Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers, auf Grund derer er seine Verpflichtung nicht länger erfüllen kann, oder Informationen, dass die Erlöse aus den gestellten Sicherheiten zur Rückzahlung des Kredits nicht ausreichen werden.

Vor 2001 haben unsere Einheiten außerhalb der US-Aufsicht, auf die etwa 87% unserer Nettoabschreibungen im Jahr 2000 entfielen, Kredite einheitlich erst dann abgeschrieben, wenn alle rechtlichen Beitreibungsmöglichkeiten erschöpft waren. Auf Grund dieser Praxis wurden Abschreibungen später vorgenommen als bei den unter US-Aufsicht stehenden Einheiten.

Wir haben 2001 damit begonnen, eine Methode zu entwickeln, die unsere weltweite Abschreibungspraxis enger an die Branchenpraktiken in den Vereinigten Staaten anlehnt, und haben antizipiert, dass sich frühere Abschreibungszeitpunkte ergeben werden. Im Jahr 2001 begannen die nicht unter US-Aufsicht stehenden Einheiten, diese veränderte Methode anzuwenden; dies führte tatsächlich zu höheren Abschreibungen als unter Anwendung der früheren Methode.

Unsere Problemkredite umfassen Kredite, für die die Zinsabgrenzung eingestellt ist, sowie Kredite, deren Zins- und/oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind, für die wir die Zinsen aber weiterhin abgrenzen, sowie notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung.

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten unserer Problemkredite 2002 und 2001:

Richtlinien für Abschreibungen

Problemkredite

in Mrd €	31.12.2002			31.12.2001		
	Notleidende Kredite ¹	Leistungsgestörte homogene Kredite	Insgesamt	Notleidende Kredite ¹	Leistungsgestörte homogene Kredite	Insgesamt
Kredite ohne Zinsabgrenzung	8,5	1,6	10,1	10,0	1,5	11,5
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	0,2	0,3	0,5	0,5	0,4	0,9
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	0,2	–	0,2	0,3	–	0,3
Problemkredite insgesamt	8,9	1,9	10,8	10,8	1,9	12,7

¹ Kredite, bei denen es voraussichtlich nicht möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen einzutreiben.

Die Verringerung der Problemkredite insgesamt im Jahr 2002 ist zurückzuführen auf 2,7 Mrd € Bruttoabschreibungen, eine Reduzierung von 1,4 Mrd € aus der Entkonsolidierung verschiedener Einheiten und eine wechsellkursbedingte Reduktion von 0,8 Mrd €, denen 3,0 Mrd € an netto neu erkannten Problemkrediten gegenüberstehen. Die leistungsgestörten homogenen Kredite in Höhe von 1,9 Mrd € beinhalten am 31. Dezember 2002 Kredite von 1,3 Mrd €, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, sowie Kredite von 541 Mio €, die weniger als 90 Tage überfällig sind.

Die nachfolgende Tabelle zeigt unsere Problemkredite insgesamt nach dem Sitz des Geschäftspartners (innerhalb oder außerhalb Deutschlands) in den letzten fünf Jahren. Wir haben keine weiteren wesentlichen verzinslichen Aktiva, die notleidend sind:

in Mio €	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2000	31.12.1999	31.12.1998
Kredite ohne Zinsabgrenzung					
Inländische Kunden	4 587	6 538	3 730	3 899	4 550
Ausländische Kunden	5 511	4 990	2 824	2 104	1 024
Kredite ohne Zinsabgrenzung insgesamt	10 098	11 528¹	6 554	6 003	5 574
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung					
Inländische Kunden	439	658	1 028	985	1 028
Ausländische Kunden	70	189	470	1 275	1 043
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung insgesamt	509	847	1 498	2 260	2 071
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung					
Inländische Kunden	38	57	14	242	55
Ausländische Kunden	154	222	141	154	144
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung insgesamt	192	279	155	396	199

¹ Zu den gesamten Krediten ohne Zinsabgrenzung für 2001 zählen auch notleidende Kredite im Umfang von circa 3,4 Mrd €, die 2000 als potenzielle Problemkredite eingestuft wurden.

Kredite ohne Zinsabgrenzung. Die Zinsabgrenzung für Kredite wird eingestellt, wenn

- die vereinbarten Zins- oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind und das Darlehen weder hinreichend abgesichert ist noch sich im Inkassoprozess befindet oder
- der Kredit noch nicht 90 Tage überfällig ist, es jedoch nach Einschätzung des Managements ratsam ist, die Zinsabgrenzung vor Ablauf von 90 Tagen einzustellen, da es voraussichtlich nicht möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen einzutreiben.

Sobald für einen Kredit die Zinsabgrenzung eingestellt worden ist, werden alle bisher aufgelaufenen, aber nicht gezahlten Zinsen aus den Zinseinnahmen der aktuellen Periode herausgerechnet. Auf Kredite ohne Zinsabgrenzung eingehende Zinsen werden entweder als Zinserträge oder als Ermäßigung der Kapitalforderung verbucht, je nach Einschätzung des Managements hinsichtlich der Einbringlichkeit des ausstehenden Kapitals.

Zum 31. Dezember 2002 betragen unsere gesamten Kredite ohne Zinsabgrenzung 10,1 Mrd €, was einem Nettorückgang von 1,4 Mrd € oder 12% gegenüber 2001 entspricht. Der Nettorückgang der Kredite ohne Zinsabgrenzung resultiert vor allem aus Abschreibungen, Entkonsolidierungen und Reduzierungen unseres Engagements, zum Teil kompensiert durch Kredite, für die die Zinsabgrenzung erstmals eingestellt wurde.

Zum 31. Dezember 2001 betragen unsere gesamten Kredite ohne Zinsabgrenzung 11,5 Mrd €, was einem Nettoanstieg von 4,9 Mrd € oder 74% gegenüber 2000 entspricht. Wir gehen davon aus, dass von diesem Anstieg circa 3,4 Mrd € auf die bereits früher berichtete veränderte Praxis hinsichtlich der Zinsabgrenzung zurückzuführen waren. Ein Betrag von 2,0 Mrd € ergab sich aus zusätzlichen Krediten ohne Zinsabgrenzung in unseren Einheiten in den Vereinigten Staaten, weitere 745 Mio € stammen aus unserem mittelständischen Firmenkunden- und Immobiliengeschäft in Deutschland und 290 Mio € hingen mit einer Verschlechterung unseres homogenen Portfolios in Italien zusammen. Diese Erhöhungen wurden zum Teil durch Veränderungen in anderen Portfolios und Nettoabschreibungen kompensiert.

Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung. Es handelt sich um Kredite, bei denen die vertraglich vereinbarten Zins- oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind, bei denen wir aber noch Zinsen abgrenzen. Diese Kredite sind gut abgesichert und befinden sich im Inkassoprozess.

Im Jahr 2002 reduzierten sich unsere 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite mit Zinsabgrenzung um 338 Mio € oder 40% auf 509 Mio €. Dieser Rückgang ist vor allem auf Entkonsolidierungen in Höhe von 217 Mio €, die erstmalige Einstellung der Zinsabgrenzung für Kredite sowie auf Abschreibungen zurückzuführen.

Im Jahr 2001 reduzierten sich unsere 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite mit Zinsabgrenzung um 651 Mio € oder 44% auf 847 Mio €, vor allem infolge der Einstellung der Zinsabgrenzung innerhalb einiger unserer Immobilienportfolios in Deutschland (410 Mio €) und des homogenen Portfolios in Italien (255 Mio €).

Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung. Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung sind Kredite, die wir auf Grund einer Verschlechterung der finanziellen Situation des Kreditnehmers restrukturiert haben. Diese Restrukturierung kann durch eine oder mehrere der nachstehenden Maßnahmen erfolgen:

- eine Senkung des vereinbarten Zinssatzes für die Restlaufzeit des Kredits;
- einen Fälligkeitsaufschub zu einem niedrigeren Zinssatz als dem aktuellen Marktzins für neue Kredite mit ähnlichem Risikoprofil;
- eine Reduzierung des Nominalbetrags beziehungsweise des Fälligkeitsbetrags des Kredits und
- eine Senkung der aufgelaufenen Zinsen.

Wenn ein Kreditnehmer einen restrukturierten Kredit ein Jahr lang zufriedenstellend bedient, werten wir den Kredit nicht länger als notleidenden Kredit im Prozess der Restrukturierung, es sei denn, der zum Zeitpunkt der Restrukturierung vereinbarte neue Zinssatz war niedriger als der Marktzins für ähnliche Kreditrisiken. Diese Kredite werden nicht in den berichteten notleidenden Krediten im Prozess der Restrukturierung erfasst.

Unsere notleidenden Kredite im Prozess der Restrukturierung zum 31. Dezember 2002 betragen 192 Mio €, eine Verringerung um 31% gegenüber 2001. Der Rückgang unserer notleidenden Kredite im Prozess der Restrukturierung resul-

tiert vor allem aus Engagementrückführungen und aus Krediten, die nunmehr unter Kredite ohne Zinsabgrenzung ausgewiesen werden.

Unsere notleidenden Kredite im Prozess der Restrukturierung zum 31. Dezember 2001 betragen 279 Mio €, ein Anstieg um 80 % gegenüber 2000. Diese Ausweitung war vor allem auf restrukturierte Kredite in Westeuropa und Asien zurückzuführen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die geschätzte Auswirkung der Kredite ohne Zinsabgrenzung und der notleidenden Kredite im Prozess der Restrukturierung auf die Zinserträge. Gezeigt werden die Bruttozinseinkünfte, die 2002 zu verzeichnen gewesen wären, wenn die Kredite gemäß ihren ursprünglichen Konditionen bedient worden wären und im ganzen Jahr 2002 beziehungsweise seit ihrer Entstehung, sofern wir sie nur für einen Teil des Jahres 2002 gehalten haben, ausstehend gewesen wären. Die Tabelle zeigt auch die Höhe der Zinseinkünfte aus diesen Krediten, die dem Jahresüberschuss für 2002 zugerechnet wurden:

in Mio €	2002
Kredite an inländische Kunden	
Bruttozinsbetrag, der zum ursprünglichen Zinssatz angefallen wäre	212
Minus Zinsen, abzüglich der Rückbuchungen, die in den Zinserträgen geführt werden	114
Reduzierung der Zinserträge	98
Kredite an ausländische Kunden	
Bruttozinsbetrag, der zum ursprünglichen Zinssatz angefallen wäre	302
Minus Zinsen, abzüglich der Rückbuchungen, die in den Zinserträgen geführt werden	82
Reduzierung der Zinserträge	220
Reduzierung der Zinserträge insgesamt	318

Die nachstehende Tabelle zeigt die Komponenten unserer Risikovorsorge im Kreditgeschäft nach der Branche des Kreditnehmers sowie die prozentualen Anteile unseres gesamten Kreditportfolios, die zu den angegebenen Zeitpunkten auf die verschiedenen Branchen entfielen. Die Aufteilung nach inländischen und ausländischen Kunden richtet sich nach dem Sitz des Geschäftspartners:

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Mio € (außer Prozentzahlen)	31.12.2002		31.12.2001		31.12.2000		31.12.1999		31.12.1998	
Inländische Kunden										
Einzelwertberichtigungen										
Banken und Versicherungen	37	1%	7	3%	67	4%	6	2%	10	3%
Verarbeitendes Gewerbe	317	5%	427	5%	668	5%	707	5%	781	6%
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	121	8%	102	5%	110	5%	64	5%	83	6%
Private Haushalte – Hypothekenkredite	5	15%	73	13%	58	12%	171	13%	162	13%
Öffentliche Haushalte	–	1%	–	8%	–	8%	–	8%	–	9%
Handel	130	3%	187	2%	359	3%	407	4%	438	6%
Gewerbliche Immobilien	287	9%	643	11%	773	9%	689	9%	568	10%
Sonstige	479	9%	606	9%	840	11%	990	13%	788	16%
Einzelwertberichtigungen inländische Kunden insgesamt	1 376		2 045		2 875		3 034		2 830	
Wertberichtigungen für inhärente Risiken	495		1 098		1 395		1 435		1 768	
Inländische Kunden insgesamt	1 871	51%	3 143	56%	4 270	57%	4 469	59%	4 598	69%
Ausländische Kunden										
Einzelwertberichtigungen	1 768		1 675		1 702		1 575		882	
Wertberichtigungen für inhärente Risiken	678		767		773		1 237		1 036	
Ausländische Kunden insgesamt	2 446	49%	2 442	44%	2 475	43%	2 812	41%	1 918	31%
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle insgesamt	4 317	100%	5 585	100%	6 745	100%	7 281	100%	6 516	100%
Einzelwertberichtigungsbestand insgesamt	3 144		3 720		4 577		4 609		3 712	
Wertberichtigungsbestand für inhärente Risiken insgesamt	1 173		1 865		2 168		2 672		2 804	
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle insgesamt	4 317		5 585		6 745		7 281		6 516	

Veränderungen im Wertberichtigungsbestand. Erhöhungen unseres Wertberichtigungsbestands gehen als Aufwand in unsere Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung ein. Eine Auflösung von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führt zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung des Aufwands für die Bildung von Wertberichtigungen in unserer Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung. Abschreibungen führen zu einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen den Wertberichtigungsbestand erhöhen, ohne Einfluss auf die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu haben.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung unserer Wertberichtigungen für Kreditausfälle für die angegebenen Zeiträume:

in Mio € (außer Prozentzahlen)	2002	2001	2000	1999	1998
Bestand am Jahresanfang	5 585	6 745	7 281	6 516	6 388
Abschreibungen					
Inländische Kunden					
Banken und Versicherungen	8	7	13	5	4
Verarbeitendes Gewerbe	196	280	123	127	107
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	400	214	37	41	15
Private Haushalte – Hypothekenkredite	45	27	39	48	32
Öffentliche Haushalte	–	–	–	–	–
Handel	140	192	60	81	58
Gewerbliche Immobilien	127	209	148	158	154
Leasingfinanzierungen	–	1	3	2	1
Sonstige	567	426	220	147	128
Inländische Kunden insgesamt	1 483	1 356	643	609	499
Ausländische Kunden					
Ohne Leasingfinanzierungen	1 244	697	652	215	243
Leasingfinanzierungen	1	2	1	15	1
Ausländische Kunden insgesamt	1 245	699	653	230	244
Abschreibungen insgesamt	2 728	2 055	1 296	839	743
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten					
Inländische Kunden					
Banken und Versicherungen	–	–	–	1	2
Verarbeitendes Gewerbe	4	4	10	8	1
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	24	15	3	2	2
Private Haushalte – Hypothekenkredite	2	2	–	–	–
Öffentliche Haushalte	–	–	–	–	–
Handel	3	1	–	–	–
Gewerbliche Immobilien	3	–	3	5	2
Leasingfinanzierungen	–	–	–	–	–
Sonstige	42	11	35	5	19
Inländische Kunden insgesamt	78	33	51	21	26
Ausländische Kunden					
Ohne Leasingfinanzierungen	34	34	24	23	10
Leasingfinanzierungen	–	–	–	6	–
Ausländische Kunden insgesamt	34	34	24	29	10
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten insgesamt	112	67	75	50	36
Nettoabschreibungen insgesamt	2 616	1 988	1 221	789	707
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	2 091	1 024	478	725	908
Andere Veränderungen (Effekte aus Wechselkursänderungen und aus Änderungen des Konsolidierungskreises)	– 743	– 196	207	829	– 73
Bestand am Jahresende	4 317	5 585	6 745	7 281	6 516
Anteil der Nettoabschreibungen insgesamt an den Forderungen aus dem Kreditgeschäft im Jahresdurchschnitt	1,15 %	0,71 %	0,39 %	0,31 %	0,35 %

Die nachstehende Tabelle analysiert die Veränderungen in der ausländischen Komponente der Wertberichtigungen für Kreditausfälle. Zum 31. Dezember 2002 entfielen 57% unseres gesamten Wertberichtigungsbestands auf ausländische Kunden:

in Mio €	2002	2001	2000	1999	1998
Bestand am Jahresanfang	2 441	2 475	2 812	1 918	1 735
Abschreibungen	1 245	699	653	230	244
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	34	34	24	29	10
Nettoabschreibungen	1 211	665	629	201	234
Zuführungen zu Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1 500	710	219	296	443
Andere Veränderungen (Effekte aus Wechselkursänderungen und aus Änderungen des Konsolidierungskreises)	- 284	- 79	73	799	- 26
Bestand am Jahresende	2 446	2 441	2 475	2 812	1 918

Unser Wertberichtigungsbestand am 31. Dezember 2002 betrug 4,3 Mrd €, 23% weniger als der Bestand von 5,6 Mrd € Ende 2001. Diese Abnahme ging vor allem auf erhöhte Abschreibungen zurück, die durch die Neubildung von Wertberichtigungen infolge der anhaltenden Wirtschaftsschwäche 2002 zum Teil kompensiert wurden. Die Verringerung unseres Wertberichtigungsbestands ist auch auf eine Nettoentkonsolidierung in Höhe von 421 Mio € und auf Wechselkursänderungen zurückzuführen.

Unsere Bruttoabschreibungen stiegen 2002 auf 2,7 Mrd €, was einer Erhöhung von 673 Mio € oder 33% gegenüber 2001 entspricht. 1,9 Mrd € der Abschreibungen für 2002 betrafen unser Firmenkreditengagement, hauptsächlich beeinflusst durch unsere deutschen und nordamerikanischen Portfolios, und 777 Mio € entfielen auf unser Konsumentenkreditengagement.

Unsere Neubildung von Wertberichtigungen im Jahr 2002 belief sich auf 2,1 Mrd €, was einem Anstieg von 104% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Dieser Betrag setzt sich aus netto neu gebildeten Einzelwertberichtigungen und Wertberichtigungen für inhärente Risiken zusammen. Die Neubildung für das Jahr ist im Wesentlichen auf Wertberichtigungen im Zusammenhang mit dem Einbruch der Telekommunikationsbranche sowie Einzelwertberichtigungen zurückzuführen, die eine Verschlechterung in verschiedenen, in unserem deutschen und amerikanischen Portfolio repräsentierten Branchen reflektieren.

Am 31. Dezember 2002 betrug unser Bestand an Einzelwertberichtigungen 3,1 Mrd €, eine Ermäßigung um 576 Mio € oder 15% gegenüber 2001. Die Veränderung des Wertberichtigungsbestands beinhaltet netto neu gebildete Einzelwertberichtigungen in Höhe von 2,0 Mrd €, die zu 74% auf ausländische Kunden entfallen. Die Nettoneubildung war 111% höher als im Vorjahr, sie wurde jedoch durch Nettoabschreibungen von 1,8 Mrd € nahezu kompensiert. Da Einzelwertberichtigungen die größte Komponente unseres Bestands an Wertberichtigungen im Kreditgeschäft insgesamt bilden, ist die Nettoermäßigung unserer Einzelwertberichtigungen für 2002 ebenfalls auf die oben genannten Gründe für die Ermäßigung unseres gesamten Wertberichtigungsbestands im Kreditgeschäft zurückzuführen.

Unser Bestand an Wertberichtigungen für inhärente Risiken betrug am 31. Dezember 2002 1,2 Mrd €, das entsprach einem Rückgang um 692 Mio € oder 37% gegenüber dem Stand am Ende des Jahres 2001. Der Nettorück-

gang resultierte vor allem aus Nettoabschreibungen in Höhe von 716 Mio € in unserem homogenen Portfolio, die teilweise durch Nettoneubildungen für das homogene Portfolio in Höhe von 179 Mio € kompensiert wurden. Das Abschreibungsvolumen im homogenen Portfolio für 2002 war beeinflusst durch die Einführung von Überfälligkeitszeitpunkten, nach denen bestimmte homogene Kredite komplett abgeschrieben werden.

Am 31. Dezember 2001 betrug unser Wertberichtigungsbestand 5,6 Mrd €, 17% weniger als der Bestand von 6,7 Mrd € Ende 2000. Diese Abnahme ging vor allem auf erhöhte Abschreibungen zurück, die durch die Neubildung von Wertberichtigungen infolge der abgeschwächten Konjunktur 2001 teilweise kompensiert wurden.

Unsere Abschreibungen stiegen 2001 auf 2,1 Mrd €, was einer Erhöhung von 759 Mio € oder 59% gegenüber 2000 entspricht. Dies war insbesondere auf die Veränderung der Abschreibungspraxis für Einheiten außerhalb der US-Aufsicht zurückzuführen. Von den gesamten Abschreibungen für 2001 betrafen 1,4 Mrd € oder zwei Drittel unser deutsches Portfolio. Hiervon entfielen 957 Mio € auf unser mittelständisches Firmenkundenportfolio in Deutschland und 407 Mio € auf das homogene Portfolio. Etwa 25% der Abschreibungen in der Kategorie inländische Kunden/Sonstige in Höhe von insgesamt 426 Mio € betrafen ein einzelnes mittelständisches deutsches Unternehmen in der Baubranche. Die verbleibenden 700 Mio € waren Abschreibungen in unserem Portfolio ausländischer Geschäftspartner, wovon 402 Mio € oder 58% auf Abschreibungen in Nordamerika und hier insbesondere auf unser Leveraged-Geschäft zurückgehen.

Unsere gesamte Neubildung von Wertberichtigungen belief sich im Jahr 2001 auf 1,0 Mrd €, was einem Anstieg von 114% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Dieser Betrag setzt sich aus neu gebildeten Einzelwertberichtigungen und Wertberichtigungen für inhärente Risiken zusammen, die die Abschwächung der Weltwirtschaft widerspiegeln.

Am 31. Dezember 2001 betrug unser Bestand an Einzelwertberichtigungen 3,7 Mrd €, eine Ermäßigung um 19% gegenüber 2000. Die Veränderung des Wertberichtigungsbestands beinhaltet neu gebildete Einzelwertberichtigungen in Höhe von 951 Mio €, die zu 70% auf ausländische Kunden entfallen. Diese Neubildung fiel um 18% höher aus als im Vorjahr und geht insbesondere auf unser Engagement gegenüber einem einzelnen US-amerikanischen Kunden aus der Versorgungsbranche, verschiedene Engagements in Argentinien und unser Leveraged-Geschäft zurück. Der Anstieg der Wertberichtigungen wurde durch Nettoabschreibungen in Höhe von 1,6 Mrd € teilweise kompensiert.

Am 31. Dezember 2001 betrug unser Bestand an Wertberichtigungen für inhärente Risiken 1,9 Mrd €, ein Rückgang um 303 Mio € oder 14% gegenüber dem Stand am Ende des Jahres 2000. Der Nettorückgang resultierte vor allem aus Abschreibungen in Höhe von 383 Mio € in unserem Privatkundengeschäft in Deutschland, die teilweise durch neue Wertberichtigungen für das homogene Portfolio in Höhe von 127 Mio € kompensiert wurden. Darüber hinaus ging unser Bestand an Länderwertberichtigungen um netto 16% zurück. Dieser Rückgang ist das Ergebnis des Verkaufs von Aktiva gegenüber der Türkei und Asien (ohne Japan), für die wir Länderwertberichtigungen gebildet hatten, sowie einer verbesserten Besicherung für grenzüberschreitende Aktiva.

Unser Wertberichtigungsbestand am 31. Dezember 2000 betrug 6,7 Mrd €, 7% weniger als der Bestand von 7,3 Mrd € Ende 1999. Diese Abnahme war vor allem auf erhöhte Abschreibungen, geringere Einzelwertberichtigungen und Nettoauflösungen der Wertberichtigungen für inhärente Risiken zurückzuführen.

Unsere Abschreibungen stiegen 2000 auf 1,3 Mrd €, was einer Erhöhung um 457 Mio € oder 54% gegenüber 1999 entspricht. Von dieser Erhöhung entfielen

423 Mio € ausschließlich auf unsere ausländischen Kunden. Circa 70% oder 296 Mio € dieser Erhöhung waren auf Abschreibungen für Russland und den Irak zurückzuführen. Ferner entfielen 34 Mio € auf deutsche Geschäftspartner im mittelständischen Firmenkundenportfolio. Etwa 60% der Abschreibungen in der Kategorie inländische Kunden/Sonstige betrafen ein einzelnes mittelständisches deutsches Unternehmen in der Baubranche.

Unsere gesamte Neubildung von Wertberichtigungen im Jahr 2000 betrug 478 Mio €, was einer Verringerung von 34% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Dieser Betrag setzte sich aus neuen Nettoeinzelwertberichtigungen sowie aus Auflösungen der Wertberichtigungen für inhärente Risiken zusammen. Unsere gesamte Nettoneubildung von Einzelwertberichtigungen betrug 805 Mio €, mit einer etwa gleichen Verteilung zwischen inländischen und ausländischen Kunden. Unsere Einzelwertberichtigungen sanken zwischen 1999 und 2000, was die Verbesserung unseres Kreditportfolios widerspiegelt. Einzelwertberichtigungen fielen 2000 circa 13% geringer aus als im Vorjahr, vor allem auf Grund der Wertberichtigungen, die 1999 für ein signifikantes Engagement gegenüber einem einzelnen deutschen Kreditnehmer im Immobiliensektor vorgenommen wurden.

Unser Bestand an Wertberichtigungen für inhärente Risiken am 31. Dezember 2000 betrug 2,2 Mrd €, ein Rückgang um 19% gegenüber dem Stand am Ende des Jahres 1999. Der Rückgang resultierte vor allem aus den oben erwähnten Abschreibungen von 296 Mio € und der Auflösung von Länderwertberichtigungen in Höhe von 154 Mio €. Von den 154 Mio € Auflösungen waren 88 Mio € das Ergebnis eines verringerten Engagements (insbesondere in Brasilien und der Türkei), 34 Mio € stammten aus einer Nettoerduzierung der Wertberichtigungsätze für einzelne Länder, der verbleibende Betrag setzte sich aus anderen Veränderungen, vor allem im Devisenbereich, zusammen. Neben einer geringen Erhöhung unserer Wertberichtigungen für das homogene Portfolio haben wir einen Nettobetrag von 98 Mio € aus unserer sonstigen Wertberichtigung für inhärente Risiken im Zusammenhang mit zwei rechtlich selbstständigen Einheiten (EUROHYPO und Bankers Trust) im Jahr 2000 aufgelöst. Jede dieser Einheiten verzeichnete im Jahr 2000 einen Rückgang ihrer Verlustfaktoren auf Grund einer Verringerung der durchschnittlichen historischen Abschreibungen und einer Erhöhung der durchschnittlichen Kreditengagements.

Unser Wertberichtigungsbestand am 31. Dezember 1999 betrug 7,3 Mrd €, eine Erhöhung um 12% gegenüber 1998. Dieser Anstieg war vor allem auf die erheblichen Erhöhungen unserer Einzelwertberichtigungen sowie die Akquisition von Bankers Trust (477 Mio €) zurückzuführen, er wurde zum Teil kompensiert durch die Auflösung von Länderwertberichtigungen, den deutlichen Rückgang der Wertberichtigungen für inhärente Risiken und eine leichte Zunahme der Abschreibungen (96 Mio €).

Unsere Abschreibungen erhöhten sich 1999 insgesamt um 13% auf 839 Mio €. Dieser Anstieg war im Wesentlichen auf das deutsche Portfolio zurückzuführen. Circa 30% der Abschreibungen in der Kategorie inländische Kunden/Sonstige betrafen die Baubranche.

Unsere Wertberichtigungen für Kreditausfälle betrugen 1999 725 Mio €, eine Ermäßigung um 20% oder 183 Mio € gegenüber dem Vorjahr. Dieser Rückgang resultierte im Wesentlichen aus den höheren Einzelwertberichtigungen, die zum Teil durch die Auflösung von Länderwertberichtigungen kompensiert wurden. Unsere Einzelwertberichtigungen für Deutschland erhöhten sich auf 568 Mio €, ein Anstieg um 65% gegenüber dem Vorjahr. Diese Erhöhung war in erster Linie auf höhere Wertberichtigungen für den oben erwähnten deutschen Kreditnehmer zurückzuführen.

Unsere Einzelwertberichtigungen für ausländische Kunden betragen 1999 358 Mio €, ein Anstieg um 30% gegenüber dem Vorjahr. Diese Steigerung ergab sich daraus, dass wir die Engagements in den Emerging Markets, für die Einzelwertberichtigungen zu bilden waren, gezielt identifizieren konnten. Gleichzeitig kam es zur Auflösung von Länderwertberichtigungen, insbesondere für Indonesien und die Türkei.

Unser Wertberichtigungsbestand betrug am 31. Dezember 1998 6,5 Mrd €, eine Erhöhung von 2% gegenüber 1997. Dieser Anstieg beruhte im Wesentlichen auf Effekten, die aus der asiatischen und russischen Finanzkrise resultierten.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen aus dem Kreditgeschäft:

in Mio €	2002	2001	2000
Bestand am Jahresanfang	496	453	569
Zuführungen zu/Auflösungen (-) von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen aus dem Kreditgeschäft	17	- 30	- 33
Nettoabschreibungen	-	- 22	-34
Andere Veränderungen (Effekte aus Wechselkursänderungen und aus Änderungen des Konsolidierungskreises)	- 28	95	- 49
Bestand am Jahresende	485	496	453

Abwicklungsrisiko

Bei unseren umfangreichen Handelsaktivitäten können wir zum Zeitpunkt der Abwicklung der Geschäfte Risiken ausgesetzt sein. Das Abwicklungsrisiko („Settlement Risk“) ist das Risiko, einen Verlust zu erleiden, wenn ein Geschäftspartner seinen vertraglichen Verpflichtungen zur Lieferung von liquiden Mitteln, Wertpapieren beziehungsweise anderen Werten nicht nachkommt.

Für viele Transaktionsarten verringern wir das Abwicklungsrisiko, indem wir das Geschäft über eine Clearing-Stelle leiten, die als Vertreter beider Parteien operiert und das jeweilige Geschäft erst abwickelt, wenn beide Parteien ihre Vertragspflichten erfüllt haben.

Steht ein solches Abwicklungssystem nicht zur Verfügung – was zum Beispiel üblicherweise bei Devisengeschäften der Fall ist –, stellt die simultane Initialisierung der Zahlungs- und Lieferungsverpflichtungen aus der Transaktion die übliche Praxis unter Geschäftspartnern dar („Free Settlement“). In solchen Fällen können wir eine Minderung des Abwicklungsrisikos anstreben, in dem wir bilaterale Netting-Vereinbarungen für Zahlungen eingehen. Außerdem beteiligen wir uns aktiv an Brancheninitiativen zur Reduzierung des Abwicklungsrisikos. Die Übernahme eines Abwicklungsrisikos für im „Free Settlement“-Verfahren getätigte Geschäfte bedarf der Zustimmung aus dem Kreditrisikobereich, entweder in Form vorab genehmigter Abwicklungsrisikolimits oder durch Einholung einer gesonderten Genehmigung für den jeweiligen Geschäftsvorfall. Wir aggregieren Abwicklungsrisikolimits nicht mit anderen Kreditengagements für Kreditgenehmigungszwecke, berücksichtigen jedoch das gesamte Engagement bei der Überlegung, ob ein bestimmtes Abwicklungsrisiko annehmbar ist.

Marktrisiko

Nahezu alle unsere Geschäfte unterliegen dem Risiko von Änderungen in Marktpreisen und Kursen, die zu Gewinnen oder Verlusten führen können. Wir unterscheiden vier Arten von Marktrisiken:

- Zinsrisiko (diese umfassen spezifische und allgemeine Risiken, wie nachstehend beschrieben);
- Aktienkursrisiko (diese umfassen spezifische und allgemeine Risiken, wie nachstehend beschrieben);
- Währungsrisiko;
- Rohwarenpreisrisiko.

Marktrisiken ergeben sich sowohl bei Handels- als auch bei Nichthandelsgeschäften. Wir gehen Risiken durch Market-making und die Übernahme von Positionen in Schuldtiteln, Aktienwerten, Devisen, sonstigen Wertpapieren und Rohwaren sowie in Zins-, Aktien-, Währungs- und Rohwarenderivaten ein.

Wir nutzen eine Kombination aus Risikosensitivitäten, Value-at-risk, Stresstests und Messgrößen zum Ökonomischen Kapital, um Marktrisiken zu managen und entsprechende Limite zu setzen. Ökonomisches Kapital ist eine Messgröße, mit der wir alle Marktrisiken sowohl im Handels- als auch Nichthandelsportfolio beschreiben. Value-at-risk ist ebenfalls eine gängige Methode, mit der wir unsere Handelsrisiken managen.

Der Vorstand und das Group Risk Committee, unterstützt vom Group Market Risk Management als Teil unserer unabhängigen Risikomanagementfunktion, legen ein konzernweites Value-at-risk-Limit für die Marktrisiken im Handelsbuch fest. Group Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf die Konzernbereiche und die ihnen untergeordneten Geschäftssparten und Handelsportfolios sowie nach geografischen Regionen auf.

Der Ausweis unserer Marktrisiken für Handelsgeschäfte erfolgt gemäß den Bestimmungen der deutschen Bankenaufsicht, die es Banken ermöglicht, Kapital für Marktrisiken nach eigenen internen Modellen zu berechnen. Im Oktober 1998 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, das Vorgängerinstitut der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, unsere internen Marktrisikomodelle zur Berechnung des Marktrisikokapitals für das allgemeine Marktrisiko und das emittentenspezifische Risiko genehmigt. Diese Genehmigung wurde im Jahr 2000 nach der Akquisition von Bankers Trust sowie im Jahr 2002 erneut geprüft und bestätigt. Wir verwenden unser nachstehend beschriebenes internes Value-at-risk-Modell zur Berechnung der aufsichtsrechtlichen Marktrisikoposition.

Mit der Offenlegung des Value-at-risk wollen wir sicherstellen, dass Marktrisikoberichte sowohl für die interne Risikosteuerung als auch für aufsichtsrechtliche Zwecke und für die externe Offenlegung einheitlich sind. Das Value-at-risk-Limit für den Konzernbereich Corporate and Investment Bank lag im Jahresverlauf 2002 bei 73 Mio € (basierend auf einem Konfidenzniveau von 99%, wie nachstehend beschrieben, und einer Haltedauer von einem Tag) mit Ausnahme der Zeit vom 8. Januar bis 25. Februar 2002, in der wir das Limit vorübergehend auf 100 Mio € anhoben. Das Value-at-risk-Limit für die Handelspositionen auf Konzernebene lag im gesamten Jahresverlauf 2002 bei 77 Mio € mit Ausnahme der Zeit vom 8. Januar bis 25. Februar 2002, in der wir das Limit vorübergehend auf 100 Mio € anhoben.

Systematik des Marktrisikomanagements

Unterschiede zwischen den Marktrisikoberichten nach den Bestimmungen der deutschen Bankenaufsicht und nach US GAAP

Es gibt zwei wesentliche Bereiche, in denen sich unsere Festlegung, welche Aktiva dem Handelsbestand zuzurechnen sind und welche nicht, nach den Bestimmungen der deutschen Bankenaufsicht und nach US GAAP unterscheiden. Zunächst existieren materielle Unterschiede bei der Klassifizierung von Aktiva als Handelsaktiva in einigen unserer Geschäftssparten, die für die aufsichtsrechtliche Berichterstattung und interne Risikosteuerung als Handelsbereiche angesehen werden. In diesen Sparten gibt es Aktiva, die dem Value-at-risk der Handelsbereiche hinzugerechnet werden, obwohl sie nach US GAAP nicht zu den Handelsaktiva zählen. Bei diesen Aktiva handelt es sich beispielsweise um Geldmarktdarlehen und handelbare Kredite, die vor allem unseren Geschäftssparten Global Markets Finance und Global Corporate Finance zugeordnet werden. Zum Jahresende 2002 wurden Kredite im Wert von 3,9 Mrd € als Handelsaktiva für die aufsichtsrechtliche Berichterstattung eingestuft. Dies entsprach etwa dem am Jahresende 2001 verzeichneten Betrag.

Zudem gibt es Unterschiede auf Grund der Anwendung von Hedge Accounting. Zum 31. Dezember 2002 betrug der Fair Value dieser Transaktionen 1,9 Mrd € für Vermögensgegenstände und 1,2 Mrd € für Verbindlichkeiten. Am Jahresende 2001 waren diese Unterschiede nicht wesentlich.

Darüber hinaus schließen wir von unserem Value-at-risk die Positionen in fremder Währung aus, die nach deutschem Aufsichtsrecht von der Berechnung der Währungsrisiken ausgeschlossen werden dürfen. Hierbei handelt es sich um Währungspositionen, die vom haftenden Eigenkapital abgezogen oder in vollem Umfang mit haftendem Eigenkapital unterlegt werden (inklusive partieller Hedges auf dieses Eigenkapital), sowie um Beteiligungen an verbundenen Unternehmen, die in Fremdwährung verbucht und zu historischen Anschaffungskosten bewertet werden (von uns als strukturelle Währungspositionen bezeichnet). Dieser Ansatz entspricht den Bestimmungen der deutschen Bankenaufsicht und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat hierzu ihre Genehmigung erteilt. Diese Beteiligungen hatten am 31. Dezember 2002 einen Buchwert von insgesamt 11,7 Mrd €, wovon 66% auf US-Dollar, 17% auf Pfund Sterling und 7% auf japanische Yen lauteten. Der verbleibende Betrag war auf verschiedene Währungen aufgeteilt.

Zudem nehmen wir in unseren Konzernabschluss für deutsche aufsichtsrechtliche Meldungen solche Unternehmen nicht auf, bei denen es sich nach der Definition im Kreditwesengesetz nicht um Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen oder Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten handelt. Einige dieser Unternehmen werden jedoch unter US GAAP konsolidiert. Dazu zählen vor allem unsere Versicherungsgesellschaften und bestimmte Investmentgesellschaften. Diese Unternehmen steuern ihre Marktrisiken selbst (gemäß den auf die Risikomanagementaktivitäten dieser Unternehmen anwendbaren Regelungen); sie sind deshalb nicht in diesem Marktrisikomanagementbericht aufgeführt. Zum 31. Dezember 2002 hielten diese Unternehmen 12,1 Mrd € an Nichthandelsaktiva; Handelsaktiva hielten sie keine.

Value-at-risk (VaR)-Analyse

Wir verwenden ein Value-at-risk-Verfahren, um ein quantitatives Maß für unsere Marktrisiken im Handelsbuch unter normalen Marktbedingungen abzuleiten.

Der Value-at-risk gibt für ein gegebenes Portfolio den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert) an, der unter normalen Marktbedingungen über einen vorgegebenen Zeitraum und mit einem bestimmten Konfidenzniveau nicht überschritten wird. Der Value-at-risk-Ansatz stellt ein konstantes und einheitliches Messverfahren dar, das sich auf sämtliche Handelsgeschäfte und Produkte anwenden lässt. Dies ermöglicht einen Vergleich der ermittelten Marktrisiken

sowohl über einen bestimmten Zeitraum hinweg als auch mit den tatsächlichen täglichen Handelserträgen.

Seit dem 1. Januar 1999 berechnen wir den Value-at-risk gemäß den Bestimmungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) sowohl für interne als auch für externe Meldezwecke mit einem Konfidenzniveau von 99%. Für interne Meldezwecke legen wir eine Haltedauer von einem Tag zu Grunde. Für aufsichtsrechtliche Meldungen beträgt die Haltedauer zehn Tage. Dies bedeutet, dass, sofern das Portfolio ohne Veränderung für zehn Tage gehalten wird, eine Wahrscheinlichkeit von 1 % besteht, dass sich der Marktwert des Portfolios um einen Betrag verringert, der größer als der Value-at-risk-Betrag ist.

Wir sind davon überzeugt, dass unser Value-at-risk-Modell alle wesentlichen Risikofaktoren unter Annahme normaler Marktbedingungen berücksichtigt. Beispiele solcher Risikofaktoren sind Zinssätze, Aktienkurse, Währungskurse und Rohwarenpreise sowie deren implizite Volatilitäten. Das Modell berücksichtigt sowohl lineare als auch nichtlineare Einflüsse der Risikofaktoren auf den Wert eines Portfolios. In den nichtlinearen Einflüssen werden insbesondere die derivativespezifischen Risiken erfasst. Die statistischen Parameter, die Bestandteil unseres Value-at-risk-Modells sind, werden auf der Grundlage historischer Zeitreihen über die letzten 261 Handelstage (was einem Kalenderjahr entspricht) mit gleicher Gewichtung jedes Ereignisses bestimmt.

Bis einschließlich 2001 haben wir eine Nullkorrelation zwischen den verschiedenen Risikoklassen unterstellt. Dies bedeutet also, wir haben unterstellt, dass Verluste in den verschiedenen Risikoklassen unabhängig voneinander eintreten. Im Jahr 2002 wechselten wir zu einem aggregierten Ansatz, der auf einer Vollkorrelation zwischen den verschiedenen Risikoklassen basiert.

Der Value-at-risk für Zins- und Aktienkursrisiken besteht jeweils aus zwei Komponenten. Das allgemeine Risiko beschreibt Wertveränderungen auf Grund allgemeiner Marktbewegungen, während das spezifische Risiko emittentenbezogene Ursachen hat. Bei der Aggregation des allgemeinen und des spezifischen Risikos nehmen wir grundsätzlich an, dass beide Risikokomponenten unkorreliert sind. Wir benutzen für unsere Value-at-risk-Berechnung ein Monte Carlo-Simulationsverfahren. Monte Carlo-Simulation ist ein Modell, das den Gewinn oder Verlust aus einer Transaktion für eine große Zahl (beispielsweise 10 000) unterschiedlicher Marktszenarien berechnet, die durch Annahme einer gemeinsamen logarithmischen Normalverteilung von Marktpreisen auf Grund des beobachteten statistischen Verhaltens der simulierten Risikofaktoren der letzten 261 Handelstage generiert werden. Bisher verwenden wir einen Varianz-Kovarianz-Ansatz zur Berechnung spezifischer Zinsrisiken bei einigen Portfolios wie beispielsweise im Integrated Credit Trading und im Verbriefungsgeschäft.

Wir benutzen ein Back-testing-Verfahren für unsere Handelsbereiche, um die Vorhersagekraft unserer Value-at-risk-Berechnungen zu prüfen. Bei diesem Verfahren werden auf täglicher Basis die hypothetisch erzielten Gewinne und Verluste nach der Buy-and-hold-Annahme (entsprechend den deutschen aufsichtsrechtlichen Vorgaben) mit den durch das Value-at-risk-Modell prognostizierten Werten verglichen.

Ein Back-testing Committee erörtert vierteljährlich die Back-testing-Ergebnisse des gesamten Konzerns und der einzelnen Bereiche. Dem Komitee gehören Risikomanager, Risikocontroller und Business Area-Controller an. Sie analysieren die aufgetretenen Gewinn- und Verlustschwankungen und prüfen die Vorhersagekraft unseres Value-at-risk-Modells. Entsprechend sind wir in der Lage, den Value-at-risk-Prozess weiterzuentwickeln.

Back-testing

Stresstests und Ökonomisches Kapital

Während der auf täglicher Basis bestimmte Value-at-risk eine Prognose für potenzielle große Verluste unter normalen Marktbedingungen liefert, führen wir Stresstests durch, bei denen unser Handelsportfolio unter extremen Marktszenarien, die nicht durch das Konfidenzintervall unseres Value-at-risk-Modells abgedeckt werden, bewertet wird.

Die Ergebnisse dieser Stressszenarien sind Grundlage für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals, das nach unserer Einschätzung zur Deckung der Marktrisiken aller von uns gehaltenen Positionen benötigt wird. Hierbei werden die zu Grunde liegenden Risikofaktoren (Marktparameter), die sich auf die verschiedenen Produkte auswirken, extrem bewegt, das heißt einer plötzlichen Veränderung gemäß vordefinierter Szenarien unterzogen. Der vorhergesagte maximale Verlust, der sich bei Anwendung dieser Szenarien auf die einzelnen Portfolios ergibt, wird dem betreffenden Geschäftsbereich als Ökonomisches Kapital zugewiesen. Stressszenarien leiten wir aus historischen Worst Case-Szenarien ab, berücksichtigen aber auch strukturelle Veränderungen der Märkte.

Für alle Emerging Markets berechnen wir beispielsweise länderspezifische Event Risk-Szenarien und überprüfen die Ergebnisse dieser Event Risk-Analysen täglich. Darüber hinaus prüft ein Komitee auf zweiwöchentlicher Basis Ratings und Scenario Loss-Limite. Zusätzlich zu den länderspezifischen Event Risk-Szenarien für Emerging Markets unterwerfen wir die Positionen aller bedeutenden Handelsportfolios in regelmäßigen Abständen (wöchentlich) Marktstressszenarien.

Unsere Stresstestszenarien erfassen im Einzelnen:

- Preis- und Volatilitätsrisiken für Zinsen, Aktienkurse, Währungskurse und Rohwarenpreise für Industrieländer. Dabei berücksichtigen wir sowohl Handels- und Nichthandelsbestände an Wertpapieren und Investments als auch Handelsbestände in den Derivateportfolios; zahlreiche Basisrisiken werden erfasst;
- Risiken in Emerging Markets, insbesondere sinkende Aktienkurse, starke Zinsschwankungen und Devisenabwertungen;
- Zinsänderungsrisiken für Anleihen und handelbare Kredite aus Industrie- und Emerging Markets-Ländern;
- Underwriting-Risiken im Anleihe- und Aktienemissionsgeschäft.

Wir berechnen die Zahlen für das Ökonomische Kapital, indem wir die Verluste aus den Stressszenarien aggregieren. Dabei nutzen wir Korrelationen, die extreme Marktbedingungen widerspiegeln (an Stelle der normalen Marktkorrelationen im Value-at-risk-Modell). Diese Berechnungen führen wir wöchentlich durch.

Am 31. Dezember 2002 lag das berechnete Ökonomische Kapital für Marktrisiken in den Handelsbereichen bei 0,9 Mrd €.

Grenzen unserer eigenen Risikomodelle

Wenngleich wir davon überzeugt sind, dass unsere Marktrisikomodelle eine hohe Qualität aufweisen, entwickeln wir diese Modelle weiter und stellen beträchtliche Mittel für ihre Überprüfung und Verbesserung bereit.

Die Ergebnisse unserer Stresstests und die Berechnung des Ökonomischen Kapitals sind dadurch eingeschränkt, dass Stresstests zwangsläufig zahlenmäßig begrenzt sind und dass nicht alle Downside-Szenarien vorhergesagt und simuliert werden können. Worst Case-Verlustannahmen werden nach fundierten Beurteilungen der Risikomanager unter Berücksichtigung von extremen historischen Marktbewegungen getroffen. Dennoch ist es möglich, dass der Verlust aus unseren Marktrisikopositionen größer ausfällt als der berechnete Wert unseres Ökonomischen Kapitals.

Bei unseren Value-at-risk-Analysen dürfen auch die Einschränkungen nicht außer Acht gelassen werden, die sich aus der zu Grunde liegenden Methode ergeben. So sollte der Value-at-risk nicht als Maximalverlust angesehen werden, der bei unseren Marktrisikopositionen auftreten kann. Zu den Einschränkungen des Value-at-risk-Modells zählen:

- Die Verwendung historischer Daten als Grundlage für die Einschätzung künftiger Ereignisse kann dazu führen, dass nicht alle potenziellen Ereignisse, besonders die extremer Natur, erfasst werden.
- Die Annahme, dass Veränderungen der Risikofaktoren eine Normalverteilung oder logarithmische Normalverteilung aufweisen. Dies könnte sich im konkreten Fall als nicht zutreffend erweisen und zu einer Unterschätzung der Wahrscheinlichkeit von extremen Marktbewegungen führen.
- Die Verwendung einer Haltedauer von einem Tag (beziehungsweise zehn Tagen für aufsichtsrechtliche Value-at-risk-Berechnungen) unterstellt, dass alle Positionen in dem entsprechenden Zeitraum aufgelöst oder abgesichert werden können. Diese Annahme erfasst das Marktrisiko nicht vollständig im Falle einer Illiquidität, in der eine zeitgerechte Auflösung oder Absicherung eventuell nicht möglich wäre. Das gilt insbesondere für die Verwendung einer Haltedauer von einem Tag.
- Bei der Verwendung eines Konfidenzniveaus von 99% werden die Verluste, die darüber hinaus entstehen können, weder berücksichtigt noch wird über sie eine Aussage gemacht.
- Der Value-at-risk wird an jedem Handelstag zum Geschäftsschluss berechnet. Für untertägige Engagements nehmen wir keine untertägigen Value-at-risk-Berechnungen vor.
- Value-at-risk erfasst nicht alle komplexen Effekte der Risikofaktoren auf die Werte von Positionen und Portfolios und könnte demzufolge zu einer Unterschätzung potenzieller Verluste führen. So sind die Sensitivitätsanalysen im Value-at-risk-Modell möglicherweise nur für kleine Veränderungen der Marktparameter zutreffend.

Wir sind der Überzeugung, dass das im Konzern verwendete Value-at-risk-Modell dem Back-testing-Verfahren (gemessen an der Höhe der hypothetischen Buy-and-hold-Portfolioverluste gegenüber dem vorhergesagten Value-at-risk) gut standhält. Wir unterstützen jedoch unsere Value-at-risk-Limite durch zusätzliche positions- und sensitivitätsbezogene Limitstrukturen sowie durch Stress-tests sowohl für einzelne Portfolios als auch auf konsolidierter Ebene, da uns die Grenzen der Value-at-risk-Methode bewusst sind.

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Value-at-risk unserer Handelsbereiche in den Jahren 2002 und 2001. Der minimale und maximale Value-at-risk gibt die Schwankungsbreiten an, innerhalb derer sich die Werte im Jahresverlauf bewegten. Der angegebene Value-at-risk bezieht sich auf eine Haltedauer von einem Tag und ein Konfidenzniveau von 99%. Der „Diversifikationseffekt“ bezieht sich auf den Effekt, dass an einem bestimmten Tag der gesamte Value-at-risk niedriger ist als die Summe der Value-at-risk-Werte der einzelnen Risikoklassen. Die einfache Addition der Value-at-risk-Werte der einzelnen Risikoklassen zur Berechnung des gesamten Value-at-risk würde voraussetzen, dass die Verluste in allen Risikokategorien gleichzeitig anfallen.

**Value-at-risk der
Handelsbereiche des
Konzernbereichs
Corporate and Invest-
ment Bank**

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Value-at-risk unserer Handelsbereiche:

in Mio €	Insgesamt ¹		Diversifikations- effekt		Zinsrisiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko		Rohwarenpreis- risiko	
	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001	2002	2001
Durchschnitt	42,38	41,02	30,90	23,19	35,63	34,91	24,28	19,90	8,02	6,19	5,35	3,22
Maximum	88,86	55,38	47,54	30,60	58,48	51,69	89,26	35,04	29,25	16,61	8,66	7,60
Minimum	29,36	27,89	21,17	16,68	24,67	22,35	13,43	11,67	2,64	2,87	2,28	1,78
Jahresende	32,94	40,53	22,50	21,11	29,12	34,88	13,75	20,09	6,84	3,15	5,73	3,52

¹ Die Angabe für 2002 basiert auf einer vollständig korrelierten Berechnung; der Angabe für 2001 ist eine Nullkorrelation der Risikoklassen zu Grunde gelegt.

Die nachstehenden Grafiken zeigen den aggregierten täglichen Value-at-risk der Handelsbereiche unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten für 2002 und 2001:

Täglicher Value-at-risk der Handelsbereiche in 2002*

in Mio €



* Der Value-at-risk in 2002 basiert auf einer vollständigen Korrelation, während dem Value-at-risk in 2001 eine Nullkorrelation der Risikoklassen zu Grunde liegt.

Täglicher Value-at-risk der Handelsbereiche in 2001*

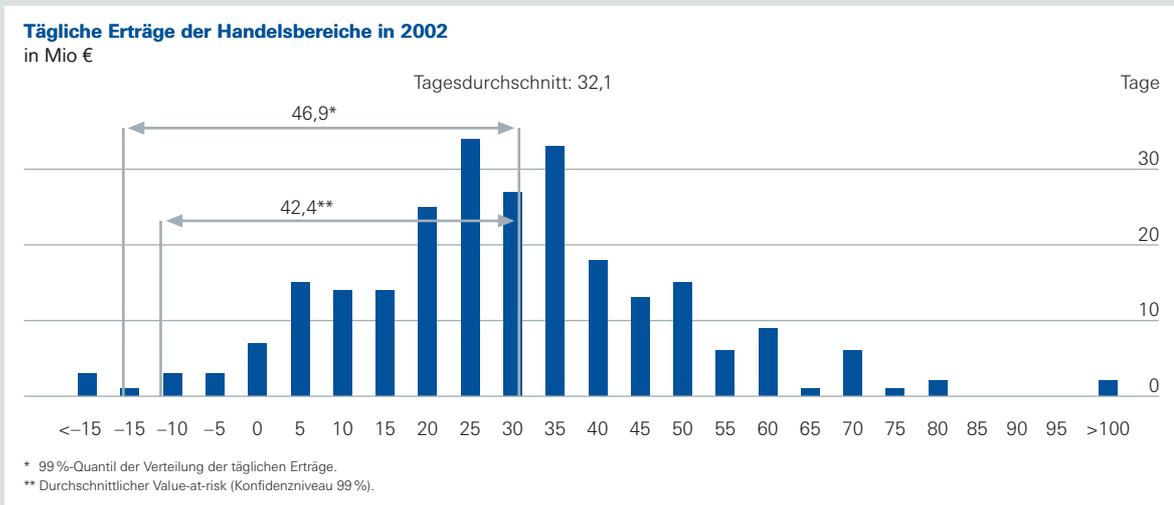
in Mio €



* Der Value-at-risk in 2002 basiert auf einer vollständigen Korrelation, während dem Value-at-risk in 2001 eine Nullkorrelation der Risikoklassen zu Grunde liegt.

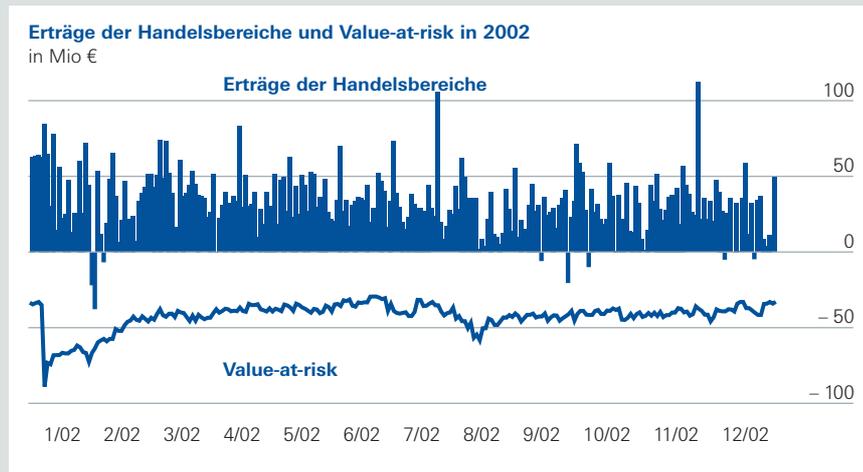
Der Value-at-risk der Handelsbereiche schwankte 2002, abgesehen von zwei Ausnahmen, zwischen 30 Mio € und 45 Mio €. Der Höchstwert zu Jahresbeginn hing mit einer aus einem Emissionsgeschäft stammenden großen Aktienposition zusammen, deren Abverkauf einige Zeit in Anspruch nahm und wegen der das Limit temporär auf 100 Mio € erhöht wurde. Der im Monat August verzeichnete Spitzenwert von mehr als 45 Mio € war fast ausschließlich auf überdurchschnittlich hohe Zinsrisikopositionen zurückzuführen, die wir in Erwartung von Zinssenkungen eingegangen waren.

Die folgenden Histogramme zeigen die Verteilung der tatsächlichen täglichen Erträge der Handelsbereiche in 2002 und 2001. Das Histogramm zeigt die Häufigkeit, mit der in jedem Jahr die Handelserträge erzielt wurden, die auf der horizontalen Achse in Mio Euro dargestellt sind. An mehr als 99% der Handelstage in 2001 und an mehr als 96% der Handelstage in 2002 erzielten die Handelsbereiche einen positiven Ertrag. An keinem Handelstag der beiden Jahre kam es zu einem tatsächlichen Verlust, der den prognostizierten Value-at-risk für diesen Tag überschritt:



Durch den Vergleich der Verteilung der tatsächlichen täglichen Erträge der Handelsbereiche mit dem durchschnittlichen Value-at-risk können wir überprüfen, wie angemessen die Value-at-risk-Prognose ist. Das Histogramm für 2002 zeigt, dass die tatsächliche Verteilung der Erträge unserer Handelsbereiche ein 99%-Quantil des Werts von 46,9 Mio € unterhalb des durchschnittlichen täglichen Ertrags in Höhe von 32,1 Mio € ergibt. Verglichen damit, lag der durchschnittliche Value-at-risk bei 42,4 Mio €. Die Differenz erklärt sich aus der Tatsache, dass es im Jahr 2002 zehn Verlusttage gab (lediglich an vier Tagen war der Verlust größer als 10 Mio €, an keinem Tag wurde der Value-at-risk überschritten), 2001 aber nur zwei Verlusttage.

Das nachfolgende Schaubild vergleicht die tatsächlichen Erträge der Handelsbereiche mit dem Value-at-risk im Jahresverlauf:



2001 gab es zwei hypothetische Buy-and-hold-Verluste, die den Value-at-risk für die Handelsbereiche insgesamt überschritten, sowie einen hypothetischen Verlust im Jahr 2002, der den Value-at-risk überstieg. Dies entspricht den zu erwartenden zwei oder drei Ausreißern innerhalb eines Jahres, die ein Value-at-risk-Modell mit einem 99%igen Konfidenzniveau voraussagt.

Marktrisiko in unseren Nichthandelsportfolios

Dieses Risiko begründet die bedeutendste Marktrisikoposition unseres Konzerns. Wir nutzen Value-at-risk nicht als primäre Messgröße für unsere Nichthandelsportfolios auf Grund der Beschaffenheit dieser Positionen sowie der fehlenden Transparenz einiger Quotierungen. Zur Messung des Risikos in diesen Portfolios, wobei das Aktienkursrisiko das größte ist, werden Stresstestverfahren für die einzelnen Risikoklassen angewandt, die die Liquidität jeder Risikoklasse berücksichtigen. Dieses Verfahren bildet die Grundlage für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals zur Unterlegung der Portfolios. Die verwendete Methode stimmt mit der Methode zur Berechnung der Handelsrisikopositionen überein. Durch die Berechnung des Ökonomischen Kapitals sind wir in der Lage, einen konstanten und einheitlichen Maßstab auf alle unsere Nichthandelsportfolios anzuwenden und hierdurch aktiv Risiken zu überwachen sowie zu steuern. Die aus unseren Nichthandelsportfolios entstehenden Zins- und Währungsrisiken wurden an unsere Geschäftssparte Global Markets Finance innerhalb des Konzernbereichs Corporate und Investment Bank übertragen und werden auf der Grundlage von Value-at-risk gesteuert.

Nichthandelsbezogene Marktrisiken bestehen in den Konzernbereichen Corporate and Investment Bank, Private Clients and Asset Management sowie Corporate Investments und werden dort gesteuert. Am 31. Dezember 2002 betrug das gesamte Ökonomische Kapital für alle Corporate Investments und Alternative Assets 8,3 Mrd €, davon bezogen sich 3,2 Mrd € auf Private Equity, 2,0 Mrd € auf Industriebeteiligungen und 1,1 Mrd € auf Immobilienanlagen. Diese Einschätzung des Ökonomischen Kapitals umfasst keine Diversifikationseffekte zwischen den einzelnen Risikoklassen.

Im Konzernbereich Corporate and Investment Bank stammen die nichthandelsbezogenen Marktrisiken überwiegend aus Kapitalbeteiligungen an börsennotierten Unternehmen, darunter eine Beteiligung in Höhe von 496 Mio € an der Axel Springer Verlag AG. Das im Konzernbereich Private Clients and Asset Management vorhandene nichthandelsbezogene Marktrisiko entsteht vorwiegend durch die Eigenanlagen in Investmentfonds, Hedge-Fonds und Immobilien, die zur Unterstützung des Client Asset Management-Geschäfts getätigt werden. Die mit Abstand größten nichthandelsbezogenen Marktrisiken entstehen im Konzernbereich Corporate Investments, vor allem im Bereich Private Equity sowie durch verschiedene Legacy-Fonds und Kapitalanlagen.

Der gesamte Marktwert des nicht für Handelszwecke gehaltenen Anteilsbesitzes des Konzerns nach US GAAP betrug am 31. Dezember 2002 8,0 Mrd € an „equity securities available for sale“ (darunter auch die Industriebeteiligungen, von denen die größten in der folgenden Tabelle aufgeführt sind). Am 31. Dezember 2001 lag die entsprechende Zahl bei 24,2 Mrd €. Die at equity bewerteten sonstigen Finanzanlagen betrugen am 31. Dezember 2002 6,0 Mrd € und am Jahresende 2001 5,3 Mrd €. Der Buchwert unserer sonstigen Finanzanlagen, die nicht at equity bewertet werden, betrug am 31. Dezember 2002 4,7 Mrd € und am Jahresende 2001 6,7 Mrd €. Weitere Informationen zu unseren anderen Finanzanlagen, insbesondere zu at equity bewerteten Finanzanlagen, sind in Note [6] des Konzernabschlusses enthalten.

Die Aktiv- und Passivpositionen einiger Tochterunternehmen wie Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden, Deutsche Bank Lübeck, Deutsche Bank International Limited und Deutsche Bank Saar beinhalten einige Marktrisikopositionen im Nichthandelsbuch. Diese Positionen machen jedoch nur noch einen kleinen Teil des gesamten Marktrisikos im Nichthandelsbuch aus, insbesondere infolge der Entkonsolidierung unserer Hypothekenbanktochter EUROHYPO im August. Der überwiegende Teil der allgemeinen Zinsrisiken im Nichthandelsbuch wurde an den Konzernbereich Corporate and Investment Bank übertragen und wird dort im Handelsbuch gesteuert.

Alternative Assets-Investmentaktivitäten. Alle drei Konzernbereiche tätigen Investments in Alternative Assets. Die Konzernbereiche Corporate Investments und Private Clients and Asset Management tätigen solche Geschäfte als Auftraggeber, Treuhänder oder als Fondsmanager im Auftrag von Dritten. Alternative Assets definieren wir als direkte Investitionen in Private Equity, Venture Capital, Mezzanine Debt, Immobilienkapitalanlagen und Anlagen in Leveraged Buy-out-Fonds, Venture Capital-Fonds sowie Hedge-Fonds. Das Management unserer Investmentaktivitäten in Hedge-Fonds obliegt vorwiegend dem Konzernbereich Private Clients and Asset Management sowie in geringerem Umfang dem Konzernbereich Corporate and Investment Bank.

Group Corporate Investment/Alternative Assets Committee. Um eine koordinierte Anlagestrategie, ein konsistentes Risikomanagement und eine angemessene Diversifikation des Portfolios sicherzustellen, werden sämtliche

Investmentaktivitäten in Alternative Assets vom Group Corporate Investment/Alternative Assets Committee (unter dem Vorsitz eines Vorstandsmitglieds) gesteuert. Der Global Head of Group Market Risk Management ist auch Chief Risk Officer für Corporate Investments und Alternative Assets sowie Mitglied des Group Corporate Investment/Alternative Assets Committee.

Das Group Corporate Investment/Alternative Assets Committee legt Anlagestrategien und risikoadjustierte Renditeerfordernisse fest, setzt Limite für bestimmte Anlageformen, weist den einzelnen Alternative Assets-Einheiten Ökonomisches Kapital zu und genehmigt Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement unserer Alternative Assets. Dem Group Corporate Investment/Alternative Assets Committee werden auf monatlicher Basis Portfolioberichte zur Performance, zu geschätzten Marktwerten, zur Inanspruchnahme von aus Stresstests abgeleitetem Ökonomischem Kapital sowie zum Risikoprofil der Finanzanlagen vorgelegt. Dieses Komitee beaufsichtigt auch unser Portfolio an Industriebeteiligungen sowie andere strategische Investments in Firmen, die vom Konzernbereich Corporate Investments gehalten werden. Das Group Corporate Investment/Alternative Assets Committee hat dedizierte Investment Commitment Committees für jede Alternative Assets-Kategorie eingerichtet.

Private Equity-, Venture Capital- und Immobilieninvestments werden in der Bilanz entweder zu historischen Anschaffungskosten (gegebenenfalls abzüglich Abschreibungen) oder zum Fair Value geführt. Unter bestimmten Umständen – abhängig von unserer Beteiligungsquote oder Befugnissen im Rahmen der Geschäftsführung – wird die Equity-Methode zur Bewertung eines Investments angewandt. In einigen Fällen konsolidieren wir im Private Equity-Bereich getätigte Anlagen. Unsere Investments in Leveraged Buy-out-Fonds werden nach der Equity-Methode bewertet, während Hedge-Fonds-Engagements zum aktuellen Marktwert ausgewiesen werden.

Zum 31. Dezember 2002 betrug der Buchwert unseres Investmentportfolios in Alternative Assets insgesamt 9,7 Mrd €. Davon entfielen 5,3 Mrd € auf unsere Private Equity Investments, 4,0 Mrd € auf Immobilienanlagen und 0,4 Mrd € auf Hedge-Fonds.

Das Portfolio besteht überwiegend aus Private Equity- und Immobilienanlagen, die sich zum 31. Dezember 2002 auf insgesamt 9,3 Mrd € beliefen (zum Jahresende 2001 lag der Buchwert unserer Private Equity- und Immobilienanlagen bei 11,0 Mrd €). Sie wurden überwiegend in Westeuropa (60%) und Nordamerika (35%) getätigt. In Bezug auf Industriebranchen ist der Großteil des Private Equity-Portfolios nach unserer Einschätzung gut diversifiziert. Von den oben genannten 5,3 Mrd € Investments in Private Equity waren 2,1 Mrd € in extern gemanagten Fonds investiert.

Am 31. Dezember 2002 betrug das (undiversifizierte) Ökonomische Kapital für Alternative Assets, die dem Group Corporate Investments/Alternative Assets Committee (ohne Industriebeteiligungen) unterstellt sind, insgesamt 4,5 Mrd €. Am 31. Dezember 2001 betrug das Ökonomische Kapital für unsere Alternative Assets 5,3 Mrd € (dieser Wert wurde neu berechnet, basierend auf der oben genannten Definition für Alternative Assets).

Management von Investmentfonds. Unsere Investmentfondsanlagen, die im Konzernbereich Private Clients and Asset Management gehalten werden, betragen am 31. Dezember 2002 1,1 Mrd €. Sie unterstützen unsere umfangreichen Asset Management-Angebote für unsere Kunden und werden teilweise als Grundlage für neue Fonds genutzt. Die Fondsvermögen sind überwiegend in Anleihen und Aktien von westeuropäischen (hauptsächlich deutschen) Emittenten investiert und nach Branchen breit diversifiziert (inklusive staatlicher Emittenten).

Unser Ökonomisches Kapital für das aus diesen Anlagen entstandene Risiko belief sich auf 133 Mio €. Unsere Anlagen in Investmentfonds betragen am Jahresende 2001 5,5 Mrd €. Der Rückgang unserer Anlagen in Investmentfonds hängt vor allem mit dem Verkauf unserer Anlagen in Spezialfonds Anfang 2002 zusammen.

Steuerung unserer Industriebeteiligungen. DB Investor ist verantwortlich für die Verwaltung und Umstrukturierung unseres Portfolios an Industriebeteiligungen. Einige Industriebeteiligungen werden direkt von der Deutschen Bank AG gehalten. DB Investor beabsichtigt, die meisten seiner börsennotierten Beteiligungen im Laufe der kommenden Jahre zu verkaufen, abhängig vom rechtlichen Umfeld und von Marktbedingungen.

Ein Anteilsbesitz in Nichtbanken gilt als signifikant, wenn sein Marktwert 150 Mio € übersteigt. Die Beteiligungssätze und Marktwerte des signifikanten Anteilsbesitzes an Nichtbanken, der uns direkt und/oder indirekt zugeordnet wird, stellten sich am 31. Dezember 2002 beziehungsweise am 31. Dezember 2001 wie folgt dar:

31. Dezember 2002	Sitz	Kapitalanteil (in %)	Marktwert (in Mio €)
DaimlerChrysler AG	Deutschland	11,8	3 403
Allianz AG	Deutschland	3,2	753
Linde AG	Deutschland	10,0	401
HeidelbergCement AG (zuvor Heidelberger Zement AG)	Deutschland	8,5	189
Insgesamt			4 746

31. Dezember 2001	Sitz	Kapitalanteil (in %)	Marktwert (in Mio €)
DaimlerChrysler AG	Deutschland	12,1	5 861
Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG	Deutschland	7,2	3 889
Allianz AG	Deutschland	4,0	2 806
Linde AG	Deutschland	10,1	552
RWE AG	Deutschland	1,5	360
Südzucker AG	Deutschland	11,3	313
Heidelberger Zement AG	Deutschland	8,9	287
Buderus AG	Deutschland	10,5	204
Mg technologies ag	Deutschland	9,1	166
Continental AG	Deutschland	8,2	162
Fiat S.p.A.	Italien	1,6	155
Bayer AG	Deutschland	0,6	154
Insgesamt			14 909

Liquiditätsrisiko

Liquidity Risk Management hat einen wichtigen Beitrag zur Sicherung einer gesunden Refinanzierungsstruktur in einem wirtschaftlich schwächeren Umfeld geleistet.

Liquiditätsablaufbilanz

In eine so genannte Liquiditätsablaufbilanz stellen wir alle relevanten Aktiva und Passiva nach ihrer Laufzeit in Zeitbänder ein. Da handelbare Wertpapiere in der Regel liquider sind als ihre vertraglichen Laufzeiten erkennen lassen, werden sie unterteilt in liquide Wertpapiere (Einstellung in das Zeitband von einem Jahr und darunter) und illiquide Wertpapiere (Einstellung in Zeitbänder bis zu fünf Jahren nach Modellierung der Liquiditätskriterien). Aktiva und Passiva aus dem Retail Banking, die üblicherweise unabhängig von den geltenden Kapitalmarktbedingungen erneuert oder verlängert werden (Hypothekenkredite und Retail-Einlagen), werden entsprechend einer Modellanalyse bestimmten Zeitbändern zugeordnet. Wholesale-Produkte stellen wir in die ihren vertraglichen Laufzeiten entsprechenden Zeitbänder ein. Unternehmensinvestitionen werden abhängig von der voraussichtlichen Haltedauer in die Liquiditätsablaufbilanz übergeleitet.

Die Liquiditätsablaufbilanz zeigt Überschuss beziehungsweise Fehlbestand von Aktiva zu Passiva in jedem Zeitband. Dadurch können wir offene Liquiditätsrisiken identifizieren und steuern. Zusätzlich ziehen wir einen kumulativen Inkongruenzvektor zur Vorhersage der künftigen Zunahme, Abnahme beziehungsweise Umschichtung der Überschüsse/Fehlbestände heran. Die Liquiditätsablaufbilanz bildet die Grundlage unseres jährlichen Wertpapieremissionsplans, der nach Genehmigung durch das Group Asset and Liability Committee unsere Wertpapieremissionsziele nach Laufzeit, Volumen und Instrument festlegt. Auf der Liquiditätsablaufbilanz und dem Wertpapieremissionsplan basiert die Entscheidung über die Liquiditätsmarge, einer Komponente unserer internen Verrechnungspreise.

Wir haben mit diesem Modell keine wesentlichen Inkongruenzen festgestellt. Unter Berücksichtigung des Eigenkapitals sind wir strukturell langfristig refinanziert.

Kurzfristige Liquidität

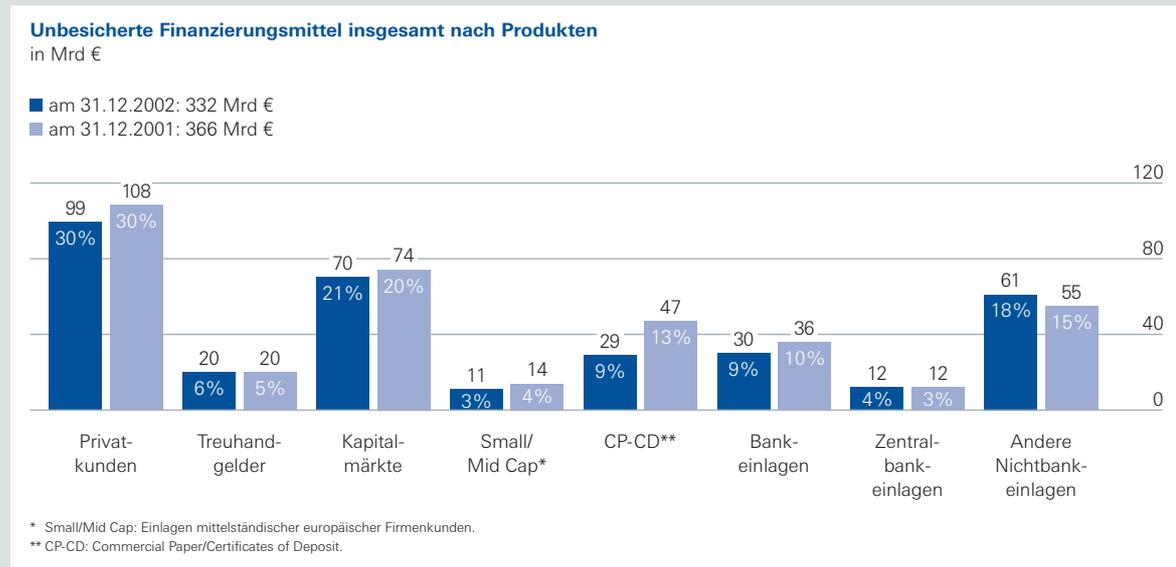
Wir verfügen über ein System, das Nettoliquiditätsabflüsse über einen achtwöchigen Zeithorizont verfolgt. Hiermit kann die Bank ihre kurzfristige Liquiditätsposition an jedem Standort, in jeder Region und global getrennt nach Währung und Produkt bewerten. Das System erfasst sämtliche Cashflows und berücksichtigt somit Liquiditätsrisiken sowohl von bilanzunwirksamen als auch bilanzwirksamen Transaktionen. Transaktionen ohne festgelegte vertragliche Laufzeit werden anhand einer statistischen Analyse zur Erfassung ihres tatsächlichen Verhaltens in das Modell eingebaut. Auf Empfehlungen unseres Group Asset and Liability Committee hat der Konzernvorstand globale und regionale Limite für Liquiditätsrisiken beschlossen, deren Einhaltung wir täglich überwachen.

Unbesicherte Finanzierungsmittel

Die Aufnahme von unbesicherten Finanzierungsmitteln am Geld- und Kapitalmarkt ist nur in begrenztem Umfang möglich. Im Laufe des Jahres 2002 haben wir unsere unbesicherte kurzfristige Refinanzierung am Geld- und Kapitalmarkt (Commercial Paper und Certificates of Deposit, Bank- und Zentralbankeinlagen) um etwa 24 Mrd € reduziert (vergleiche nachstehende Tabelle). Das Group Asset and Liability Committee setzt Limite zur Begrenzung der Aufnahme unbesicherter Mittel am Geld- und Kapitalmarkt.

Die Diversifikation unseres Refinanzierungsprofils nach Anlegerkategorien, Regionen, Produkten und Instrumenten ist ein wesentlicher Grundsatz unseres Liquiditätsmanagements. Unsere Hauptfinanzierungsquellen wie Privatkunden und Treuhandeinlagen sowie langfristige Kapitalmarktmittel bilden die Grundlage unseres Verbindlichkeitenprofils. Kundeneinlagen, Gelder institutioneller Anleger sowie Interbankeneinlagen sind weitere Finanzierungsquellen. Interbankeneinlagen werden primär zur Finanzierung der liquiden Aktiva eingesetzt.

Diversifikation der Finanzierungsmittel und Liquidität der Aktiva



Die obige Grafik zeigt die Zusammensetzung unserer unbesicherten Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2002 in Mrd € sowie als prozentualen Anteil an den unbesicherten Verbindlichkeiten insgesamt. Am Bilanzstichtag betragen unsere gesamten unbesicherten Verbindlichkeiten circa 332 Mrd €. Der Bericht über den Diversifikationsgrad der Finanzierungsquellen ist ein Instrument zur Information des Managements und wird zur aktiven Steuerung der Zusammensetzung unserer Verbindlichkeiten eingesetzt. Er enthält alle relevanten unbesicherten Verbindlichkeiten und kann in Teilen in Bilanzpositionen übergeleitet werden. Wir verfolgen die Volumina und Verbuchungsorte unseres konsolidierten Bestands an unbelasteten liquiden Aktiva, die jederzeit einsetzbar sind, um Liquidität entweder am Repo-Markt oder durch Veräußerung aufzunehmen. Der Wertpapierbestand setzt sich aus einer breiten Palette von liquiden Wertpapieren zusammen, die selbst in Zeiten angespannter Märkte in Barmittel umgewandelt werden können.

Die Liquidität dieser Aktiva ist entscheidend für den Schutz der Bank vor kurzfristigen Liquiditätsengpässen. Mit ihrem Bestand an liquiden Mitteln ist die Bank auch in der Lage, unerwartet hohen Inanspruchnahmen aus zugesagten Kreditfazilitäten durch Kunden nachzukommen. Zusätzlich unterhält die Bank ein Portfolio von hochliquiden Wertpapieren in den führenden Weltwährungen in Höhe von durchschnittlich 25 Mrd € zur Stellung von Sicherheiten für Barmittelerfordernisse im Rahmen der Clearing-Aktivitäten in Euro, US-Dollar und anderen wichtigen Währungen.

Stresstests und Szenarioanalyse

Im Jahr 2001 wurde die Entwicklung von Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlichen, unvorhergesehenen Ereignissen mit einer ungünstigen Auswirkung auf die Liquidität der Bank abgeschlossen. Diese Szenarien beruhen entweder auf historischen Ereignissen (wie dem Börsencrash des Jahres 1987, dem US-amerikanischen Liquiditätsengpass von 1990 und den Terrorangriffen des 11. September 2001) oder auf hypothetischen Modellen. Letztere sind interne Szenarien (wie operationelle Risiken, Fusionen oder Akquisitionen, Bonitätsherabstufung um ein und drei Bewertungsklassen) sowie externe Szenarien (wie Marktrisiko, Emerging Markets, systemischer Schock und anhaltende globale Rezession). Im Jahr 2002 haben wir ein weiteres Szenario aufgenommen, um die Auswirkungen einer Bankenkrise in Deutschland auf unsere Liquidität zu untersuchen. Bei jedem dieser Szenarien wird angenommen, dass alle fällig werdenden Aktiva vollständig prolongiert und refinanziert werden müssen, während die Prolongation der Verbindlichkeiten teilweise eingeschränkt ist. Danach werden die Schritte modelliert, um den Nettobedarf an Finanzierungsmitteln auszugleichen, wie beispielsweise durch den Verkauf von Wertpapieren oder eine Preisanpassung für die Aufnahme von Verbindlichkeiten. Diese Analyse ist in das bestehende Liquiditätsrisiko-Steuerungssystem vollständig integriert. Als Ausgangspunkt nehmen wir unsere vertraglichen Zahlungsströme pro Währung und Produkt über einen achtwöchigen Horizont (die kritischste Zeitspanne in einer Liquiditätskrise) und wenden den relevanten Stressfall auf jedes Produkt an. Daten über die Marktgängigkeit der Aktiva, wie im vorhergehenden Abschnitt beschrieben, ergänzen die Analyse. Unsere Stresstestanalyse liefert Anhaltspunkte zur Beurteilung unserer Fähigkeit, kritische Szenarien zu überstehen. Wir führen sie monatlich durch. Sofern sie diesbezüglich Schwächen aufzeigt, passen wir unsere Aktiv-Passiv-Struktur entsprechend an. Die nachstehende Übersicht veranschaulicht unsere Stresstestergebnisse zum 31. Dezember 2002. Für jedes Szenario zeigt sie unsere maximale Finanzierungslücke über einen achtwöchigen Zeithorizont nach Eintritt des auslösenden Ereignisses. Hieran erkennen wir, ob das Liquiditätsrisiko sofort eintreten würde, ob es sich im Zeitverlauf eher verbessert oder verschlechtert und wie viel Liquidität wir zum jeweiligen Zeitpunkt zur Schließung der Lücke hätten aufbringen können:

Szenario	Finanzierungslücke ¹ in Mio €	Auswirkung auf Liquidität	Verfügbare Liquidität ² in Mio €
Marktrisiko	9 975	Allmählich ansteigend	74 162
Emerging Markets	14 811	Allmählich ansteigend	84 185
Deutsche Bankenkrise	29 994	Allmählich ansteigend	74 162
Anhaltende globale Rezession	19 612	Allmählich ansteigend	78 247
Systemischer Schock	32 253	Sofort, mit zweiwöchiger Dauer	74 162
DB Herabstufung auf A1/P1 (Kurzfristbereich) und A1/A+ (Langfristbereich)	18 010	Allmählich ansteigend	74 162
Operationelles Risiko	24 243	Sofort, mit zweiwöchiger Dauer	74 162
Fusionen und Akquisitionen	36 478	Allmählich ansteigend, Auszahlung in 6. Woche	74 162
DB Herabstufung auf A2/P2 (Kurzfristbereich) und A3/A+ (Langfristbereich)	53 844	Allmählich ansteigend	78 932

¹ Finanzierungslücke nach Annahme einer teilweise eingeschränkten Prolongation von Verbindlichkeiten. Alle Aktiva werden verlängert.

² Maximale Generierung von Liquidität auf der Grundlage von Gegensteuerung und Marktgängigkeit der Aktiva.

Angesichts der wachsenden Bedeutung des Liquiditätsmanagements im Finanzsektor betrachten wir es als wichtigen Beitrag zur Finanzstabilität, liquiditätsrisikobezogene Themen mit den Zentralbanken, Aufsichtsbehörden und Marktteilnehmern zu diskutieren. Wir sind in einer Reihe von Liquiditätsarbeitsgruppen engagiert und setzen uns für die Schaffung eines Industriestandards zur angemessenen Bewertung und Steuerung des Liquiditätsrisikos ein.

Die interne Liquiditätssteuerung deutscher Banken unterliegt den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes sowie den Vorschriften der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Wir führen bestimmte Geschäftsaktivitäten durch Vereinbarungen mit nicht konsolidierten Gesellschaften aus. Im Rahmen dieser Vereinbarungen stellen wir möglicherweise finanzielle Unterstützung bereit oder können anderweitig einem Verlustrisiko ausgesetzt sein, insbesondere durch herausgelegte Garantien oder nachrangige Beteiligungen, die wir halten. Der Zweck, die Risiken und die Auswirkungen dieser Vereinbarungen sind im Folgenden beschrieben, ebenso der Einsatz von Derivaten auf unsere Eigenen Aktien, die als bilanzunwirksame Position ausgewiesen werden.

Wir stellen finanzielle Unterstützung bereit für bilanzunwirksame Aktivitäten, hauptsächlich in Verbindung mit der Verbriefung von Forderungen (Asset Securitization), Commercial Paper-Programmen, Commercial Real Estate Leasing-Instrumenten sowie geschlossenen Fonds und bestimmten Laufzeitfonds, die wir verwalten. Die hieraus entstehenden Risiken beziehen wir in unsere allgemeine Betrachtung von Kredit-, Liquiditäts- und Marktrisiken ein.

Wir können finanzielle Unterstützung im Zusammenhang mit der Verbriefung von Forderungen (Asset Securitization) gewähren, indem wir eine nachrangige Tranche an den verbrieften Forderungen behalten. Im Rahmen der Verbriefung von Forderungen verkaufen wir Finanzaktiva an einen Securitization Trust, der seinen Kauf durch die Ausgabe von Schuldtiteln (Asset-backed Securities) an Anleger refinanziert. Nach dem erfolgten Verkauf haben wir keine Kontrolle über den Securitization Trust mehr und weder wir noch unsere Gläubiger haben einen Anspruch auf die veräußerten Aktiva. Analog dazu können weder die Anleger noch der Securitization Trust Rückgriff auf unsere sonstigen Aktiva nehmen, falls die Aktiva in Verzug geraten. Aus diesen Gründen ist es uns nicht gestattet, diese Trusts zu konsolidieren. Asset-backed Securities sind für Anleger attraktiv wegen des tiefen und liquiden Markts, der die Finanzierungskosten senkt und die Verfügbarkeit von Krediten für Unternehmen und Verbraucher erhöht.

Die zum Zwecke dieser Transaktionen eingesetzten Securitization Trusts stellen nur begrenzte Liquiditätsrisiken dar, da die Auszahlungen an die Anleger an die eingehenden Zahlungen aus den Aktiva des Trusts direkt gekoppelt und so von Veränderungen unserer eigenen Bonität oder Finanzlage nicht betroffen sind. Ein plötzliches Nachlassen der Anlegernachfrage nach Asset-backed Securities könnte uns dazu bewegen, bei Ausleihungen künftig weniger Kredite zu vergeben, die üblicherweise verbrieft werden. Jedoch sind wir von der Asset Securitization als Finanzierungsquelle nicht abhängig. Folglich würde eine solche Marktveränderung zu keinem signifikanten zusätzlichen Liquiditätsrisiko führen, das nicht bereits in unseren Risikoanalysen berücksichtigt worden wäre. Sofern wir von einem Securitization Trust begebene erstrangige oder nachgeordnete Schuldtitel im Bestand haben, entsteht ein Kreditrisiko, das von uns als Teil der Kreditrisikobeurteilungen oder Marktbewertungen in Betracht gezogen wird. Note [9] des Konzernabschlusses enthält weitere Informationen über die Höhe der von uns gehaltenen Tranchen bei Forderungsverbriefungen und über das Volumen unserer Asset Securitization-Aktivitäten.

Bilanzunwirksame Transaktionen mit nicht konsolidierten Gesellschaften

Commercial Paper-Programme bieten Dritten die Möglichkeit, ihre Finanzaktiva zu verbriefen. An Commercial Paper-Programmen nehmen wir lediglich als Verwalter teil, unsere eigenen Finanzaktiva verbriefen wir damit nicht. In unserer Eigenschaft als Verwalter arrangieren wir den Verkauf von Krediten, sonstigen Forderungen oder Wertpapieren von Dritten an eine unkonsolidierte „Special Purpose Entity“. Darüber hinaus unterstützen wir die Übertragung der Kredite und Wertpapiere, die Sicherheiten Dritter darstellen, welche als Gegenleistung für Kreditvergaben seitens der unkonsolidierten Entity dienen. Die Entity emittiert dann besicherte Commercial Paper am Markt. In diesem Fall ist es dem Commercial Paper-Emittenten untersagt, Kreditforderungen von uns zu erwerben oder uns Kredite zu gewähren. Die Rating-Agenturen klassifizieren solche Commercial Paper auf Grund der Sicherheiten und Kreditunterstützung, die normalerweise von einem Finanzinstitut bereitgestellt wird, in der Regel in der höchsten kurzfristigen Kategorie.

Im Gegensatz zu Securitization Trusts stellen Commercial Paper-Programme ein Liquiditätsrisiko dar, da das Commercial Paper kurzfristig begeben wird, während die Aktiva des Emittenten längerfristiger Natur sind. Wir übernehmen dieses Risiko in den Fällen, in denen wir dem Emittenten eine Liquidity Support-Fazilität bieten. Im Rahmen dieser Fazilität können wir auch Aktiva des Emittenten garantieren. Wegen der Übernahme des „First Loss“ durch Dritte, die ihre Forderungen an die Entity verkauft haben, ergibt sich für uns ein sekundäres Kreditrisiko.

Wir begleiten Commercial Real Estate Leasing-Instrumente und geschlossene Fonds, bei denen Drittinvestoren erstrangige Finanzierungsmittel für den Kauf von Commercial Real Estate, das an Dritte vermietet wird, bereitstellen. In der Regel stellen wir hierbei entweder eine nachrangige Finanzierung bereit oder wir garantieren die Investition des Drittinvestors, wodurch wir einem Immobilienrisiko ausgesetzt sind. Für unsere Verwaltungstätigkeit erhalten wir eine Provision. Bei bestimmten von uns verwalteten Laufzeitfonds garantieren wir den Wert der von Investoren gekauften Fondsanteile. Die Investmentgrundsätze, nach denen diese Fonds arbeiten, sind auf eine Minimierung des Risikos eines Marktwertverlusts ausgerichtet, was wiederum das mit diesen Garantien verbundene Risiko vermindert.

Mit Einführung der Interpretation No. 46, „Consolidation of Variable Interest Entities“, am 1. Juli 2003 werden wir möglicherweise verpflichtet, bestimmte der oben beschriebenen Gesellschaften zu konsolidieren. In Note [9] des Konzernabschlusses sind die Auswirkungen dieser Interpretation und der Umfang der von uns zur Verfügung gestellten finanziellen Unterstützung im Rahmen der oben beschriebenen Verpflichtungen dargestellt. Des Weiteren sind die oben genannten Garantien in der Offenlegung über Garantien in Note [30] des Konzernabschlusses enthalten.

Wir schließen Kontrakte zum Kauf von Deutsche Bank-Aktien auf Forward-Basis zu Festpreisen ab. Sie dienen der Erfüllung fälliger Ansprüche aus Vergütungen mit Belegschaftsaktien. Diese Kontrakte schließen wir mit Marktteilnehmern ab, nicht über Special Purpose Entities. Derzeitige Bilanzierungsrichtlinien erfordern den bilanzunwirksamen Ausweis dieser Kontrakte. Note [30] des Konzernabschlusses enthält weitere Informationen bezüglich dieser Kontrakte.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Laufzeitenstruktur der ausstehenden vertraglichen Verpflichtungen am 31. Dezember 2002:

Vertragliche finanzielle Verpflichtungen

in Mio €	Fällig im Jahre					Fällig nach	Insgesamt
	2003	2004	2005	2006	2007	2007	
Langfristige Schulden ¹	14 770	14 963	10 682	14 378	6 347	42 915	104 055
Finanzleasingverpflichtungen	153	152	147	176	148	1 461	2 237
Operating Lease-Verpflichtungen	414	371	288	246	221	946	2 486
Insgesamt	15 337	15 486	11 117	14 800	6 716	45 322	108 778

¹ Ohne 3,1 Mrd € an Trust Preferred Securities.

Wesentliche Einzelbeträge in der obigen Tabelle der vertraglichen Verpflichtungen werden in unsere Gesamtbeurteilung des Liquiditätsrisikos einbezogen.

Operationelles Risiko

Das Kreditgewerbe steht in engem Dialog mit dem Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht und erreichte im Jahre 2002 wichtige Eckpunkte bei der Entwicklung des neuen aufsichtsrechtlichen Regelwerks für operationelle Risiken. Die Gespräche mit der Aufsicht über die Kapital- und Regelwerkrichtlinien sind noch nicht abgeschlossen. Gemäß der aufsichtsrechtlichen Diskussion bezeichnet das operationelle Risiko den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, Projektmanagement, vertraglichen Spezifikationen und deren Dokumentation, Technologie, Infrastrukturausfällen und Katastrophen, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Diese Definition umfasst unter anderem ebenfalls rechtliche und aufsichtsrechtliche Risiken.

Die Entwicklung von Richtlinien, Standards, Instrumenten und Methoden zur Messung und zum Schutz gegen operationelle Risiken wird in den kommenden Jahren eine große Herausforderung für das Kreditgewerbe darstellen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die derzeit diskutierten neuen Kapitaladäquanzregelungen, die zum Jahresende 2006 in Kraft treten und zu einer Kapitalunterlegung operationeller Risiken führen werden. Darüber hinaus formuliert die Aufsicht in ihrer Dokumentation „Sound Practices for the Management and Supervision of Operational Risk“ sowohl qualitative Anforderungen hinsichtlich der Organisation und des Risikomanagements von Banken als auch quantitative Vorgaben zur Risikoerfassung und -messung. Wir stellen uns bereits heute auf die künftigen Anforderungen ein.

Wir implementieren ein globales Rahmenwerk zur Steuerung unserer operationellen Risiken. In der Konzernrichtlinie für operationelle Risiken werden Aufgaben und Verantwortlichkeiten für Steuerung und Reporting festgelegt. Divisionale Standards ergänzen diese Konzernrichtlinie. Die Verantwortung für die Steuerung operationeller Risiken liegt primär bei unseren Geschäftsbereichen. Für die Steuerung operationeller Risiken verfügen wir derzeit über vier Systeme mit unterschiedlicher Ausrichtung:

- Mit dem Instrument db-RiskMap nehmen wir „Self-Assessments“ der operationellen Risiken vor. Resultat ist ein spezifisches operationelles Risikoprofil („High Risk Potential“) für jede Geschäftssparte, jeden Service- und Stabsbereich. In Ergänzung des Self-Assessment-Instrumentariums haben wir 2002 db-SAT eingeführt. Der Schwerpunkt liegt hier auf der Effizienz der Geschäftsabläufe und der Verbesserung von Kontrollen.

Steuerung unseres operationellen Risikos

- Wir dokumentieren Verluste aus operationellen Risiken in unserer Datenbank db-Incident Reporting System.
- Qualitative und quantitative Risikoindikatoren erfassen und überwachen wir mit dem Instrument db-Score für „Transaction Processing Risk“ und „Information Security Risk“.
- Die Ergebnisse der „Self-Assessments“ oder aus db-Score werden automatisch in db-Track erfasst. In db-Track überwachen wir fortlaufend die Ergebnisse der Maßnahmen zur Steuerung von operationellen Risiken.

Diese Systeme liefern uns einen Überblick über aktuelle Profile des operationellen Risikos. Anhand dieser legen wir Maßnahmen zur Risikosteuerung fest und bestimmen Prioritäten. Die Umsetzung überwachen wir mit Hilfe einer Score Card, deren Ergebnisse dem Group Operational Risk Committee vierteljährlich vorgelegt werden. Als Anreiz zur Implementierung dieses Rahmenwerks gewähren wir unseren Geschäftsbereichen bestimmte Reduzierungen des Ökonomischen Kapitals für operationelle Risiken. Die Berechnung des Ökonomischen Kapitals für operationelle Risiken basiert auf einem statistischen Modell, das externe Verlustdaten mit bestimmten „top-down“ Anpassungen nutzt.

Der Group Chief Risk Officer hat einen Chief Risk Officer Operational Risk mit konzernweiter Verantwortung ernannt. Dieser Chief Risk Officer Operational Risk ist Mitglied im Group Risk Committee und leitet das Group Operational Risk Committee. Dieses Komitee, dem neben den divisionalen Operational Risk Officers auch Vertreter von Service- und Stabsbereichen wie Revision, Controlling, Personal, Recht, Steuern und Compliance angehören, hat die Aufgabe, bankinterne Richtlinien für die Steuerung des operationellen Risikos zu entwickeln und umzusetzen. Der Chief Risk Officer Operational Risk leitet unser Management des operationellen Risikos und verantwortet die Einführung des Regelwerks für operationelle Risiken – dazu gehören Richtlinien, Instrumente und das Berichtswesen. Das Management der operationellen Risiken der Unternehmensbereiche ist Teil unserer unabhängigen Risikomanagementfunktion und berichtet an den Chief Risk Officer Operational Risk.

Durch die Entwicklung von Backup-Systemen und Krisenplänen tragen wir zur Minimierung des operationellen Risikos unserer Kommunikations-, Informations- und Abwicklungssysteme bei. Um operationelle Mängel beziehungsweise Fehler zu begrenzen, bilden wir die Mitarbeiter weiter, aktualisieren Arbeitsanweisungen und führen turnusgemäß Prüfungen durch. Wenn es uns erforderlich erscheint, schließen wir Versicherungen für operationelle Risiken ab.

Aufsichtsrechtliche Risikoposition

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung unserer Risikoposition, Eigenkapitalausstattung und Eigenkapitalquoten für die Unternehmen, die wir zum Zwecke unserer aufsichtsrechtlichen Risikomeldung konsolidieren. Wir berechnen diese Zahlen in Übereinstimmung mit BIZ-Regelungen und den diesbezüglichen Anweisungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht:

in Mio € (außer Prozentsätze)	31.12.2002	31.12.2001
Risikoaktiva	231 262	297 063
Marktrisiköäquivalent ¹	6 217	8 016
Risikoposition	237 479	305 079
Kernkapital (Tier I)	22 742	24 803
Ergänzungskapital (Tier II)	7 120	12 255
Nutzbare Drittrangmittel (Tier III)	–	–
Eigenkapital insgesamt	29 862	37 058
Kernkapitalquote (Tier I)	9,6 %	8,1 %
Eigenkapitalquote (Tier I + II + III)	12,6 %	12,1 %

¹ Ein Vielfaches des Value-at-risk, mit einer Wahrscheinlichkeit von 99% und einer Haltedauer von zehn Tagen.

Folgende Kapitaladäquanzmessgrößen legen wir zu Grunde:

Risikoposition. Die Risikoaktiva, insbesondere Adressenausfallrisiken sowie das Äquivalent unserer Marktrisikoposition (Zins-, Währungs-, Aktienkurs- und Rohwarenpreisrisiken). Der Bank liegt die Genehmigung der Aufsicht zur Anwendung unserer internen Value-at-risk-Methode zur Berechnung der Marktrisikokomponente der Risikoposition vor.

Eigenkapital. Das Kapital, das zur Unterlegung der Risikoposition eingesetzt werden kann und für bankaufsichtsrechtliche Zwecke als solches anerkannt wird, setzt sich wie folgt zusammen:

- Kernkapital (Tier I): vor allem Grundkapital, Rücklagen, Hybridkapitalkomponenten (wie hybride Kapitalinstrumente und Einlagen stiller Gesellschafter).
- Ergänzungskapital (Tier II): vor allem langfristige nachrangige Verbindlichkeiten und unrealisierte Gewinne in börsennotierten Wertpapieren sowie sonstige Wertberichtigungen für inhärente Risiken.
- Nutzbare Drittrangmittel (Tier III): vor allem kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten und überschüssiges Ergänzungskapital (Tier II).

Die Eigenkapitalquote ist die Relation zwischen der Risikoposition einer Bank und ihrem aufsichtsrechtlichen Kapital. Die Mindest-Gesamtkapitalquote gemäß BIZ (Tier I + II + III) beträgt 8% der Risikoposition. Die Mindest-Kernkapitalquote gemäß BIZ (Tier I) beträgt 4% der Risikoposition und 2,29% des Marktrisiköäquivalents. Die Mindest-Kernkapitalquote für die gesamte Risikoposition hängt daher von dem gewichteten Durchschnitt der Risikoaktiva und des Marktrisiköäquivalents ab. Nach Maßgabe der BIZ-Richtlinien können nachrangige Verbindlichkeiten nur bis zu 50% des Tier I-Kapitals als Tier II-Kapital angerechnet werden. Das gesamte Tier II-Kapital ist auf 100% des Tier I-Kapitals begrenzt. Im Jahr 2002 sank die Risikoposition um 67,6 Mrd € auf 237,5 Mrd € per 31. Dezember 2002. Gründe für den Rückgang waren im Wesentlichen die Entkonsolidierung der EUROHYPO und der DFS, die US-Dollar-Schwäche und die Rückführung unseres Kreditvolumens.

Entsprechend den BIZ-Richtlinien und den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes mussten wir unsere Marktrisiken am 31. Dezember 2002 mit aufsichtsrechtlichem Kapital (Tier I + II + III) von knapp über 497 Mio € unterlegen. Wir haben diese Anforderung vollständig mit Tier I- und Tier II-Kapital erfüllt.

Am 31. Dezember 2002 betrug das Eigenkapital nach US GAAP 29,9 Mrd €, das Kernkapital (Tier I) 22,7 Mrd €, gegenüber 37,1 Mrd € beziehungsweise 24,8 Mrd € am 31. Dezember 2001. Das Ergänzungskapital (Tier II) belief sich am 31. Dezember 2002 auf 7,1 Mrd € und entsprach damit 31 % des Kernkapitals.

Am 31. Dezember 2002 lag unsere Eigenkapitalquote mit 12,6% beträchtlich über der BIZ-Mindest-Gesamtkapitalquote von 8%. Die Kernkapitalquote für die gesamte Risikoposition (einschließlich Marktrisikooäquivalent) betrug 9,6%.

Gesamtrisikogröße

Zur Ermittlung unserer gesamten (nichtaufsichtsrechtlichen) Risikoposition aggregieren wir das Ökonomische Kapital aller Risikoarten. Dies entspricht der konservativen Annahme, dass extreme Verluste in allen Risikoarten gleichzeitig eintreten, das heißt, die verschiedenen Risikoarten sind zu 100% korreliert. Unter Berücksichtigung von bereichsinternen Diversifikationseffekten betrug das Ökonomische Kapital für Kreditrisiken der Konzernbereiche Corporate and Investment Bank, Private Clients and Asset Management und Corporate Investments 7,9 Mrd €, 1,0 Mrd € und 0,1 Mrd €. Diese Beträge werden dann weiter für alle Konzernbereiche aggregiert. Dies ist wiederum eine konservative Annahme, das heißt, konzernbereichsübergreifende Diversifikationseffekte werden nicht berücksichtigt.

Am 31. Dezember 2002 betrug unser Ökonomisches Kapital 20,6 Mrd € gegenüber 20,9 Mrd € am 31. Dezember 2001 und unser BIZ Tier I-Kapital 22,7 Mrd €. Darin sind das Liquiditätsrisiko, das versicherungstechnische Risiko sowie die Industriebeteiligungen von DB Investor nicht enthalten. Die nachfolgende Tabelle zeigt, dass die Aufteilung des Ökonomischen Kapitals auf die einzelnen Risikoarten zum Jahresende 2002 gegenüber 2001 weitgehend unverändert geblieben ist:

Ökonomisches Kapital in Mio €	31.12.2002	31.12.2001
Kreditrisiko	8 942	9 064
Marktrisiko	7 191	7 257
Operationelles Risiko	2 449	2 538
Geschäftsrisiko	1 978	2 026
Insgesamt	20 560	20 885

Erklärung des Vorstands

Der Vorstand der Deutschen Bank AG ist für den Konzernabschluss verantwortlich. Dieser wurde in Übereinstimmung mit den Accounting Principles Generally Accepted in the United States of America erstellt und erfüllt damit die Voraussetzungen des § 292a HGB zur Befreiung von der Aufstellung eines Konzernabschlusses nach deutschem Handelsrecht. Darüber hinaus werden die Publizitätsanforderungen der Europäischen Union erfüllt.

Die Verantwortung für eine zutreffende Rechnungslegung erfordert ein effizientes internes Steuerungs- und Kontrollsystem und eine funktionsfähige Revision. Das interne Kontrollsystem der Deutschen Bank basiert auf schriftlichen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation, einem ausgebauten Risiko-Controlling für Adressenausfall- und Marktrisiken sowie der Beachtung der Funktionstrennung. Es bezieht sämtliche Geschäftsvorfälle, Vermögenswerte und die Führung der Bücher ein. Die Revision der Deutschen Bank erfolgt entsprechend den umfangreichen Prüfungsplänen, die alle Bereiche des Konzerns abdecken und auch die Einhaltung der organisatorischen Vorgaben einschließen.

Die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat die Prüfung des Konzernabschlusses nach den US-amerikanischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung (Auditing Standards Generally Accepted in the United States of America) vorgenommen und einen entsprechenden Bestätigungsvermerk erteilt. Die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft sowie die Revision der Deutschen Bank hatten ungehinderten Zugang zu sämtlichen Unterlagen, die sie im Rahmen ihrer Prüfungen für die Beurteilung des Konzernabschlusses sowie die Einschätzung der Angemessenheit des internen Kontrollsystems benötigen.

Frankfurt am Main, 4. März 2003
Deutsche Bank AG



Josef Ackermann



Clemens Börsig



Tessen von Heydebreck



Hermann-Josef Lamberti

Bericht des Aufsichtsrats



Dr. Rolf-E. Breuer
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Im vergangenen Jahr hat der Aufsichtsrat in fünf ordentlichen Sitzungen den Vorstand beraten und seine Geschäftsführung überwacht. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend unterrichtet und ihm alle Sachverhalte vorgelegt, die der Entscheidung durch den Aufsichtsrat bedurften.

Der Aufsichtsrat hat mit dem Vorstand regelmäßig die Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, der Unternehmensführung und der Strategie, die finanzielle Entwicklung und Ertragslage der Bank, das Risikomanagement der Bank sowie Geschäfte, die für die Bank von erheblicher Bedeutung waren, besprochen. Darüber hinaus wurden aktuelle Einzelthemen und Entscheidungen in regelmäßigen Gesprächen zwischen dem Sprecher des Vorstands und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert. Von besonderer Bedeutung waren die Beratungen des Aufsichtsrats zu den vier zentralen strategischen Initiativen der Bank (Konzentration auf laufende Erträge, Fokussierung auf das Kerngeschäft, Verbesserung der Kapital- und Bilanzsteuerung, Optimierung des PCAM-Konzernbereichs), zum schwierigen nationalen und internationalen wirtschaftlichen und politischen Umfeld sowie zur Weiterentwicklung der Corporate Governance-Grundsätze der Bank auf Grund des neuen Deutschen Corporate Governance Kodex und des amerikanischen Sarbanes-Oxley Act. Diese Weiterentwicklung diente der Präzisierung der Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat und hatte auch eine Neufassung der Geschäftsordnungen des Präsidialausschusses und des Prüfungsausschusses zur Folge. Weitere Informationen zur Corporate Governance enthält der Corporate Governance-Bericht 2002.

Sitzungen des Aufsichtsrats. In der Sitzung des Aufsichtsrats am 30. Januar 2002 wurden die Geschäftsentwicklung im Jahre 2001 und die Eckdaten des Jahresabschlusses 2001 sowie die Planung für die Jahre 2002 bis 2004 besprochen. Außerdem wurde mit dem Vorstand die Weiterentwicklung der Führungsstruktur und die Bildung des Group Executive Committee sowie der Operating Committees und Functional Committees beraten.

In der Sitzung am 22. März 2002 wurde der Jahresabschluss 2001 gebilligt und war damit festgestellt. Ferner wurden die Beschlussvorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung 2002 verabschiedet und der Aufsichtsrat über das Risikomanagement im Konzern unterrichtet.

In der Sitzung des Aufsichtsrats im Anschluss an die Hauptversammlung am 22. Mai 2002 wurden Herr Dr. Breuer zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats, des Präsidialausschusses und des Ausschusses für Kredit- und Marktrisiken sowie Herr Dr. Baumann zum Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gewählt.

Am 31. Juli 2002 wurde der Aufsichtsrat über die geschäftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 2002 informiert. Er erteilte seine Zustimmung zur Veräußerung bestimmter Industriebeteiligungen der Bank. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat außerdem über die strategische Weiterentwicklung der Bank sowie die Auslagerung wesentlicher Teile der IT-Infrastruktur und der IT-Dienstleistungen.

In der letzten Sitzung des Jahres am 30. Oktober 2002 wurde die geschäftliche Entwicklung der ersten neun Monate erörtert. Die an den Deutschen Corporate Governance Kodex angepassten Corporate Governance-Grundsätze der Bank sowie die überarbeiteten Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats, des Präsidialausschusses und des Prüfungsausschusses wurden beschlossen. Der Aufsichtsrat beschloss zusammen mit dem Vorstand den Wortlaut und die Abgabe der Entsprechenserklärung nach § 161 des Aktiengesetzes. Des Weiteren wurde der Personalbericht der Bank zur Nachwuchs- und Nachfolgeplanung erörtert und der Beschluss zur notwendigen Erhöhung des Grundkapitals der Bank im Rahmen der Ausgabe von Belegschaftsaktien und Optionsrechten gefasst.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben an mehr als der Hälfte der in den Zeitraum ihrer Mitgliedschaft fallenden Aufsichtsratssitzungen des Jahres 2002 teilgenommen.

Ausschüsse des Aufsichtsrats. Der Präsidialausschuss tagte im Berichtszeitraum fünfmal. Er behandelte in seinen Sitzungen neben Vorstandsangelegenheiten insbesondere Fragen zu den Corporate Governance-Grundsätzen der Bank, zur Nachfolgeplanung und zum Auswahlprozess neuer Aufsichtsratsmitglieder.

Der Ausschuss für Kredit- und Marktrisiken befasste sich in seinen sechs Sitzungen mit den nach Gesetz und Satzung vorlagepflichtigen Engagements sowie mit allen größeren oder mit erhöhten Risiken behafteten Krediten und erteilte – sofern erforderlich – seine Zustimmung. Im Ausschuss wurden neben Kredit-, Liquiditäts-, Länder- und Marktrisiken auch operationelle Risiken ausführlich behandelt. Ferner wurden globale Branchenportfolios vorgestellt und eingehend erörtert.

Der Prüfungsausschuss tagte im Berichtszeitraum dreimal. An seinen Sitzungen nahmen auch Vertreter des Abschlussprüfers teil. Behandelt wurden die Prüfung und Billigung des Jahres- und des Konzernabschlusses, die Prüfung der Quartalsabschlüsse sowie die Beziehungen zum Abschlussprüfer, der Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers, seine Vergütung und der Prüfungsauftrag mit der Festlegung bestimmter Prüfungsschwerpunkte sowie die Kontrolle der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Außerdem hat er die Behandlung der Auswirkungen des Sarbanes-Oxley Act auf die Arbeitsweise des Prüfungsausschusses und seine Beziehungen zum Abschlussprüfer ausführlich diskutiert. Der

Prüfungsausschuss hat sich regelmäßig über die Arbeit der internen Revision berichten lassen und sich davon überzeugen können, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte bestehen.

Die Einberufung des nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes gebildeten Vermittlungsausschusses war im Jahr 2002 nicht erforderlich.

Jahresabschluss. Vertreter des Abschlussprüfers haben an den Bilanzsitzungen des Aufsichtsrats und des Ausschusses für Kredit- und Marktrisiken teilgenommen und Erläuterungen gegeben.

Die Buchführung, der Jahresabschluss für das Jahr 2002 mit Lagebericht sowie der Konzernabschluss mit Erläuterungen (Notes) sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlussprüfer gewählten KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft und jeweils mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die jeweiligen Berichte des Abschlussprüfers wurden dem Aufsichtsrat zur Einsicht ausgehändigt. Dem Ergebnis dieser Prüfung stimmte der Aufsichtsrat zu.

Der Aufsichtsrat hat heute den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss festgestellt sowie den Konzernabschluss gebilligt. Dem Vorschlag für die Gewinnverteilung schließt sich der Aufsichtsrat an.

Personalia. Herr Kopper legte mit Ablauf der Hauptversammlung am 22. Mai 2002 sein Aufsichtsratsmandat nieder. Ihm gilt der Dank des Aufsichtsrats für seine effiziente und erfolgreiche Leitung des Gremiums in den fünf Jahren als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG. Zu seinem Nachfolger wählte die Hauptversammlung mit Wirkung vom 22. Mai 2002 Herrn Dr. Breuer, der am gleichen Tage aus dem Vorstand ausgeschieden ist und in der an die Hauptversammlung anschließenden Sitzung des Aufsichtsrats zum Vorsitzenden gewählt wurde.

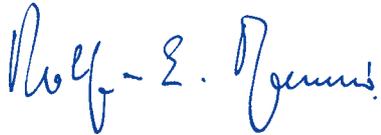
Mit der Wahl von Herrn Dr. Baumann zum Vorsitzenden des Prüfungsausschusses am 22. Mai 2002 folgte der Aufsichtsrat der Anregung des Deutschen Corporate Governance Kodex, dass das Amt des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses nicht mit einem früheren Mitglied des Vorstands besetzt sein sollte.

Mit Wirkung vom 30. Januar 2002 schied Herr Dr. Fischer, der seit dem 1. Januar 1999 dem Vorstand als ordentliches Mitglied angehörte, auf eigenen Wunsch aus der Bank aus. Ebenfalls am 30. Januar 2002 verließ Herr Philipp den Vorstand und zum 27. März 2002 auf eigenen Wunsch die Bank. Herr Fitschen hat gebeten, von seinen Pflichten als Vorstand

der Bank mit Wirkung vom 30. Januar 2002 entbunden zu werden, um sich als Mitglied des Group Executive Committee den von ihm verantworteten Geschäftsbereichen Global Transaction Banking, Global Banking Division und Global Relationship Management Germany widmen zu können. Allen Herren dankt der Aufsichtsrat für ihr erfolgreiches Wirken und ihre wertvollen Beiträge zur Weiterentwicklung der Bank.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großen persönlichen Einsatz.

Frankfurt am Main, den 21. März 2003
Der Aufsichtsrat



Dr. Rolf-E. Breuer
Vorsitzender

Aufsichtsrat

Hilmar Kopper

bis 22. Mai 2002
– Vorsitzender,
Frankfurt am Main

Dr. Rolf-E. Breuer

ab 22. Mai 2002
– Vorsitzender,
Frankfurt am Main

Heidrun Förster*

– stellvertretende Vorsitzende,
Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG, Berlin

Dr. rer. oec.

Karl-Hermann Baumann

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Siemens Aktiengesellschaft,
München

Dr. Ulrich Cartellieri

Frankfurt am Main

Klaus Funk*

Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Frankfurt am Main

Gerald Herrmann*

Bundesfachgruppenleiter
beim Bundesvorstand ver.di
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Berlin

Sabine Horn*

Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Sir Peter Job

London

Prof. Dr. Henning Kagermann

Sprecher des Vorstands
der SAP AG, Walldorf/Baden

Ulrich Kaufmann*

Deutsche Bank AG, Düsseldorf

Peter Kazmierczak*

Deutsche Bank AG, Essen

Adolf Kracht

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Wilhelm von Finck AG,
Grasbrunn

Professor Dr.-Ing. E. h.

Berthold Leibinger

Geschäftsführender Gesell-
schafter TRUMPF GmbH
+ Co. KG, Ditzingen

Margret Mönig-Raane*

stellvertretende Vorsitzende der
ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Berlin

Dr. Michael Otto

Vorsitzender des Vorstands
der Otto (GmbH & Co KG),
Hamburg

Klaus Schwedler*

Deutsche Bank AG, Eschborn

Tilman Todenhöfer

stellvertretender Vorsitzender
der Geschäftsführung
der Robert Bosch GmbH,
Stuttgart

Michael Freiherr Truchseß von Wetzhausen*

Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Lothar Wacker*

Deutsche Bank AG, Köln

Dipl.-Ing. Albrecht Woeste

Vorsitzender des Aufsichtsrats
und Gesellschafterausschusses
der Henkel KGaA, Düsseldorf

Präsidialausschuss

Hilmar Kopper bis 22. Mai 2002
– Vorsitzender
Dr. Rolf-E. Breuer ab 22. Mai 2002
– Vorsitzender
Dr. Ulrich Cartellieri
Heidrun Förster*
Lothar Wacker*

Vermittlungsausschuss

Hilmar Kopper bis 22. Mai 2002
– Vorsitzender
Dr. Rolf-E. Breuer ab 22. Mai 2002
– Vorsitzender
Dr. Ulrich Cartellieri
Heidrun Förster*
Ulrich Kaufmann*

Prüfungsausschuss

Hilmar Kopper bis 22. Mai 2002
– Vorsitzender
Dr. rer. oec.
Karl-Hermann Baumann
– Vorsitzender ab 22. Mai 2002
Dr. Rolf-E. Breuer ab 22. Mai 2002
Dr. Ulrich Cartellieri
Heidrun Förster*
Sabine Horn* ab 30. Januar 2002
Michael Freiherr Truchseß
von Wetzhausen*

Ausschuss für Kredit- und Marktrisiken

Hilmar Kopper bis 22. Mai 2002
– Vorsitzender
Dr. Rolf-E. Breuer ab 22. Mai 2002
– Vorsitzender
Dr. rer. oec.
Karl-Hermann Baumann
Dr. Ulrich Cartellieri
Sir Peter Job ab 30. Januar 2002
– Ersatzmitglied
Adolf Kracht
– Ersatzmitglied

* Von den Arbeitnehmern gewählt.

Beraterkreis

Dr. Mark Wössner

bis 26. März 2002
– Vorsitzender,
München

Ulrich Hartmann

bis 26. März 2002
– stellvertretender Vorsitzender,
ab 26. März 2002
– Vorsitzender,
Vorsitzender des Vorstands
der E.ON AG, Düsseldorf

Werner Wenning

ab 26. März 2002
– stellvertretender Vorsitzender,
Vorsitzender des Vorstands
der Bayer AG, Leverkusen

Carl L. von Boehm-Bezing

Frankfurt am Main

Sir John Craven

bis 12. März 2002,
London

Dr. jur. Walter Deuss

KarstadtQuelle AG, Essen

Michael Dobson

bis 5. Mai 2002,
Frankfurt am Main

Dr. Karl-Gerhard Eick

Mitglied des Vorstands
der Deutsche Telekom AG,
Bonn

Dr. Michael Endres

Frankfurt am Main

Dr. Karl-Ludwig Kley

Mitglied des Vorstands
der Deutsche Lufthansa AG,
Köln

Max Dietrich Kley

Mitglied des Vorstands
der BASF Aktiengesellschaft,
Ludwigshafen

Dr. Jürgen Krumnow

Frankfurt am Main

Georg Krupp

Frankfurt am Main

Francis Mer

bis 31. Dezember 2002,
Ministre de l'Économie,
des Finances et de l'Industrie,
Paris

August Oetker

persönlich haftender
Gesellschafter
Dr. August Oetker KG, Bielefeld

Eckhard Pfeiffer

Houston

**Dr. techn. h.c. Dipl.-Ing. ETH
Ferdinand Piëch**

bis 16. April 2002,
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Volkswagen AG, Wolfsburg

Dr. Bernd Pischetsrieder

ab 16. April 2002,
Vorsitzender des Vorstands
der Volkswagen AG, Wolfsburg

Dr. Wolfgang Reitzle

ab 1. November 2002,
Vorsitzender des Vorstands
der Linde AG, Wiesbaden

Dr. rer. pol. Michael Rogowski

Präsident des Bundesverbandes
der Deutschen Industrie,
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der J. M. Voith AG, Heidenheim

Dr. rer. pol. Dipl.-Kfm.

Gerhard Rüschen
Bad Soden am Taunus

Dr. Ronaldo H. Schmitz

Frankfurt am Main

Jürgen E. Schrempp

Vorsitzender des Vorstands
der DaimlerChrysler AG, Stuttgart

Dipl.-Ing. Hans Peter Stihl

persönlich haftender
Gesellschafter
der STIHL Holding AG & Co. KG,
Waiblingen

Dr. Frank Trömel

bis 26. März 2002,
stellvertretender Vorsitzender
des Aufsichtsrats der DELTON AG,
Bad Homburg vor der Höhe

Marcus Wallenberg

Executive Vice President
INVESTOR AB, Stockholm

Dr. Ulrich Weiss

Frankfurt am Main

Dr. Jürgen Zech

bis 22. Mai 2002,
Köln

Vorstand

Josef Ackermann

Sprecher ab 22. Mai 2002

Rolf-E. Breuer

Sprecher und Mitglied des Vorstands
bis 22. Mai 2002

Clemens Börsig**Thomas R. Fischer**

bis 30. Januar 2002

Jürgen Fitschen

bis 30. Januar 2002

Tessen von Heydebreck**Hermann-Josef Lamberti****Michael Philipp**

bis 30. Januar 2002

Der Konzern im Fünfjahresvergleich

Zahlen nach US GAAP

Bilanz in Mio €	2002	2001	2000	1999	1998¹
Bilanzsumme	758 355	918 222	928 994	875 789	652 269
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, netto	167 303	259 838	274 660	254 173	218 160
Verbindlichkeiten	728 364	878 029	885 311	843 438	625 054
Eigenkapital	29 991	40 193	43 683	32 351	27 215
BIZ-Kernkapital ²	22 742	24 803	23 504	17 338	15 979
BIZ-Eigenkapital insgesamt ²	29 862	37 058	39 343	35 172	29 343
Gewinn-und-Verlust-Rechnung in Mio €	2002	2001	2000	1999	1998¹
Zinsüberschuss	7 186	8 620	7 028	7 994	6 235
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2 091	1 024	478	725	908
Provisionsüberschuss	10 834	10 727	11 693	7 967	5 514
Handelsergebnis	4 024	6 031	7 625	2 127	262
Sonstige zinsunabhängige Erträge	4 503	4 163	8 133	6 944	5 192
Erträge insgesamt nach Risikovorsorge	24 456	28 517	34 001	24 307	16 295
Personalaufwendungen	11 358	13 360	13 526	9 655	6 557
Abschreibungen/nicht temporäre Wertminderungen auf Goodwill	62	871	771	486	189
Restrukturierungsaufwendungen	583	294	125	459	289
Sonstige zinsunabhängige Aufwendungen	8 904	12 189	12 710	11 356	8 735
Zinsunabhängige Aufwendungen	20 907	26 714	27 132	21 956	15 770
Ergebnis vor Steueraufwand/-ertrag(-) und kumuliertem Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden	3 549	1 803	6 869	2 351	525
Ertragsteueraufwand	372	434	2 643	1 689	240
Steueraufwand/-ertrag(-) aus Steuersatzänderungen und Umkehreffekte	2 817	995	- 9 287	- 951	-
Kumulierter Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden nach Steuern	37	- 207	-	-	-
Jahresüberschuss	397	167	13 513	1 613	285
Kennziffern	2002	2001	2000	1999	1998
Ergebnis je Aktie	€ 0,64	€ 0,27	€ 22,00	€ 2,76	€ 0,54
Verwässertes Ergebnis je Aktie	€ 0,63	€ 0,27	€ 21,72	€ 2,74	€ 0,54
Dividendenzahlung je Aktie gezahlt in der Periode	€ 1,30	€ 1,30	€ 1,15	€ 1,12	€ 0,92
Eigenkapitalrendite (RoE) ³	1,1%	2,3%	41,4%	-	-
Bereinigte Eigenkapitalrendite ⁴	10,2%	7,1%	20,1%	-	-
Aufwand-Ertrag-Relation ⁵	78,8%	87,6%	76,5%	-	-
Kurs/Gewinnverhältnis	69,68	294,07	4,12	30,56	90,31
BIZ-Kernkapitalquote (Tier I) ²	9,6%	8,1%	7,8%	5,9%	6,3%
BIZ-Eigenkapitalquote (Tier I + II + III) ²	12,6%	12,1%	13,1%	12,0%	11,5%
Mitarbeiter (arbeitswirksam)	77 442	86 524	89 784	87 702	70 064

¹ Die Beträge in dieser Spalte sind nicht testiert. Die ursprünglichen DM-Beträge wurden zum Wechselkurs von 1,95583 DM pro Euro umgerechnet.

² Für 2002, 2001 und 2000 auf der Basis von US GAAP, für 1999 und 1998 auf der Basis von IAS.

³ Der Jahresüberschuss ist in 2001 um Abschreibungen auf Goodwill und andere immaterielle Vermögenswerte bereinigt.

⁴ Wir berechnen eine bereinigte Messgröße für unsere Eigenkapitalrendite, anhand der ein Vergleich mit unseren Konkurrenten vereinfacht wird. Diese bereinigte Messgröße definieren wir als unser „Average Active Equity“. Es handelt sich jedoch nicht um eine Performance-Messzahl nach US GAAP. Bei einem Vergleich unserer Quote mit der anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Quoten berücksichtigt werden. Die wichtigsten Positionen, um die wir unsere Quote bereinigen, sind der Gesamtbetrag der unrealisierten Gewinne und Verluste aus unserem Beteiligungsbestand an börsennotierten Unternehmen und der damit verbundene Steuereffekt. In der Position „Average Active Equity“ erfassen wir die realisierten Gewinne und Verluste sowie die entsprechenden Steuereffekte ab dem Zeitpunkt, zu dem die Anteile verkauft und die entsprechenden Gewinne geschäftsrelevant verwendet werden. Zusätzlich bereinigen wir unser durchschnittliches Eigenkapital um den Effekt unserer jährlichen Dividendenzahlung, die nach Zustimmung der Hauptversammlung erfolgt. Bei dieser Berechnung wird der Jahresüberschuss um den Steueraufwand aus Steuersatzänderungen und Umkehreffekten, Effekte der Bilanzierungsänderungen und zusätzlich in 2001 um Abschreibungen auf Goodwill und andere immaterielle Vermögenswerte bereinigt.

⁵ Summe der zinsunabhängigen Aufwendungen (ohne Abschreibungen auf Goodwill und andere immaterielle Vermögenswerte in 2001 und 2000) in Prozent der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und zinsunabhängigen Erträgen (ohne Erträge aus negativem Goodwill in 2001).

Patronatserklärung¹

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

DB Investments (GB) Limited, London	Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand
Deutsche Asset Management Europe GmbH, Frankfurt am Main (früher: Deutsche Fonds Holding GmbH)	Deutsche Bank (Suisse) S.A., Genf
Deutsche Asset Management International GmbH, Frankfurt am Main (früher: Deutsche Asset Management GmbH)	Deutsche Bank Trust Aktiengesellschaft Private Banking, Frankfurt am Main
Deutsche Asset Management Investmentgesellschaft mbH vormals DEGEF Deutsche Gesellschaft für Fondsverwaltung mbH, Frankfurt am Main	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd., Singapur (früher: Deutsche Morgan Grenfell Futures Pte Ltd.)
Deutsche Australia Limited, Melbourne	Deutsche Morgan Grenfell Group plc, London
Deutsche Bank Americas Holding Corp., New York/USA (früher: Deutsche Bank North America Holding Corp.)	Deutsche Securities Limited, Hongkong (früher: Deutsche Morgan Grenfell Capital Markets Limited)
Deutsche Bank Lübeck Aktiengesellschaft vormals Handelsbank, Lübeck	Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong
Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg	DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main (früher: DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen mbH)
Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur	DWS Investment S.A., Luxemburg (früher: DB Investment Management S.A.)
Deutsche Bank Polska S.A., Warschau	OOO Deutsche Bank, Moskau
Deutsche Bank (Portugal), S.A., Lissabon (früher: Deutsche Bank de Investimento, S.A.)	Schiffshypothekenbank zu Lübeck Aktiengesellschaft, Hamburg
Deutsche Bank Rt., Budapest	
Deutsche Bank S.A., Buenos Aires	
Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo	
Deutsche Bank S.A./N.V., Brüssel	
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft, Saarbrücken	
Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Barcelona	

¹ Gesellschaften, mit denen ein Ergebnisabführungsvertrag besteht, sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes gekennzeichnet.

Glossar

Agency Debt

Staatliche Schuldtitel, die von Hypothekenbankgesellschaften, zum Beispiel Freddie Mac und Fannie Mae, emittiert und von der US-amerikanischen Regierung abgesichert werden.

Allgemeine Geschäftsrisiken

Risiken, die auf Grund geänderter Rahmenbedingungen wie Marktumfeld, Kundenverhalten und technischem Fortschritt entstehen. Diese Veränderungen können unsere Ertragslage beeinträchtigen, wenn wir uns nicht sofort auf die veränderten Bedingungen einstellen.

Alternative Assets/Investments

Direkte Investitionen in → Private Equity, Wagniskapital, Mezzanine-Kapital, Immobilienkapitalanlagen und Anlagen in Leveraged Buy-out-Fonds, Wagniskapitalfonds sowie → Hedge-Fonds.

Anlagebuch

Risikotragende Positionen, die nicht dem → Handelsbuch zugeordnet werden.

Asset-backed Securities

Besondere Form verbriefter Zahlungsansprüche in Form von handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere sind durch Zusammenfassung bestimmter Finanzaktiva entstanden (→ Securitization).

Aufsichtsrechtliche Risikoposition

Die Risikoposition nach → BIZ setzt sich zusammen aus den gewichteten Risikoaktiva, die insbesondere die Adressenausfallrisiken des → Anlage- und → Handelsbuchs umfassen, sowie dem Marktrisikoäquivalent für Zins-, Währungs-, Aktien- und Rohwarenpreisrisiken. Während sich die gewichteten Risikoaktiva nach aufsichtsrechtlich vorgegebenen Standardmethoden errechnen, entspricht das Marktrisikoäquivalent dem 12,5fachen des auf Basis aufsichtsrechtlich anerkannter interner Risikomodelle berechneten und mit einem institutsindividuell festgelegten Multiplikator (mindestens 3) hochskalierten Value-at-risk (99% → Konfidenzniveau, 10 Tage Haltedauer).

Aufwand-Ertrag-Relation

Grundsätzlich: Kennzahl zur Kosteneffizienz eines Unternehmens, die das Verhältnis der betrieblichen Aufwen-

dungen zu den betrieblichen Erträgen abbildet.

Hier: Summe der zinsunabhängigen Aufwendungen in Prozent der Summe aus Zinsüberschuss und Summe der zinsunabhängigen Erträge.

Ausfallwahrscheinlichkeit

Gibt die erwartete durchschnittliche Wahrscheinlichkeit an, dass ein Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, basierend auf statistischen Analysen der historischen Ausfälle in unserem → Portfolio.

Back-testing

Verfahren zur Überprüfung der Vorhersagekraft des → Value-at-risk-Konzepts. Hierbei werden auf täglicher Basis hypothetisch erzielte Gewinne und Verluste mit den durch das Value-at-risk-Modell prognostizierten Werten verglichen.

Bereinigte Eigenkapitalrendite

Messgröße, die einen Vergleich mit unseren Konkurrenten vereinfacht. Die wichtigste Position, um die wir unsere Eigenkapitalrendite bereinigen, ist der Gesamtbetrag der unrealisierten Gewinne und Verluste (einschließlich Steuereffekt) aus unserem Beteiligungsbestand an börsennotierten Unternehmen. In der Position Active Equity erfassen wir die realisierten Gewinne und Verluste (nach Steuereffekt) ab dem Zeitpunkt, zu dem die Anteile verkauft und die entsprechenden Gewinne geschäftsrelevant verwendet werden. → Return on Equity (ROE)/Eigenkapitalrendite.

BIZ

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich mit Sitz in Basel.

BIZ-Eigenkapitalquote

Kennziffer international tätiger Kreditinstitute, die das in Prozent ausgedrückte Verhältnis von Eigenkapital zu aufsichtsrechtlicher Risikoposition angibt. Die einzuhaltende Mindestkennziffer für die Eigenkapitalquote beträgt 8% und für die Kernkapitalquote 4%.

Bookbuilding

Emissionsverfahren, das die Nachfrage einzelner Investoren mit den speziellen Finanzierungsinteressen eines Emittenten bezüglich des Emissionspreises abstimmt.

Broker/Brokerage

Broker nehmen Wertpapieraufträge von Banken und privaten Investoren an und führen sie im Auftrag des Kunden aus. Für seine Tätigkeit (Brokerage) erhält der Broker üblicherweise eine Provision.

Buy-out

Kauf (vollständig oder teilweise) eines Unternehmens beziehungsweise bestimmter Unternehmensaktivitäten.

Cash Management

Beinhaltet die Verwaltung von liquiden Mitteln in Dollar, Euro und sonstigen Währungen für Unternehmen und Finanzinstitute zur Optimierung von Finanztransaktionen.

Clearing

Die Übermittlung, Abstimmung und in bestimmten Fällen die Bestätigung von Zahlungsaufträgen.

Collateralized Bond Obligations (CBO)

Strukturierte Wertpapiere, deren Cashflows durch die Zins- und Tilgungszahlungen eines Anleiheportfolios gedeckt werden. Die Strukturierung erlaubt es, die Risiken und Erträge des → Portfolios neu zu verteilen. Das → Rating der Wertpapiere ist abhängig von der Qualität des → Portfolios, seiner Diversifikation und der Nachrangigkeit der Wertpapiere.

Commitment

Die Identifikation mit dem Unternehmen, seinen Zielen und Werten sowie die Bereitschaft zur Leistung und die Neigung, bei diesem Unternehmen zu bleiben.

Corporate Finance

Sammelbezeichnung für kapitalmarktnahe, innovative Finanzierungsdienstleistungen mit speziellem Beratungsbedarf im Firmenkundengeschäft.

Corporate Trust und Agency Services

Dienstleistungen zur Sicherstellung der reibungslosen Verwaltung von Aktien- und Rentenfinanzierungen, gelegentlich auch als Emissionsfolgegeschäft bezeichnet.

Credit Default Swap

Finanzkontrakt, bei dem das Kreditausfallrisiko eines Dritten von einem Sicherungsnehmer auf einen Sicherungsgeber übertragen wird. Der Sicherungs-

nehmer vereinbart mit dem Sicherungsgeber, sich gegen dieses Risiko zu versichern, und leistet dafür eine regelmäßige Ausgleichszahlung (im Wesentlichen eine Versicherungsprämie).

Custody

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren sowie zusätzliche Dienste im Wertpapierbereich.

Debt Products

Handelbare Instrumente, die eine Verbindlichkeit oder einen Anspruch bezüglich eines Vermögenswerts eines oder mehrerer Unternehmen im privaten beziehungsweise öffentlichen Sektor darstellen. Der Begriff beschreibt auch ein umfassenderes Angebot an Finanzinstrumenten einschließlich Devisen- und Warengeschäfte, deren Dynamik sich genauso verhält wie der eigentliche Schuldtitel.

Derivate

Produkte, deren Bewertung sich überwiegend vom Preis, den Preisschwankungen und den Preiserwartungen der zu Grunde liegenden Basisinstrumente (beispielsweise Aktien, Anleihen, Devisen, Indizes) ableitet. Zu den Derivaten zählen insbesondere → Swaps, → Optionen und → Futures.

E-Business/E-Commerce

Gesamtheit des elektronischen Datenaustauschs in Verbindung mit kaufmännischen Aktivitäten: Informationsflüsse und Transaktionen mit Produkten oder Dienstleistungen. E-Commerce erstreckt sich auf die Beziehungen von Unternehmen untereinander, zwischen Unternehmen und Behörden, zwischen Unternehmen und Privatpersonen. E-Commerce nutzt verschiedene Formen der Datenübertragung (Telefon, Fernsehen, Datennetze → Internet).

Eigenkapital gemäß BIZ

Bankaufsichtsrechtlich anerkanntes Eigenkapital in Übereinstimmung mit der Baseler Eigenkapitalübereinkunft von 1988 (zuletzt geändert im Januar 1996) für international tätige Kreditinstitute. Das Eigenkapital setzt sich zusammen aus:

- Kernkapital oder Tier I-Kapital: vor allem Grundkapital, Rücklagen und Hybridkapitalteile,

- Ergänzungskapital oder Tier II-Kapital: insbesondere Genussrechtskapital, langfristige nachrangige Verbindlichkeiten, nicht realisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren und sonstige Wertberichtigungen für inhärente Risiken,
- Drittrangmitteln oder Tier III-Kapital: im Wesentlichen kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten und überschüssiges Ergänzungskapital.

Ergänzungskapital kann nur bis zur Höhe des Kernkapitals angerechnet werden, wobei noch zusätzlich die Anrechenbarkeit der langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten im Ergänzungskapital auf 50 % des Kernkapitals beschränkt ist.

Emerging Markets

Aufstrebende Märkte von Schwellenländern, primär Finanzmärkte.

Equity Capital Markets

In erster Linie Aktivitäten rund um den Börsengang eines Unternehmens beziehungsweise um die Ausgabe neuer Aktien. Ebenso fallen Privatisierungen von staatseigenen Betrieben darunter.

Equity-Methode

Bewertungsmethode für Beteiligungen an Unternehmen, auf deren Geschäfts- und Finanzpolitik ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann. Anteilige Jahresüberschüsse (-fehlbeträge) des Beteiligungsunternehmens erhöhen (vermindern) den Beteiligungsbuchwert und gehen in die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Ausschüttungen/Dividenden vermindern den Beteiligungsbuchwert, ohne die Gewinn- und Verlustrechnung zu berühren.

Ergebnis je Aktie

Nach → US GAAP ermittelte Kennziffer, die den Jahresüberschuss nach Steuern der durchschnittlichen Zahl an Stammaktien gegenüberstellt. Neben der Kennziffer Ergebnis je Aktie ist zusätzlich ein verwässertes Ergebnis je Aktie auszuweisen, wenn sich aus der Wandlung und Ausübung ausstehender Aktienoptionen, zugeteilter Aktienrechte und Wandschuldverschreibungen die Zahl der Aktien erhöhen kann.

Erwarteter Verlust

Maßeinheit für den Ausfallverlust unseres Kreditportfolios, der innerhalb eines

Jahres auf der Grundlage historischer Verlustdaten zu erwarten ist.

Euro Commercial Paper-Programm

Instrument zur flexiblen Begebung unbesicherter Schuldtitel mit kurzen Laufzeiten. In einem Programm können mehrere Anleiheemissionen innerhalb einer gegebenen Zeit erfolgen.

Euro Medium Term Notes (MTNs)

Schuldverschreibungsprogramm, das der Begebung von unbesicherten Schuldtiteln zu unterschiedlichen Zeitpunkten dient. Volumen, Währung und Laufzeit (ein bis zehn Jahre) können je nach Finanzmittelbedarf angepasst werden. Euro-MTNs werden am Euromarkt hauptsächlich in US-Dollar aufgelegt. Bei Euro-MTNs garantieren Bankkonsortien die vollständige Übernahme der jeweiligen Emission.

Event Risk-Szenarien

Szenarien, die erhebliche Ereignisse wie beispielsweise große Bewegungen in Zinsen oder Wechselkursen darstellen.

Exposure

Geldbetrag, der der Bank bei Eintritt eines Verlusts aus einem eingegangenen Risiko, beispielsweise im Falle des Ausfalls eines Kreditnehmers oder Vertragspartners, verloren gehen kann.

Fair Value

Betrag, zu dem Aktiva beziehungsweise Passiva zwischen sachkundigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht würden. Der Fair Value ist häufig identisch mit dem Marktpreis.

Fund Services

Vielfältige Dienstleistungen, die für „fremde“ Fondsmanager (Investmentfonds) erbracht werden. Sie reichen von Bewertungen, Registrierungen über Depotbankdienste bis hin zu Buchhaltung und Risikomanagement.

Futures

Hinsichtlich Menge, Qualität und Liefertermin standardisierte Terminkontrakte, bei welchen zu einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt ein dem Geld- und Kapital-, Edelmetall- oder Devisenmarkt zugehöriges Handelsobjekt zum börsenmäßig festgesetzten Kurs zu liefern.

beziehungsweise abzunehmen ist. Häufig ist bei derartigen Kontrakten (beispielsweise Terminkontrakten auf Basis von Aktienindizes) zur Erfüllung der bestehenden Verpflichtung an Stelle einer Wertpapierlieferung oder -abnahme eine Ausgleichszahlung zu leisten.

Global Trade Finance

Umfasst alle Dienstleistungen in den Bereichen Trade Finance Services sowie Trade and Risk Services. Der Geschäftsbereich betreut das Exportfinanzierungs- und Risikoabsicherungsgeschäft mit Finanzinstituten und Firmenkunden. Dazu gehören multinationale Unternehmen, etablierte und aufstrebende Unternehmen sowie Unternehmen des öffentlichen Sektors.

Goodwill

Der Betrag, den ein Käufer bei Übernahme eines Unternehmens unter Berücksichtigung zukünftiger Ertrags Erwartungen über den → Fair Value der einzelnen identifizierbaren Vermögensgegenstände und Schulden hinaus zahlt.

Handelsbuch

Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, Anteilen und handelbaren Forderungen, die von einem Kreditinstitut zum Zwecke des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden. Darunter fallen auch eng mit Handelsbuchpositionen verbundene Geschäfte (zum Beispiel zur Absicherung). Nicht zum Handelsbuch gehörige risikotragende Positionen werden dem → Anlagebuch zugeordnet.

Handelsergebnis

Saldo der realisierten und unrealisierten Gewinne und Verluste aus den Positionen unseres Handelsbestands sowie Zinsüberschüsse aus → Derivaten, die zu Handelszwecken gehalten werden. Handelsaktivitäten sind in der Regel durch eine hohe Umschlaghäufigkeit gekennzeichnet, das heißt, die Positionen werden eingegangen, um Gewinne aus kurzfristigen Kursveränderungen zu erzielen.

Hedge Accounting

Bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen (Bildung von

Bewertungseinheiten), die an bestimmte Voraussetzungen geknüpft sind.

Hedge-Fonds

Fonds, der normalerweise von Institutionen und vermögenden Privatpersonen gezeichnet wird. Er setzt Strategien ein, die für Investmentfonds nicht erlaubt sind. Beispiele sind Leerverkäufe, hohe Fremdvverschuldung und → Derivate. Da es in den USA eine gesetzliche Beschränkung auf maximal 100 Investoren gibt, beträgt die übliche Mindestanlage 1 Mio US-\$. Hedge-Fonds-Renditen sind meist nicht mit den Renditen traditioneller Anlagewerte korreliert.

Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)

Kapitalinstrumente, die sich durch gewinnabhängige Zinszahlungen auszeichnen. Soweit im Verlustfall ausgefallene Zinszahlungen nicht nachgeholt werden (nicht kumulative Trust Preferred Securities) und die Papiere kein festgelegtes Fälligkeitsdatum besitzen beziehungsweise durch die Gläubiger nicht kündbar sind, gehören sie aufsichtsrechtlich zum Kernkapital. Andernfalls sind sie dem Ergänzungskapital zuzurechnen (zum Beispiel kumulative Trust Preferred Securities).

IAS

(International Accounting Standards)

Rechnungslegungsregeln, an deren Entwicklung internationale Wirtschaftsprüfervereinigungen, Jahresabschluss-ersteller und Wissenschaftler mitwirken und die über die Europäische Union hinausgehend eine weltweit vergleichbare Bilanzierung und Publizität sicherstellen. Maßgebliche Zielsetzung der Rechnungslegung ist die Darlegung entscheidungsorientierter Informationen für einen breiten Kreis von Jahresabschlussinteressen, insbesondere für Investoren.

Internet

Weltweit größtes Computernetz, das aus vielen miteinander verbundenen dezentralen Netzwerken und auch einzelnen Ressourcen besteht. Zu den wichtigsten Diensten im Internet gehören die elektronische Post (E-Mail), das World Wide Web (www), Suchdienste, Dateitransfer (FTP) und Diskussionsforen (Usenet/ Newsgroups).

Intranet

Internes Firmennetzwerk, das auf der Internettechnik basiert und im → Internet angesiedelt ist. Häufig werden hier Informationen, Jobbörsen und E-Mail-Möglichkeiten für Mitarbeiter eingerichtet. Der Anschluss an das → Internet erfolgt meistens über eine „Firewall“ (eine Schutzwand), die das interne Netzwerk (Intranet) vor Schäden und unberechtigten Zugriffen aus dem → Internet schützt, aber vollen Zugriff auf das → Internet erlaubt.

Investment & FinanzCenter

Investment & FinanzCenter sind unsere modernen Niederlassungen, in denen wir Privat- und Geschäftskunden alle Beratungsleistungen und Angebote aus einer Hand und unter einem Dach bieten.

Investment Banking

Sammelbegriff für kapitalmarktorientierte Geschäfte. Hierunter fallen insbesondere Emission und Handel von Wertpapieren und ihren → Derivaten, Zins- und Währungsmanagement, → Corporate Finance, Beratung bei Übernahmen und Fusionen, strukturierte Finanzierungen und → Private Equity.

Investor Relations

Bezeichnet die systematische und kontinuierliche zweiseitige Kommunikation zwischen Unternehmen und aktuellen wie potenziellen Eigenkapital- beziehungsweise Fremdkapitalgebern. Informationen betreffen vor allem wichtige Unternehmensereignisse, finanzielle Ergebnisse und die Geschäftsstrategie sowie die Erwartungen des Kapitalmarkts an das Management. Ein Ziel der Investor Relations-Aktivitäten ist unter anderem die angemessene Bewertung der Aktie.

Kapitalflussrechnung

Ermittlung und Darstellung des Zahlungsmittelflusses, den ein Unternehmen in einem Geschäftsjahr aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit erwirtschaftet oder verbraucht hat, sowie zusätzliche Abstimmung des Zahlungsmittelbestands (Barreserve) zu Beginn mit dem Betrag am Ende des Geschäftsjahres.

Kapitalgeschützter Dachfonds

Strukturierte Anlageform, die in Private Equity-Fonds investiert und vorbehaltlos die Rückzahlung des Kapitalbetrags garantiert.

Konfidenzniveau

Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust innerhalb des Intervalls liegt, welches durch den Value-at-risk (→ Value-at-risk-Konzept) angegeben wird.

Kreditderivate

Finanzinstrumente, mittels derer das mit Darlehen, Anleihen oder anderen Risikoaktiva beziehungsweise Marktrisikopositionen verbundene → Kreditrisiko auf als so genannte Sicherungsgeber auftretende Parteien übertragen wird. Dabei werden die ursprünglichen Kreditbeziehungen der Sicherungsnehmer (die Parteien, welche die Kreditrisiken abgeben) weder verändert noch neu begründet.

Kreditrisiko

Gefahr, dass Kunden ihren vertraglich vereinbarten Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Das Kreditrisiko umfasst Ausfall-, Länder- (→ Länderrisiko) und Abwicklungsrisiken.

Länderrisiko

Das Risiko, dass in einem beliebigen Land ein Verlust auf Grund politischer und sozialer Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatlicher Nichtanerkennung von Auslandsschulden, durch Devisenkontrollen oder eine Abwertung der Landeswährung entsteht.

Late-Stage Private Equity

Anlage in nicht börsennotierten Gesellschaften, die sowohl vom Alter als auch vom positiven Cashflow her zu den reiferen Investitionsobjekten gehören.

Leveraged Buy-out

Fremdfinanzierter Kauf (vollständig oder teilweise) eines Unternehmens beziehungsweise bestimmter Unternehmensaktivitäten. Zins- und Tilgungszahlungen werden aus dem zukünftigen Ertrag des übernommenen Unternehmens finanziert.

Liquiditätsrisiko

Bezeichnet die Gefährdung unserer Gewinne und unseres Kapitals bei einer

potenziellen Unfähigkeit der Bank, ihre Verpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen, ohne dabei unannehmbar hohe Verluste einzugehen.

Management Buy-out

Übernahme aller umlaufenden Aktien durch das im Unternehmen tätige Management, welches die Börsennotierung beendet.

Mark-to-market-Bewertung

Bewertung zu aktuellen Marktpreisen. Gilt zum Beispiel für Handelsaktivitäten (→ Handelsergebnis).

Marktrisiko

Resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen) sowie den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitätsniveaus.

Mezzanine

Anlagen vor allem in festverzinslichen Wertpapieren mit einer Eigenkapitalkomponente. Im Rang stehen diese Schuldinstrumente in der Regel hinter den Bankschulden des Emittenten, aber vor dessen sonstigen Schuldtiteln, Vorzugspapieren und Aktien. Die Eigenkapitalkomponente besteht üblicherweise aus Optionsscheinen.

Monte Carlo-Simulation

Modell, das den Gewinn oder Verlust aus einer Transaktion für eine große Zahl (beispielsweise 10 000) von unterschiedlichen Marktszenarien berechnet.

Namensaktien

Aktien, die auf den Namen einer bestimmten Person lauten. Diese Person wird entsprechend den aktienrechtlichen Vorgaben mit einigen persönlichen Angaben sowie ihrer Aktienanzahl in das Aktienregister der Gesellschaft eingetragen. Nur wer im Aktienregister eingetragen ist, gilt gegenüber der Gesellschaft als Aktionär und kann beispielsweise Rechte in der Hauptversammlung ausüben.

Netting-Vereinbarungen

Verträge, wonach gegenseitige Forderungen zwischen zwei Parteien unter bestimmten Voraussetzungen miteinander verrechnet werden können –

beispielsweise im Insolvenzfall. Die Einbeziehung einer rechtsverbindlichen Netting-Vereinbarung führt zu einer Reduzierung des Ausfallrisikos von einem Brutto- auf einen Nettobetrag.

Ökonomisches Kapital

Messgröße, anhand derer mit einem hohen Maß an Sicherheit das Eigenkapital ermittelt werden kann, das zu einem beliebigen Zeitpunkt benötigt wird, um unerwartete Verluste aus dem aktuellen Engagement aufzufangen. Es ist streng vom bilanziellen Eigenkapital zu unterscheiden.

Online Banking

Abwicklung von Bankgeschäften über elektronische Netze (→ Internet).

Operationelles Risiko

Risiko des Verlusts im Zusammenhang mit Mitarbeitern, Projektmanagement, vertraglichen Spezifikationen und deren Dokumentation, Technologie, Infrastrukturausfällen und Katastrophen, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Diese Definition schließt unter anderem rechtliche und aufsichtsrechtliche Risiken ein.

Option

Recht, den zu Grunde liegenden Optionsgegenstand (beispielsweise Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (Stillhalter) zu einem vorweg fest vereinbarten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt beziehungsweise in einem bestimmten Zeitraum zu kaufen (Kaufoption/Call) oder an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).

OTC-Derivate

Finanzinstrumente (→ Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (Over-the-counter) gehandelt werden.

Passives Asset Management

Befasst sich mit Fonds, die eine Vielzahl weltweiter Finanzindizes verfolgen. Ziel des passiven Asset Management ist die Schaffung eines Portfolios, das die Risiko- und Gesamtrenditecharakteristika des jeweiligen Index widerspiegelt und dabei die Kosten für den Handel mit den betreffenden Wertpapieren so niedrig wie möglich hält.

Personal Banking

Grundsätzlich: Geschäft mit Privatkunden, Geschäftskunden und kleineren Firmen. Hier: Filialgeschäft einschließlich ergänzender Vertriebswege wie Selbstbedienung, → Online Banking und Kartengeschäft. Es umfasst nicht das → Private Banking.

Portfolio (Portefeuille)

Allgemein: Teil oder Gesamtheit einer oder aller Klassen von Vermögenswerten (zum Beispiel Wertpapiere, Kredite, Beteiligungen oder Immobilien). Die Portfoliobildung dient primär der Risikostreuung.

Hier: Zusammenfassung ähnlicher Geschäfte, insbesondere von Wertpapieren und/oder → Derivaten, unter Preisrisikoaspekten.

Portfolio Management

Steuerung und Verwaltung eines Wertpapierportfolios für Kunden. Kann die ständige Überwachung des → Portfolios und nach Absprache mit dem Kunden auch Käufe und Verkäufe einschließen.

Private Banking

Geschäft mit anlageorientierten vermögenden Kunden.

Private Equity

Kapitalbeteiligung an nicht börsennotierten Unternehmen, zum Beispiel Wagniskapital und Buy-out-Fonds.

Projected Unit Credit Method

Anwartschaftsbarwertverfahren für die Bewertung von Pensionszusagen; es handelt sich um ein Kapitalansammlungsverfahren nach SFAS 87, nach dem die Verpflichtung mit dem versicherungsmathematischen Barwert des am Abschlussstichtag erworbenen Versorgungsanspruchs anzusetzen ist. Charakteristisch ist, dass bei dynamischen Pensionszusagen Trendannahmen (zum Beispiel hinsichtlich zu erwartender Gehaltssteigerungen) zu berücksichtigen sind. Der Zinsfuß zur Diskontierung orientiert sich an Zinssätzen für Schuldverschreibungen, die von Unternehmen hoher Bonität begeben werden.

Quantitative Anlagen

→ Portfolios von Aktien- und Rentenwerten sowie von → Hedge-Fonds. Das Management erfolgt systematisch und

regelgesteuert, wobei hauptsächlich fundamentale Anlagekriterien angewandt werden. Die Auswahl beruht auf der Verarbeitung großer Datenmengen, für die quantitative Methoden und Techniken eingesetzt werden.

Rating

Extern: standardisierte Beurteilung der Bonität des Emittenten und seiner Schuldtitel durch spezialisierte Agenturen. Intern: detaillierte Risikoeinschätzung jedes → Exposures eines Schuldners.

Relationship Management

Allgemein: In Kombination mit Produktspezialisten betreuen qualifizierte Firmenkundenberater ausgewählte Firmenkunden in einem definierten Marktsegment.

Hier: Betreuungsansatz im nationalen und internationalen Firmenkundengeschäft.

Repo-Geschäft (Repurchase Agreement)

Rückkaufvereinbarung bei Wertpapiergeschäften (echte Pensionsgeschäfte, deren Gegenstand weiterhin dem Pensionsgeber zuzurechnen ist). Aus Sicht des Pensionsnehmers wird von einem Reverse Repo-Geschäft gesprochen.

Return on Equity (RoE)/ Eigenkapitalrendite

Grundsätzlich: Kennziffer zur Ertragslage eines Unternehmens, die das Ergebnis (Jahresüberschuss) im Verhältnis zum eingesetzten Eigenkapital darstellt.

Hier: Ergebnis in Prozent des im Jahresdurchschnitt eingesetzten Eigenkapitals → Bereinigte Eigenkapitalrendite.

Scharia

Der Koran ist die Hauptquelle islamischer Gesetzgebung, der Scharia. Sie regelt alle islamischen Lebensbereiche. Moslems dürfen in die Finanzprodukte investieren, die nicht gegen die in der Scharia festgeschriebenen Gesetze verstoßen.

Securitization (Verbriefung)

Grundsätzlich: Verkörperung von Rechten in Wertpapieren (beispielsweise Aktien und Schuldverschreibungen). Hier: Ersatz von Krediten oder Finanzierung von Forderungen verschiedenster Art durch die Ausgabe von Wertpapieren (etwa Schuldverschreibungen oder Commercial Paper).

Segmentberichterstattung

Offenlegung von Vermögens- und Ergebnisinformationen eines Unternehmens, untergliedert nach Tätigkeitsbereichen (Unternehmensbereichen) und geographischen Merkmalen (Regionen).

Sekundärer Dachfonds

Strukturierte Anlageform, die aus am Sekundärmarkt verfügbaren Private Equity-Fonds besteht.

Shareholder Value

Managementkonzept, das dauerhafte Wertsteigerungen des Unternehmens in den Mittelpunkt strategischer und operativer Entscheidungen stellt. Kerngedanke ist, dass nur Renditen, die über den Eigenkapitalkosten liegen, Wert für die Aktionäre schaffen.

Strategic Equity Transactions Group

Gemeinsam von den Geschäftsbereichen Global Equities und Global Corporate Finance betriebene Gruppe, die für Firmenkunden Geschäfte mit einer Aktienkomponente beziehungsweise strukturierte oder strategische Transaktionen durchführt.

Sustainability

Bezeichnet das Zusammenspiel von Ökonomie, Ökologie und gesellschaftlicher Verantwortung mit dem Ziel, die Lebensgrundlagen der Menschheit nachhaltig und zukunftsfähig weiterzuentwickeln.

Swaps

Grundsätzlich: Austausch von Zahlungsströmen.

Zins-Swaps: Tausch von Zinszahlungsströmen gleicher Währung mit unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise fest/variabel).

Währungs-Swaps: Tausch von Zinszahlungsströmen und Kapitalbeträgen in unterschiedlichen Währungen.

Transaction Services

Umfasst das Wertpapierverwahrgeschäft, Global Funds Services, Wertpapierleihe, Corporate Trust & Agency Services (Treuhand- und Vermittlungsleistungen), Abwicklung, Bilanz- und Cash Management-Leistungen, die Abwicklung von Handels- und Zahlungsstransaktionen, strukturierte Exportfinanzierungen sowie internationale Handelsfinanzierungen und steht des Weiteren mit Treuhand-

leistungen Pensionsfondsverwaltungs- und Portfoliobewertungs-Services zur Verfügung.

Übriger umfassender Periodenerfolg (Other Comprehensive Income)

Enthält im Wesentlichen unrealisierte Gewinne und Verluste aus der Währungs- umrechnung und aus → Wertpapieren „Available-for-sale“. Diese unrealisierten Gewinne und Verluste werden nicht im laufenden Ergebnis berücksichtigt, sondern unter dem kumulierten übrigen umfassenden Periodenerfolg innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

Umfassender Periodenerfolg (Comprehensive Income)

Veränderung des Eigenkapitals ohne Transaktionen mit Aktionären (zum Beispiel Dividendenausschüttungen, Kapitalerhöhungen). Er besteht primär aus dem Jahresüberschuss und dem → Übrigen umfassenden Periodenerfolg.

US GAAP (United States Generally Accepted Accounting Principles)

Rechnungslegungsregeln der USA, die im engeren Sinne durch Verlautbarungen des Financial Accounting Standards Board (FASB) sowie des American Institute of Certified Public Accountants (AICPA) gebildet werden. Darüber hinaus sind insbesondere für börsennotierte Unternehmen die von der Wertpapieraufsichtsbehörde Securities and Exchange Commission (SEC) entwickelten Interpretationen und Auslegungen von Relevanz. Ähnlich den → IAS liegt die maßgebliche Zielsetzung in der Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen im Jahresabschluss, die insbesondere für Investoren nützlich sein sollen.

Value-at-risk-Konzept

Misst für ein gegebenes → Portfolio den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der unter normalen Marktbedingungen in einer bestimmten Periode und mit einem bestimmten → Konfidenzniveau nicht überschritten wird.

Wertpapiere „Available-for-sale“

Wertpapiere, die nicht dem Handelsbestand zuzuordnen sind und (bei Gläubigerpapieren) nicht bis zur Endfälligkeit gehalten werden. Sie werden mit ihrem → Fair Value in der Bilanz ausge-

wiesen. Änderungen des → Fair Value werden grundsätzlich erfolgsneutral im → Übrigen umfassenden Periodenerfolg innerhalb des Eigenkapitals gezeigt. Bei einem Rückgang des → Fair Value unter die fortgeführten Anschaffungskosten wird eine entsprechende Wertminderung, soweit der Rückgang als nicht temporär anzusehen ist, in der Gewinn- und-Verlust-Rechnung ausgewiesen. Realisierte Gewinne und Verluste werden ebenfalls in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung vereinnahmt.

Xavex Dynamic Bond Portfolio Fonds™

Innovative Rentenanlage, bei der Kunden an einem aktiv verwalteten → Portfolio aus über 450 Staatsanleihen, Pfandbriefen, Unternehmensanleihen und Anleihen aus Schwellenländern partizipieren.

Impressum/Publikationen

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 9 10-00
deutsche.bank@db.com

Aktionärs-Hotline:
 08 00-9 10 80 00
 Hauptversammlungs-Hotline:
 08 00-1 00 47 98

Investor Relations:
 (0 69) 9 10-3 80 80
 db.ir@db.com

Der Geschäftsbericht im Internet:
www.deutsche-bank.de/02

Fotos

Giovanni Castell, Hamburg
 Seite 8

Robert Fischer, München
 Seite 30

Andreas Pohlmann, München
 Seite 246

Matthias Ziegler, München
 Seiten 8, 9, 14, 18, 24, 36, 42, 48
 und 52

Zukunftsgerichtete Aussagen enthalten Risiken

Dieser Bericht enthält vorausschauende Aussagen. Vorausschauende Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben; sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen. Jede Aussage in diesem Bericht, die unsere Absichten, Annahmen, Erwartungen oder Vorhersagen (sowie die zu Grunde liegenden Annahmen) wiedergibt, ist eine vorausschauende Aussage. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Vorausschauende Aussagen beziehen sich deshalb nur auf den Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse weiterzuentwickeln.

Vorausschauende Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von vorausschauenden Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, wo wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer Restrukturierung einschließlich des geplanten Personalabbaus, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der U.S. Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren sind in unserem SEC „Form 20-F“ vom 27. März 2003 auf den Seiten 9 bis 12 unter „Risk Factors“ im Detail dargestellt. Dieses Dokument ist auf Anfrage bei uns erhältlich oder unter www.deutsche-bank.com/ir verfügbar.

Gern senden wir Ihnen folgende Publikationen zum Jahresabschluss:

**Results 2002 – Geschäftsbericht
 Konzern Deutsche Bank (US GAAP)**
 (in Deutsch, Englisch und Französisch;
 in Spanisch als Kurzfassung)

Form 20-F (in Englisch)

**Jahresabschluss und Lagebericht
 der Deutschen Bank AG 2002**
 (in Deutsch, Englisch und Französisch)

Verzeichnis der Mandate 2002
 (in Deutsch/Englisch)

Verzeichnis des Anteilsbesitzes 2002
 (in Deutsch/Englisch)

Verzeichnis der Beiratsmitglieder 2002
 (in Deutsch)

**Corporate Governance – Bericht 2002
 und Grundsätze**
 (in Deutsch und Englisch)

**Corporate Cultural Affairs –
 Bericht 2002**
 (in Deutsch und Englisch; ab Juni 2003)

So können Sie bestellen:

- als E-Mail an results@db.com
- im Internet unter www.deutsche-bank.de/02
- per Fax an (0 69) 95 00 95 29
- mit Anruf unter (0 69) 95 00 95 30
- postalisch bei:
 Deutsche Bank AG
 Leser-Service-PKS
 60262 Frankfurt am Main

Wichtige Termine 2003/2004

30. April 2003	Zwischenbericht zum 31. März 2003
10. Juni 2003	Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)
11. Juni 2003	Dividendenzahlung
31. Juli 2003	Zwischenbericht zum 30. Juni 2003
30. Oktober 2003	Zwischenbericht zum 30. September 2003
5. Februar 2004	Veröffentlichung der Jahreszahlen 2003
30. April 2004	Zwischenbericht zum 31. März 2004
2. Juni 2004	Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)
3. Juni 2004	Dividendenzahlung
30. Juli 2004	Zwischenbericht zum 30. Juni 2004
29. Oktober 2004	Zwischenbericht zum 30. September 2004